

1. Jahrgang · Nr. 11 · 4. November 1983 · Preis: 5 DM

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



*Kriegspolitik und Friedensbewegung
Putsch und Invasion in Grenada
Mensch und Natur
im Alpenraum
Rot-grünes
Hessen?*

Angebote für neue

Abonnentinnen und Abonnenten haben wir bei Abschluß eines Jahresabos ab Heft 12/1983: Jede(r) Abonnent(in) erhält drei frühere *Kommune*-Hefte (in freier Auswahl) als Geschenk.

und alte

Leser/innen und Abonnentinnen und Abonnenten erhalten folgende Möglichkeit: nämlich drei alte Ausgaben der *Kommune* für den Preis von 10 DM (incl. Versand). Damit können bisher nicht vorhandene Ausgaben preiswert bezogen werden.

Ich möchte ab Nr. 12/1983 die *Kommune* für ein Jahr (60 DM) abonnieren und erhalte damit auch folgende drei Ausgaben umsonst

Ich möchte ab Nr. 12/1983 die *Kommune* für ein Jahr im Förderabonnement (100 DM) und erhalte damit auch folgende drei Ausgaben umsonst

Das Jahresabonnement Ausland kostet 70 DM

Ich möchte drei Ausgaben der *Kommune* zum vergünstigten Preis von 10 DM (incl. Versand).

Ich möchte ab Nr. 12/1983 nur ein Halbjahresabo für die *Kommune* (30 DM)

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Garantie: Diesen Abonnementsauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

- Scheck / Bargeld liegt bei
- Einzugsermächtigung liegt bei
- Überweisung auf das Postscheckkonto Buchvertrieb Hager Kto.-Nr. 187 490-607 Ffm.

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Ort

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

Einsenden an:

Buchvertrieb Hager

Postfach 11 1162

6000 Frankfurt am Main 1

1 *Willfried Maier*: Mehr-Produkt kostet Lebenssteigerung. Thesen zur Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung □ *Joscha Schmierer*: Genossenschaften — politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals. □ *Zbigniew Bujak*: Die Bilanz eines Jahres Kriegesrecht in Polen. □ *Fritz Güde*: Noch immer deutsche Schuld? Nicht Bewältigung der Vergangenheit, aber Aneignung und Verarbeitung. □ *Thomas Frank*: Zimbabwe fast drei Jahre unabhängig — Jubel, Ernüchterung, Enttäuschung?

2 Dritte Welt in der Krise — Schwerpunkt. *Theo Mehlen*: Entwicklungsstrategien der Dritten Welt, der Industrieländer und ihre Krise. *Joscha Schmierer*: Abkoppelung? — Auseinandersetzung mit Ansätzen grüner Dritte-Welt-Politik. *Helmut Forster-Latsch*: Chinas Aufbaufahrungen. Immer noch von China lernen? □ *Interview von Rossana Rossanda mit Samir Amin*: Ist der Krieg unvermeidlich? Und wer bedroht am meisten den Frieden? □ Grüne Politik: *Jan Kuhnert*: Die Grünen im Hessischen Landtag. Weder Blütenräume noch Katzenjammer. Gespräch mit den Grünen im Römer. Ansätze für Alternativen.

3 *Gerd Heinemann*: Vom Umgang mit den Neuen Medien. Kommunikation statt Distribution. ALSO: Statistik ja, aber kein Zugriff der Exekutive auf Individualdaten. □ *Pierre Kende*: Die Normalisierung Ungarns nach 1956. □ *Solidarność Heute*: Programm der Provisorischen Koordinierungskommission von Solidarność vom 22. Januar 1983. □ Linke Mehrheit aus der Traum? acht aus vierundfünfzig: Vorstellungen der grünen Bundestagsfraktion. Zu Wählerbeschimpfung kein Anlaß.

4 *Samir Amin*: Der Marxismus in Asien und Afrika. Perspektiven der Dritten Welt, Rolle des Marxismus, Übergang zum Sozialismus und klassenlose Gesellschaft. Funktion des Wertgesetzes in der Ökonomie und die Frage von Selbstverwaltung und Staat, von Markt und Plan. □ *Friedemann Bleicher*: Zum Programm der christlich-liberalen Regierungskoalition. Ein Wind von rechts für unser Land. □ *Cornelia Falter*: Frankreich — Wer befreit das »sozialistische Projekt« aus dem Krisensumpf? □ *Michael Ackermann*: SF-Film — Von der Bedrohung zur Befreiung?

5 *Adelheid Biesecker*: Verstaatlichung, Entstaatlichung — oder was? Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft. □ *Rudolf Bahro*: Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts. □ Probleme der Friedensbewegung. *Günther Kruse*: In Wien und Genf — Abrüstung ohne Erfolgsaussichten. *Willi Preßmar*: Gibt es Alternativen zur Nato-Strategie? □ *Georg Duffner*: Selbstverwaltungsexperiment in Schwierigkeiten: Aspekte der jugoslawischen Krise. □ *Gabi Böhmer*: Gewalt gegen Frauen — Frauen gegen Männergewalt.

6 Naturwissenschaft + Zukunft der Arbeit. *Jens Scheer*: Kommunismus-Naturalismus-Humanismus. *Franz Dick*: Neue Ergebnisse der Naturwissenschaft und Zukunft der Arbeit. *R. Fisser, W. Heuler, F. Riemann, J. Scheer*: Entfesselung der Produktivkräfte oder Entfesselung des Menschen und der Natur. *Willfried Maier*: Wende, alternativ. *Fritjof Capras* Buch »Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild« □ *D. Arasch und W. Ender*: Was aus der islamischen Revolution geworden ist. Reisebeobachtungen und Ansatzpunkte für eine Analyse der iranischen Gesellschaft.

IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Editorial	
Grenada – Blutiges Ende der Revolution	
Bloßer Farbtupfer im Vorkriegsspektakel?	
Presseerklärung des Karibik Zentrums	
Die Wette ist gewonnen, der Kampf noch lange nicht. Streiflichter zur süddeutschen Volksversammlung für den Frieden	
Superlative in Hamburg. Aktionswoche in Norddeutschland	
Wird die Bewegung in die SPD zurückintegriert?	
Friedensdiskussion in Polen: „Wir brauchen eine polnische Friedensbewegung.“	
Kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD oder das „große Schlucken“? Gespräch mit Jürgen Engel und Jochen Vielhauer von der Landtagsgruppe der Grünen-Hessen	
Die Hessen-Grünen nach Petersberg-Marbach	
Wirtschaft & Politik	30/31
Blickpunkt IGM Gewerkschaftstag	32
Leben und arbeiten unter westdeutscher Flagge (III): Heute Containerschiff, morgen Hilfskreuzer	35
Gewerkschaften: Je kleiner, desto Mediengewerkschaft	38
Diskussion	
Keine Perspektive nach Genf?	39
Überlegungen zur Perspektive der Friedensbewegung	42
Die Suche nach dem dritten Weg in der Wohnungswirtschaft	44
Der Mensch als Umweltzerstörer Eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur am Beispiel des Alpenraumes	47
Literaturnobelpreis '83: „Der Mensch ist des Menschen Wolf“ oder von der „schrecklichen Krankheit, Mensch zu sein“ (Golding)	59
Sperbers Provokation	61
Endspiel – War Games	62
Zeitschriften	63
Leserbriefe	64–66
Termine	65

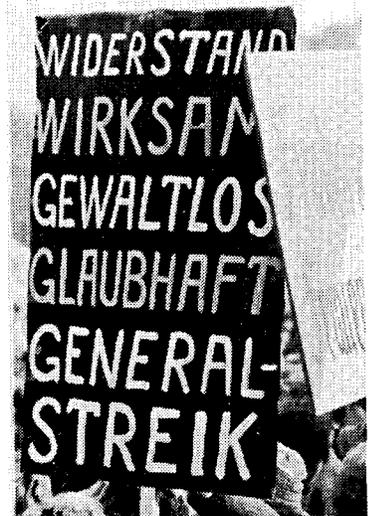
Beilage: Der gesamten Auflage ist ein Falblatt der „Grünen im Römer“ (Frankfurt) beigelegt.

Nach der Aktionswoche

Wie siehts mit der Friedensbewegung nach den Aktionswochen aus, wie entwickelt sich die Kriegsgefahr wie kann ihr die Friedensbewegung entgegenarbeiten, mit diesen Fragen setzen sich mehrere Artikel und Kommentare auseinander	
Eindrücke von der Aktionswoche	S. 9–17
Zwei Dokumente aus Polen	S. 18–19
Was kommt nach einem Scheitern der Genfer Verhandlungen?	S. 39–43
Die Provokation des Manès Sperber	S. 61

Experimentierfeld grüner Parlamentspolitik

Die Debatte um den neuen Kurs der Grünen im hessischen Landtag wird bald weiteren Stoff bekommen. Der Landeshauptauschuß der hessischen Grünen hat den Beschluß der Landesmitgliederversammlung bekräftigt, mit der SPD Verhandlungen über eine kontinuierliche Zusammenarbeit aufzunehmen. Auch von seiten der SPD wird die Diskussion um eine Mehrheitsbildung im Landtag zunächst mit den Grünen gewünscht. Erste Verhandlungen stehen bevor. Im letzten Heft kamen Gegner des neuen Kurses der Grünen zu Wort. Diesmal bringen wir ein Gespräch mit *Vertretern der Landtagsgruppe*. S. 20–27
In Auseinandersetzung mit einem Artikel von Joscha Schmierer im letzten Heft der *Kommune* begründet *Hubert Kleinert*, hessisches Mitglied der Grünen im Bundestag, den Beschluß der Landesmitgliederversammlung. S. 28/29



Was gehen denn uns die Alpen an?

Mögen manche unserer Leser/innen denken. Es ist ja nicht jeder ein Alpenfreund. Wer es ist, wird auch nicht gleich einsehen, was in einem »Forum für Ökonomie und Politik« ein Artikel über die Alpen verloren hat. Aber wie soll etwa die Debatte um eine alternative Wirtschaftspolitik weiterkommen, wenn sie nicht auf regionalen Untersuchungen beruht und versucht, regionale Konzepte zu entwickeln? Wie soll über eine Umwälzung des Verhältnisses von Mensch und Natur nachgedacht werden, wenn nicht ihr konkretes Zusammenwirken unter ganz bestimmten Bedingungen untersucht wird? In einer historischen Analyse über die Entwicklung des Alpenraumes als Kulturlandschaft setzt sich *Werner Bätzing* mit der dortigen Umweltzerstörung und den Abwehrstrategien bloßer Naturfreunde auseinander. Hier veröffentlichen wir den ersten Teil seines Aufsatzes. Zwei weitere Teile werden folgen. *Werner Bätzing*, Der Mensch als Umweltzerstörer? S. 47–58

editorial

Zu den Eindrücken von der Aktionswoche der Friedensbewegung gehört jedenfalls auch das Polizeimäßige, das in diese Bewegung von verschiedenen Interessenten hineingetragen wird und gegen das sich in dieser Bewegung so wenig Widerstand zeigt. Ein ganz schöner Konformismus wird da gepflegt: Protest über das polizeimäßige Einschreiten Bernt Engelmanns gegen die Rede von Manès Sperber zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels ist jedenfalls fast bloß von Außenseitern zu hören. In „gebotener Weise“ sei er eingeschritten, meint Engelmann, indem er Sperber unter dem Beifall der Delegierten der IG Druck und Papier zur sofortigen Rückgabe des Friedenspreises aufforderte. Die IG Druck ist im übrigen ein gutes Beispiel dafür, wohin es kommt, wenn ein Bündnis von bestimmter Spielart Sozialdemokratie und DKP die Szene beherrscht. Da wird dann unter der Hand geregelt, daß bestimmte Sachen wie die Aggression gegen Afghanistan gar nicht mehr erwähnt werden. Im Verlauf der Aktionswoche ist es ja auch nicht selten gelungen, Sprechern der DDR-Friedensbewegung das Rederecht zu verweigern.

Irgendwo muß es einen Zusammenhang geben zwischen dem arg entwickelten Ordnungssinn der Friedensbewegung in ihren Aktionen und den Bemühungen von Leuten wie Engelmann, Denken erst

gar nicht aufkommen zu lassen. Irgendwie müssen die merkwürdige Frömmigkeit gegenüber der Staatspolizei in der Bewegung und ihre Anfälligkeit für die Ideologen des Staatsmonopolismus ja zusammenhängen. Wenn Friedfertigkeit mit der Negation von Widersprüchen der Wirklichkeit und des Denkens Hand in Hand geht, dann haben die Ordnungswütigen unterschiedlichster Herkunft und Interessen ziemlich leichtes Spiel, der Polizeipräsident auf der Straße und Leute wie Bernt Engelmann im Kopf. Einfach in der Friedensbewegung mitzutrotten kann da nicht das höchste der Gefühle sein. Ein bißchen zur Widerborstigkeit der Friedensbewegung beizutragen ist schon eher angebracht. Blockübergreifende Friedensbewegung kann ja nicht heißen, daß sie hier wie dort nichts durcheinanderbringen will. Gegenwärtig ist fast alles unter Kontrolle, im Inneren der Bewegung durch die DKP, in ihrem äußeren Agieren durch die Polizei. Wer da auf die geringe Quantität der DKP hinweist, vergißt, daß auch die Polizeikräfte gegenüber der Friedensbewegung, groß wie sie nun mal ist, quantitativ kaum ins Gewicht fallen. Um solche Kontrolle zu gewährleisten, braucht es weder direkte Stränge vom ZK der KPdSU bis ins Koordinationsbüro, wie das Innenministerium meint, noch braucht es umgekehrt Standleitungen zwischen Koordinationsbüro und Polizei, wie jene Autonomen wohl dachten, die dem Koordinationsbüro vorübergehend die Leitungen kappten. Es gibt halt wohl fließende Übergänge zwischen dem ordnungssüchtigen Bezugsgruppenleiter und dem Polizisten, der ja auch mit der Verkehrsregelung anfängt, Übergänge zwischen der Sehnsucht nach Einheit aller Friedenswilligen und jenen, die den Minimalkonsens berufsmäßig mit Denken und Redeverboten verteidigen. Der Appell, mit dem Frieden bei sich selber anzufangen, ist ja auch erst mal ein Ordnungsruf und weniger Protest gegen die bestehenden Ordnungen in Ost und

West. Aber genug von der Friedensbewegung, das ganze Heft ist voll davon.

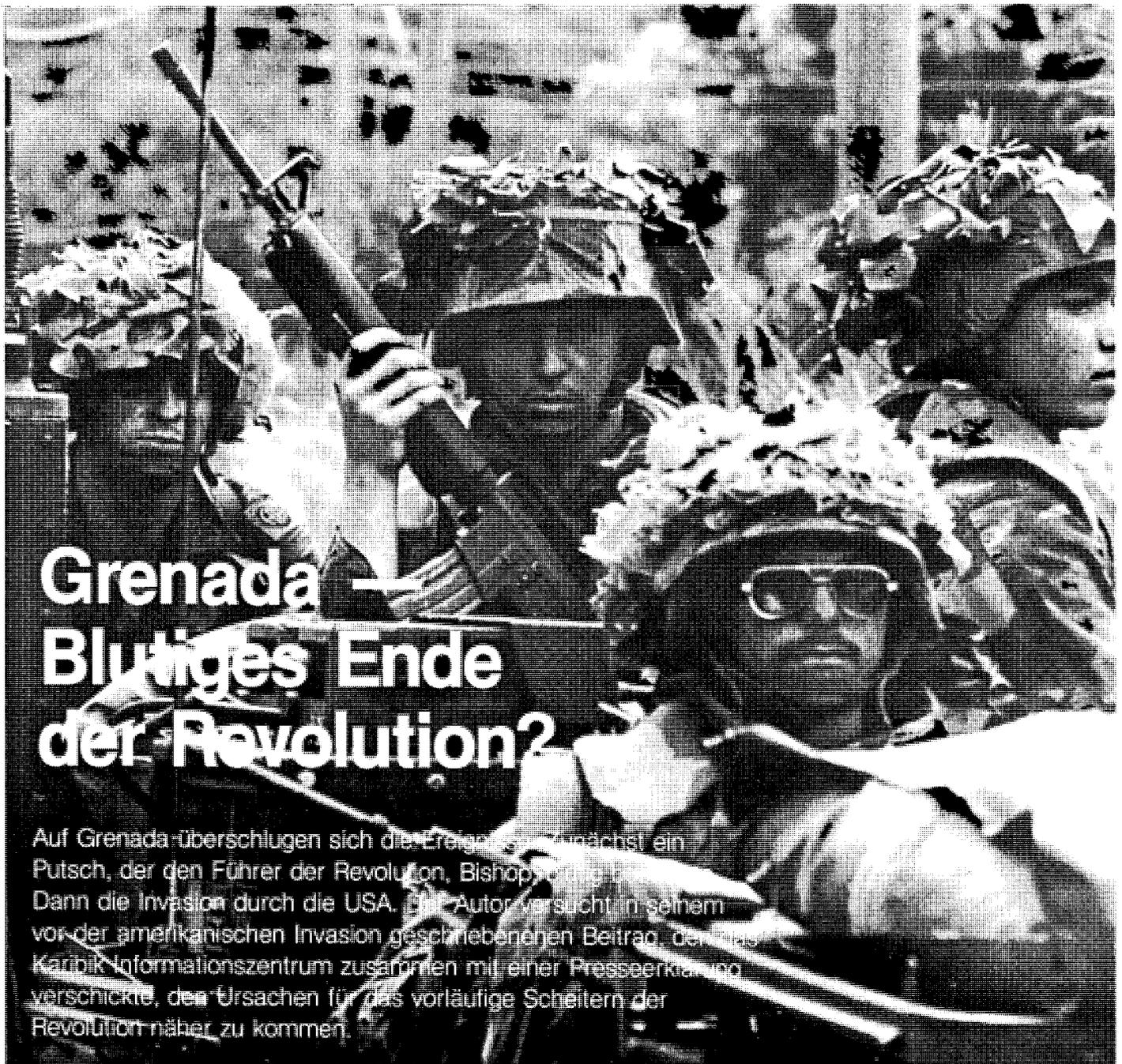
In der letzten Nummer hatten wir über die Kämpfe der Werftarbeiter berichtet. Inzwischen ist die Schließung der AG „Weser“ von oben vollends abgesegnet. In der Stahlindustrie ist mit einer weiteren Beschleunigung der Entlassungen zu rechnen. Vor diesem Hintergrund führten wir ein Gespräch mit Bremer Betriebsräten über Möglichkeiten, andere Sachen zu produzieren und die Produktion selber zu verwalten. Wir werden es in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Die Diskussionsveranstaltung von *Kommune, links und MOZ*, an der Rudolf Bahro, Thomas Ebermann und Joschka Fischer teilnahmen, hat doch ein ziemliches Interesse gefunden. Viel Neues hat sie dann aber inhaltlich nicht gebracht, wahrscheinlich, weil die Vertreter der Redaktionen, statt Fragen zu stellen und Nebeneinanderherreden zu verhindern, auch noch Reden hielten. Fürs erste war die Veranstaltung jedenfalls kein Reifall. Wir überlegen uns, wie man die Debatte weiterführen kann. Die Veranstaltung haben wir mitgeschnitten und auch abgetippt, aber nach reiflicher Überlegung auf eine Dokumentation verzichtet. Die hätte entweder das ganze Heft gefüllt oder wäre doch nur ein Verschnitt gewesen. Den *MOZ* haben wir die Niederschrift zur Verfügung gestellt, und sie wollen auch Auszüge veröffentlichen. Wer das Ganze haben will, kann von uns zum Selbstkostenpreis eine Kopie bekommen. Dafür muß er/sie uns dann aber 10 DM in Briefmarken zuschicken und zwar spätestens bis zum 30. November. Späteren Anforderungen kann nicht entsprochen werden, weil wir nicht so oft vor dem Kopiergerät stehen wollen.

Den zweispaltigen Teil haben wir diesmal für einige kürzere Debattenbeiträge genutzt, während wir den Aufsatz zu den Alpen als analytischen und theoretischen Beitrag wegen der besseren Illustrationsmöglichkeiten in drei Spalten gesetzt haben. js

Impressum

Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift. **Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla. **Redaktion:** M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer. **Gestaltung:** M. Ackermann. **Beiträge,** die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Adresse der Redaktion:** Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d. **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11. Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983. **Satz und Druck:** CARO Druck GmbH, Frankfurt. **Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 34. Postscheckkonto Pöschel & Co., Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60). **Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung. „Mit Rücksicht auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1.7.1983 werden die Abonnements, die vor dem 1.7.1983 begonnen haben und nach dem 30.6.1983 enden, in zwei Abrechnungszeiträume mit entsprechenden Teilleistungen aufgeteilt. Der erste Abrechnungszeitraum endet am 30.6.1983, der zweite beginnt am 1.7.1983. In dem auf die Zeit bis zum 30.6.1983 entfallenden zeitanteiligen Betrag des Bezugsgeldes ist die Umsatzsteuer in Höhe von 6,5 v.H. des Entgelts (6,1 v.H. des anteiligen Bezugsgelds) enthalten, in dem zeitanteiligen Bezugsgeld für die Zeit nach dem 30.6.1983 in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. des anteiligen Bezugsgelds). Beginnt ein Abonnement am 1.7.1983 oder später, so enthält das Bezugsgeld insgesamt die Umsatzsteuer in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. Bezugsgelds).“ **Spendenkonto:** „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00). **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahme“ ist keine Ausleihung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtausleihung zurückzusenden. ISSN 0723-7669



Grenada — Blutiges Ende der Revolution?

Auf Grenada überschlugen sich die Ereignisse. Zunächst ein Putsch, der den Führer der Revolution, Bishop, stürzte. Dann die Invasion durch die USA. Der Autor versucht in seinem vor der amerikanischen Invasion geschriebenen Beitrag, den das Karibik-Informationszentrum zusammen mit einer Presseerklärung verschickte, den Ursachen für das vorläufige Scheitern der Revolution näher zu kommen.

Walter Grzesiek *

Die winzige Insel Grenada ist auf die erste Seite der bürgerlichen Zeitungen gerückt, aber ganz anders als wir in der Grenada-Solidaritätsbewegung es uns erhofft hatten. Nicht die zahlreichen Erfolge der viereinhalbjährigen Revolution, nicht die Hoffnungen, die wir in Europa und die Oppositionsbewegungen der Karibik in das *New Jewel Movement* setzten, sorgen für Schlagzeilen, sondern ein blutiges Gemetzel, für das es politisch keinen Sinn und keine Entschuldigung gibt und dessen Hintergründe wir im Moment noch kaum überblicken.

Wir wollen hier nicht verschweigen, daß wir, die wir in vielen Veranstaltungen und Artikeln die Errungenschaften des neuen Grenadas herausgestellt haben, die wir bei unseren Besuchen die Begeisterung eines ganzen Volkes für den Aufschwung seit 1979 gespürt haben, daß wir von der aktuellen Entwicklung völlig überrascht wurden. Beklemmt hörten wir die ersten Meldungen vom Machtkampf im NJM und hofften noch, daß es eine friedliche und politische Lösung des Konfliktes gäbe. Wie ein Schock traf uns die Meldung von den Morden an Maurice Bishop und einem ganzen Flügel der revolutionären Volksregierung. Wer den lebendigen Agitator und begeisterten Redner, den „schwarzen Fidel“, wie er nicht zu Unrecht genannt wurde, bei seinen Auftritten vor den grenadischen Massen erlebt hat, wird ihn nie vergessen. Was immer die Hintergründe des Streits in der NJM gewesen sein mögen, welche Fehler Bishop auch immer begangen haben könnte, mit seinem Tod ist bei den

Grenadiern und bei uns ein Stück Hoffnung auf den Befreiungskampf der Dritten Welt gestorben.

Der 18. November 1973 war bislang in Grenada als „Bloody Sunday“ ein Gedenktag zur Erinnerung an Gairys brutale Übergriffe auf die Führer der NJM. Damals gab es nur Verletzte. Knapp zehn Jahre später erlebten die Grenadier jetzt am 19. Oktober einen „Bloody Wednesday“ der nach offiziellen Angaben 24 Tote, nach Augenzeugen weitauß mehr, und zahllose Verletzte zurückließ.

Am 21. Oktober sandte das Hamburger Karibik-Informations-Zentrum folgendes Telegramm an Alimenta Bishop, die in St. Georges lebende Mutter des Revolutionsführers: „Wir betrauern den Tod von Maurice Bishop und seinen Freunden, die im Kampf um ihre politische Überzeugung ermordet wurden. Wir verurteilen diese Untat scharf. Der vorbildliche rastlose Einsatz der Toten für die grenadische Revolution wird weiterleben.“

*Der Autor ist Mitglied der Grenada-Gruppe Nürnberg und des Karibik Informationszentrums Hamburg

Während sich die sowjetische Regierung und die osteuropäischen Länder mit jeder Kommentierung bisher vornehm zurück halten, haben fast alle bisher mit der NJM sympathisierenden Oppositionsgruppen in der Karibik und der karibische Gewerkschaftsverband die Ereignisse einhellig verurteilt, der Kongreß der karibischen Kirchen, der bis zuletzt seine Vermittlung in dem Konflikt anbot, hat die Beziehungen zu Grenada abgebrochen. Die Kubanische Regierung, die ebenfalls eine Vermittlerrolle angeboten hatte, ordnete eine dreitägige Staatstrauer an. In der Stellungnahme der kubanischen Führung heißt es wörtlich: „Keine Doktrin, kein Prinzip und keine Position, die sich revolutionär nennt – und keine interne Spaltung – kann gewalttätige Methoden rechtfertigen wie die Eliminierung von Maurice Bishop und der herausragenden Gruppe der ehrlichen und moralisch integren Führer, die starben. Die wirklichen Umstände, unter denen sie zu Tode kamen, sind noch nicht genau geklärt. Falls sie kaltblütig ermordet wurden, verdienen die Schuldigen eine exemplarische Bestrafung.“

Leider gibt es auch für uns entgegen den offiziellen Verlautbarungen der derzei-



tigen Militärregierung – glaubwürdige Augenzeugenberichte, daß sich Bishop und seine Freunde bei dem Zusammenstoß auf Fort Rupert ohne Waffen ergaben und somit nicht während einer Schießerei getötet wurden.

Die Krokodilstränen, die autoritäre karibische Regierungen wie die von Jamaika und Barbados jetzt um Maurice Bishop, den sie posthum zu ihrem Freund erklären, vergießen, interessieren uns nicht. Mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Isolierung Grenadas ebnet diese Staaten aber einem Eingreifen der Vereinigten Staaten den Weg. Wie auch immer die künftige politische Entwicklung Grenadas aussehen mag, die imperialistische Weltmacht USA hat politisch und moralisch keinerlei Recht, auf der Insel zu intervenieren.

Über die Hintergründe des Machtkampfes in Grenada können wir zum derzeitigen Termin nur wenig Gesichertes sagen. Das *New Jewel Movement* hat in der Vergangenheit alles daran gesetzt, politische Differenzen innerhalb der Partei nicht der eigenen Bevölkerung und erst recht nicht ausländischen Besuchern oder Journalisten darzulegen. Anhaltspunkte für Meinungsverschiedenheiten gab es meist nur aufgrund persönlicher vertraulicher Kontakte oder durch die Interpretation von Nuancen unterschiedlicher Äußerungen.

Vorerst scheinen uns dreierlei Erklärungen möglich, die sich eventuell überschneiden oder alle gemeinsam zutreffen:

1. Die offizielle Erklärung der derzeitigen Militärregierung stellt den Konflikt als eine Differenz um die Organisation der Partei dar, die bereits seit einem Jahr bestand. Bishop habe die Partei nicht straff geführt, was mit zu den Schwierigkeiten beim Flughafenbau, beim Straßenausbesserungsprogramm und zu den Entlassungen im öffentlichen Dienst geführt habe. Die Partei habe deshalb eine kollektive Führung errichten wollen, was der Premier abgelehnt habe, weil er fürchtete, dadurch Ansehen zu verlieren. Statt dessen habe er sein Ansehen bei der Bevölkerung ausgenutzt, um die Partei unter Druck zu setzen. Das könne

die Partei nicht dulden, sie habe schon immer Alleinherrschaft bekämpft. Vor wenigen Wochen habe das ZK eine kollektive Führung beschlossen: Bishop solle für die Verbindung zu den Massen verantwortlich sein, Finanzminister Coard die politische Arbeit der Partei organisieren. Nachdem Bishop diese Aufgabenteilung letztlich doch nicht akzeptierte, hätten die Parteimitglieder am Donnerstag, 13.10., dessen Ausschluß aus der NJM beschlossen. Besonders habe der Partei Sorgen bereitet, daß Bishop den parteiinternen Zwist der Öffentlichkeit mitteilen wollte.

2. Vor allem westliche Beobachter vermuten hinter Coard und Bishop den Streit um grundsätzliche innen- und außenpolitische Orientierungen Grenadas. Bishop hatte bei seinem Besuch in den USA im Juli dieses Jahres eine Unterredung mit dem damaligen Sicherheitsberater Clark. Über den Inhalt des Gespräches wurde Stillschweigen vereinbart. Obwohl ein Freund Fidel Castros, sei Bishop darauf bedacht gewesen, nicht zu sehr auf die Hilfe Kubas und der Sowjetunion angewiesen zu sein, und knüpfte neue politische und wirtschaftliche Kontakte zu westlichen Ländern. Mit einem Besuch in Moskau habe Bishop lange gezögert. Innenpolitisch stehe Bishop für den Vorschlag der NJM vom Frühsommer dieses Jahres, eine neue Verfassung auszuarbeiten und damit auch wieder einen stärkeren politischen Pluralismus zuzulassen. Das NJM habe er mehr als „populistisches Akklamationsorgan denn als straffe Organisation avantgardistischer Kader“ (*Neue Zürcher Zeitung*) gesehen. Bishop habe auch den privaten Sektor der Wirtschaft eher gefördert als gebremst.

Demgegenüber habe Coard sich stärker an die Sowjetunion und an Kuba angelehnt. Er habe Bishop kritisiert, weil nicht schneller verstaatlicht würde und immer noch 60 Prozent der Wirtschaft in privater Hand seien. Während Bishop nach wie vor in der Bevölkerung hohes Ansehen genossen habe, stütze sich Coard auf die jungen und radikalisierten Kräfte in der Partei.

Für diese These eines Streits um die Frage schneller Weg zum Sozialismus oder vorsichtige Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie spräche, daß zwei Minister, die sich auf Bishops Seite stellten, früher bedeutende Unternehmer auf der Insel waren: der getötete Wohnungsbauminister Norris Bain, früher Mitglied der bürgerlichen Grenadian National Party, besaß ein bedeutendes Kaufhaus; Tourismusminister Lynden Rahmdanny, ursprünglich Coards Stellvertreter als Finanzminister, war Vorstand eines Familienunternehmens und saß früher in zahlreichen Gremien der Privatwirtschaft.

3. Das Blutbad in St. Georges wurde durch

„Von denen keiner spricht“



Minderheiten werden in vielen Teilen der Welt verfolgt. Die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' Menschenrechtsorganisation für bedrohte religiöse, rassische, ethnische Minderheiten protestiert gegen Menschenrechtsverletzungen und tritt ein für Minderheitenschutz und Menschenrechte.

Fordern Sie Informationen an z.B. über Aborigines, Armenier, Aramäer/Assyrer, Bahai, Buddhisten/Vietnam, Eritreer/Oromos/Tigre, Jesidi, Krimtataren, Kosovo-Albaner, Kurden, Indianer/Nord- und Südamerika, Tamilen/Sri Lanka, Tibeter, Sinti/Roma, Westpapuas und Osttimoresen.

Gesellschaft für bedrohte Völker

Gemeinnütziger Verein e.V.
Postfach 2024 3400 Göttingen
Tel. 0551/55822
Postscheck Hamburg 297793-207

Bloßer Farbtupfer im Vorkriegsspektakel?

Schwer durchschaubarer Putsch in Grenada, einer winzigen Insel in der Karibik und dann amerikanische Invasion, um die „kriminellen Strolche“ zu sistieren, die den Präsidenten Bishop, von den Amerikanern auf einmal als „legitimer Führer“ bezeichnet, ermordet hatten; Anschlag auf das Hauptquartier der amerikanischen und französischen „Friedenstruppe“ im Libanon, Versicherung der USA, daß sie sich nicht von Terroristen in ihren Aufgaben behindern ließen, sondern zurückschlagen würden; Ankündigung der Sowjetunion, daß sie auf die amerikanische Mittelstreckenraketenstationierung mit Abbruch der Genfer Verhandlungen und der Stationierung von neuen Raketen (SS 21, 22 oder 23) antworten würden; fängt so der Krieg an, während wir noch damit beschäftigt sind, die Erfolge unserer Volksversammlungen, Friedensfeste und -ketten auszu zählen?

In Bonn tagt am 21. November das Parlament, um über die Stationierung zu beraten. Strittig ist, ob die Debatte auf einen Tag begrenzt bleiben soll, weil am 22. wie vorgesehen stationiert wird, oder ob die Stationierung um einen oder zwei Tage verschoben werden soll, um dem Parlament eine bißchen Zeit zu lassen.

Hat die Friedensbewegung noch was auf der Pfanne, um in den Mechanismus einzugreifen, der rund um den Globus auf den Weltkrieg hintreibt? So wie sie ist und für sich betrachtet sicherlich nicht. Was aber sind die Widersprüche, auf die sie bauen kann, welche Kräfte wirken in der gleichen Richtung oder wenigstens kriegsverzögernd? Im Moment scheint ja alles seinen Gang zu gehen, der von den beiden Supermächten diktiert wird. So sehr man die US-Invasion in Grenada verurteilt, sowenig

braucht man zu glauben, daß die Kubaner und Sowjets dort nur den Tourismus fördern wollten.

Die Kriegsgefahr ist doch ein bißchen zu weit fortgeschritten, als daß man darauf hoffen könnte, der inneren Wandlung der Menschen bliebe noch genügend Zeit, bis schließlich alle zum Abel geworden sind und Schwerter zu Pflugscharen machen.

Der Mechanismus, den die beiden Supermächte vorantreiben, ist nicht durch unsere innere Wandlung, und wären wir noch so viele, aufzuhalten. Auch sind innere Wandlungen nicht immer dauerhaft, wenn sie keine Stütze in der Umwälzung der Verhältnisse finden. Die aber sind nicht durch unsere Friedfertigkeit bestimmt, sondern durch eine amerikanische Supermacht, die angesichts ihrer schleichenden Verluste an Vormachtstellung hysterisch zu werden beginnt, und eine sowjetische Supermacht, die umso systematischer an dem schrittweisen Ausbau ihrer Vormachtstellung arbeitet. Demgegenüber hofft ja heute wohl niemand mehr auf eine rasche und gleichmäßige Entwicklung des weltweiten Klassenkampfes und einer ununterbrochenen Weltrevolution, die unaufhaltsam schließlich auch die beiden Supermächte zerschlagen wird. Aber die Hoffnung auf die innere Weltrevolution ist nicht gerade realistisch. Es ist schon danach zu fragen, wo überhaupt durch Umwälzung der Machtverhältnisse Kräftekonstellationen entstehen könnten, die die kriegstreibenden Mechanismen der Rivalität der beiden Supermächte aufzubrechen in der Lage sind. Warum eigentlich können die beiden Supermächte die Dritte Welt, die auf Blockfreiheit drängt, so leicht spalten und zum Vorfeld ihrer Kriegsvorbereitungen machen, sie unter Mißachtung jeden Völkerrechts mili-

tärisch besetzen, weil sie ihren „weichen Unterleib“ schützen (Grenada) oder ihren „Sicherheitsbereich“ nach vorn verlegen müßten (Afghanistan)? Sie können es, weil sich keine unabhängige Achse zwischen der Dritten Welt und Europa ausbilden kann, solange Europa selber ein Anhängsel der USA im Westen und ein Bestandteil des russischen Imperiums im Osten bleibt.

Die Unabhängigkeit Europas von den beiden Supermächten und die Bildung einer Achse zwischen Europa und Dritter Welt ist der einzige Weg, auf dem die Mechanismen durchbrochen werden können, die früher oder später den Weltkrieg hervorrufen werden. Eher für Europa als für die Dritte Welt wird er das Ende sein. Auf diesem einzig sichtbaren Weg der Kriegsverhinderung wird die Friedensbewegung ein *Machtfaktor* werden müssen oder sie wird bloßer Farbtupfer auf dem Weg in den Krieg bleiben, wie es den Friedensbewegungen bisher immer passiert ist. Jeder Riß zwischen den USA und Westeuropa, jede Erschütterung des osteuropäischen Teils des russischen Imperiums ist dabei für die Minderung der Kriegsgefahr wichtiger als die größten symbolischen Friedensdemonstrationen für sich genommen.

Die sachten Distanzierungen des Parlaments von der hysterischen Polizeiaktion der USA in Grenada nützen allerdings nichts, solange sie nur die moderierende Begleitmusik zum weiteren Ausbau der BRD als amerikanische Abschlußrampe bleiben. Die Widersprüche der NATO sind jedoch bereits unübersehbar. Im Zusammenhang mit ihnen kann die Friedensbewegung wirklich Sprengkraft entfalten, wenn sie gleichzeitig das Bündnis mit den Bewegungen in Osteuropa sucht. (s. S. 18/19)

Joscha Schmierer

einen persönlichen Machtkampf ausgelöst. Die Militärregierung deutet dies für die Person Bishops an, wenn sie seinen Versuch verurteilt, mit Hilfe seiner Popularität bei den Massen Druck auf die Partei auszuüben. Tatsächlich hätte die kollektive Parteiführung eine Entmachtung Bishops bedeutet. Radix, der noch am Samstag vor den Morden eine Demonstration für Bishop anführte und zum Generalstreik für die Befreiung des Premiers aufrief, äußerte, er habe die Partei schon lange vor der Machtbesessenheit Coards gewarnt. Auch die Behauptung des Militärrats, Bishop ha-

be das Gerücht lanciert, er solle von Coard ermordet werden, deutet mehr auf persönliche Fehden denn auf rationale politische Auseinandersetzungen hin. In einem Kommunique am 17.10. bestritt der Militärrat auch, daß es überhaupt politische Differenzen in der Partei gebe. Bishop selbst äußerte auf seiner letzten Rede in St. Georges am 19.10. laut seinem Pressesekretär, daß Kuba an dem Konflikt nicht beteiligt sei. Er sei „das Werk von Anarchisten und Militärs, die von Bernard Coard geführt werden“

Außenminister Whiteman, der erst wenige Tage vor seiner Ermordung nach Grenada

zurückkehrte, wollte noch am Wochenende einen Kompromiß mit Coard aushandeln, um die Regierungskrise beizulegen. Danach sollte Bishop Premier bleiben, die Frage der Parteiführung sollte später geklärt werden. Bishop sollte aber die Verantwortung in der Partei stärker mit Coard teilen. Laut Whiteman gingen Coard diese Vorschläge jedoch nicht weit genug. Whiteman einen Tag vor seinem Tod wörtlich zur Presseagentur CANA. „Comrade Coard, der jetzt Grenada führt, hat sich geweigert, ernsthafte Gespräche zur Lösung der Krise zu führen.“ Ein von ihm und George Loui-

PRESSEERKLÄRUNG

Am Montagmorgen landeten 2000 US-amerikanische Marineinfanteristen und 200 Soldaten aus 6 karibischen Staaten auf Grenada. Die beiden Flughäfen wurden besetzt. Aber der Widerstand war heftiger als erwartet. Radio Managua (Nicaragua) spricht von 700 Toten. Grenada verteidigen kubanische Bauarbeiter, die dabei sind, den neuen Flughafen zu errichten.

Der im Jahre 1981 beschlossene Vertrag der

Organisation der Staaten der Ostkaribik, auf den sich Washington und die ostkaribischen Staaten zur Rechtfertigung der Invasion Grenadas berufen, sieht gemeinsame militärische Aktionen nur für den Fall vor, daß einer der Staaten durch einen äußeren Angriff bedroht wird. Dieses war nicht der Fall.

Wie können Grenadas Streitkräfte zu einer Bedrohung für andere Inselstaaten werden, wo Grenada weder über militärisch nutzbare Schiffe noch Flugzeuge verfügt?

Präsident Reagan nannte drei Gründe als Vorwand des militärischen Eingriffs: Das Leben der US-Bürger auf Grenada zu schützen, weiteres „Chaos“ zu verhindern, „Recht und Ordnung“ auf der Insel wieder herzustellen.

Tatsache ist: Noch am Samstag überzeugten sich zwei Abgesandte der USA, daß keine Gefahr für die US-Bürger auf Grenada bestand. Von den 1000 US-Medizinstudenten wollten nur 200 ausreisen; der Rest fühlte sich nicht gefährdet. Ca. 500 Angehörige dieser Studenten warteten am Wochenende in Washington mit einer Demonstration vor einem militärischen Eingreifen.

Staatlicher Terror und fehlende Demokratie haben die USA in Mittel- und Lateinamerika noch nie ernsthaft gestört. Der Revolution auf Grenada erklärten die USA jedoch schon seit ihrem Beginn 1979 die offene Feindschaft mit Wirtschaftsboykott, Invasionsübungen und versuchten Attentaten auf die politische Führung. Wenn Ronald Reagan heute in einer Pressekonferenz die Ermordung von Maurice Bishop verurteilt und als einen Grund für die US-Invasion darstellt, kann dies nur als menschenverachtender Zynismus bewertet werden.

Grenada war das Beispiel eines unterentwickelten gehaltenen Landes, das sich aus wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit zu befreien suchte. Die erste Revolution in einem englischsprachigen Land der Karibik wurde zum Vorbild für alle fortschrittlichen Kräfte im karibischen Raum und der USA.

Interne Machtkämpfe innerhalb des New Jewel Movement führten vor einer Woche zu einem blutigen Putsch, bei dem Maurice Bishop und Teile der legitimen politischen Führung liquidiert worden sind. Mindestens 25 Grenadier wurden dabei erschossen.

Bei der Beurteilung dieser Vorgänge schließen wir uns folgendem Teil der Erklärung der kommunistischen Partei Kubas vom 21.10.1983 an:

„Keine Doktrin, kein Prinzip oder keine als revolutionär proklamierte Position und keine innere Spaltung rechtfertigen ein grausames Vorgehen wie die physische Beseitigung von Maurice Bishop und der hervorragenden Gruppe ehrenhafter und angesehener Führer, die gestern den Tod fanden. Der Tod Bishops muß aufgeklärt werden.“

Die aus den Morden resultierende außenpolitische Isolierung und innenpolitische Instabilität Grenadas nutzten die USA, um direkt militärisch einzugreifen. Dieses ist ein weiterer Schritt, um den Widerstand in den mittelamerikanischen Ländern mit allen Mitteln zu brechen. Die Aktion steht in der Tradition der direkten oder indirekten US-Interventionspolitik gegenüber Guatemala, der Dominikanischen Republik und Kuba. Es muß verhindert werden, daß sich diese verbrecherische Politik in Zukunft fortsetzt, bei der territoriale Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Völker keine Bedeutung besitzen.

Wir fordern den sofortigen Rückzug der Interventionstruppen!

Vorbild für uns als internationale Solidarität ist der Widerstand der kubanischen Bauarbeiter, die trotz der überwältigenden militärischen Überlegenheit der Invasionstruppen mutigen Widerstand leisten!

Hamburg, 27.10.1983

Karibik Informationszentrum Hamburg
Nernstweg 32 34, Werkstatt 3
2000 Hamburg 50



son angeregtes Gespräch hätten Coard und Strachan am 15.10. platzen lassen. Als Louison später Coard anrief, legte Coard auf. Whitman: „Uns wurde klar, daß sie keine Vereinbarung wollten und entschlossen schienen, Gewalt anzuwenden, um ihre Ziele zu erreichen.“

Unbeachtet blieben auch die Vermittlungsversuche Castros und der karibischen Kirchenkonferenz.

Unklar bleibt bei allen drei Erklärungsansätzen die Rolle des Militärs. Man könnte annehmen, daß das Militär als letzte stabile Machtstütze erst zur Aktion gezwungen wurde, als absehbar war daß Coard als Nachfolger Bishops keine Unterstützung bei der Bevölkerung finden würde. Allerdings war Major Liam Cornwall, Grenadas Botschafter in Kuba und neben Austin der zeitiger Sprecher der Militärregierung, schon 14 Tage vor dem Putsch bei der grenadischen Gemeinde in London und kündigte dort die Ablösung Bishops an. Einiges deutet darauf hin, daß Coard von vornherein die politische Unterstützung des Mili-

tärs miteinbezog, daß er aber aufgrund der heftigen Reaktionen der Bevölkerung aus der Schußlinie genommen, eventuell sogar ebenfalls beseitigt wurde. Die Armee hat bisher nichts über ihre politischen Ziele geäußert, will aber innerhalb von 14 Tagen wieder eine zivile Regierung einsetzen. 200 Soldaten sollen desertiert sein. Ob sich die Anhänger Bishops mit einer neuen Regierung abfinden werden, erscheint zweifelhaft. Damit könnte das Militär als längerfristige Machtstütze einer neuen Regierung nötig werden. Von der Peoples Democracy und dem Engagement der Massen für die Revolution würde nicht viel übrig bleiben.

Festhalten aber läßt sich heute schon, daß der Putsch nicht nur die Entwicklung der Revolution in Grenada vorläufig gestoppt hat, sondern daß damit auch die „Hoffnungen der karibischen Völker zerstört sind“ (Michael Manley). Grenada galt als erfolgversprechendes Modell für die Ziele karibischer Oppositionsgruppen.

Diese Sympathisanten wie auch wir scheinen übersehen zu haben, wie sich neben den

Ansätzen der Basisdemokratie die politische Führung verselbständigte und isolierte. Zu sehr sind wohl die Strukturen in den östlichen realsozialistischen Ländern von der NJM übernommen worden, all zu schnell entwickelten sich bürokratische Tendenzen. Anzeichen dieser Entwicklung haben wir zwar gesehen, hielten sie aber für kurierbare Kinderkrankheiten, fanden zahlreiche objektive Gründe für manche Unzulänglichkeiten, hielten den Prozeß hin zu einer demokratischen Kontrolle der Regierung durch die vorhandenen Massenstrukturen, Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen noch für offen. In die internen Diskussionen der NJM hatten wir kaum Einblicke. Wir haben unsere Solidarität mit der grenadischen Revolution immer als kritisch bezeichnet in dem Sinn, daß wir nicht jede Entwicklung ungeprüft gut heißen und selbst nach Erklärungen suchen. In der jetzigen Situation sehen wir es als ganz besonders wichtige Aufgabe an, den Ursachen des vorläufigen Scheiterns dieser Revolution näher zu kommen. □



Der Apokalypse mutig entgegengestellt. Blockadeaktionen bei Bitburg. – Foto: Hajo Weber Wiesbaden

Was gilt die Wette, wir schaffen die Kette“, war einer der Selbstmobilisierungsslogans der süddeutschen Friedensbewegung. Skeptikern von innerhalb, Spöttern von außerhalb sollte sie trotzen. Die bisher längste Menschenkette gelang von Stuttgart bis Neu-Ulm. Reif fürs Guinness-Buch der Rekorde, aber was hat's gebracht? Ein paar Streiflichter um die Herbstaktionen in Süddeutschland.

Von Jürgen Walla

dabei, aber auch viel Freisetzung von Kreativität. Momentan drückt sich die Basisdemokratie darin aus, daß vier Leute gleichzeitig ihre unterschiedlichen Vorschläge zur Gestaltung der Busfahrt einbringen. Ob es Zufall ist, daß bei dieser klassischen „Org.“ Aufgabe die zwei KPD(ML)ler in der VMF tätig sind? Auch nicht generalstabsmäßiger als die beteiligten Spontis, nebenbei.

Die Diskussion hatte doch zu einem Ende geführt, die Abfahrt wurde gestartet, allerdings unter personellen Engpäs-

sen und mit etwas Chaos. Aber die Leute kamen nach Jungingen.

Die Münchner hatten in der Menschenkette den letzten Abschnitt vor Ulm auszufüllen, ausgehend von Jungingen. Wie sich erwies, hätte der Abschnitt ruhig länger sein können, die Leute traten sich bald auf die Zehen, bildeten Parallelketten, wichen auf Feldwege in Seitenäste aus. Die Masse der Menschen, die Vielzahl der Busse allein, das war schon imposant. Schönes, kaltes Wetter, Heiterkeit, Gedrängel um die Luftballons, die Kundgebung auf dem klei-

Freitag, 21.10., München. Im Büro der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen ist man froh, daß der Streß vorbei ist. Buskarten gibts keine mehr. In den letzten Tagen mußten noch Busse aus Österreich beschafft werden, so groß war der Andrang. Daß „der Streß vorbei“ ist, bedeutet nicht, daß nicht mehr gearbeitet würde. Infomaterial für die Ordner und Teilnehmer muß eingepackt werden. Und jetzt – jetzt erst, am Vorabend, muß die Abfahrt organisiert werden.

Das ist bemerkenswert an dieser Bewegung, wie unprofessionell, mit welchem geringem bürokratischen Aufwand, dafür aber großem Enthusiasmus, stoßweisem Einsatz vieler und zäher, hartnäckiger Arbeit von ein paar Leuten, die die ganze Zeit über die Sache am Laufen halten, eine doch so riesenhafte Aufgabe angepackt und gemeistert wird. Es ist freilich ein „extensives“ Wirtschaften, kräftezehrend, viel Leerlauf

Die Wette ist gewonnen, der Kampf noch lange nicht

Streiflichter zur süddeutschen Volksversammlung für den Frieden

nen Platz kaum erreichbar kaum zu verste-
hen, auch egal, da jeder wußte, wieso er
hier war Die Kette bildete sich, die Luft-
ballons stiegen auf, Beifallklatschen. Die
Schweigeminuten vorher waren nicht pein-
lich-betretten, eher angenehm: Ruhe auf
dem Lande. Hundertprozentig hatte sich
die Losung ohnedies nicht durchgesetzt. Ei-
ne Frau neben mir fragte: „Sind das
Schweigeminuten, oder warum ist es so ru-
hig? Aber die sind doch gar nicht auf dem
Programm. Ob auch ein Die-in vorgesehen
ist? Sowa würde mich mal interessieren.“
Dieselbe Frau meinte auch, die Bewegung
sei doch schon weiter als vor ein paar Jah-
ren, ließe sich nicht mehr so viel gefallen.
Anlaß: Ein Fahrschul-Wagen vom Techni-
schen Hilfswerk wurde nicht durchgela-
sen. Der Fahrer ließ unter Sprechchören
„Motor aus, Motor aus“ den Motor weiter
laufen. Der Fahrlehrer suchte Hilfe bei ei-
nem Streifenwagen in der Nähe, dessen Be-
satzung aber nicht eingriff. Der THW Wa-
gen trollte sich schließlich über die Felder
Wenn das ein Beispiel für Militanz und zivi-
len Ungehorsam war, nun ja

Die Mode in der Bewegung: Palästinen-
serkopftücher sind definitiv out.
Einheits-Parkas sind noch nicht wieder in.
Momentan geht es mehr ums Paradien,
Wasserwerfereinsätze sind nicht wahr-
scheinlich. Violette Dreieckstücher vom
Kirchentag finden sich noch öfter Der Hit
des Tages sind jedoch die Bänder mit den
Männlein und Weiblein und dem Schrift-
zug „Entrüstet Euch“ Mal um den Kopf
gebunden als Indio, mal als Schärpe getra-
gen, auch als Gürtel machen sie sich nicht
schlecht, sogar Hunden stehen sie ausge-
zeichnet. Passende Kosmetik dazu: weiße

Tauben ins Gesicht gemalt, oder wenigstens
Umriss. Buttons und Sticker gehen noch
immer

An die Menschenkette schlossen sich die
Kundgebungen in Stuttgart und Neu-
Ulm an. Über diese beiden berichtete das
Fernsehen am wenigsten, mangels zugkräf-
tiger Prominenz und aufgrund durch-
schnittlicher Zahlen (Stuttgart 300000,
Neu-Ulm 150000). Die VMF hatte nach
Neu-Ulm mobilisiert. Neu-Ulm ist der ein-
zige bayrische „Stationierungsort“ und des-
halb Ziel von Blockaden. Die Osterblocka-
de vor den Neu-Ulmer Wiley-Barracks ging
durch die Presse, diesmal wurde über die
Blockade überhaupt nicht berichtet (ledig-
lich im Rundfunk).

Die Blockade vor den Wileys war Stein
des Anstoßes gewesen, als es um den Ort
der süddeutschen Volksversammlung ging.
Die Autonomen hatten auf Neu-Ulm be-
standen, der SPD-DKP-Flügel hatte unter
Berufung auf die Gewerkschaften auf
Stuttgart beharrt, im Kern wegen der
Blockade, dieser halt eingestanden illegalen
Aktion. Seit Mutlangen sind Blockaden
freilich salonfähig geworden, wie die
Hardthöhen-Blockade und Nordenham
zeigen, allerdings bringen sie nicht unbe-
dingt Massen auf die Beine. Erklärtes Ziel
der Autonomen und damit auch der VMF
war es, vor den Wileys eine „Massen-
blockade“ zustande zu bringen, wenigstens
ein paar tausend Leute.

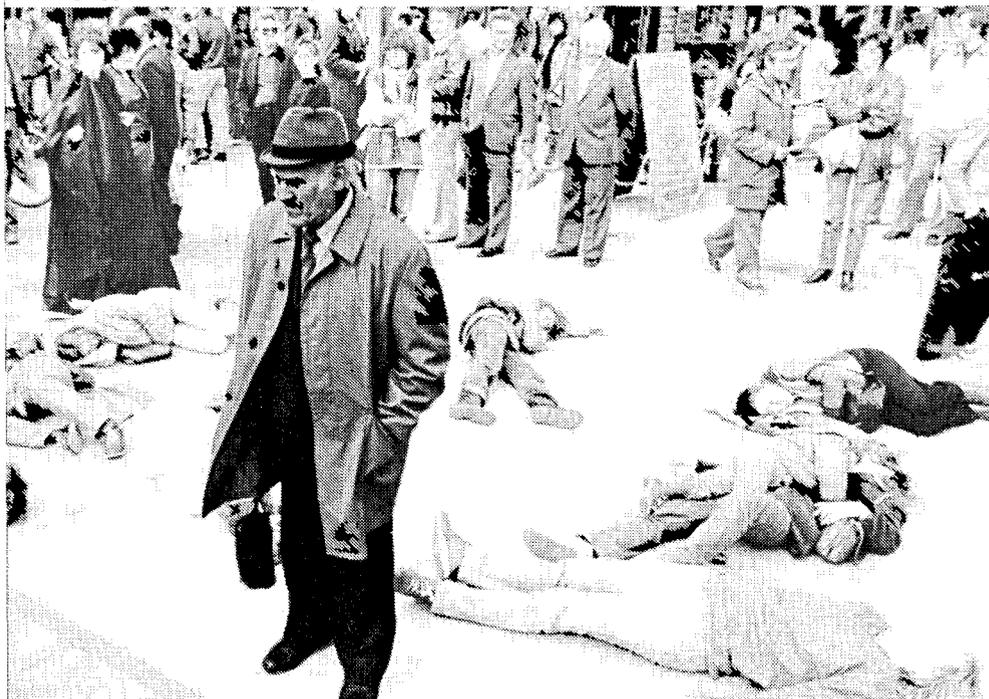
Die Menschenkette hatte der DFG/VK
als Kompromiß vorgeschlagen, um den Wi-
derspruch zwischen „Stuttgart“ und „Neu-
Ulm“ wenn schon nicht aufzuheben, doch
zu mildern. Dies wenigstens ist gelungen.
Die Aktionen in Süddeutschland wurden

von den Teilnehmern und auch der Öffent-
lichkeit als Einheit begriffen, die Men-
schenkette als das verbindende Element.
Ich selbst habe bei der Menschenkette keine
Ströme fließen gefühlt und kein erhebendes
Gefühl der Verbundenheit empfunden.
Den Fernsehreportern sagten es einige an-
ders. Die berausende Wirkung großer
Massen fehlte gewiß, da man immer nur
Ausschnitte erlebte.

Der Anmarschweg zur Neu-Ulmer
Kundgebung wurde zur Zwei-Stun-
den-Demonstration. Sie verlief wie alle die-
se Demonstrationen in letzter Zeit: leger,
gemütlich, familiär, harmlos bis banal. Ich
muß mich jedenfalls bei der Litanei „Hopp
hopp hopp, Atomraketenstopp“ bloß
schütteln und kann mich nicht mal mehr
über so viel Naivität amüsieren. „Wenn ihr
nicht werdet wie die Kindlein“ Aber
dem kirchlichen Einfluß ist diese Parole
wohl weniger geschuldet. Bestimmt verdan-
ken wir sie den Versuchen von Organisato-
ren und Organisationen, sich an das anzu-
biedern, was als „volkstümlich“ und „Mas-
sengeschmack“ begriffen wird. Anbiederei-
en gibt es mehr als genug. Wenn etwa im
Aktionsleitfaden des Stuttgarter Aktions-
büros empfohlen wurde, die Menschenket-
te als „eine Art Polonäse“ hüpfend, spring-
end, tanzend zu bilden. Zum Glück lat-
schen die Leute einfach an ihren Ort. Oder
wenn in dem Leitfaden der passende Mo-
ment für Erinnerungsfotos genannt wurde.
Absurde Vorstellung, auf der einen Seite
wird dauernd vom atomaren Ende geredet,
auf der anderen Seite werden Erinnerung-
fotos nahegelegt. Entweder nehmen die
Leute ihr eigenes Gerede nicht ernst oder
sie sind derart verspießert

Die geschleckte Lockerheit, die semipro-
fessionelle Spontaneität solcher Margina-
lien läßt, genauso wie die PR-wirksame Or-
ganisation der Mutlanger Prominenten-
blockade, deutlich merken, daß außer den
Leuten, die für den Frieden aufstehen, eine
ganze Reihe ausgefuchster Politprofis da
mitwirken. Besonders unangenehm wird's,
wenn die Politik versteckt werden soll und
alle als moralisch entrüstete Bürger erschei-
nen wollen. Und wenn die politischen Wi-
dersprüche im Interesse der „Einheit“ zuge-
kleistert werden sollen. So hatte das Stutt-
garter Aktionsbüro Stefan Heym als Red-
ner eingeladen. Die Einladung zu verfassen
übernahmen die Naturfreunde, der Bock
als Gärtner Schrieben eine für Heym brü-
skierende Einladung und an die DDR-Obe-
ren eine Distanzierung von der sogenannten
Friedensbewegung in der DDR. Mittlerer
Krach im Aktionsbüro, sodann Presseer-
klärungen und weiterhin Schulterschluß im
Interesse der Sache. Letztlich gewinnt, wer
mit der Einheits-Karte besser zu pokern
versteht.

Impressionen aus der Friedensbewegung – und der schweigenden ja was? – Foto: Stefan, Foto-
gruppe Gegenlicht, Frankfurt



Die Demonstration jedenfalls war erfreulich-üblich uneinheitlich. Viele Parolen nebeneinander. Und niemand störte sich an dem Transparent zu Nicaragua „Revolucion o Muerte“. Daß es am spanischen Text gelegen hat, glaube ich nicht. Diese Bewegung leistet sich den Luxus, im eigenen Lande gewaltfrei sein zu wollen und Gewalt zu dulden, vorausgesetzt, sie richtet sich gegen den richtigen, den US-Imperialismus, und passiert anderswo. Und sie zieht es vor, Gewaltakte der Sowjetunion lieber nicht so genau zu betrachten. Solange sie im Aufschwung befindlich ist, kann sie sich das leisten, in Phasen der Stagnation und der Krise werden die Widersprüche gelöst werden müssen, mir scheint, sehr bald.

Wir alle sind bedroht: Europa wird gerüstet zum Nuklear-Schießplatz der Weltmächte. Die uns regieren, setzen durch ihr verantwortungsloses Droh-Pokern das Fortbestehen Europas aufs Spiel. Die Regierung ist nicht mehr loyal gegenüber der Allgemeinheit. Sie hat unsere elementarsten Interessen verraten.

„Wir kündigen unsere Loyalität gegenüber dem Gesetzgeber in der Raketenfrage auf: Wir blockieren. Wir leisten politisch begründeten Ungehorsam und tun dies durch symbolische Blockaden der Wiley-Barracks in Neu-Ulm.“ „Wir verstoßen dabei gegen Straßenverkehrs-Ordnung und Versammlungs-Gesetz und nehmen die zu erwartenden Strafen in Kauf. Gegen den Vorwurf der Nötigung wehren wir uns. Die Blockade wäre als Nötigung nach §240 strafbar, wenn sie zu einem ‚verwerflichen Zweck‘ durchgeführt wurde. Ist Mahnen zum Frieden verwerflich? Ist Widerstand gegen atomare Angriffswaffen verwerflich?“ (Flugblatt der Blockierer, typisch für ihre Argumentation)

Wir schauen bei den Blockierern vorbei, interessenthalber, und um ihnen unsere Solidarität zu zeigen. Die Polizei hat die Bundesstraße vor der Kaserne mit Gattern vor dem Haupttor abgeriegelt. Rechts und links der Abriegelung sitzt jeweils ein Häuflein Blockierer. Mein Eindruck: frustriert. Einige spielen Karten, einige singen zur Gitarre, ein Pärchen mit schwarz angemalten Gesichtern blickt sich in die Augen. Jedenfalls keine geballte Entschlossenheit. Das Publikumsinteresse ist nicht riesig, die Bands und Redner auf dem Volksfestplatz scheinen mehr zu ziehen.

Eduard von „Ohne Rüstung leben“ begrüßt uns herzlich und berichtet, was bisher war. Am Freitag lief die Blockade recht effektiv, vor dem Tor, auf der Straße, Verkehr erheblich behindert. Die Polizei hielt sich zurück. Aber dann, meint er, „haben sie uns ausgetrickst“. Als die Morgen-

schicht der Blockierer anrückte, war der Platz vergittert, die Blockierer wurden nicht hineingelassen, wer von der letzten Schicht nicht freiwillig ging, wurde weggetragen, ein paar zur erkennungsdienstlichen Behandlung.

Ungeschickt war die Polizei nicht. Ihre Leitlinie hieß offenbar, Konflikte vermeiden. Sie trat zwar hier in der Nähe der Kaserne massiv auf, machte aber zugleich gut Wetter mit einem „Info“, in dem an den vernünftigen Friedensdemonstranten appelliert und versucht wurde, die Blockierer als Gewalttäter zu isolieren.

Wir bitten Sie an dieser Stelle in aller Ernsthaftigkeit, ihr Anliegen nicht auf die polizeiliche Ebene zu verlagern, weil es dort nicht entschieden werden kann! Machen Sie Ihr Versprechen wahr und zeigen Sie der Öffentlichkeit demokratische Denkhaltung durch Ihr Verhalten. *Wir unsererseits haben alles getan, um unsere Beamten auf eine Begegnung mit ihnen ohne Feindbild vorzubereiten!* Der Schutz Ihrer demokratischen Aktionen ist für uns eine selbstverständliche Aufgabe, aber wie uns ihre Erfüllung gelingt, hängt nicht zuletzt von Ihrer Mitwirkung ab.

Leider hat ein Teil der Nachrüstungsgegner von vornherein angekündigt, unfriedlich demonstrieren zu wollen. Wir gebrauchen bewußt den Begriff *unfriedlich*, weil die beabsichtigte Verletzung geltenden Rechts nicht als friedlich bezeichnet werden kann. *Als Polizei können und dürfen wir nicht untätig bleiben, sobald der Rechtsfriede gestört wird.* ()

„Lassen Sie nicht zu, daß Gewalttäter Sie als Schutz mißbrauchen! Distanzieren Sie sich von ihnen nicht nur verbal, sondern auch aktiv, indem Sie sich räumlich erkennbar absetzen! Widerstehen Sie der Versuchung, sich mit ihnen zu solidarisieren, die sen Menschen geht es nicht ernsthaft um die Friedenssicherung, sondern um den Krawall!“

(Polizei-Info; übrigens kommt da heraus, was die Polizei am meisten gefürchtet hätte und was politisch am effektivsten gewesen wäre: eine breite, einheitliche Solidarisierung mit den Blockierern durch massenhafte Beteiligung an ihrer Aktion.)

Daß es das Polizeiflugblatt war, was eine massenhafte Solidarisierung verhinderte, bezweifle ich. Die Schröder Road-Show hatte massiv aufgerufen, Alfred Mechttersheimer hatte geworben. Eine Massenblockade kam dennoch nicht zustande. Ein Mitglied der Gewaltfreien Aktionsgruppe „Runter vom Pulverfaß“ sagte: „Wir kriegen es zahlenmäßig nicht hin, mehr als nur symbolische Aktionen zu machen.“ Über die Gründe wird jetzt nachgedacht werden.



Fotos: G. Heinemann / M. Ackermann



AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION

Ehe das Proletariat seine Siege auf Barrikaden und in Schlachtfeldern erringt, kündigt es seine Herrschaft durch eine Reihe intellektueller Siege an. (Karl Marx)

Nr. 21

April 1983

Geschichte der KPD

- Untergang der Weimarer Republik
- Faschismus in Deutschland
- Die Entwicklung der KPD
- Ursachen der Niederlage
- Die Verantwortung der Komintern
- Die SPD vor dem 1. Weltkrieg
- ML-Bewegung und NHT

Nr. 22

Juli 1983

Grünes Wirtschaftsprogramm und Aktualität d. Marxismus

- Über den Herbst hinaus Perspektiven der Friedensbewegung
- Das grüne Wirtschaftsprogramm: Entstehung und Funktion
- Grüne und Staat
- Ungleicher Tausch zwischen Industrieländern und Dritter Welt?
- Marx 100 Todestag bürgerliche und linke Marx-Rezeption
- Rolle der Produktivkräfte
- Warenfetisch, kritische Theorien und Ideologie

Nr. 23

voraussichtl. Sept. 83

Friedensbewegung und deutsche Frage

- Geschichte der Friedensbewegung in der BRD
- Deutschlandpolitik der Sowjetunion
- Konsequenzen der sozialdemokratischen Ostpolitik
- DKP und westdeutsche Friedensbewegung
- Rezensionen zum Thema

Jedes Heft DM 6 (-ca. 100 Seiten)
Abonnement DM 20 (-4 Ausgaben)

weiterhin lieferbar:

- AzD 20 Dezember 1982
-Ökonomie und Ideologie
- AzD 19 Oktober 1982
-Dritter Weg wohin?
- AzD 18 Juli 1982
-Krisenphilosophie und Naturmystik
- AzD 17 März 1982
-Reformismus/Preußen/ml Bewegung

Jedes Heft ca. 180 Seiten) DM 10 -
alle 4 Hefte (Jahrgang 82) DM 25

VTK*POSTF 16741*6 FRANKFURT

Was Neu-Ulm am 22.10. betrifft, spielt jedenfalls eine Rolle, daß die Masse der Teilnehmer auf Menschenkette und Kundgebung vorbereitet war und daß in einem beträchtlichen Teil der Friedensbewegung gegenüber der Blockade allerhand Dunkles verbreitet worden war. Der Legalismus schlägt hier voll durch, allein, solange die Blockierer selbst sich als Akteure im Rahmen der Legalität, bloß mit den besseren Gründen, als die eigentlich Legalen begreifen, können sie gegen diesen Legalismus immer nur mit moralischen Argumenten vorgehen, wie in ihrem Flugblatt.

Kundgebung in Neu-Ulm. Erfreulich wenig Flugblätter. Die MLPD verteilt eine Leseprobe der *Roten Fahne*, die KPD ihre „*BLIND-Zeitung*“, vorne Agit, hinten Prop, die Salonrevolutionäre der MG weisen die Friedensbewegung darauf hin, ihr „heißer Herbst“ sei „eine Dummheit, die teuer zu stehen kommt“ und klären darüber auf, daß der Westen den Krieg will und jeder, der nicht an die hoffnungslose Unterlegenheit der Sowjetunion glaubt, ein Nationalist sei.

Auf dem Podium, scheußliche Berliner Kongreßhallen Imitation, ist gerade Peter Röscher ehemaliges Mitglied der nichtstaatlichen Friedensbewegung in der DDR. Jetzt ausgebürgert. Er spricht über die Ziele dieser Bewegung und davon, daß die Kirche vielen, auch vielen, die keine Christen sind, eine Art Unterschlupf ist. Als er auf Militarisierung und Beschneidung von Freiheitsrechten in der DDR zu sprechen kommt, ertönen Pfliffe. Klar, der DKP-Flügel, aber warum sagt denen niemand, sie sollen das bleiben lassen? Immerhin wurde sogar Peter Maffay vor Kritikern in Schutz genommen. Dieses Schweigen ist kein Zeichen „kommunistischer Unterwanderung“, es ist ein Zeichen altlinken schlechten Gewissens, das jede Äußerung gegen die DDR als Antikommunismus versteht.

Als Kontrapunkt zu Röscher, der kein geübter Redner ist, kein politischer Führer, tritt nun Oskar Neumann auf die Bühne, als Sprecher der „Betroffenen“, für die VVN, ist aber da als Sprachrohr der DKP und altgedienter KPD-DKP-Funktionär. Seine Rede ist geschickt, rhetorisch gut aufgebaut, Captatio benevolentiae („Wir sind alle Betroffene“), Herstellung des Wir-Gefühls („alle haben gesagt, wir schaffen die Kette nicht, wir haben sie geschafft, wir müssen bloß einig sein“), wirkungsvoller Einsatz des Gegners (heftige Buhrufe für die Erwähnung des Namens Strauß sind bereits eingeplant), Beschwörung der Einheit und Schwur der Häftlinge von Buchenwald, um den Kreis zu schließen und einen effektvollen Schluß zu setzen. Wie wird da nicht gezetert über jene, die zwischen Stuttgart und Neu-Ulm einen Keil treiben woll-

ten, ohne ein Wort über die Rolle der DKP bei der Sache zu verlieren! Überhaupt wird die DKP nur einmal erwähnt, in Zusammenhang mit Zimmermann (Negativbesetzung) und dem Schulterschluss mit den Gewerkschaften (gemäßigte Positivbesetzung). Die Sowjetunion wird nicht erwähnt. Die *Auslassungen* machen das Tableau komplett. Das Weltbild ist in Ordnung, die Feindbilder sind markiert, die Freundbilder ergeben sich dann schließlich daraus. In einer Bewegung, die so sehr gegen Feindbilder ist, langt ein Hinweis auf Hollywood oder auf Bayern, um Emotionen in Gang zu setzen. Dann braucht man über Rivalität und Zusammenspiel der Supermächte nicht mehr nachzudenken. Die Analyse fällt flach. Sogar von einem atomwaffenfreien Europa läßt sich leicht reden, da die Sowjetunion die Formel aufgegriffen hat und die Besetzung Europas durch die Supermächte, die Teilung durch die Pakte ebensowenig erwähnt werden wie die Sowjet-U-Boote im Meer des Friedens, in schwedischen Gewässern. Heftiger Beifall.

Walter Mossman singt von Nicaragua und gegen den US-Imperialismus und seine BRD-Helfershelfer. Ihm folgt ein Sprecher aus Nicaragua. Vielleicht wegen der saumäßigen Übersetzung, der Beifall war hältmaßig gering. Immerhin ist aber Nicaragua eines der Länder, wo die Friedensbewegung sich ihre positiven Leitbilder herholt, und sie schaut da nicht so genau hin, sonst würde ihr aufgehen, daß da nicht nur das Volk gegen den Imperialismus steht, sondern daß ein anderer Imperialismus davon gerne etwas hätte.

Immerhin, Mossman kommt auf die 68er Zeit zu sprechen, wirft die Frage auf, warum denn nicht die Arbeitenden die Macht haben sollen, bleibt nicht beim Frieden stehen.

Danach Alfred Mechttersheimer. Er stellt eine Gewaltfreie Aktionsgruppe vor, wirbt um Sympathie. Er spricht vehement für den zivilen Ungehorsam. Ich finde es verdienstvoll, daß er im Gegensatz zu den sonstigen Phrasen (keine neuen Atomwaffen in Europa usw.) klipp und klar und nüchtern sagt, den Wettlauf in Sachen Nachrüstung haben wir wahrscheinlich verloren, aber es geht ja weiter. Doch da liegt auch ein Dilemma. Mechttersheimer tritt für ein Deutschland und Europa ohne Atomwaffen und ohne *Angriffswaffen* ein. Das kann keinem Imperialismus gefallen, die Völker könnten sich damit eher befreunden (wenngleich ich mit der Definition „Angriffswaffen“ Probleme habe). Aber über das Herankommen müßte Klarheit sein.

Und die ist auch bei Mechttersheimer nicht da, symptomatisch vielleicht, daß er sich da verhaspelt, seinen Satz durcheinanderbringt. Herauskommt: ziviler Ungehorsam, Aktionen, die die Herrschenden an



Fotos: G. Heinemann / M. Ackermann

empfindlicher Stelle treffen. Zugleich aber Empfindlich trifft sie, wenn sie merken, die Gegner des „Rüstungswahnsinns“ setzen sich persönlich für ihre Ziele ein. Letztlich halt doch die Hoffnung, die Menschlichkeit der Politiker werde über ihr Klasseninteresse siegen oder die Vernunft. Dann hätten also die Selbstverbrennungen der vietnamesischen Mönche das Ende des Indochinakriegs herbeigeführt? (Beigetragen haben sie!)

Nach einer Reihe von moralisch qualifizierten Aktionen ohne Wirkung wird die Friedensbewegung vor der Alternative stehen, zu resignieren oder die Herrschenden wirklich da zu treffen, wo sie getroffen werden können. Da ist aber nicht mehr die

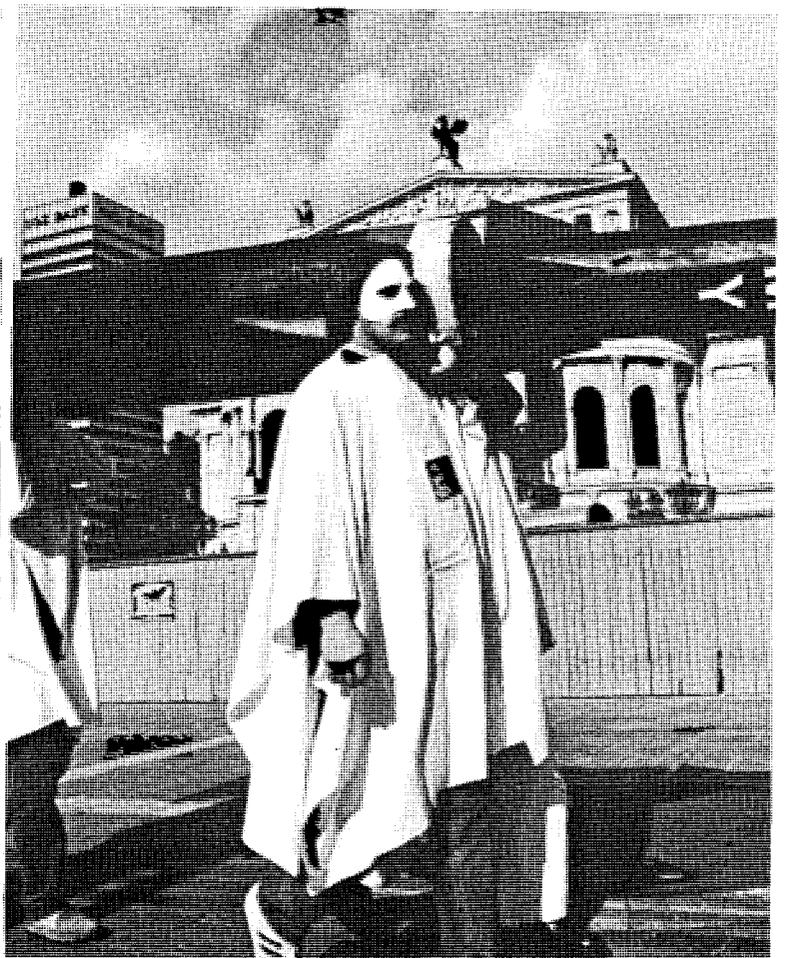
Besetzung der oder jener Kaserne interessant, sondern die Blockierung der Produktion und des Verkehrs der Waren. Schon taucht das Problem Generalstreik auf und die Rolle der Gewerkschaften, aber auch das Verhältnis der Friedensbewegung und ihrer Eliten zur Arbeiterbewegung.

Ich bemerke in der Bewegung, unter den Aktivist*innen, Ratlosigkeit angesichts der niedrigen Beteiligung an Blockaden. Ich stelle Freude über das Umsichgreifen der Stationierungsgegnerschaft fest (die freilich von einem Genfer „Kompromiß“ hart getroffen werden kann). Und ich bemerke, die alten 68er melden sich noch einmal. Und mit ihnen Vorstellungen von gesell-

schaftlicher Umwälzung, Revolution, Sozialismus. Das neue VMF-Info ist z.B. ausgesprochen „links“, was weder heißt, daß es gut ist, noch daß das die Mehrheit in der VMF wiedergibt – es heißt nur, sie äußern sich wieder

Wenn man eine Bewegung an ihren Bar den mißt, dann war der Barde der Bewegung in Neu-Ulm Konstantin Wecker, auch er ein alter 68er Und was kam da „rüber“? Leben wollen, genießen wollen, nicht ausgelöscht werden wollen, „genug ist genug“ Nicht angepaßt sein wollen, dagegen sein, etwas machen. Eine Art Existenzialismus zeigt sich da, zum Beispiel im Lied für die Weiße Rose und dessen Refrain, es geht nicht ums Siegen, sondern ums Tun. □

Fotogruppe Gegenlicht, Frankfurt





Friedensbewegte in Hamburg – Foto: Ekkehard Negenborn

2 Von Ekkehard Negenborn

00000 Teilnehmer hat die Volksversammlung der norddeutschen Friedensbewegung auf dem Hamburger Rathausmarkt nach Angaben der Polizei gehabt, nach Angaben der Versammlungsleitung waren es 510 000, die Spätnachrichten des Fernsehens berichteten von 400 000. Wie auch immer, es war die größte Massenkundgebung in der Geschichte Hamburgs.

Keiner der zahlreichen Kundgebungsredner hat einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, insbesondere, wie es nach dieser Aktionswoche weitergehen soll, welche politischen und taktischen Fragen geklärt werden müssen, damit die Bewegung über das bisherige „Nein“-Sagen hinauskommt, wurde so gut wie nicht angesprochen. Kein einziger Redner hat in Hamburg etwa in aller Deutlichkeit von einer Perspektive der Blockfreiheit gesprochen. Im Unterschied zur Aggressivität der amerikanischen Politik etwa in Mittelamerika war die Aggressivität sowjetischer Politik praktisch kein Thema.

Lothar Zimmermann, Mitglied des DGB-Vorstandes, wies auf den Zusammenhang von Rüstungsausgaben und Sozialetat bzw. Arbeitslosigkeit hin und gebrauchte das Wort „Unverschämtheit“ für die bereits jetzt stattfindenden technischen Vorbereitungen für die Stationierung. Eine Vertreterin der Frauen der entlassenen HDW-Arbeiter betonte, daß die Erhaltung des Friedens Voraussetzung ist für den Kampf um Arbeitsplätze, Thomas Ebermann stellte fest, daß die USA eine waffentechnische Überlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt anstreben, Björn Engholm, schleswig-holsteinischer SPD-Spitzenkandidat, nannte Überlegungen der Reagan-Administration, einen begrenzten Atomkrieg führen können zu wollen, Wahnsinn und betonte „wir“ hätten kein

Superlative in Hamburg

Aktionswoche in Norddeutschland

Vertrauen in die Reagan-Regierung und auch nicht in die Bundesregierung. Ingrid Kurz, Vertreterin des „Hamburger Forums“ wies darauf hin, daß eine Pershing 2 nur fünf Minuten von Hamburg bis Leninograd brauche, die sowjetische Partnerstadt Hamburgs im Rahmen einer Städtepartnerschaft. Und so weiter

Was von der Kundgebung am stärksten nachwirken wird, ist die große Zahl der Teilnehmer. Die Friedensbewegung hat sich damit ihre Breite demonstriert, und das hat eine wichtige Innenwirkung.

Da die Teilnehmerzahl an der Volksversammlung so groß war scheint mir die Zahl der an den verschiedenen Blockaden Beteiligten ziemlich klein. Sieht man einmal von der Springer-Blockade ab, so hat es um die Blockaden aber auch keine großen Auseinandersetzungen gegeben.

Mir scheint, daß die relativ geringe Beteiligung an den Blockaden etwas damit zu tun hat, daß das Aktionsziel jeweils nicht hinreichend überzeugend gewesen ist.

Warum soll man blockieren, wenn es doch nur symbolisch ist? Es handelt sich dann um nichts weiter als um eine Demonstration. Das Besondere an einer Blockade, nämlich daß man für eine Weile den Zugang zu einer Einrichtung versperrt, geht mindestens ein Stück weit wieder verloren, weil man ja gewaltfrei blockieren will. Es ist also in die Macht des Blockierten gestellt, wie lange eine Blockade dauert, nämlich so lange, bis der Blockierte mit Hilfe der Polizei die Blockade beendet. Sobald also der Blockierte nicht mehr blockiert sein will, braucht er nur Anstalten zu machen, sich durchzusetzen, und die gewaltfreien Blockierer lassen ihn sich durchsetzen. Das Ganze ist dann noch mit dem Risiko behaftet, daß man Schläge von der Polizei bekommt oder sonstwie vom Staat belangt wird. Alles in allem sehr problematisch. Man kommt sich ein Stück weit wie ein Märtyrer vor dessen Stärke vor allem seine moralische Reinheit und sein moralischer Rigorismus ist.



Die Blockade der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese

Die Häuser in Blankenese sind vielfach gewaltige Villen, die Gärten sind ausgedehnte Parks mit großen alten Bäumen. Da fällt das geschlossene Waldstück gar nicht weiter auf, in dessen Mitte die Clausewitz-Kaserne liegt, der Sitz der Haupt-Kaderschmiede der Bundeswehr

Die ersten Blockierer wurden am Freitag, dem 21.10., morgens um Fünf vom Kommandeur mit Handschlag begrüßt, diejenigen Herren Offiziere, die es nicht vorzogen, in der Kaserne zu übernachten, waren gebeten worden, bereits um 4.30 Uhr zu erscheinen. Später Kommande mußten dann über die Blockierer hinwegsteigen, da sich die Blockade nur auf den Fahrzeugverkehr bezog.

Irgendwann gegen 6 riegelte die Polizei weitläufig die Straßen um die Kaserne herum ab und wollte nur solche Demonstranten durchlassen, die sich durchsuchen ließen. Es dauerte zum Teil bis 8.30 Uhr, bis die Demonstranten die Geduld verloren und nicht mehr in kleinen Trupps zu zweit oder zu dritt versuchten, durch den Wald an den Absperrungen vorbeizuschleichen. Der Polizei wurde schließlich ein Ultimatum von 10 Minuten gesetzt, dann werde man – selbstverständlich völlig friedlich – ihre Sperre wegräumen. Nachdem die Blockierer der Polizei auch noch versichert hatten, daß die mitgeführten Holzkreuze nur zu Demonstrationszwecken benutzt werden würden, gab die Polizei nach. Die beiden Tore der Kaserne wurden blockiert, unter Beteiligung zweier SPD-Bürgerschafts-Abgeordneter und eines SPD-Bundestagsabgeordneten. Dieser wurde dann ebenfalls per Handschlag vom Kommandeur begrüßt.

Fortsetzung folgende Seite

Die dreitägige Blockade der Carl-Schurz-Kaserne vom 13. bis 15.10. war ein Auftakt der Aktionswoche der Friedensbewegung und die größte Blockadeaktion neben der „Bildstörung“ in Hamburg. Viele Gruppen beteiligten sich; nicht alle in festen Bezugsgruppen organisiert und gewaltfrei trainiert. Hier schildern nun einige „Blockadeure“ ihre Eindrücke und Gedanken.

Was uns gleich bei der Ankunft in Bremerhaven auffällt, ist, daß die Stadt durch die Blockierer geprägt wird. Überall sieht man Leute, die entweder von den Blockadepunkten kommen oder dorthin gehen. Aber auch die Polizeipräsenz ist unverkennbar. Häufig vor beirassende Polizeikonvois sollen staatliche Gewalt demonstrieren. An allen Anschlagssäulen ermahnt der offene Brief von Oberbürgermeister Lenz „uns Gewalttäter“ friedlich zu bleiben. Als wir Freitagmittag am Blockadepunkt Wurster Straße ankommen, sind schon etwa 300 meist jugendliche Blockadeure dort versammelt. Sie sitzen oder stehen vor der martialischen Polizeiabsperrung: 2 Panzerspähwagen des BGS, Natodraht, Sperrgitter 2 Wasserwerfer Hubschrauber und eine lange Reihe von Bullenwannen. Auf unserer Seite hängen die verschiedensten Transparente in den Bäumen. Gar nicht so selten ist die Forderung nach „Blockfreiheit“. Als ein ungarischer Lastwagen die Blockade passieren will, bleiben die Demonstranten ruhig und diszipliniert. Der LKW dreht wieder ab. Auch der Schichtwechsel an der Blockade funktionierte hervorragend.

Wir wechseln nach Weddewarden, wo am Donnerstagabend so brutal von Hamburger Polizei geräumt wurde. Im Gemeindehaus wärmen wir uns ersteinmal auf. Überall im Ort sehen wir diskutierende Gruppen. In Weddewarden befinden sich etwa 1000 Blockierer: ihre Zahl steigt langsam auf 2000 an. Plötzlich gehen Gerüchte über eine bevorstehende Räumung um. In der Schule des Ortes nahe der Blockade rüstet die Polizei auf. Sie tritt auf dem Schulhof an. Wasserwerfer fahren hin und her. In der festgeschlossenen Blockade sitzen Autonome mit Helmen neben christlichen Pazifisten. Durch den fortwährenden Singsang einer Gruppe junger Christen fühlen wir uns leicht genervt. Hauptgesprächsstoff bei dieser christlichen Gruppe scheint zu sein, wie sie sich am besten gegen die Autonomen abgrenzen können.

Der Sprecherrat will von den Bullen erfahren haben, daß keine Räumung mehr beabsichtigt ist. Die Lage entspannt sich. Ein Kabarett bringt Bissiges und Lustiges zur „Friedfertigkeit“ der Friedensbewegung. Inzwischen zieht die Polizei aus der Schule ab und die Ab-

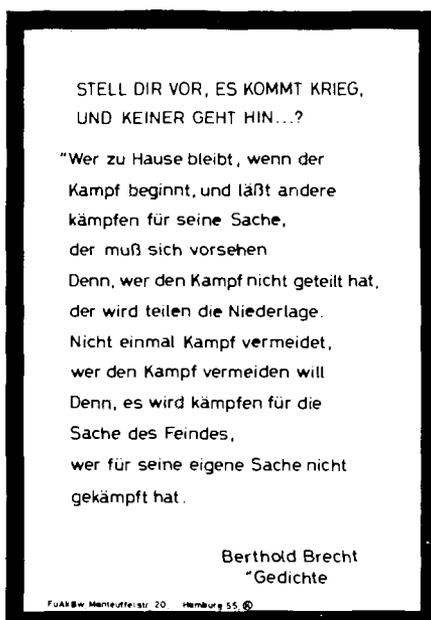
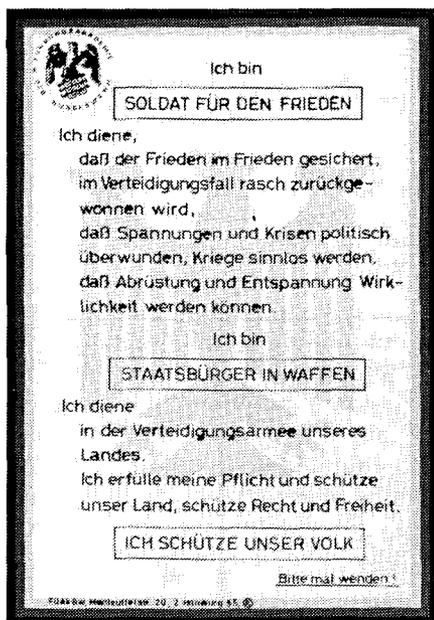
sperung wird zurückgenommen. Der Sprecherrat diskutiert, ob sofort nachgerückt werden soll. Man einigt sich darauf, zunächst abzuwarten. Gegen 2 Uhr nachts kriechen wir in unsere klammern Zelte, die auf einer Verkehrsinsel stehen.

Am Samstagmorgen ist die Blockade bis zur nächsten Polizeiabsperrung vorgerückt. Das gewohnte Bild ändert sich mit dem Eintreffen der ersten Demonstranten aus Hamburg. Lautsprecherwagen, offensichtlich von der DKP tauchen auf und plötzlich wird von Bezirksbezugsgruppen geredet. Reichlich Juso- und SDAJ-Fahnen gesellen sich dazu, die allerdings auf Beschluß des Sprecherrats der Blockade zunächst wieder eingerollt werden müssen. Vor allem DKP-Prominenz, aber auch führende Grüne zeigen sich. Gegen 12 Uhr wird die Menge unruhig, weil der BGS die Absperrung nicht räumt. Einige Leute skandieren: „Macht das Tor auf! Sollen wir räumen?“ Der DKP-Lautsprecherwagen mahnt stotternd zur Ruhe. Er bekommt Unterstützung von einem BGS-Offizier der ankündigt, daß er und seine Truppe ab 12 Uhr das Demonstrationsrecht gewährleisten wollen. Allgemeine Heiterkeit. Punkt 12 Uhr wird die Bullensperre geräumt. Die Massen wälzen sich voran – allerdings nur 200 m, denn der Lautsprecherwagen verkündet, die Blockierer sollen die Hafeneinfahrt besetzen, die Demonstranten „verharren“. Eine merkwürdige Anweisung, die nicht begründet wird. Trotz eindringlicher Ermahnung der Demoleitung setzen sich Gruppen in Richtung Kaserne ab. Sie wollen dem Demozug aus der Stadt entgegengehen und vor die Kaserne ziehen. Vor dem Haupteingang der gut gesicherten Kaserne sitzen die Blockierer aus der Wurster Straße. Noch ist die Stimmung gut, und es werden Lieder gesungen. Die Straße wird mit Parolen verziert. Die sinkende Stimmung der Versammlung vor dem Hafentor in Weddewarden veranlaßt die Demoleitung, die Demonstranten (nicht die Blockierer) endlich zur Kaserne vorrücken zu lassen. Die SPD- und DKP-Fahnen setzen sich in Bewegung, während andere bereits zu den Autos zurückgehen. Durch das lange „Verharren“ hat die Demoleitung Auflösungsstendenzen und Frust gefördert, statt eine einheitliche und kraftvolle Demonstration zu organisieren. Vermutlich hat sie Überängstlichkeit vor „Ausschreitungen“ (letzten Endes Staatstreue) bewogen, die Leute zurückzuhalten, statt sie in Richtung auf die Demo aus Bremerhaven in Bewegung zu setzen und die Züge zu vereinen. Dagegen hat das konsequente und entschlossene Vorgehen an den Blockaden während der drei Tage dem Staat entschlossene Ablehnung der Raketenstationierung signalisiert.

bem, Hamburg



Blockade in Bremerhaven. – Foto Franz Dick



Ein Flugblatt, Vorder- und Rückseite, herausgegeben von der Bundeswehrführung

Die Blockierer rissen vor dem Haupttor das Kopfsteinpflaster auf und schichteten die Steine zu symbolischen Massengräbern auf, die mit den mitgebrachten Holzkreuzen und Kränzen drapiert wurden. Auf dem Höhepunkt der Blockade beteiligten sich maximal 2000 Leute daran, während des größten Teils des Tages wesentlich weniger. Über viele Stunden kamen immer wieder Trupps von Offizieren zu den Blockierern, um mit diesen zu diskutieren, und manch ein Blockierer machte ihnen gegenüber einen ausgesprochen hilflosen Eindruck. Ein Flugblatt verteilten die Offiziere an die Blockierer und an die Vielen, die im Laufe des Tages mal so zum Gucken vorbeikamen: ein Bekenntnis der Offiziere zur Friedenssicherung durch Verteidigungsbereitschaft, zur politischen Lösung von Konflikten, zur Entspannung und Abrüstung auf der Basis der Verteidigungsbereitschaft, zur Pflichterfüllung beim Dienen und beim Schutz von Volk und Land und Recht und Freiheit, das ganze umrahmt von einem schwarz-rot-goldenen Streifen. Auf der Rückseite das bekannte Gedicht von Brecht „Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt, und läßt andere kämpfen für seine Sache“

Springer-Blockade

Wenn schon die Zeit der Blockaden ist, dann fällt einem natürlich bald die „Ur-Blockade“ vor 15 Jahren zu Ostern bei Springer ein.

Selbstverständlich betreiben Springers Zeitungen Kriegshetze, sind publizistische Raketenstützpunkte und ideologische Nachrüster oder Aufrüster. Das Entsprechende sind sie ja bei jeder politischen Frage. Insofern kann man sagen, ist es immer richtig, Springer zu blockieren, wenn irgendwas blockiert wird.

So oder so ähnlich mag es sich die DKP

überlegt haben, als sie ursprünglich die Idee mit der Springer-Blockade aufbrachte. In Hoffnung auf größere Akzeptanz bei sozialdemokratischen und christlichen Friedensfreunden hatte sie aber plötzlich besonders viel Angst davor, daß es nicht gewaltfrei zugehen werde bei Springer und nahm unter Nennung noch verschiedener anderer Gründe wieder einen weiten Abstand von dieser Aktion.

Nach anfänglichen Zweifeln, ob eine solche Aktion denn zu vermitteln sei, gewann sie nach und nach innerhalb der GAL immer mehr Freunde, bis wenige Tage vor der Aktion insbesondere der KB seine Position noch mal änderte und davon abriet, sich aber innerhalb des Koordinierungsausschusses der GAL nicht durchsetzte.

Keine Frage, daß alles, was irgendwie sich dem autonomen Lager zugehörig fühlt oder sich irgendwo dort einordnet, wo man früher Spontis vermutete, für diese Blockade war.

Thomas Ebermann und die Sprecherin der unabhängigen Friedensinitiativen riefen in ihren Reden während der Volksversammlung noch einmal zu der Blockade auf, der größte Teil des taz-Extrablattes, welches in Hunderttausender-Auflage verteilt wurde, stand ganz im Zeichen der Springer-Blockade.

Zwischen 5000 und 8000 Personen zogen im Anschluß an die Volksversammlung die etwa 1 km lange Strecke zum Springer Haus, welches schon am frühen Nachmittag im Umkreis von mehreren Hundert Metern abgesperrt worden war. In einer legalen Demonstration umkreiste der Zug den ganzen Komplex einmal, und überall vor den Polizei-Absperrungen blieben Leute stehen und sitzen. Alles in allem beteiligten sich an der nun dauernden stundenlangen Belagerung 5000 bis 6000 Menschen.

Es waren überwiegend jüngere Leute, aber auch ein gehöriger Anteil 30- bis 40-jähriger, die vor 15 Jahren auch schon da-

bei gewesen sein konnten. Im allgemeinen kann man sagen, daß es Leute waren, die sowieso was gegen Springerzeitungen haben.

An einigen Blockade-Punkten waren bestimmte Bezugsgruppen unter der Menge von Blockierern erkennbar, die meisten waren aber einfach so gekommen oder mit Freunden oder Kollegen, ohne sich als eine bestimmte Bezugsgruppe zu verstehen.

Irgendwann nach Einbruch der Dunkelheit wurde die Blockade dann durchbrochen. An einer großen blockierten Kreuzung wurde durch einen „beherzten“ (so die *Welt* am nächsten Montag) Einsatz dreier Hochdruck Wasserwerfer, etlicher Züge knüppelschwingender Polizisten ein Vorstoß gemacht, von den Blockierern geworfene Steine wurden prompt zurückgeworfen, freilich ohne daß diese sich etwa hinter Schilden oder durch Helme mit Visier und dicke Lederkleidung schützen konnten. Es war nur eine Sache von Minuten, dann verließen mehrere Lkw eskortiert von Polizeifahrzeugen mit großer Geschwindigkeit das eingeschlossene Gelände.

Dann ging es von Blockadepunkt zu Blockadepunkt. Bei dem nächsten größten war eine Stunde vorher Hamburgs Innenminister Pawelczyk aufgetaucht. Als er sich wie Napoleon vor die Polizeikette stellt, flogen vier oder fünf Eier durch die Luft, von denen ihn eines auf jeden Fall am Kopf streifte, bevor er hinter den Polizeischilden in Deckung ging.

Hier kam es nun zu ziemlich harten und länger andauernden Auseinandersetzungen mit der Polizei. Dabei gingen auch einige Scheiben eines anliegenden Bürogeschäftes zu Bruch, einige Büromöbel gingen auf der Straße in Flammen auf. Jeweils zweihundert bis dreihundert Polizisten rannten dann zum nächsten Blockadepunkt, dabei mit ihren Stöcken rhythmisch auf die Schilder schlagend, gefolgt von einem Wasserwerfer, sofern dieser durch die engen Straßen durchpaßte. An den jeweiligen Blockadepunkten wurde relativ kurzer Prozeß gemacht, falls die Blockierer nicht sofort aufstanden und wegrannten, wurden sie mit einem kurzen harten Knüppelinsatz dazu gebracht.

Alles in allem dauerte es vielleicht 1½ Stunden, und alle Blockade-Punkte waren in der Hand der Polizei. Die Blockierer sahen zu, daß sie einigermaßen unbeschadet geschlossen abzogen, wobei man noch ziemlich weit ging, weil ständig eine große Polizei-Streitmacht hinter dem Zug herkam, von der man noch einen Angriff auf den sich auflösenden Zug befürchtete.

Verglichen mit der großen Teilnehmerzahl und der Härte einiger Auseinandersetzungen ist die Zahl der Festnahmen mit 31 ziemlich gering.

Die Auslieferung der *Bild am Sonntag* ist

Wird die Bewegung in die SPD zurückintegriert?

Die Aktionswoche der Friedensbewegung und die „Volksversammlungen“, die sie abgeschlossen, haben sicher eines erreicht: Sie haben verdeutlicht, daß wirklich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ist – gerade auch im Kontrast zu den eher mickrig ausgefallenen 10000 Friedenstagen von CDU und CSU.

Die Breite des Protestes wurde diesmal deutlicher als zuvor – selbst wenn das nicht reichen wird für eine Verhinderung der Stationierung.

- Erstmals sprach auf der Bonner Volksversammlung ein Vertreter der Unionschristen „Schritte zur Abrüstung“, die zuvor eine Mahnwache vor ihrem Parteipräsidium organisiert hatten.
- Der Tag der Christen erreichte während der Aktionswoche vielfach die größte Beteiligung.
- Auch wenn es erst seit dem Regierungswechsel und im üblichen Gleichschritt mit der SPD möglich war, haben diesmal in Bonn auch viele ältere Gewerkschafter demonstriert.
- Akzente haben auch die gewaltfreien Blockaden vor Ort gesetzt, soweit sie nicht zu leerer Symbolik verkamen, bei der von vornherein klar war, daß die Funktionsfähigkeit des militärischen Apparats nicht beeinträchtigt werden soll.
- Und nicht zuletzt: Es kommt zwar nicht so sehr darauf an, was auf solchen Großkundgebungen wie in Bonn gesagt wird, aber es zeigt einen Meinungsumschwung, daß die meisten Redner sich diesmal nicht nur gegen die Nachrüstung, sondern gegen das gesamt Abschreckungssystem wendeten – mit am deutlichsten der Vertreter der Evangelischen Kirche der DDR.

Der schale Beigeschmack, den ich am Abend des 22. dennoch im Mund habe, rührt vor allem von zwei Fragen. Die erste, nach dem Auftritt Willy Brandts: Wieweit ist die Bewegung schon in die SPD zurückintegriert? Die zweite, nach den gewaltfreien Blockaden der Woche: Führt nicht die

Art, in der wir mittlerweile über Gewaltfreiheit reden und das staatliche Gewaltmonopol stillschweigend anerkennen, schon direkt in die „Verstaatlichung der Bewegung“?

Sicher brauchen wir jetzt jedes noch so wankelmütig-halbherzige „Nein“ zur Stationierung, auch von der SPD und sogar von Brandt. Es könnte auch beruhigen, daß die Bonner Kundgebung zeigte, daß die Zeit der „Willy, Willy!“-Rufe vorbei ist. Mindestens die Hälfte der Demonstranten quittierte Brandts halbes „Nein“ („nicht nachrüsten, sondern nachverhandeln“) und sein Bekenntnis zu Nato und Bundeswehr mit lauten Pfiffen.

Aber dennoch bleibt die Tatsache, daß Brandt auftreten konnte, fatal. Vor allem deshalb, weil für diejenigen, die die Friedensbewegten Eingeweide nicht kennen, Friedensbewegung erneut auf die parteipolitische Kontroverse SPD gegen CDU zusammenzuschrumpfen droht. Als während der Aktionswoche Egon Bahr, Alouis Mertens und Gert Bastian sich in der Kölner VHS ein Streitgespräch lieferten, protestierte schon fast niemand mehr gegen die verlogene Bahr-Formel, die Stationierung bedeute das „Scheitern des Nato-Doppelbeschlusses“

Die Grenzen des vom SPD-Vorstand angestrebten „Bündnisses“ SPD und Friedensbewegung sind dabei schon während der Aktionswoche deutlich geworden.

Selbst SPD-Bezirke, die seit Jahren gegen die Nachrüstung votieren, hatten zu den Aktionen der unabhängigen Friedensgruppen ein Verhältnis wie der Teufel zum Weihwasser

Mancher Linke in der SPD mag zwar damit sympathisieren, wenn mit Kasernenblockaden und anderen Aktionen die Allgegenwart des Militarismus deutlich gemacht wird, statt sich nur auf die neuen Raketen zu fixieren (man „steht“ ja in antimilitaristischer „Tradition“). Aber wichtiger ist allemal, sich durch das Bekenntnis zur Bundeswehr auf den Oppositionsbänken fit

zu halten für die Verwaltung der Regierungsgeschäfte in einem Nato-Land.

Die Tatsache, daß in Bonn nun zwar Brandt und die neue Friedenstauben des DGB-Vorstandes, nicht aber Repräsentanten der unabhängigen Friedensgruppen auftraten, muß vor diesem Hintergrund Alarm klingeln lassen.

Nicht minder obskur scheint mir, wie oftmals die Gewaltfrage gehandhabt wurde. Es erscheint einem schon makaber, wenn man mit 120 anderen Festgenommenen nach der Blockade des Kölner Heeresamts mit einem Ermittlungsverfahren wegen Nötigung entlassen wird und als erstes in der Lokalzeitung liest: „Kasernenblockade verlief gewaltfrei“ Sicher: Daß die Festnahmen bei dieser und anderen Blockaden in NRW geradezu moderat-komfortabel erfolgten, hängt nicht nur mit der „weichen Linien“ des Innenministers Schnoor zusammen, sondern auch damit, daß große Teile der Polizeibeamten sich unwohl dabei fühlen, Raketengegner wegzuräumen.

Von uns aus zu signalisieren, daß wir keine physische Gewalt anwenden wollen, hat sich als Voraussetzung erwiesen, um auch in diesem Apparat des Gegners etwas „Zer setzungsarbeit“ zu machen.

Nur: Der Gewaltbegriff schnurrt immer mehr darauf zusammen, alles als Nicht-Gewalt zu begreifen, was abgesegnet ist durch das staatliche Gewaltmonopol, die kommenden Prozesse, Polizeieinsätze, kurz den ganzen rechtsstaatlichen Repressionsapparat. Und mancher Friedensbewegte hat das staatliche Gewaltmonopol schon (oder noch) im eigenen Kopf.

Die leicht masochistische „Leidensbereitschaft“ mancher christlicher und gandhistischer Pazifisten ist für mich noch nie nachvollziehbar gewesen. Aber sie denken wenigstens noch daran, tatsächlich Sand ins Getriebe zu bringen. Hingegen vor der Hardthöhe mit der Polizei Fußball zu spielen und anschließend eine effektive Blockade zu verkünden, wie das Bonner Koordinationsbüro, übersteigt vollständig mein Fassungsvermögen. *Wolfgang Krüger*

durch die Blockade praktisch nicht verzögert worden. Es gibt jedoch Gerüchte, wonach der Durchbruch der Lkws nur eine Machtdemonstration war, während die *BamS* an einem anderen Druckort gedruckt worden sei. Nahrung haben diese Gerüchte durch bestimmte Äußerungen von Betriebsratsmitgliedern bekommen sowie durch Beobachtung von Journalisten innerhalb des abgesperrten Gebietes, wonach die für den

Druck der *BamS* normalerweise benutzten Maschinen nicht liefen. Die Springer Blockade ist wohl die am meisten umstrittene Aktion während der ganzen Woche gewesen. Sie wurde auch von sehr engagierten Kräften der Friedensbewegung strikt abgelehnt. So etwa von der Hamburger IG Druck, einer ausgesprochen linken Gewerkschaft, die auch durchaus keine legalistischen Attitüden hat, wie sie zum Beispiel

mit ihren Aufrufen zu den verbotenen Brokdorf-Demonstrationen gezeigt hat. Die Springer-Blockade war eine symbolische Aktion, eine Demonstration wie jede andere Blockade auch, auch wenn die Teilnehmer mit einem gewissen Durchsetzungswillen an die Sache rangingen und nicht aus Angst um die „Gewaltfreiheit“ vor der geringsten Auseinandersetzung mit der Polizei zurückwichen und die Aktion aufgaben.

Wir brauchen eine polnische Friedensbewegung

Wir brauchen eine polnische Friedensbewegung, mit der die Westeuropas einen Dialog aufnehmen könnte – und müßte. Die polnische Gesellschaft muß das zweideutige Schweigen beenden, das bei uns über der Frage der militärischen Rüstungen liegt. Es handelt sich um eine Grundsatzfrage: denn schließlich, sind wir nicht bereits Opfer der Drohungen mit einem künftigen Weltkrieg?

Das riesige Rüstungsprogramm, das es der Sowjetunion erlaubt hat, in Europa eine strategische Überlegenheit zu gewinnen, war nur möglich dank einer schrecklichen Kürzung der zivilen Ausgaben; es wird also auf dem Rücken einer bereits verarmten Bevölkerung betrieben. Aber auch wir zahlen den Preis und zahlen ihn täglich. Die Wirtschaftskrise Polens ist nicht allein das Resultat einer schwachsinnigen Politik des Kaufs ausländischer Lizenzen. Milliarden Zloty werden durch die Rüstungsproduktion allein verschlungen. Sowjetisches Militärmaterial wird auch bei uns produziert: in Skarzysko, in Radom, in Stalowa Wola, in hunderten anderer Fabriken. Wir bezahlen



„Wir haben eine stürmische Zeit durchlebt. In den Blicken ist zuviel Hass. Es ist an der Zeit, sich die Hände zu reichen“
(General Jaruzelski am 22.7.83)

all dies, aber niemand hat uns gefragt, ob wir lieber Butter oder Kanonen produzieren wollen! Das also wäre er erste Grund, warum wir eine polnische Friedensbewegung brauchen.

Zweitens vergessen wir nicht, daß die polnische Armee die Rolle einer Besatzungsarmee im eigenen Land spielt, und daß sie diese Rolle 1968 in der Tschechoslowakei gespielt hat. Das Prestige der Uniform, das bei Generationen von Polen so stark gewirkt hat, wird heute gegen uns verwendet. Die Proklamation des Kriegsrechts wäre ohne sowjetische Unterstützung nicht

möglich gewesen, und es entspricht sowjetischen, nicht polnischen Interessen.

Drittens – in diesem Punkt stimme ich mit der offiziellen Propaganda überein – ist Polen durch die Nato-Raketen effektiv bedroht. Wir dürfen uns keine Illusionen darüber erlauben: wenn ein Angriff gegen Westeuropa von unserem Territorium ausgeht, wird die Antwort des Westens prompt und für Polen verheerend sein. Wir haben also jedes Interesse, die Entstehung einer solchen Situation zu verhindern und mit allen unsern Kräften danach zu streben, unser Land aus dem System aggressiver Militärallianzen, in das es eingebunden ist, zu befreien.

Viertens schließlich benutzt das Regime hartnäckig die Friedenslogans in seiner Propaganda. Wenn wir zu dieser Frage schweigen, kann sie damit, vor allem unter Jüngeren, sogar einen gewissen Erfolg erzielen. Ich sehe keine Gründe, in Zukunft die Frage des Friedens an die Roten „auszuliefern“, so wie wir ihnen schon den 1. Mai haben ausliefern müssen.

Einen Dialog aufnehmen

Was müßten die Hauptziele einer polnischen Friedensbewegung sein?

Sie müßte zunächst und vor allem eine Bewegung gegen die Unterdrückung sein. Das ist eine grundlegende Frage. Der Frieden wird nicht allein durch Atombomben bedroht, sondern ebenso durch den Krieg in Afghanistan, durch den Kriegszustand in Polen, durch die Auslöschung aller Bestrebungen nach Selbstbestimmung im ukrainischen, bjelorussischen und all den andern Völkern der Sowjetunion. Auch durch die Teilung Deutschlands übrigens. Die SS-20-Raketen und die Pershings sind nur eine Konsequenz dessen.

Eine solche Bewegung müßte einen Dialog mit den Friedensbewegungen im Westen aufnehmen, was nicht leicht sein wird. Aber wenn diese in den Augen ihrer eigenen Gesellschaften glaubwürdig sein wollen, dann können sie diesem Dialog auch nicht ausweichen.

Unsere Bewegung müßte die Lehren aus den Irrtümern anderer pazifistischer Bewegungen auf dieser Seite des eisernen Vorhangs ziehen. Sie muß gleichzeitig mit ihnen zusammenarbeiten, weil die Bedrohung uns allen gilt.

Es muß eine politische (und nicht nur eine moralische) Bewegung sein. Sie muß sich auf das Streben des polnischen Volkes nach

FRIEDENSDISKUSSION IN POLEN

Die auf diesen beiden Seiten dokumentierten Texte stammen aus der Mai-Nummer der Zeitschrift TU TERAZ (Hier und Jetzt), die vom »Komitee des gesellschaftlichen Widerstandes« (KOS) herausgegeben wird, einer der wichtigsten Gruppen, die im Umfeld der in den Untergrund gedrängten »Solidarność« entstanden sind. Der Name verriet den programmatischen Bezug auf die Tradition der »gesellschaftlichen Selbstverteidigung«, die vor 1980 vom KOR und anderen Gruppen organisiert wurde. »Dawid Warszawski« ist das Pseudonym eines der meistzitierten Kommentatoren. Die ganze Mai-Nummer war der Auseinandersetzung mit Friedensfragen gewidmet.

Es ist eine neuere Entwicklung in der Strategiediskussion der »Solidarność«, daß die westliche Friedensbewegung als eine »Chance in der Suche nach einem »Ausweg aus einer ausweglosen Situation« in die Überlegungen aufgenommen wird, oder gar von der Schaffung einer polnischen Friedensbewegung die Rede ist. Schließlich waren die Panzer am 13. Dezember 1981 ja für die »Erhaltung des Weltfriedens« gerollt, wie Jaruzelski verkündet hatte. Und so schien es auch die westeuropäische Friedensbewegung zu sehen: Polen muß unter Kriegsrecht gestellt werden, damit der Weltfrieden erhalten bleibt.

Inzwischen scheint das Bewußtsein darüber gewachsen zu sein, daß die Gefahr eines neuen Weltkriegs nicht eine bloße Lüge der eigenen Propaganda zwecks Einschüchterung ist, und daß auch die westliche Friedensbewegung nicht als bloße »Appeasement«-Reaktion auf sowjetische Drohungen anzusehen ist. Das Auftreten einer Friedensbewegung in der DDR dürfte ebenfalls zu dieser Öffnung der Diskussion beigetragen haben. Dennoch ist aus den nachstehend abgedruckten Texten deutlich abzulesen, daß der Ansatzpunkt der Diskussion in der polnischen Bewegung des gesellschaftlichen Widerstands ein anderer ist als in der westdeutschen Friedensbewegung. Eine »blockübergreifende« Bewegung kann erst entstehen, wenn die realen Differenzen in einem offenen Dialog zur Sprache gebracht und ausgetragen werden. Gerade dazu fordert — erstmalig! — der Offene Brief des KOS (Komitee des gesellschaftlichen Widerstandes) aus Warschau auf.

G. Koenen

Souveränität gründen. Ich glaube, daß die organisatorische Basis einer solchen Bewegung schon existiert: die »Solidarität« im Untergrund. Da diese Bewegung, die ursprünglich gewerkschaftlich war, die Funktion einer Vertretung auch anderer Bestrebungen der Bürger angenommen hat und zu einer gesellschaftlichen Bewegung mit starkem politischen Einschlag geworden ist, könnte sie sehr wohl auch ein Forum werden, in dem sich die Ziele und Bestrebungen einer polnischen Friedensbewegung Geltung verschaffen könnten.

Brief an die Mitglieder der Friedens- und Antiatombewegung in Westeuropa

Der Weltfrieden ist bedroht. Die Gefahr einer atomaren Vernichtung liegt über allen Völkern der Erde. Der hemmungslose Rüstungswettlauf richtet sich gegen die Interessen aller Menschen unabhängig davon, wo sie leben. Er bedroht Euch, die Bewohner Westeuropas, ebenso wie uns, die Bewohner Osteuropas.

Mit Achtung also und mit Verständnis verfolgen wir Euren Protest gegen den wachsenden Irrsinn der Rüstungen, gegen den Ausbau des atomaren Potentials in der Welt. Euren Protest betrachten wir als Verteidigung des elementaren Menschenrechtes, des Rechts auf Leben.

Ähnlich wie Ihr sind wir davon überzeugt, daß Krieg der Welt nichts außer Tod und Vernichtung bringen kann. Ähnlich wie Ihr sagen wir NEIN zum Rüstungswettlauf. Wir sind uns bewußt, daß der weitere Ausbau des atomaren Potentials auf beiden Seiten der Grenze zwischen den beiden großen Militärblocken uns alle mit unübersehbaren Konsequenzen bedroht.

Wir sind jedoch der Meinung, daß der Protest gegen die Kriegsgefahr nur dann wirkungsvoll ist, wenn er von Menschen auf beiden Seiten der Grenze zwischen den Machtblöcken aufgenommen wird und wenn er sich auf ein gemeinsames Forderungsprogramm stützen kann. Wir sind der Meinung, daß die Forderung, das Verteidigungssystem der Länder des Nord-Atlantischen Bündnisses nicht weiter auszubauen, ohne eine Forderung nach Abbau des militärischen Potentials des Warschauer Paktes der Sache des Friedens nicht dient.

Eurer Protest gegen das Wettrüsten wird gegenwärtig durch die Regierungspropaganda in den Ländern des Ostblocks ausgenutzt indem er als Forderung nach einseitiger Beschränkung der Rüstungen des Westens dargestellt wird. Auf diese Weise will das totalitäre kommunistische System die Friedensbewegung in den westlichen Ländern für seine aggressiven, auf Gewalt beruhenden Handlungen und Ziele ausnutzen. Das tragische Merkmal unserer Zeit ist, daß Menschen guten Willens, die aufrichtig für die Verteidigung des Friedens engagiert sind, der Gefahr der Manipulation durch diejenigen ausgesetzt sind, die die schlimmste Form des Militarismus repräsentieren.

Die von der UdSSR betriebene Expansionspolitik stützt sich auf militärische Erpressung und eine die Tatsachen verfälschende aggressive Propaganda. Zu diesen Formen der Erpressung haben totalitäre Regime im übrigen immer gegriffen. Wir Polen sind, ähnlich wie die Afghanen, Tschechoslowaken, Ungarn und andere der UdSSR unterworfenen Völker, Opfer einer solchen Erpressung. Die militärische Machtstellung des Warschauer Paktes beruht auf der fortschreitenden materiellen Verelendung und der Unterdrückung von Millionen Menschen in der UdSSR und den anderen Ländern des sogenannten „realen Sozialismus“. Das Programm zum Ausbau des Militärpotentials kann in den Staaten dieses Systems praktisch ohne alle Hindernisse realisiert werden,

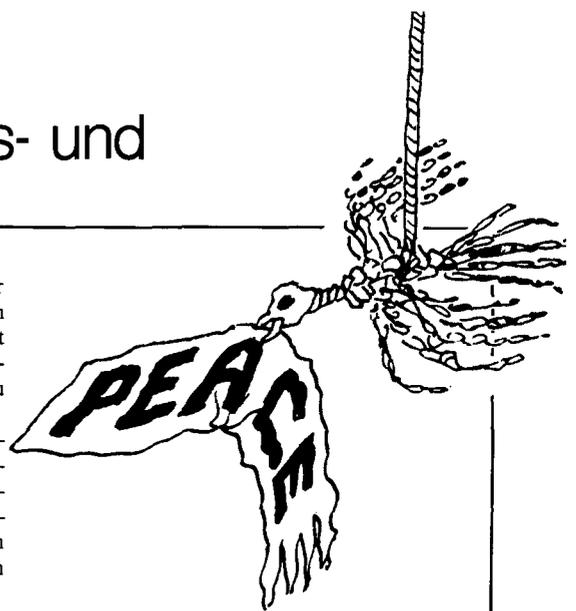
da es keine Institutionen gesellschaftlicher Kontrolle gibt, die Höhe der militärischen Ausgaben nie öffentlich bekannt gemacht wird und die gesamte zentral verwaltete Wirtschaft ohne Beschränkung für den Aufbau dieses Potentials eingesetzt werden kann.

Ein charakteristisches Merkmal des Totalitarismus ist die Mißachtung der gesellschaftlichen Meinung durch eine verlogene und aggressive Propaganda, die auf keine Tatsachen zu achten braucht, können imperialistische Vorhaben unter der Parole vom „Kampf für den Frieden“ oder „Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker“ in die Tat umgesetzt werden. Diese Losungen sind der propagandistische Vorhang für gewalttätige Handlungen jeder Art. Krieg bedeutet für uns also nicht nur die Perspektive von Zerstörung. Er bedeutet für uns auch, in den Reihen einer Armee sterben zu müssen, die für uns fremde, imperialistische Ziele eines totalitären Systems kämpft.

Wenn die Friedensbewegung unser gemeinsamer Protest gegen die Kriegsgefahr sein soll, dann muß sie sich auf ein gemeinsam durchdachtes Programm von Forderungen stützen, das auch die Realitäten des Systems berücksichtigt, worin die von der UdSSR unterworfenen Völker leben müssen. Es muß also den Protest gegen die unbeschränkte, keiner gesellschaftlichen Kontrolle unterworfenen Rüstungen in den Warschauer Pakt-Staaten berücksichtigen, ebenso wie die Forderung nach einer Reduzierung des atomaren Potentials des Ostblocks.

Eine Bewegung zur Verteidigung des Friedens, die gegen den Ausbau der Militärmacht des Warschauer Paktes gerichtet ist, ist nach der Gesetzgebung des Ostblocks Hochverrat, der mindestens mit langjährigen Gefängnisstrafen geahndet wird. Wir dürfen nur „um den Frieden kämpfen“ indem wir die Abrüstung bei „unseren Feinden“ fordern. Dies macht es unmöglich, in einem Land unseres Lagers öffentlich und aufrichtig für die Verteidigung des Friedens einzutreten. Wir werden dies trotzdem tun.

An Euch wenden wir uns mit dem Appell,



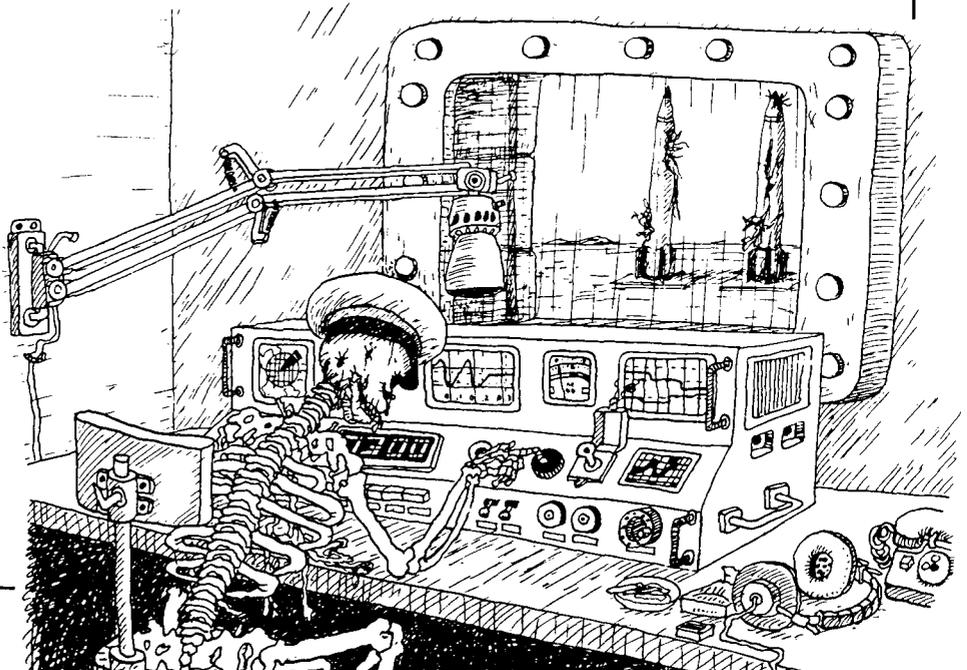
daß Ihr bei Eurem Eintreten gegen die Stationierung der Pershing- und Cruise-Raketen in Westeuropa auch die Forderung nach Begrenzung der militärischen Rüstungen des Warschauer Paktes erhebt, vor allem aber nach Vernichtung der gegen Eure Städte gerichteten SS-20-Raketen. Wir rechnen auf Eure Unterstützung in unserem Kampf, den wir notgedrungen aus dem Untergrund gegen eine totalitäre Macht führen, die heute die entscheidende Bedrohung für den Weltfrieden darstellt. Die Friedensbewegung erwächst aus dem moralischen Protest gegen die Gewalt sie kann daher ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie von denjenigen ausgenutzt wird, deren Macht sich ausschließlich auf Gewalt stützt.

Wir wollen das gleiche wie ihr. Wir wollen in Frieden leben, im Gefühl der Sicherheit, unter Bedingungen, die uns die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte garantieren. Um die Welt, in der wir leben, menschlicher zu machen, sollten wir unsere Anstrengungen vereinen. Möge die internationale Solidarität derer die in Frieden leben wollen, sich ausdrücken im gemeinsamen Handeln gegen alle Akte der Gewalt, der Erpressung und des Unrechts, die in der Welt begangen werden.

Wir warten auf Eure Antwort, die einen Ausgangspunkt für unsere zukünftige gemeinsame Arbeit zur Verteidigung des Friedens bilden könnte.

Warschau, 9. Mai 1983

KOMITEE DES GESELLSCHAFTLICHEN WIDERSTANDS (KOS)



Kommune: R. Ascheberg hat in den *Modernen Zeiten* in einer Einschätzung der hessischen Landtagswahlen geschrieben: „Es bleibt alles beim alten, so könnte man das hessische Wahlergebnis zusammenfassen.“ Seht Ihr das auch so?

Jochen Vielhauer: Wenn wir davon ausgehen, daß sich die FDP im Grunde genommen sehr festgelegt hat auf Verbindung mit der CDU und ja auch nur über die CDU reingekommen ist, von daher gesehen nichts anderes als eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der CDU ist, dann sind, außer daß sich die Zahlenverhältnisse ein bißchen geändert haben, die hessischen Verhältnisse geblieben. Allerdings hat sich natürlich dadurch, daß eine vierte Partei hineingekommen ist, auch eine neue Spielart als Möglichkeit ergeben, nämlich die Rückkehr zu der alten sozial-liberalen Koalition. Es ist ja auch bei so einer FDP nie ganz auszuschließen, daß sie nicht über kurz oder lang wieder umfällt, aus ganz bestimmten machtpolitischen Interessen heraus. Von daher ist die Situation grundsätzlich dieselbe geblieben, aber mit einer größeren Variationsbreite gegenüber dem, was im letzten Jahr möglich war. Da gabs ja nur die Möglichkeit: große Koalition oder aber grün-rote, wenn man so sagen kann, Zusammenarbeit.

Jürgen Engel: Also unterstrichen: *Nach wie vor hessische Verhältnisse.*

Kommune: Findet Ihr nicht, daß sich die Stellung von Börner und SPD gegenüber den letzten Landtagswahlen doch grundlegend geändert hat. Zwar hat er sein Wahlziel nicht erreicht, die absolute Mehrheit, und ist insofern nicht allein regierungsfähig, aber da ja die Neuwahlen durch die CDU hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt herbeigeführt worden sind, daß eine geschäftsführende Regierung länger nicht tragbar sei, ist doch jetzt seine Legitimationsbasis ganz anders: Als geschäftsführender Ministerpräsident hat er die Wahlen gewonnen und die SPD ist jetzt wieder zum erstenmal seit 15 Jahren stärkste Partei. Das schafft ihm doch einen ganz anderen Spielraum.

Engel: Nach meiner Einschätzung nur kurzfristig. Es ist natürlich so, daß Börner und der ihn tragende Flügel der SPD erstmal gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen sind. Aber nach wie vor glaube ich, daß sich der Druck innerhalb der SPD eher noch verstärken wird. Ich nehme ernst, daß die SPD erkannt hat, daß sie sich in vielen Bereichen einfach auf neue Gegebenheiten einlassen muß. Wie Ökologiebereich, friedenspolitischer Bereich. Es geht darum, in welcher Form das jetzt in Politik umgesetzt wird.



Kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD oder das »große Schlucken«?

Um den Kurs der Grünen im hessischen Landtag

Langsam wird es spannend in Hessen. Kann durch die Grünen über »kontinuierliche Zusammenarbeit« mit der SPD und über eine darauf beruhende SPD-Regierung was Substantielles zur Verwirklichung grüner Ziele zustandegebracht werden? Was alles wird die SPD den Grünen zumuten können mit der Drohung einer großen Koalition unter dem Verhandlungstisch? Der Landesvorstand der SPD hat jetzt einen Beschluß gefaßt, mit allen im Parlament vertretenen Parteien in Verhandlungen über Sachfragen einzutreten. Der Beschluß, keine Koalition einzugehen, müsse revidiert werden. Die verbalen Verhandlungsziele der SPD sind: »Für Arbeitsplätze — gegen Arbeitslosigkeit, für soziale Gerechtigkeit — gegen Umverteilung von unten nach oben; für gleiche Bildungs- und Berufschancen — gegen Bildungsprivilegien, für Frieden mit der Natur — gegen Waldsterben und Umwelterstörung; für mehr Selbstverwaltung in den Gemeinden.« Weiterhin solle zur Politik der Bundesregierung ein Gegengewicht gebildet werden. Wallmann hat für die CDU ein Verhandlungsangebot an *alle* Parteien als unernsthaft bezeichnet. Die Grünen haben den

Beschluß des SPD-Landesvorstandes begrüßt und den 14. November als ersten Verhandlungstermin angeboten. Von Seiten der SPD verlautet, Öffentlichkeit brauche kein Hindernis für Verhandlungen sein, wenn nicht unbedingt auf dem Marktplatz verhandelt werden solle. Richert, DGB-Vorsitzender und Mitglied des SPD-Landesvorstands, bezeichnete in einem Interview »koalitionsähnliche Vereinbarungen« mit den Grünen als »beste Lösung«. Es ist klar daß dahinter als »einzig praktikable Lösung« eine Koalition mit der CDU lauert, wenn die Grünen »Irreales« fordern. In der letzten *Kommune* veröffentlichten wir einen Kommentar von Gegnern des neuen Kurses des grünen Landesverbandes und einen skeptischen Artikel aus der Redaktion. Jetzt veröffentlichen wir ein Gespräch der *Kommune* mit Jürgen Engel und Jochen Vielhauer von der grünen Landtagsgruppe. Für die Redaktion nahmen daran Michael Ackermann und Joscha Schmierer teil. Hubert Kleinert, Marburger Grüner und über die Landesliste Hessen Abgeordneter im Bundestag, setzt sich mit dem Artikel von Joscha Schmierer in der letzten *Kommune* auseinander

ROT-GRÜNES HESSEN?

Vielhauer: Im Grunde genommen ist das ein Phyrrussieg gewesen, weil ja von der SPD in der Hoffnung, das grüne Wählerpotential abzuschöpfen und die Grünen aus dem Parlament rauszukriegen, ein ökologisch orientierter Wahlkampf gestartet worden ist. Das heißt auf der einen Seite eine Stärkung dieses Börnerflügels – also Börner ist etwas unantastbarer geworden durch diesen „Wahlsieg“, auf der anderen Seite aber ein Festnageln auf ganz bestimmte, zumindest sich ökologisch gebende Themenbereiche. In diesem Spannungsfeld steht jetzt die SPD. Auf der einen Seite der Druck von unten, das endlich anzugehen. Das ist ja auch das Zeichen des Hessen-Süd-Parteitag. Und auf der anderen Seite, daß die Positionen der Männer um Börner so leicht nicht zu erschüttern sind. Das ist ein Spiel innerhalb der SPD, was diesen scheinbaren Wahlsieg noch zum Phyrrussieg machen kann.

Engel: Zumal ja noch die nächsten Kommunalwahlen vor der Tür stehen. Wenn die Grünen einen festen Wählerstamm haben, dann ist davon auszugehen, daß sie bei den nächsten Kommunalwahlen auf jeden Fall in sehr viele Rathäuser einziehen werden und zwar stärker als bei den letzten Kommunalwahlen. Das heißt, hessische Verhältnisse auch auf unterster Ebene.

Kommune: Ihr glaubt also nicht, daß die jetzigen Wahlen von seiten der Wähler im wesentlichen einen defensiven Aspekt hatten gegenüber der bereits vollzogenen Wende in Bonn? Von dorther ist doch auch die Stärkung der Sozialdemokratie gegenüber den Grünen mit zu erklären. Was hat das für einen Einfluß auf die Möglichkeiten der Grünen, gegenüber der SPD überhaupt noch Initiative zu entfalten? Meiner Meinung nach sind sie wesentlich schlechter als nach den letzten Landtagswahlen und vor den Bundestagswahlen.

Vielhauer: Ich würde sogar eher sagen, daß die Position stärker geworden ist. Gerade aus dem Punkt heraus, daß im Grunde genommen viele jetzt zur SPD gekommen sind – und da gebe ich dir recht aus einer defensiven Position heraus. Der Wunsch, ich will gemeinsam mit der SPD positive Durchsetzungsstrategien entwickeln – gut, von der SPD war es eh nicht zu erwarten, von den Grünen auch nicht – es konnte meiner Ansicht nach nicht phantasievoll genug angegangen werden. Aus den unterschiedlichsten Begründungen. Jetzt gibt es diese Abwehrhaltung gegen das, was von Bonn kommt. Damit hat die SPD ihren Wahlkampf geführt. Und nun muß das auch eingelöst werden. Die einzigen, die sich anbieten, daß zumindest diese Abwehrpolitik eingelöst werden kann, wären die Grünen. Wir gehen aber nur von ei-

ner Negativbestimmung aus, d.h. nur einer Abwehr der Bonner Rechts-Politik, weil so viel attraktiver war ja vorher die SPD-Bundespolitik auch nicht. Im Grunde ist der Druck, mit dieser Abwehrpolitik auch positive Inhalte zu verbinden, viel größer geworden. Von daher empfinde ich diesen Rückgang von acht auf sechs Prozent den wir jetzt haben, gar nicht so als Niederlage.

Kommune: Wer parlamentarisch was bewegen will, der wählt doch die Grünen. Unter diesem Gesichtspunkt bedeuten die zwei Prozent Rückgang bei den Wahlen auch qualitativ was: daß innerhalb der Wähler eine konservative Haltung Platz gegriffen hat und daß den Grünen weniger Initiative und Möglichkeiten zugetraut worden sind, um überhaupt was Neues in Gang zu bringen. Es ist freilich sowieso noch ziemlich unbestimmt bei den Wählern, was das jetzt genau zu sein hätte.

Vielhauer: Das ist der Knackpunkt. Die Frage, welche irrationalen Hoffnungen und Forderungen eigentlich so dahinter stecken, wenn Leute ihr Kreuz machen.

Kommune: Wenn bestimmte Vorschläge von seiten der CDU oder SPD bei den Leuten ankommen, dann kann man doch nicht einfach sagen, das ist ein irrationaler Glaube der Leute an Verbesserungen z.B. auf dem Arbeitsmarkt, sondern muß auch sehen, ob da nicht Schwächen der Politik der Grünen gegenüber diesen Hoffnungen zum Ausdruck kommen.

Vielhauer: Im Grunde sprichst du nichts anderes als eine Vermittlungsschwäche an. Die betrifft im Grunde genommen Minoritäten immer. Es sei denn, man nimmt sich ihrer an. Das heißt, wenn Protestbewegungen einen bestimmten Grad von Anerkennung erfahren haben, dann klappt die Vermittlung besser, über das ganze Medienspektrum usw. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Natürlich kommt in einer Situation, wo unheimlich viele junge Leute keinen Ausbildungsplatz finden, so eine Forderung wie „Wir müssen Ausbildungsplätze schaffen“ vordergründig erstmal an. Und die Bemerkung, die Grünen haben dazu nichts zu bieten, kommt auch an, weil sie in der Tat stimmt. Wir haben in diesem System – es fehlen Ausbildungsplätze, schafft mal welche – nichts zu bieten. Auf der Ebene wollen wir ja nicht ansetzen. Daß wir einfach sagen, so wie es die SPD in ihrem technokratischen Verständnis macht: da schieben wir soundsoviel Millionen Mark raus, von denen Lehrstellen geschaffen werden können. Da wird im Grunde genommen nur auf den quantitativen Aspekt gesehen. Wenn wir allerdings sagen, unser Hintergrund zur Arbeitsmarkt- und dann Lehrstellenpolitik ist eine Wegbewegung von der Arbeitsgesellschaft

– also Leben ist nicht definiert über Arbeit, sondern Arbeit definiert über Leben, dann kann ich auch nicht so einfach rangehen und sagen, ich subventioniere irgendwelche Ausbildungsplätze, sondern ich muß mir grundsätzlich Gedanken machen, wie kann ich Leuten ihre Freiheit, sich einen Ausbildungsplatz zu suchen, überhaupt erst wieder schaffen. Also andersherum: Wir hätten mit einer Forderung kommen können, statt zweitausend Lehrstellen zu schaffen und dafür Geld rauszuschieben, zweitausend arbeitslose Jugendliche oder viertausend, oder meinetwegen auch zehntausend, erst einmal ein monatliches Einkommen zu garantieren, das ihnen erstmal eine gewisse Unabhängigkeit vom Elternhaus und von Arbeitgebern, von Schule usw. gibt. Denn nichts anderes symbolisiert ja Arbeit. Arbeit symbolisiert in den Köpfen von Jugendlichen derzeit nichts anderes als ein Stück mehr Freiheit. Aber nur deswegen, weil sie dann Geld für diese Arbeit kriegen. Das ist der Punkt. Und würde ich jetzt sagen, o.k., ich stell dich finanziell in eine Situation, in der du frei entscheiden kannst, dann würde sich diese Lehrstellenfrage ganz anders stellen. Dann würden die Leute viel selbstbewußter an Lehrstellen rangehen können. Nur mit solchen politischen Forderungen in dieser Situation nach draußen zu gehen, würde zunächst einmal auf ein unheimliches Unverständnis stoßen, weil das gar nicht den Bewußtseinsstand der Leute trifft. Das ist genau das Vermittlungsproblem.

Kommune: Das ist nicht einfach ein Vermittlungsproblem, sondern das ist auch ein inhaltliches Problem, was sich ja dann in bezug auf die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD noch stellen wird.

Vielhauer: Laß mich zum Wahlergebnis noch einen Aspekt einflechten, den ich für äußerst wichtig halte. Was stattgefunden hat im letzten Jahr, oder im Vergleich zum letzten Jahr, ist ein Domestizierungsprozeß von Widerstand. Die Startbahnbewegung war ja nicht nur Widerstand gegen die Abholzung von Bäumen, sondern es ging ja darüberhinaus. Das war ein sozialer Widerstand, der sich nicht hat die Form diktieren lassen. Auch wenn es immer wieder versucht worden ist. Wenn ich jetzt die Erbärmlichkeit sehe, die sich teilweise in der Friedensbewegung zeigt, in der Anpassung an vorgegebene Widerstandsformen. Das deutet darauf hin, daß auch in den sozialen Bewegungen eine Bewußtseinsänderung stattgefunden hat, die ich erstmal nur beschreiben kann als eine Domestizierung dieses Widerstandsbewußtseins.

Kommune: Bisher ging es uns um die Situation, in der der Marbacher Beschluß gefaßt wurde. Jetzt zum Beschluß selber. Was ist eigentlich der Unterschied zwischen „konti-

nuerlicher Zusammenarbeit“ wie ihr sie jetzt mit der SPD anstrebt, und einer Koalition?

Vielhauer: Kontinuierliche Zusammenarbeit würde ich eher im Gegensatz oder als Erweiterung zu dem sehen, was wir punktuelle Zusammenarbeit genannt hatten. Ein Beispiel: Der Ausstieg aus der Atomenergie. Punktuelle Zusammenarbeit hieße, wir einigen uns darauf, oder wir sagen, wir wollen uns darauf einigen, beim Ausstieg aus der Atomenergie punktuell zusammenzuarbeiten. Was heißt das eigentlich konkret, wenn ich mir vorstelle, wie läuft der Ausstieg aus der Atomenergie. Den halte ich erstmal für eine kontinuierliche Veränderung und die Umsetzung eines anderen Energieversorgungsprogramms. Nicht den technischen Ausstieg – das heißt sofortige Abschaltung von Biblis A und B zum Beispiel – aber den machtpolitischen Ausstieg aus der Atomenergie kann ich nur darüber erreichen, daß ich als Alternative unsere Vorstellungen einer anderen Energieversorgung aus unseren Köpfen raus in die Köpfe derjenigen reinbringe, die dafür möglicherweise ihre Hand heben können. Das mach ich zum Verhandlungsgegenstand. Das heißt, ich muß mich festlegen auf einen Zeitraum, wo ich sage, da und da will ich die und die Schritte einer anderen Politik verwirklichen. Ich will eine Kontinuität der Veränderung herstellen. Insofern benenne ich eigentlich jetzt das, was hinter punktuelle Zusammenarbeit als Hoffnung steht, nur mit dem richtigen Begriff. Kontinuierliche Zusammenarbeit heißt nichts anderes, als daß ich mich darauf verlassen kann, wenn ein Verhandlungsergebnis tatsächlich herauskommt, wird es auch umgesetzt. Punktuelle Zusammenarbeit heißt, um Erfahrung vom letzten Jahr fortzuschreiben, zu sagen, o.k., wir verabschieden mit euch zusammen das Vorschaltgesetz, dafür führen wir dann später die Grundsatzgespräche. Da wir aber nur punktuelle Zusammenarbeit an diesem Punkt gemacht haben, kommt eine Woche später ein Rollback mit Eltville, die Gespräche sind überhaupt nicht mehr Gegenstand der Debatte und wir haben kein Faustpfand in der Hand, wo wir sagen können und auch nach außen hin deutlich machen können, hier das und das ist aber im Rahmen einer bestimmten politischen Entwicklung festgeschrieben worden.

Engel: Bei kontinuierlicher Zusammenarbeit ist eben auszuloten, ob, und unsererseits dann auch auszuschließen, daß es zu solchen Sachen kommen kann wie Eltville. Das heißt, wenn wir darüber reden, eine andere Verkehrspolitik, ein anderes Energiekonzept oder im sozialen Bereich eine andere Politik einzuleiten, daß man sich nicht an einer Frage, an irgendeinem Gesetz oder

was es auch immer sein mag, darüber einigt, zusammen abzustimmen, und dann ist erstmal Feierabend, im Gegenteil, du kriegst noch einen Tritt in den Hintern kontinuierliche Zusammenarbeit setzt voraus, daß du eben von vornherein klärst, punktuell das und das und das, aber ausblickend eben ausschließt, daß du das, was du vorher beschlossen hast, wieder umkehrst.

Kommune: Das heißt doch, daß so eine kontinuierliche Zusammenarbeit ein erhebliches Maß an konzeptioneller Übereinstimmung zwischen den beiden Parteien voraussetzt.

Vielhauer: Ja, in den Bereichen, wo eine kontinuierliche Zusammenarbeit anzustreben versucht wird. Es wird bestimmte Bereiche geben, da dürfen wir uns keine Illusion machen und auch keine Illusion nach außen

verbreiten, wo das zumindest auf absehbare Zeit nicht funktionieren wird.

Kontinuierliche Zusammenarbeit kann nicht das Gesamtprogramm, sondern könnte jetzt erstmal nur bestimmte Bereiche betreffen. Das wäre dann punktuell auf politische Fragen, politische Probleme, und kontinuierlich in bezug auf die Ziele, die damit verfochten werden durch die jeweilige Seite.

Kommune: Wo seht ihr denn zur Zeit Möglichkeiten für eine solche konzeptionelle Übereinstimmung?

Engel: Also wenn man die Rolle der SPD in der Opposition auf Bundesebene und auch die Rolle der SPD hier in Hessen im letzten Jahr versucht zu analysieren, ist festzustellen, daß die SPD im Gegensatz zu der Politik, die sie insbesondere in der Zeit, wo sie in Bonn an der Regierung war, betrieb, sehr viele Dinge von den Grünen aufgenommen hat und natürlich versucht, sich darüber auch darzustellen. Du hast in einem Artikel den Römer-Leuten praktisch in den Mund gelegt so deine Vorstellung, das, was die SPD beschlossen hat in vielen Bereichen, müßten die Grünen ins Parlament einbringen, um daran mit der SPD die Nagelprobe zu machen. Das war unsere Idee, nur nebenbei bemerkt. Der Ascheberg (hessischer Grüner und Autor der MOZ, d.Red.) redet ja immer davon, die „Widersprüche zum Tanzen zu bringen“ bei der SPD. Er war bisher immer die Antwort schuldig geblieben, wie er das machen will. Da sehe ich einen Weg, da muß sich die SPD zu ihren Aussagen verhalten. Das ist eine Linie. Nur ist es nicht meine Aufgabe, SPD-Reformpolitik als Wurmfortsatz der SPD zu betreiben. Sondern das zweite ist, da wo wir andere Vorstellungen haben als die SPD, auch zu versuchen, das durchzubringen und zu sehen, inwieweit da eine Bereitschaft ist, das mitzumachen.

Das läuft dann eben auf so einer Kompromißlinie. Darauf kann ich mich gegebenenfalls einlassen, aber nur wenn ich dafür ganz klar auch eigene Vorstellungen mit durchsetzen kann.

Kommune: Bisher kann man doch von der SPD her nur feststellen, daß es höchstens punktuelle Zusammenarbeit in der Opposition gibt.

Engel: Es ist ein Unterschied, ob die SPD egal mit wem zusammen in der Opposition ist, oder ob es eine Konstellation gibt, wie die „hessischen Verhältnisse“. Das ist der große Unterschied. Und das bestimmt auch das politische Handeln der Grünen ganz anders. Die Grünen in Bonn werden es dadurch viel, viel schwerer haben, daß die SPD dort in der Opposition ist. Selbst beide zusammen können nicht die Machtfrage stellen, und da wird es die SPD immer leichter haben, Themen von den Grünen

Was der Kanzler versprach



Wir können Ihnen einen Beruf verraten, in dem es noch genügend Lehrstellen gibt, in dem man schon mit Anfang zwanzig 45.000 Mark im Jahr verdienen kann.

Können Sie das verstehen? Tag für Tag ist von der hohen Jugendarbeitslosigkeit zu hören und zu lesen, und trotzdem sind im Lebensmittelhandel immer noch 15% der angebotenen Lehrstellen einfach nicht zu besetzen. Nun, wir verstehen ja, daß es die jungen Leute nicht gerade reizt, samstags morgens, wenn fast alle anderen frei haben, arbeiten zu müssen. Aber das ist schließlich nur eine Seite der Medaille. Und eine sehr oberflächliche Betrachtung dazu.

Auf der anderen Seite bietet gerade der Lebensmittelhandel Aufstiegschancen, die in anderen Branchen ganz und gar undenkbar sind. Oder kennen Sie einen Beruf, in dem man als Hauptschulabgänger mit Anfang zwanzig schon 45.000 Mark im Jahr verdienen kann. Dieses Gehalt bezieht ein junger Marktleiter, der mit Erfolg einen Supermarkt führt. Und da der Lebensmittelhandel seine Mitarbeiter am liebsten selbst ausbildet, ist eine solche Karriere keine Seltenheit, sondern eher die Regel.

Damit ist aber die Laufbahn noch nicht beendet. In der nächsten Stufe kann er Bezirksleiter werden, das heißt, ihm unterstehen etwa acht bis zehn Filialen. Anschließend kann er zum Gebietsverkaufsleiter aufsteigen und übernimmt damit die Verantwortung für circa sechzig Filialen. Und die höchste Stufe, die er dann erklimmen kann, ist Gesamtverkaufsleiter zu werden. Gleichzeitig werden aber auch noch eine Reihe von Positionen in der Verwaltungszentrale bevorzugt mit eigenen Leuten aus der Marktleiter-Laufbahn besetzt.

An dieser Stelle möchten wir aber auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß solche Chancen nicht nur Männern, sondern auch Frauen gleichermaßen offenstehen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, bei einem selbständigen Einzelhändler zu lernen, um dann später vielleicht sein eigenes Geschäft zu führen.

Natürlich kann man sich das alles nicht so recht vorstellen, wenn man nur in den Supermarkt zum Einkäufen geschickt wird. Doch, wie Sie sehen, sieht es hinter den Kulissen ganz anders aus. Daß der Lebensmittelhandel sehr großen Wert auf eine gründliche Ausbildung legt, versteht sich fast schon von selbst. Wie die Ausbildung im einzelnen aussieht, ist natürlich von Unternehmen zu Unternehmen je nach Strukturierung und Größenordnung verschieden. Es würde uns freuen, wenn wir Ihr Interesse für diesen Berufszeitung geweckt haben. Wir, das ist der Deutsche Fachverlag. Wir versorgen den Lebensmittelhandel mit Titeln wie die „Lebensmittel-Zeitung“ und die „Feinkost Revue“ mit allen wichtigen Informationen, die er braucht. Und deshalb wissen wir auch so gut Bescheid.

dff Verlagsgesellschaft
Deutscher Fachverlag
Schumannstraße 27
Frankfurt am Main

ROT-GRÜNES HESSEN?

aufzunehmen und qua ihrem Apparat sich damit zu profilieren. Wir haben überhaupt keine Möglichkeit, ihre Ernsthaftigkeit auf den Prüfstand zu stellen. Ihre Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen, wäre hier in Hessen möglich.

Vielhauer: In der Opposition braucht sich die SPD gar nicht auf konzeptionelle Vorstellungen der Grünen einzulassen, sondern sie kann sich jeweils sehr publikumswirksam punktuelle gemeinsame Oppositionspunkte rausgreifen.

Unter „hessischen Verhältnissen“ muß sich die SPD allerdings mit Konzeptionen der Grünen auseinandersetzen bei einem Angebot kontinuierlicher Zusammenarbeit. Die Schwäche der punktuellen Zusammenarbeit ist ja eigentlich immer, daß man sagen kann, o.k., an diesem Punkt stimmen wir euch zu, wir schaffen mit euch zusammen hier ein paar unproblematische Meßstationen und pipapo, und da wo es um Straßenbauprojekte geht, da holen wir uns halt die Stimmen von der CDU. Das heißt mit unserer Gesamtkonzeption braucht sich die SPD nicht auseinanderzusetzen. Wir zwingen sie jetzt zu sagen, wir setzen uns mit euren grünen konzeptionellen Vorstellungen auseinander, und das bedeutet ja ein integratives Modell einer anderen Politik, Verkehrspolitik, Energiepolitik usw. und nicht nur die Punkte, wo eh gesellschaftlicher Konsens herrscht, daß man da was machen muß. Saurer Regen usw. da machen wir was mit den Grünen, aber bei den anderen Punkten, wo es auch noch einen anderen gesellschaftlichen Konsens gibt, nämlich den Konsens Auto, Individualverkehr, da machen wir weiter wie bisher. Da sehe ich die große Stärke des Marbacher Beschlusses, noch nicht in der Umsetzung, aber in der Anforderung.

Engel: Laß mich noch eins dazu sagen. Das wird auch immer verschwiegen und ich hab das satt. Es geht auch in der Tat um die Machtfrage. Da wo es um die Machtfrage geht, da wird's spannend. In Bonn geht es nicht um die Machtfrage, wenn ich das Verhältnis zwischen SPD und Grünen diskutiere. Im Römer auch nicht. Da ist es hervorragend, sich hinzustellen und fundamentaloppositionelle Opposition zu machen.

Kommune: Karl Kerschgens meinte in Marbach, die Grünen sollen jetzt der SPD so nahe wie möglich auf die Pelle rücken und ihr dabei die Ablehnung eines Verhandlungsangebotes so schwer wie möglich machen. Der SPD solle ein Verhandlungsangebot über die beiden Haushalte und die Wahl eines Ministerpräsidenten vorgelegt werden, das solche Forderungen enthält, denen die SPD gerade noch müßte zustimmen können. Deshalb gehöre auch die Startbahn West nicht darein. Kerschgens scheint es also darum zu gehen, mit der

SPD zusammen auf jeden Fall irgend etwas, und sei es auch noch so wenig, zustandezubringen. Andere, wie Ascheberg in den MOZ, versprechen sich von einem Verhandlungsangebot wohl eher eine bessere „Entlarvung“ der SPD

Vielhauer: Das wirst du natürlich nicht auseinanderbringen, wer da jetzt genau was vertritt bei diesen 90 oder 80 Prozent von Marbach. Was mir beim Ascheberg fehlt, um das von daher aufzurollen, ist zu sagen, ich muß gleichzeitig die „Gefahr“ eingehen, daß die SPD sich auch auf was einläßt und daß wir tatsächlich was durchsetzen können. Ich behaupte mal, daß die größte Angst, die die Entlarver von beiden Seiten – sowohl Rolf Ascheberg wie auch die Römer-Fundamentalisten – haben, darin besteht, daß nämlich tatsächlich was durchsetzbar wird. Das heißt auch, ein Stück weit Verantwortung für das, was man durchsetzt, in seiner ganzen Unfertigkeit zu übernehmen. Deswegen „Gefahr“ in Anführungszeichen.

Wir müssen erstmal davon ausgehen, daß die SPD überhaupt nicht in der Lage ist, mit den Grünen eine kontinuierliche Zusammenarbeit einzugehen. Das würde sie an den Rand einer innerparteilichen Zerreißprobe bringen. Genauso wie im übrigen derzeit eine Große Koalition. Das heißt, innerhalb der SPD sind sowohl von der einen wie von der anderen Seite, also den Befürwortern der Großen Koalition wie den Befürwortern einer rot-grünen Koalition, Bestrebungen im Gange, so was langsam wachsen zu lassen, damit ein Bewußtsein entsteht in der Partei, daß sowas möglich ist.

Kommune: Kerschgens hat von einem Verhandlungspaket gesprochen, Haushalt '83, Haushalt '84 und Ministerpräsidentenwahl. Die Klippe für dieses Verhandlungspaket wird ja der Haushalt '83 sein. In bezug auf diesen Haushalt '83 ist doch konzeptionell überhaupt nichts mehr drin. Es wird euch ja auch vorgeworfen, daß ihr teils aus-

drücklich, teils unausgesprochen bereit seid, den Haushalt '83 mehr oder weniger zu schlucken.

Engel: Das ist eine Unterstellung. Wo steht das?

Kommune: Deswegen sage ich ja, es wird euch vorgeworfen. Ich sag ja nicht, ihr macht das.

Vielhauer: Nein, den Vorwurf – und da sprech ich erstmal für mich – den kann man natürlich machen. Man kann den Vorwurf machen, daß wir all das schlucken, was hier in diesem Land passiert, in dem Moment wo wir uns an diesem Spiel beteiligen. Ob nun als Oppositionspartei oder wie auch immer, aber wir sind hier in diesem Landtag, und selbst in unserer Ablehnung legitimieren wir das Spiel, das da abläuft. Aufgrund von gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen, auf die wir erstmal keinen Einfluß haben, können Ausgaben ohne Verabschiedung des Haushalts getätigt werden – das war ja auch immer unsere Begründung dafür, warum wir locker vom Hocker das Ding ablehnen können. Wir haben also Sachen geschluckt, die wir möglicherweise hätten beeinflussen können, wären wir im März in Haushaltsverhandlungen eingetreten. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus haben wir es nicht gemacht, weil wir nicht die Legitimation für das Überwintern in Richtung von der SPD dann viel freier zu bestimmenden Neuwahlen abgeben wollten. Wir haben durch eine bestimmte Form der Untätigkeit Ausgaben geschluckt, die festgeschrieben waren, schon über 82er oder 81er Haushalte, einfach über Übertragungsmittel und so, die da laufen.

Kommune: Es ist doch etwas anderes, ob du einen Haushalt aufgrund der Kräfteverhältnisse durchlaufen läßt oder ob du jetzt, worauf ja der Beschluß hinauslaufen kann, den '83er Haushalt nachträglich auch noch billigt.





Bildbroschüre mit Erklärungen in deutscher und türkischer Sprache

Almanca ve Türkçe açıklamalı resimli Broşür

Bildbroschüre mit Erklärungen in deutscher und türkischer Sprache

Mit einem Vorwort von Alt-Bischof Kurt Scharf

Texte: Elke Tashiro

Herausgegeben von:
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF),
Berlin
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) Berlin
Umweltmagazin-Verlag

32 Seiten, Einzelpreis 3,50 DM
(Rabatt für Wiederverkäufer)
ISBN 3-88635-003-7

Bestellungen beim
Umweltmagazin-Verlag,
Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36



Irland-Info 17/18. Mit Beitrag zum Zionismus & Libanon. 7 DM

Folter in Italien. 100 S. 9.60 DM

IRLAND 10 Jahre Befreiungskampf S. 80 10.00 DM

El Salvador-Der Weg in den Krieg Heinz Dietrich. 10.60 DM

Bobby SANDS. Schriften und Gedichte. Einlgt. S. McBride. 12.80 DM

Gerry Adams: "Falls Memories .Die besten Stories aus Belfast. 13.60 DM

ALTERNATIVER IRLANDREISEFÜHRER. Mit Tips & Adressen. 10.60 DM

Liste anfordern & Porto beilegen.

D-637 OBERURSEL S/PF 35

Vielhauer: Da sind wir an einem Punkt, wo wir vor der Entscheidung stehen bei der Bewertung von Verhandlungsergebnissen. Ist das, was wir positiv durchsetzen können, wert genug, das andere, was sonst noch an Negativem da ist, zu schlucken. Da kann ich das natürlich relativ hoch anhängen und sagen, da ich ein grundsätzlicher Gegner des Verfassungsschutzes bin, zumindest in der Ausprägung, wie sich hier gemeinhin Verfassungsschutz darstellt, werde ich nie mals einem Haushalt zustimmen können, in dem Haushaltstitel Verfassungsschutz drin ist

Kommune: Für mich fängt das Problem vorher an. Kann ich denn einfach sagen, jetzt lasse ich das Ding durchs Parlament, um mich über den '84er Haushalt überhaupt unterhalten zu können?

Vielhauer: Nein, um Marksteine zu setzen für den '84er Haushalt. Um überhaupt den Einsatzpunkt zu finden. Wir haben sehr deutlich gesagt: Im Rahmen der Diskussion um den Haushalt '83 oder über die überhaupt noch verfügbaren Restmittel des Haushalts '83 müssen ganz bestimmte Richtungsfestlegungen für den Haushalt '84 getroffen werden. Dann ist für mich die Frage, wenn setz ich denn eigentlich mit meinen Forderungen oder mit der Umsetzung meiner Forderungen ein? Das beginnt immer an einem Punkt, wo Sachen gelaufen sind, die mir nicht gefallen, sonst würde ich mich nicht einschalten in die Politik und versuchen wollen, sie zu verändern. Wenn ich soviel Pflöcke geschlagen habe, daß ich sagen kann, hier kann ich deutlich festlegen, daß eine Umorientierung von Politik verabredet ist, dann frage ich mich natürlich, ist es diese Umänderung von Politik nicht wert, schon getätigte Ausgaben des '83er Haushaltes passieren zu lassen, wenn das aneinander gekoppelt ist. Was nützt es mir dann, einen Don Quichotte-Kampf gegen einen im Grunde genommen ausgegebenen Haushalt zu führen, wenn auf der anderen Seite die einen Preis bezahlen müssen, der eine Umorientierung bestimmter politischer Schwerpunkte hier in Hessen bedeutet

Kommune: Über den Haushalt '83 hättet ihr euch doch unter besseren Bedingungen schon früher streiten können. Meine Einwände zielen ja darauf, sich klar zu machen, in welcher schlechter Situation man sich jetzt mit der SPD einläßt.

Vielhauer: Ja gut, aber dann mußt du dich fragen, was ist in der Situation, die wir jetzt vorfinden, aufgrund objektiver Umstände, und subjektiven Verhaltens in der Vergangenheit, die bestmögliche aller Lösungen? Vor dieser Frage stehst du und wirst dich irgendwann mal entscheiden müssen. Und da finde ich derzeit noch, daß der offensive

Schritt, der durch den Marbacher Beschluß möglich geworden ist, tatsächlich die bestmögliche Lösung war, nämlich zu sagen, setzt ihr, SPD, als diejenigen, die jetzt quasi mit Führungsanspruch auftreten, setzt ihr euch mit unseren inhaltlichen Konzeptionen auseinander oder aber entscheidet euch mehr personenorientiert für die CDU und ihre Regierungsbeteiligungsgeschichte und setzt euch damit auseinander qua Große Koalition. Eine andere Position hätten wir meiner Ansicht nach gar nicht einnehmen können. In die von den Fundamentalisten auf dieser Pressekonferenz vorgestellte abwartende und analysierende Haltung hätten wir natürlich gehen können. Mal gucken, wie sich das entwickelt. Dann wäre allerdings die Gefahr, daß sich das in die Richtung einer Großen Koalition entwickelt, größer

Kommune: Was wären die Punkte, unter denen ihr den Haushalt '83 ja nicht nur schlucken, sondern nachträglich billigen könntet? Das ist die eine Frage. Und das zweite ist: Es gibt ja außer den beiden Haushalten und der Ministerpräsidentenwahl auch noch die Möglichkeit zu eigenen parlamentarischen Initiativen in Form von Anträgen vor allem aber von Gesetzesinitiativen. Plant ihr irgendwelche parlamentarischen Schritte, mit denen ihr unabhängig von der Haushaltsdebatte und vom Einverständnis mit der SPD selbständig initiativ werden könnt?

Engel: Also ich würd erstmal die Haushalte '83/'84 als eins nehmen. Sollte es überhaupt nicht möglich sein, sich über eine Orientierung für den Haushalt '84 zu verständigen, bevor der Haushalt gedruckt vorliegt, ist für uns die Zustimmung zum Haushalt '83 auch erledigt. Das ist Fakt. Zu den Themen. Energiepolitisch haben wir eine ziemlich konkrete Sache vorgelegt, wo angefangen von der Aufklärung bis hin zum Nachweis, daß gar nichts anderes übrigbleibt als auf Atomenergie zu verzichten, ein ganzes Szenario entwickelt ist. Verkehrspolitisch ist die Klärung des Konzepts fast abgeschlossen. Das Konzept haben wir zusammen mit befreundeten alternativen Instituten entwickelt. Im verkehrspolitischen Bereich muß sich unser Konzept im Haushalt widerspiegeln durch den Stopp des Baus weiterer Autobahnen, durch den Stopp des Abbaus im öffentlichen Nahverkehr, durch sinnvollen Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel, und das nicht nur bezogen auf Städte, sondern auch auf Regionen. Im ländlichen Bereich gibt es ja fast null öffentlichen Nahverkehr. Da ist ja der Zwang zum Auto fast naturgegeben anzusehen. Das zum Bereich Verkehr. Zum großen Bereich Soziales kann der Jochen mehr sagen. Was Fragen der Demokratie betrifft nehmen wir mal nur als Beispiel die Berufs-

ROT-GRÜNES HESSEN?

verbotepraxis in Hessen-Stüd. Die Berufsverbote müssen wegkommen. Die, die bisher von Berufsverboten betroffen wurden, müssen rehabilitiert werden, im wahrsten Sinne des Wortes.

Vielhauer: Im ganzen Ausländer und Asylanterbereich wird es auch in Zukunft erst mal eigene Gesetzesinitiativen geben. Es wird auch in Sachen Straffreiheitsgesetz, das wir letztes Jahr vergeblich eingebracht haben, neue Initiativen geben müssen, die auch den Anspruch markieren, den wir politisch an dieses System haben, wenn wir uns schon in den Parlamentarismus einschalten. Jetzt ist natürlich die Frage, wie koppelt man diese Einzelinitiativen, die man in den normalen parlamentarischen Geschäftsgang eingibt, mit grundsätzlichen Verhandlungen. Das kannst du natürlich einmal wie eine Meßlatte nehmen. Ich hielt es für total falsch – und so was hab ich ein Stück aus deiner Frage herausgehört – daß wir jetzt schon sagen, die und die Punkte sind unabdingbar. Damit würde ich es der SPD unheimlich einfach machen, vollkommen willkürlich zu erklären, das sind unannehmbare Punkte und das sind annehmbare Punkte. Die würden dann immer auf die unannehmbaren gehen und könnten damit ihre eigenen Widersprüche ziemlich übertünchen. Was ich eigentlich haben will – und da deck ich mich eigentlich mit den Fundamentalisten, die immer die Bewußtseinsveränderung fordern –, nämlich über die Verhandlung eines Komplexes inhaltliche Fragen zu stellen, also über ein anderes Verkehrskonzept, über kommunale Selbstverwaltung, die Demokratisierung nach unten zu sprechen und zu sehen, was sind die Gegenvorstellungen der SPD und was ist ihre Abwehrhaltung zu bestimmten Themen. Erst in solchen Verhandlungen wird überhaupt deutlich, wo eigentlich – neben den Überschriften – die gravierenden Unterschiede liegen. Und dann gucken wir mal nachher unterm Strich: Sind diese Unterschiede so groß, daß sie jede Art von kontinuierlicher Zusammenarbeit verhindern? Zu dem Ergebnis kann man natürlich kommen nach so einer Verhandlungsrunde. Oder aber ich sage, es gibt aber da und da und da so eminente Berührungspunkte bzw so und so viele Punkte, die die SPD zu schlucken bereit ist, die wichtig sind für das, was wir als Grüne wollen, daß es uns möglicherweise wert ist, bestimmte Kröten, die auch weiter hin im Haushalt drin stehen werden, zu schlucken. Nur jetzt schon zu sagen, das und das und das werden diese Punkte sein

Kommune: Mit solchen Minimalbedingungen stellst Du in Wirklichkeit an *einzelnen* Punkten *Maximalforderungen*. Wenn ich das jetzt richtig verstehe, ist eure Position,

daß in dem Haushalt '84 strukturelle Brüche zu der bisherigen Haushaltspolitik zum Ausdruck kommen müssen. Das habt ihr jetzt für die Energie und die Verkehrspolitik etwas umrissen. Was aber ist z.B. mit dem Verfassungsschutz?

Vielhauer: Ich glaube nicht, daß wir im Parlament die Staatsfrage stellen können. Das ist für mich ein grundsätzlicher Punkt, den ich in dem Moment, wo ich mich dort beteilige, erstmal akzeptiere. Wenn ich das ganze Legitimationsinstrumentarium dieses Staates in Frage stelle – was ich als politische Forderung natürlich habe – aber jetzt bezogen auf den Haushalt, dann wird Schluß sein. Das ist eine politische Wertung, die ich mal treffen muß. Mach ich das, dann heißt es auch Schluß mit der Parlamentsbeteiligung für mich. Oder ich mach es in der Form nicht. Das ist dann für mich der reformerische Weg innerhalb des Parlaments. Also ich kann beim Verfassungsschutz meine strukturellen Brüche bringen. Das geht nicht. Damit würde ich auf eine Ebene kommen, wo ich ein ganz bestimmtes Staatsverständnis in Frage stellen muß – was ich politisch natürlich mache –, mit dem ich im Moment aber erst mal umgehen muß. Da geraten wir immer wieder an das Dilemma einer Parlamentsbeteiligung, eines sich Einlassens auf dieses System.

Kommune: In der Parlamentsbeteiligung liegt ja nicht das Problem, sondern in der Beteiligung am Parlament mit dem Ziel, positive Entscheidungen herbeizuführen über eine direkte oder de facto Regierungsbeteiligung. Auf die läuft ja diese „kontinuierliche Zusammenarbeit“ raus. Da tritt das Problem auf.

Vielhauer: Am Verfassungsschutz wird für mich das Problem am deutlichsten und am schwierigsten lösbar. Ich hab da überhaupt noch keine Lösung. Wo du aber solche Brüche herbeiführen kannst, ist in ganz anderen Bereichen des Repressionsapparates, also in dem ganzen Umfeld „Knast“. Da kannst du in der Tat ganz bestimmte Brüche herbeiführen. Das fängt ganz simpel an, und da kannst du im Grunde schon Marksteine für den '83er Haushalt setzen. Für mich wäre es ein ganz wesentlicher Pluspunkt, dies ganze Knastneubauprogramm zu stoppen.

Kommune: Jetzt mal ein anderer Punkt. Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, damit zusammenhängend, was wir vorher schon hatten, Lehrstellen, aber dann auch, weil das Problem mit Lehrstellen allein gar nicht zu fassen ist, Bildungswesen. Wie stellt ihr euch vor, da was zu erreichen? Das mit den Knästen sehe ich eher als „leichtes“ Problem an. Aber wie willst du als Machtfaktor darum geht's ja bei der Regierungsbildung, in diese Probleme einsteigen

SOZIALISMUS

Die marxistische
Zeitschrift
Sozialismus
erscheint seit 1976
alle 2 Monate.

Im letzten Jahrgang geschrieben
und diskutierten u.a.:

E. Eppler, M. Coppik, H. Kleinert (Grüne), E.J. Hobsbawm, St. Holland (Labour), P. Ingrao (PCI), S. Kebir, E. Meinecke (SPD), D. Motchane (PS), P. v. Oertzen, K. Schacht (DKP), B. Trentin (CGIL), K.D. Voigt

Ab 15. Oktober
monatlich
60 Seiten; DM 5,—

Abo (10 Hefte + 1 Doppelheft)
DM 50,— (+ 5,— Porto)

Im Buchhandel oder bei VSA
Postfach 50 15 71
2000 Hamburg 50

Der Stachel ist die Zeitung der Alternativen Liste Berlin

Der Stachel erscheint monatlich in einer Auflage von mindestens 20.000. Zu aktuellen Problemen erscheinen Sondernummern.

Der Stachel informiert kontinuierlich über die Politik der Alternativen Liste Berlin, im Parlament und außerhalb.

Der Stachel läßt die verschiedenen Strömungen innerhalb der grün-alternativen Bewegung zu Wort kommen.

Der Stachel kann auch abonniert werden. Da er gratis verteilt wird, habt ihr lediglich die Postkosten zu tragen. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich automatisch. Für Berliner 11 DM, für Westdeutsche 18 DM.

Stachel/Alternative Liste
Badensche Str. 29
1000 Berlin 31

Ich bitte um ein kostenloses Probeexemplar —
Hiermit abonniere ich den Stachel für ein Jahr.
Den Betrag von DM 11 DM 18 habe ich überwiesen auf das Konto:
Burckhard Müller-Schönau
Sonderkonto S 43 40 41-108
Postscheckamt Berlin/West

Engel und Vielhauer: Hm, hm

Engel: 35-Stunden-Woche seh ich erst mal nicht als Lösung der Krise.

Kommune: Es geht ja jetzt nicht darum zu sagen, das und das ist die Lösung der Krise. Aber wo sind denn in der Wirtschaftspolitik strukturelle Brüche anzusetzen?

Engel: Da wird es auf die Bereiche ankommen, wo es dem Land Hessen auch möglich ist zu bestimmen, z.B. im öffentlichen Dienst wirklich eine Vorreiterrolle zu übernehmen in der Verkürzung der Arbeitszeit. Das haben wir ja schon im letzten Parlament gefordert und werden wir diesmal wohl wieder fordern. Warum müssen die Forderungen der Gewerkschaften an den Stellenplan immer erkämpft werden, warum kann nicht das Land Hessen mal sagen, ja o.k., wir als Sozialdemokraten verstehen uns auch als Arm der Gewerkschaften, wir geben die Vorleistung?

Vielhauer: Bei der Arbeitslosigkeit was zu erreichen, das ist in der Tat das Schwierigste. Das geht ja nicht nur an die Staatsfrage dazu hab ich vorher was gesagt sondern das geht ja im Grunde genommen an die Systemfrage. Das ist dann wirklich die Frage nach dem Kapitalismus, ja oder nein.

Kommune: Aber wenn du mit der Sozialdemokratie in konzeptionelle Auseinandersetzung und vielleicht zu kontinuierlicher Zusammenarbeit kommen willst, dann kannst du ja die Wirtschaftspolitik nicht aussparen. Von diesem Feld kannst Du doch nicht

einfach auf die Knastfrage oder auf die Energie und Verkehrspolitik ausweichen.

Engel: Sicher, da kommt eine inhaltliche Schwäche der Grünen deutlich zum Vorschein, geb ich zu.

Vielhauer: Ich behaupte, das ist an der Stelle eine gesellschaftliche Schwäche.

Engel: Gut, gesellschaftliche Schwäche plus Schwäche unserer Vorstellungen. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Wenn es richtig ist, daß Opel Rüsselsheim in den nächsten zwei Jahren 6000 oder 10000 Leute freisetzen will. Klar, das ist das Ergebnis dieser gesellschaftlichen Bedingungen, Automatisierung usw. Derselbe Betrieb, in dem den Leuten vorgegaukelt worden ist, da hast du auch wieder den Zusammenhang

Startbahn West sichere ihnen die Arbeitsplätze. Und jetzt kommt heraus 6000 bis 10000 Leute wollen die in den nächsten Jahren wegrationalisieren. Da weiß ich nicht, was wir da im Parlament machen sollten.

Vielhauer: Das Beispiel muß man ja auch weiterspinnen. Wir können nicht auf der einen Seite eine Umorientierung der Verkehrspolitik fordern, die zumindest mal als ersten Schritt keine Ausweitung des Individualverkehrs bedeutet und diesen schrittweise möglichst zurückdrängen soll, und gleichzeitig darüber jammern, daß in einem Betrieb, der von einer Ausweitung des Individualverkehrs lebt, Leute entlassen werden. Das ist ja die grundsätzliche Schwäche der Diskussion überhaupt, daß ich immer vom Arbeitsplatz aus diskutiere, aber nie qualitativ vom Sinn der Arbeit her

Kommune: Das müßte aber dann ja auch eingehen in die konzeptionelle Debatte mit der SPD

Vielhauer: Ich glaube, da kann man im Moment in so einer Auseinandersetzung mit der SPD nur zweigleisig verfahren. Einmal muß ich ganz konkret auf den Haushalt bezogen Weichenstellungen schaffen, daß z.B. Wirtschaftsförderung in die Richtung geht, eine andere Produktion zu ermöglichen. Da geh ich noch gar nicht an die Arbeitsbedingungen ran, sondern erst an eine Umorientierung der stofflichen Produktion. Ich sag mal platt: statt Autobahn Schienenbusbau oder sowas. Also diese Umorientierung, womit ich aber überhaupt noch nichts über die Qualität der Arbeit gesagt habe. Und die zweite Schiene, die erst mal viel geringer ins Gewicht fällt, wäre, Ansatzpunkte zu schaffen für die Änderung der Qualität der Arbeit, also wie wir das etwas hilflos beim Vorschaltgesetz versucht haben: Können wir aus dem Pott, mit dem Lehrstellen geschaffen werden sollen, etwas abzweigen für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Alternativbetrieben, in selbstverwalteten Betrieben? Das war ein

bißchen unausgegoren und das muß man nochmal genauer diskutieren, aber unser Versuch war, da zumindest mal eine Breche zu schlagen, damit auch bei den Inhalten von Arbeit — hier jetzt nicht nur auf die Produkte bezogen, sondern auf den Arbeitsprozeß selber — was in eine andere Richtung geht. Das ist überhaupt noch kein Konzept von anderer Wirtschaft, aber ich hab das auch nicht, und ich kenn auch keinen, der es hat.

Kommune: Es ist wahrscheinlich auch gar nicht mehr drin, als Raum zu schaffen für gesellschaftliche Experimente. Man kann ja nicht von parlamentarischen Vertretungen verlangen, daß sie diese gesellschaftlichen Aufgaben selber lösen.

Insgesamt aber wird eure Lage doch dadurch ziemlich kompliziert, daß ihr weitgehend überhaupt erst über die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Umorientierung debattiert und andererseits schon über eine de facto Regierungsbeteiligung verhandelt. Da muß man sich doch überlegen, ob unter diesen Bedingungen und speziell nach dem jetzigen Wahlergebnis überhaupt was anderes rauskommen kann, als zum Anhängsel einer SPD-Regierung zu werden. Könnt ihr überhaupt so ein Gewicht entfalten, daß ihr diese Rolle vermeiden könnt?

Zu zwei anderen Punkten: Wie geht jetzt der innerparteiliche Auseinandersetzungsprozeß weiter? Ich hab den Eindruck, daß da jetzt ziemlich geholt wird, um den „Sieg von Marbach“ zu vollenden. Der andere Punkt: Wie können gegenüber den Risiken des Kurses, den ihr jetzt im Parlament steuert, durch die Grünen als Partei und durch die Bewegungen selber gewisse Haltepunkte gesichert werden? Nimmt man, was Karl Kerschgens in Marbach gesagt hat, also die Forderungen in der Sache so tief anzusiedeln, die Kompromißfähigkeit so niedrig anzusetzen, daß die SPD unter keinen Umständen mit Gründen und unter Berufung auf ihre eigene Programmatik aus den Verhandlungen aussteigen kann — wenn man das so nimmt, dann ist doch eine selbständige Position der Grünen zumindest als Verhandlungsgegenstand mit der SPD überhaupt nicht vorgesehen. Dabei entsteht doch notwendig die Gefahr daß die Grünen als selbständiger politischer Faktor über den Deister gehen, gerade unter der Bedingung, daß in der öffentlichen Debatte von seiten der Grünen sowieso nur die Parlamentsfraktionen präsent sind?

Vielhauer: Bei dem, was du von Karl Kerschgens zitiert hast, nämlich die Forderungen so tief zu hängen, daß die SPD mit inhaltlicher Begründung aus einer kontinuierlichen Zusammenarbeit nicht herauskommen kann, gibt es zwei Aspekte. Da gibt es einen taktischen Aspekt. Also ich möchte nicht für die Bildung einer Großen Koali-

ROT-GRÜNES HESSEN?

tion verantwortlich sein. Ich möchte dafür nicht verantwortlich gemacht werden können, sondern das muß die SPD selber beantworten. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, daß sie sagen können, die Grünen wollen ja nicht, die verweigern sich ja. Das ist für mich aber erst mal eine taktische Begründung. Es gibt natürlich auch die andere Position, und die ist bei den Grünen natürlich ebenfalls weit verbreitet: Wir wollen irgendwas rausholen, und da hängen wir die Forderungen so tief wie möglich, damit wir überhaupt etwas durchbringen. Das beinhaltet dann in der Tat die Gefahr der Aufgabe von originär grünen Positionen. Die Gefahr ist natürlich drin, und da gewinnt für mich der Konflikt, der in den Grünen herrscht, große Bedeutung. Den will ich auch nicht ausschalten und nicht missen. Ich glaube, dies Korrektiv ist unbedingt notwendig, gerade auch unter dem Gesichtspunkt, daß die öffentliche Aufmerksamkeit eher auf so eine Parlamentsfraktion gerichtet ist.

Wenn eine Landtagsfraktion auf sich allein gestellt bleibt, kann sie sehr leicht dahin geraten, nur noch Klientenpolitik zu machen, in dem du so Einzelinteressen befriedigst. Von daher halte ich den Konflikt und die Tatsache, daß Sturm gelaufen wird aus der Angst heraus, das so was aufgeben wird, durchaus für richtig. Eine andere Frage ist natürlich, ob das nun tatsächlich ein Sturmlauf gegen was ganz anderes ist, was ich auch ein Stück weit unterstelle, nämlich gegen eine sehr individuell gesehene Gefahr des Verlusts von Macht und Einfluß innerhalb des Gesamtgefüges dieser Partei

Kommune: Abschließend. Was ist bisher gelaufen an Gesprächen mit der SPD und was zeichnet sich dabei ab?

Vielhauer: Das ist der kürzeste Punkt.

Engel: Bereits gelaufen ist, was unabhängig von der Landesmitgliederversammlung schon feststand: Der geschäftsführende Ministerpräsident hat zusammen mit seinem Finanzminister alle im Landtag vertretenen Fraktionen – da ist jetzt eine dazugekommen, die heißt FDP – informiert über das, was bisher im Haushaltsjahr '83 ausgegeben worden ist und was noch nicht ausgegeben worden ist. Letzteres ist wirklich nur noch wenig. Mehr hats nicht gegeben. Das war lediglich eine Information. Sie ist zur Kenntnis genommen worden, und man hat ein Protokoll geschrieben.

Vielhauer: Das läuft jetzt weiter. Nach dieser generalisierenden Information klappern wir die einzelnen Ministerien ab und gehen die Haushaltstitel durch, die uns problematisch erscheinen. Wir fragen die Ministerien, was mit dem Geld passiert ist.

Kommune: Also noch keine Verhandlungen.

Es befindet sich alles noch im normalen parlamentarischen Geschäftsgang der Überprüfung der Haushaltspolitik '83.

Vielhauer: Richtig.

Engel: Die warten bis zum Landesparteitag im November. Danach geht die SPD-Landtagsfraktion am 8. November in Klausur. Da werden dann die Eckpunkte festgelegt.

Kommune: Für wie wahrscheinlich haltet ihr, daß Börner versucht, das als geschäftsführender Ministerpräsident mit wechselnden Mehrheiten durchzuziehen, was ja auch bei Haushaltsberatungen geht. Er kann ja auch den Haushalt in einzelnen Titeln mit anderen Mehrheiten verabschieden als den Gesamthaushalt. Er kann den Haushalt mit einer anderen Mehrheit durchbringen als der die ihn zum Ministerpräsidenten macht. Er braucht sich also auf euer Verhandlungspaket nicht einzulassen. Für den Börner sind doch Verhandlungen über so ein Paket nicht sonderlich aktuell.

Vielhauer: Nein, sind sie nicht. Das ist auch das einzige, was sich als Tendenz derzeit rauslesen läßt. Die SPD möchte gerne auf Zeit spielen. Von daher hat in meiner Sicht der Marbacher Beschluß nachträglich noch eine weitere Bestätigung seiner Richtigkeit erhalten. Das ist nichts als eine strategische Bewertung, nämlich daß er der SPD den Spielraum, auf Zeit zu spielen, nimmt. Das findet im übrigen seine Entsprechung – und da sind wir halt Partei wie jede andere hier im Lande, da darf man sich nichts vor machen – im Verhalten der anderen Seite, die mit ganz anderen inhaltlichen Vorstellungen eine ähnliche Strategie fährt, nämlich der SPD diese Zeit nicht zu lassen. Wenn wir sagen, inhaltliche Verhandlungen, um dann zu sehen, ob man mit dem Haushalt klarkommt und so weiter, dann kommt von der anderen Seite, der CDU, Regierungsbeteiligung, und dann können wir mal weiter sehen. D.h. wir machen ein konkretes Angebot und die machen ein konkretes Angebot. Nun, SPD, sieh mal zu. Damit wird der SPD die Luft genommen und damit geht ein Stück der Rechnung, wie Börner sie gerne hätte, nicht auf.

Kommune: Die Entscheidung also mit den Stimmen von CDU, FDP aber auch der Grünen, daß die Ministerpräsidentenwahl nicht auf die lange Bank geschoben werden darf?

Vielhauer: Richtig. Da läuft bei diesen Debatten ja auch sehr viel auf der untergeordneten, stimmungsmäßigen Ebene ab. So schwimmen, das haben wir übereinstimmend festgestellt, haben wir alle die SPD noch nie gesehen in diesem Landtag wie bei der Debatte.

Kommune: Immerhin ein vielversprechender Schluß. Wie es weiter und ausgeht, müssen wir dann zusammen sehen. □

GRÜNE HESSENZEITUNG



GRÜNE HESSENZEITUNG: Zeitung für GRÜNE, Linke, Liberale und Konservative. **Inhalt:** "Wie geht's weiter bei den GRÜNEN nach der "Wende in Hessen?". Berichte aus Landtags- und Bundestagsgruppe. **Ökologisches** z.B.. Vogelschutz, Sondermüll, Tierschutz, Wildgärten zum Selbermachen, Alternative Energien usw. **Frauen** haben den Dezemberschwerpunkt. Beim **Frieden** geht's um Perspektiven und um Reports über kriegsvorbereitende US-Manöver. Fotobereichte aus Ramstein usw. **Verdrängte hessische Geschichte:** Z.B. Die Wegscheide. Anhalten- de rassistische Unterdrückung von Roma und Sinti in Hessen. **Neonazis in Osthessen** und anderswo. Auseinandersetzungen über "Zusammenarbeit mit etablierten Parteien - wenn ja, wie?".

Der **Landeshaushalt** ist Schwerpunkt der kommenden **GHZs:** Was verbirgt sich an sozialem und ökologischen Elend hinter diesem Zahlenmoloch?

Und vieles andere mehr...

Ein **Jahresabo** kostet bloß DM 35, (DM 20 für 6 Monate), ein **Probeheft** DM 2 (in Briefmarken). Ab 5 Ex. gibts **50 % Rabatt.**

Bestellungen und weitere Infos direkt bei.

GRÜNE HESSENZEITUNG, Jutta Dittfurth, Neuhofstr. 42, 6000 Frankfurt 1, (0611) 28 37 02/3(d)

Von Hubert Kleinert*

Joscha Schmierer hat in der letzten Nummer der *Kommune* die Abkehr der hessischen Grünen von der Politik fundamentalistischer Selbstbehinderung und den eindeutigen Erfolg der sog. „Realpolitiker“ auf der Landesversammlung in Petersberg-Marbach kommentiert. Er hat dabei diesen Versuch, auf die „hessischen Verhältnisse“ eine politische Antwort zu finden, als Versuch gekennzeichnet, der um ein Jahr verspätet sei. Und weil er verspätet komme und eigentlich nur vor der reaktionären Wende in Bonn eine wirkliche politische Perspektive hätte eröffnen können, deshalb sei er nicht nur verspätet, sondern bringe darüberhinaus erhebliche Gefahren in sich. Im Originaltext Schmierers liest sich das so:

„In dieser Situation nach der Landtagswahl 1983 einfach von der Fundamentalistentaktik auf die Tolerierstaktik umzuschwenken, grundsätzlich aber im bisherigen Rahmen verkürzt bis verfehlter taktischer Alternativen zu verbleiben, kann den Verschleiß der Grünen als ‚Hoffnungsträger‘ leicht einfach fortsetzen, wenn jetzt auch andersherum. Jedenfalls muß man nach dem fundamentalen halben Desaster in Hessen mit der zweiten Hälfte des Desasters, dem ‚realpolitischen‘, rechnen.“

Schmierer meint also: Unter den Bedingungen des Herbstes 1982 hätte eine Entscheidung wie die in Petersberg-Marbach den richtigen politischen Weg gewiesen, unter den Bedingungen des Herbstes 1983 jedoch weise dieser Weg eher mehr Stolpersteine und Gefahren als Chancen auf. Dies bringt ihn denn auch zu der erstaunlich banalen Schlußfolgerung: „Beide Seiten (Fundamentalisten und ‚Realpolitiker‘, d. Verf.) haben ja irgendwie recht“ – eine Schlußfolgerung, die sich nun wahrlich geradewegs so anhört, als schwebte Schmierer über den Wolken der wirklichen grünen Handlungsalternativen und Auseinandersetzungen in Hessen. Diese Folgerung zeigt meines Erachtens zugleich, daß hier zwei zentrale Probleme bei der Entwicklung der Hessen-Grünen offensichtlich nicht erkannt worden sind.

Das erste Problem berührt die Notwendigkeit eines innerparteilichen Klärungsprozesses. Mehr als ein Jahr lang haben sich der hessische Landesverband und auch die Landtagsgruppe durch die zumindest latent stets vorhandene Auseinandersetzung, die unter den Etiketten „Fundamentaltopposition“ und „Realpolitik“ geführt wurde und noch geführt wird, im Grunde selbst paralytisiert. Eher nebelhafte allgemei-

* Hubert Kleinert, Marburg, ist Mitglied der Grünen im Bundestag



ne „Gesprächsangebote“ auf der einen, sozialdemokratisches Verhandlungsgeschick und Gespür für Strategie und Taktik auf der anderen Seite haben dafür gesorgt, daß die politischen Chancen, die das Wahlergebnis vom September 1982 geboten hat, im Grunde nicht genutzt werden konnten.

Aufgrund dieser Paralytisierung entstand eine Situation, in der die politische Initiative mehr oder weniger freiwillig an die SPD abgegeben werden mußte. Dies wurde beispielhaft deutlich sowohl am Vorschaltgesetz wie auch an der unmittelbar darauf mit Eltville eingeläuteten Absage der SPD an jedwede Form der Kooperation mit den Grünen. In beiden Fällen – sowohl beim grünen Eingehen auf Verhandlungskompromisse wie bei den empörten Reaktionen über den sozialdemokratischen „Verrat“ danach – war es die SPD, die das Gesetz des Handelns diktierte und waren es die Grünen, die – mal als kompromißbereite Radikalreformer, mal als entrüstete SPD-Entlarver – reagierten. Die Ursachen für dieses reaktive Grundmuster grüner Politik in Hessen waren zweifellos vielfältiger Art; aber neben strukturellen Organisationsmängeln, die dafür verantwortlich waren, daß es der Landtagsgruppe kaum gelingen konnte, so etwas wie ein klar identifizierbares politisches Profil auszubilden und dies auch durchzuhalten, liefert meines Erachtens die ungeklärte Frage der innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse zwischen „Fundamentalos“ und „Realpolitikern“ den Hauptgrund für das ja von allen Seiten

ähnlich beschriebene Dilemma grüner Politik in Hessen.

Mit Petersberg-Marbach ist nun in dieser Frage eine klare Entscheidung getroffen worden. Was immer am Kerschgens-Antrag im Detail kritikabel sein mag, was immer die Bedingungen wären, unter denen die Frage – wenn es denn wirklich soweit käme – einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit der SPD zur Entscheidung anstehen würde, wie immer diese Entscheidung dann ausfallen mag – ich betone nochmals: Wenn es zu einer solchen Entscheidung überhaupt kommen sollte –, hinter diesen Grundsatzbeschluß vom 1.10.1983 gibt es kein Zurück. Jeder, der meint, diesen Beschluß revidieren zu können, der unterliegt einer gewaltigen Selbsttäuschung. Denn mit einer Revision dieser grundlegenden strategischen Option würden die hessischen Grünen das Ende dieser Partei als politischer Faktor von einigem Gewicht in diesem Bundesland einleiten – es sei denn, eine solche Revision wäre als Ergebnis langwieriger Prozesse und ausgelöst durch sehr grundlegende Wandlungen der politischen Bedingungen, was gegenwärtig nicht vorstellbar erscheint, erzwungen. Keine innerparteiliche Mehrheit aber wird eine solche Entwicklung wollen können.

Petersberg-Marbach markiert also erst einmal eine deutliche Entscheidung in einer strategischen Grundsatzfrage, eine Entscheidung, die schon aus Gründen der politischen Handlungsfähigkeit unabdingbar war. Diese Entscheidung ist – da hat Schmierer recht – ein Jahr zu spät getrof-

ROT-GRÜNES HESSEN?

fen worden, aber sie ist längst nicht zu spät getroffen worden.

Damit bin ich beim zweiten Problem. Ebensovienig, wie Schmierer die Notwendigkeit dieses längst überfälligen innerparteilichen Klärungsprozesses deutlich sieht, vermag er die reale Alternativlosigkeit der Entscheidung von Petersberg-Marbach deutlich zu erkennen. Nach der Erfahrung eines ganzen Jahres, in der jeder deutlich erkennen konnte, wie weit eine strategische Grundoption reicht, die unter Bedingungen des „Züngleins an der Waage“ ein fundamentaloppositionelles Grundverständnis mit der Orientierung auf punktuelle Bedürfnismöglichkeiten zu vereinen suchte, damit aber der SPD das Heft in die Hand gab, zugleich jenen Zick-Zack-Kurs der Landtagsgruppe – im „Würgegriff“ der Römer-Grünen (Joschka Fischer) – erzeugte, der mehr als einmal erhebliche Irritationen an der Basis sowie insbesondere auch in der Wählerschaft ausgelöst hat, war vollkommen klar, daß es so nicht weitergehen konnte, es sei denn, die Grünen sollten als handelnder Faktor von Gewicht von der politischen Bühne der hessischen Landespolitik erst einmal verschwinden. So war denn in Petersberg-Marbach auch im Grunde gar nichts anderes denkbar als die Verabschiedung eines „realpolitischen“ Antrags.

Sicherlich wäre es für die Grünen besser gewesen, wenn ein solcher Antrag in einer politischen Konstellation verabschiedet worden wäre, in der das Gewicht der Grünen stärker und das der SPD schwächer war – so wie 1982. Jedoch ändert dies nichts daran, daß mit dem Vorstoß von Petersberg-Marbach die Grünen erstmals eine politische Initiativfunktion wahrgenommen haben. Eine Initiativfunktion, die die SPD, wie die bisherigen Reaktionen bereits gezeigt haben, in arge Schwierigkeiten bringen kann. Denn verstärkt noch durch die letzten Angebote der CDU wird der SPD noch einiges an innerparteilichen Zerreißen ins Haus stehen, ganz gleich, ob sie sich nun in Richtung Große Koalition bewegt oder ob tatsächlich eine Phase des ernsthaften Verhandeln über das Zustandekommen einer grün-roten Zusammenarbeit in Gang kommt. Ich teile auch die Auffassung Schmierers nicht, die Börner noch auf lang Sicht als geschäftsführenden Ministerpräsidenten sieht, der sich seine Mehrheiten in der Regel auf die Hauptachse SPD-CDU holen könnte. Und selbst in einem solchen Fall würde der innerparteiliche Druck auf die Börner-Richtung in der hessischen SPD zweifellos zunehmen, wenn die Grünen an der Linie von Petersberg-Marbach unbeirrt festhalten und nicht selbst der SPD eine Legitimation zum Eingehen einer Großen Koalition bieten.

Schon aus diesen Gründen kann ich Schmierers Befürchtungen, nach dem fundamentalen halben Desaster drohe in Hessen unter Umständen jetzt eine zweite Hälfte des Desasters – diesmal eine realpolitische – überhaupt nicht teilen. Dies könnte nur dann der Fall sein, wenn die Grünen in Hessen tatsächlich bereit wären, einer Haushaltsverabschiedung zuzustimmen oder gar einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten mitzuwählen, ohne substantielle Zugeständnisse erreicht zu haben. Dann freilich nähmen sie tatsächlich nur die Rolle eines bloßen Mehrheitsbeschaffers für die SPD ein, eine Rolle, die dann das Problem einer Unterscheidbarkeit zwischen SPD und Grünen aktuell werden ließe. Davon, daß eine solche Bereitschaft, sich als bloßer Mehrheitsbeschaffer anzudienen, in Hessen bestehen würde, kann jedoch gegenwärtig zumindest keine Rede sein. Sie ist jedenfalls unter den Initiatoren des in Petersberg-Marbach verabschiedeten Antrags nicht zu erkennen.

Der Beschluß, um den es hier geht, markiert einen Meilenstein auf dem Entwicklungsweg der Hessen-Grünen: Er markiert die Abkehr von einer Politik, die im Grunde nur auf die Fortsetzung des außerparlamentarischen Kampfes mit parlamentarischen Mitteln hinausgelaufen ist. Die Abkehr von einer Politik, die sich im wesentlichen darauf beschränkt hat, in mehr oder weniger ausdifferenzierten Anträgen außerparlamentarischen Widerstand parlamentarisch Gehör zu verschaffen, aber den Aspekt der Durchsetzung eigener politischer Forderungen kaum ins Kalkül gezogen hat. Eine Partei wie die Grünen – und die Grünen sind nun mal Partei und nicht identisch mit einer außerparlamentarischen Bewegung – aber wird auf die Dauer nur dann Bestand haben können – gerade in der Auseinandersetzung mit der SPD um diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die eine wirkliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach links hin anstreben –, wenn zur parlamentarischen Artikulation von Protest und Widerstand außerhalb der Parlamente und zur Propagierung hehrer grüner Fernziele auch die Eröffnung einer Perspektive realer politischer Veränderungen hinzukommt. Dies weist – jedenfalls soweit es grüne Parlamentspolitik anbetrifft – zweifellos eher eine radikalreformersche Perspektive, die im Augenblick vielleicht manchem „zu wenig“ sein mag. Aber wenn es gelingt, eine solche Perspektive wirklich zu eröffnen, dann bedeutet das in Wahrheit nicht wenig, sondern ungeheuer viel – jedenfalls angesichts deutscher und auch spezifisch bundesdeutscher Politiktraditionen. Schließlich existiert in diesen Traditionen nicht einmal ein wirklich nennenswertes radikaldemokratisches oder

linkssozialistisches Element. Dies gilt trotz aller Bewegungseuphorie und trotz gern geübter radikaler Verbalakrobatik, die freilich oft genug die Differenz zwischen Protestbewegungen und den wirklichen Schwierigkeiten, eine auf Dauer angelegte und zumindest partiell auch durchsetzungsfähige politische Alternative aufzubauen, verkennen und übersehen, daß die Grünen eigentlich schon in dem Moment, in dem sie sich zur Gründung einer Partei entschlossen haben, im Grunde darauf verzichtet haben, die Systemfrage unmittelbar zu stellen. In dieser Richtung und nirgendwo sonst liegt meines Erachtens die wichtigste Bedeutung von Petersberg-Marbach.

Hier sind politische Chancen eröffnet worden. Die Gefahren, die mit diesem Beschluß zweifellos auch verbunden sind, wiegen demgegenüber bei weitem geringer. Natürlich besteht die Gefahr, zum bloßen Anhängsel einer grün angehauchten SPD zu werden. Natürlich besteht die Gefahr, daß sich Grüne eines Tages die Augen reiben und verwundert feststellen, daß eine Strategie der Kooperationsbereitschaft gegenüber der SPD zwar politisch erfolgreich gewesen sein mag, daß aber dabei kaum etwas wirklich bewegt werden konnte. Und natürlich bedeutet der Weg, für den ich hier plädiere, eine schmale Gratwanderung. Aber zu dieser Gratwanderung gibt es keine reale politische Alternative. □

EIGENSINN
Buchversand & Dokumentation
Technikkritik-Ökologie-Ökonomie
Frauenforschung Alltagsgeschichte

aus unserem Programm:
Edward P. Thompson
DAS ELENDE DER THEORIE
Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung. Vorwort v. Michael Vester.
272 S. DM 38,-

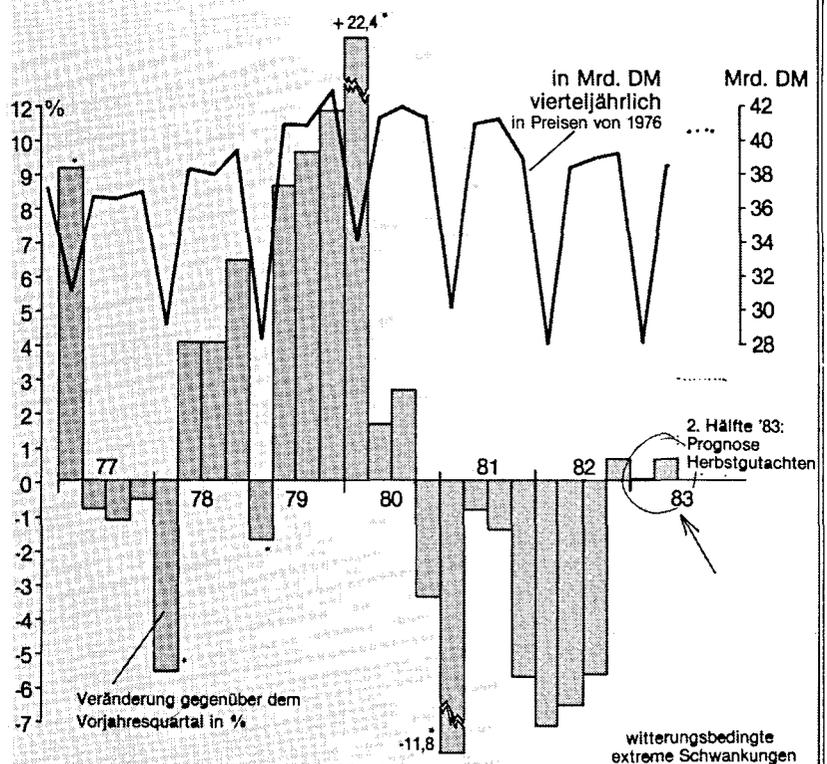
VERSANDKATALOG ANFORDERUNG
„...ein bisschen Radau...“
Arbeitslose machen Geschichte
1. öffentliche Bekanntmachung lästerlicher Reden und unerhörter Taten, verbrochen von Berliner Arbeits- und Obdachlosen... angeschlagen von G. Fröba und R. Nitsche
140 S. DM 16,-

zu bestellen:
– bei: **EIGENSINN**
Buchversand & Dokumentation
Birgit & Günther & Susanne
Prasser Schäfer Teichmann
Postfach 50 04 67 2 Hamburg 50
Tel.. 040 / 319 54 10
– per Post-/Bankscheck plus
DM 3,- Versandkostenanteil

Bauinvestitionen

Zugpferd des »Aufschwungs«?

Dieser Tage wird der Sachverständigenrat sein alljährliches Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung vorlegen. Die Prognose wird verhalten positiv ausfallen, der Regierung wird zu härterem Durchgreifen aber auch zum Festhalten an der Sozialpartnerschaft, der Bevölkerung zu weiterer Opferbereitschaft geraten werden. — Mehrere Milliarden Mark, die an anderer Stelle fehlen, hat die Bundesregierung zur Ankurbelung des Wohnungsbaus ausgegeben, mit der Behauptung, darüber die gesamte Wirtschaft wieder auf den Wachstumspfad zu bringen. Nicht, daß man solche Kriterien überhaupt übernehmen sollte, aber die Versprechungen sind auch für sich hohl. Was nämlich beim Wohnungsbau (und teils beim Wirtschaftsbau) an »Zuwachs« gegenüber dem Loch des Vorjahres zu verzeichnen ist, gleicht der fortdauernde Niedergang öffentlicher Baumaßnahmen infolge des Bankrotts der Gemeinden fast wieder aus. So bleibt die gesamte Bautätigkeit weit unter den 1979 ausgebauten Kapazitäten, und der Druck, das Regierungskonzept zu überdenken, wird immer größer.



Bundesregierung beschließt höhere Sozialmieten

Die Bundesregierung hat Ende Oktober eine Verordnung zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften beschlossen, die unmittelbar zu Mieterhöhungen bei allen Sozialwohnungen führt. Ab Januar dürfen die Vermieter öffentlich geförderter Wohnungen danach um 30 bis 60 Prozent erhöhte Instandhaltungskosten in Rechnung stellen. Die Pauschalen wurden zuletzt 1979 geändert; die jetzige Erhöhung liegt weit über den seither eingetretenen durchschnittlichen Preiserhöhungen bei der Lebehaltung. Für die älteren Wohnungen, die vor 1953 bezugsfertig wurden, können künftig im Rahmen der Gesamtmiete jährlich 12,50 DM für Instandhaltung angesetzt werden (bisher 9,40 DM); für Wohnungen, die 1953 bis 1969 bezugsfertig wurden, können 12 DM pro Quadratmeter und Jahr kassiert werden (bisher 9 DM) und für die seit 1970 fertiggestellten 11 DM (bisher 6,90 DM). Bei einer Wohnung von 80 m² beläuft sich die Mieterhöhung auf 20 bis 28 DM im Monat. Ob die Vermieter die Mehreinnahmen tatsächlich für Instandhaltung verwenden, bleibt ihnen überlassen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung verfügt, daß künftig sämtliche Betriebskosten wie öffentliche Lasten, Grundsteuer Straßenreinigung, Müllabfuhr, Gartenpflege, Beleuchtung, Schornsteinreinigung, Haftpflichtversicherung,

Hauswart, Antennenanlage usw. direkt auf die Mieter umgelegt werden können. Bisher ging dies nur für Heizung, Warmwasser, Be- und Entwässerung sowie für die Fahrstuhlkosten. Die „zweite Miete“ wird dadurch erheblich ausgeweitet, und der Sozialmieter hat zu zahlen, wie immer der Hausbesitzer bei seinen Betriebskosten wirtschaftet. Wie bisher kann der Vermieter eine monatliche Vorauszahlung verlangen, abrechnen muß er erst bis zum fünfsten Monat nach Ende des Abrechnungszeitraums. Diese Abrechnung kann für jeden Posten getrennt erfolgen. Neu ist auch, daß Mieterhöhungen von einem Monat auf den anderen zwei Jahre rückwirkend gefordert werden können.

Durch Arbeitslosigkeit gebrandmarkt

Wer arbeitslos wird, bleibt gezeichnet das haben jetzt zwei Untersuchungen bestätigt, die das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht hat. Bei anhaltend ungünstiger Beschäftigungslage vermindere sich die Chance einer stabilen Wiedereingliederung in das Erwerbsleben, heißt es dort. In den letzten zehn Jahren (1974 bis 1983) gab es ca. 33 Millionen Fälle registrierter Arbeitslosigkeit, betroffen waren aber nur 12,5 Millionen Personen. Das heißt, daß viele von ihnen mehrfach arbeitslos waren. Im Verlauf des gleichen Zeitraums waren etwa 41 Millionen Personen

erwerbstätig; bei 12,5 Millionen Arbeitslosen bedeutet dies, daß etwa jede/r Dritte von Arbeitslosigkeit betroffen war, zwei von drei Erwerbstätigen waren nie als arbeitslos registriert. Wegen der Mehrfacharbeitslosigkeit kumuliert sich die Dauer eines Arbeitslosigkeitsfalles, für die im Durchschnitt knapp 19 Wochen errechnet wurde, für die jeweils Betroffenen zusammen auf durchschnittlich 50 Wochen. Das Risiko der Mehrfacharbeitslosigkeit konzentriert sich stark bei Personen, die nur kurze Zeit in einem Betrieb beschäftigt waren und bei Personalabbau deshalb als erste entlassen werden. Dieser Mechanismus verfestigt sich im Verlauf wiederholter Arbeitslosigkeit immer stärker Entsprechend verringern sich die Chancen, eine stabile Anstellung zu finden. Es zeigte sich zum Beispiel, daß die große Mehrheit (90 Prozent) der Arbeitslosen von 1977 zwar in den folgenden Jahren irgendwann wieder eine Stelle fand, nur der Hälfte gelang es aber, eine stabile Beschäftigung zu finden. □

Kiechles Öko-Trip bleibt leeres Wort

Mit Ignaz Kiechle (CSU) schien im Landwirtschaftsministerium ein neuer Wind einzuziehen, erwärmte er sich doch öffentlich für Sachen wie Stopp der Futtermittelimporte oder eine Staffelung der Sozialbeiträge zugunsten kleiner Bauern. Ging die offizielle Agrarpolitik

endlich auf Distanz zu der auf den „Wachstumsbetrieb“ ausgerichteten europäischen Subventioniererei? Auch die *Milchkontingentierung*, die sich auf EG-Ebene offenbar durchsetzt und von Kiechle unterstützt wird, scheint in diese Richtung zu gehen. Dabei geht es nicht nur um die Milch, sondern um die gesamte Agrarpolitik. Erstens bilden die Ausgaben für die Marktregulierung bei Milch den Hauptposten im EG-Agrarhaushalt, zweitens spiegelt sich in den wahnwitzigen Überschußmengen das Scheitern einer Reißbrett-Ökonomie, die sich über die Produzenten hinwegsetzt. Rationalisierung durch Mengenexpansion förderungswürdiger Betriebe ist der Leisten, über den die bisherige Agrarpolitik alles schlägt. Im Milchviehbereich heißt das: Boxenlaufställe mit 60–80 Kühen, wer nicht mitzieht, wird strukturbereinigt. Nun ist zwar der Aufbau der Großbetriebe dank gezielter Preispolitik und staatlicher Finanzierungshilfen gelungen, es konnten aber andererseits nicht ausreichend kleine Milchbauern zur Aufgabe gezwungen werden, so daß die produzierte Milchmenge unablässig steigt. Gerade kleinen und mittleren Bauern mit geringem Bodenbesitz und Bauern in benachteiligten Gebieten bietet die Milchwirtschaft den einzigen Ausweg, ein hinreichendes Einkommen zu erzielen. Sie leben heute zu einem guten Teil von der Milchwirtschaft, auch wenn sie nur einen winzigen Überschuß pro Liter er



zielen. Und eben vor diesem Hintergrund muß auch die Milchkontingentierung, die an sich sinnvoll erscheint, betrachtet werden.

Die EG-Kommission will künftig den Milchpreis nur noch für die Menge garantieren, die der jeweilige Betrieb 1981 angeliefert hat, Kiechle schlägt einen Preisabzug von 50 Pfg. je überliefertem Liter vor. Das läuft darauf hinaus, daß die Größenverhältnisse von 1981 festgeschrieben werden, die Einkommensdifferenzen aber verschärft. Wer bisher nur ein geringes Einkommen erwirtschaften konnte, kommt in eine ausweglose Lage: Kostensenkung durch Zukauf einer Kuh ist nicht mehr möglich, höhere Erzeugerpreise sind ausgeschlossen. Da die unterschiedlichen Produktionskosten unberücksichtigt bleiben, schlagen die Verluste für überlieferte Milch bei kleinbäuerlichen Milchkuhhaltern viel stärker zu Buche als bei durchrationalisierten, einseitigen Großbetrieben. Angesichts der existenziellen Bedeutung der Milchwirtschaft für die kleineren Mischbetriebe wird klar, daß die Quotenregelung in dieser Form die bisherige Politik des Bauernlegens mit allen ökologischen Problemen verschärft fortsetzt. □

Ergänzungsabgabe eine Pleite

Viel Wirbel ist einst veranstaltet worden, weil die christlich-liberale Regierungskoalition kurz nach ihrem Antritt entgegen vorherigem Bekunden eine fünfprozentige „Investitionshilfeabgabe“ für höhere Einkommen beschlossen hat. Wegen der Rückzahlung der Abgabe nach einigen Jahren von Anfang an ein bloß seichtes Zugeständnis an die Forderung nach einer Ergänzungsabgabe für Höherverdienende, ist ihre Unzulänglichkeit nun auch amtlich eingestanden. Denn die Einnahmen aus der Abgabe bleiben aus. Eine Milliarde Mark werde sie im Haushaltsjahr 1983 einbringen, hatte die Bundesregierung in ihren entsprechenden Gesetzentwurf reingeschrieben, und das Bundesinformationsamt verbreitet diese Zahl in seiner Broschüre „Bundeshaushalt 1983“ (Stand: Mai 1983) auch. Später wurde die Schätzung dann in aller Stille auf 700 Millionen reduziert. Und die Wirklichkeit sieht noch anders aus, denn, wie das Finanzministerium jetzt auf Anfrage eines Abgeordneten mitteilt, bis Ende August wurden aufgrund der Abgabe ganze 338 Millionen Mark eingenommen. Womit sich bestätigt, daß die Ausnahmebestimmungen so großzügig bemessen sind, daß die wirklich großen Fische der Abgabe entgehen. □

Konsultative Volksbefragung

Am 24. Oktober haben die Abgeordneten der Grünen im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD eingebracht. Wir dokumentieren ihn im folgenden mit einem Teil der Begründung:

Die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist eine sicherheitspolitische Grundsatzentscheidung. Sie betrifft das Staatsvolk in seiner Existenz. Die Bürger unseres Landes konnten zu dieser Schicksalsfrage bei der Bundestagswahl nicht in ausreichender Weise Stellung nehmen. Am 6. März 1983 standen Parteien, die bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, mit unterschiedlichen politischen Gesamtaussagen zur Wahl. Weiter war die Frage der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen, die nach dem sogenannten NATO-Doppelbeschluß im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse zu prüfen ist, noch nicht zur Entscheidung reif.

Nach verschiedenen Meinungsumfragen ist davon auszugehen, daß gegenwärtig über zwei Drittel der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger eine Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen ablehnen. Bei einer Stationierung wären die Bürger in ihrem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit betroffen. Die Verringerung der Vorwarnzeit auf wenige Minuten mit dem Umschalten der Abwehr auf launch on warning (automatischer Gegenschlag) erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß ein Atomkrieg durch Computerfehler „aus Versehen“ ausgelöst wird. Eine Zahl von Juristen, darunter namhafte Wissenschaftler, vertritt die Auffassung, daß die sogenannte Nachrüstung gegen Verfassungs- und Völkerrecht verstößt. Beim Bundesverfassungsgericht sind eine Reihe von Verfassungsbeschwerden anhängig. Immer mehr Bürger erwägen Aktionen zivilen Un-

gehorsams als letztes Mittel ihres Protestes. Zunehmend wird bezweifelt, „ob man eine dauerhafte strategische Konzeption auf die Fähigkeit weniger Menschen aufbauen kann, verantwortlich über die Existenz eines ganzen Volkes, eines Kontinents oder der Gattung selbst zu entscheiden“ (Kurt Biedenkopf 1981). In den christlichen Kirchen wächst die Bereitschaft, der politischen Frage der Zulässigkeit der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen Bekenntnischarakter beizumessen und sie „vor Gott“ zu verneinen. Der Ökumenische Rat hat festgestellt, daß Herstellung und Stationierung von Kernwaffen sowie deren Einsatz ein Verbrechen gegen die Menschheit ist.

Deutsche haben beide Weltkriege maßgeblich verursacht. Das Grundgesetz bekennt sich nachdrücklich zum Frieden und legt schon in der Präambel rechtlich verbindlich fest, daß das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat, „vom Willen beseelt, eine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Das Deutsche Volk trägt insoweit eine besondere moralische, rechtliche und politische Verantwortung für den Frieden in Europa und in der Welt.

Eine konsultative Volksbefragung ermöglicht die Mitwirkung des Volkes in der Grundfrage von Krieg und Frieden. Parlament und Regierung erhalten durch die Anhörung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger eine zuverlässige Entscheidungsgrundlage. Der

Gesetzentwurf konkretisiert Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Es eröffnet dem Staatsvolk eine Mitwirkung an der Staatswillensbildung (vgl. BVerfGE 8,104, 115). Inhalt und Verfahren der Volksbefragung werden durch einfaches Bundesgesetz geregelt.

Der Gesetzentwurf:

§1

(1) Vor einer Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missile) in der Bundesrepublik wird eine Volksbefragung durchgeführt.

(2) Mit der Volksbefragung soll der Wille der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen ermittelt werden.

§2

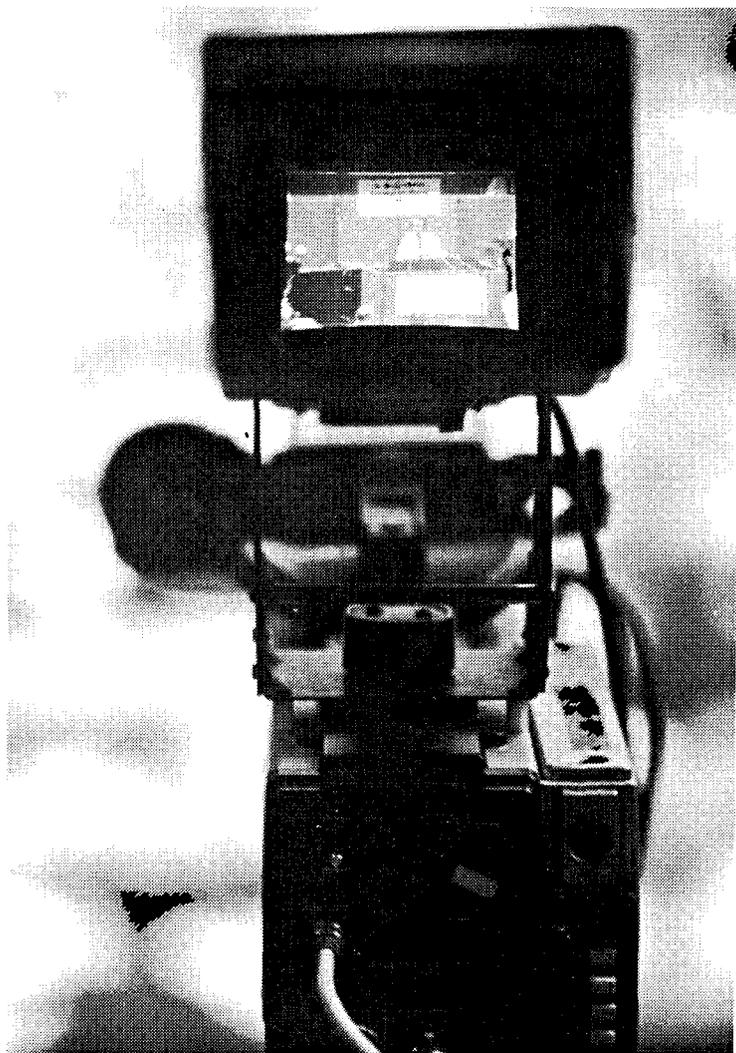
(1) Der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland werden die beiden in Absatz 2 genannten Alternativen zur Abstimmung durch Ankreuzen vorgelegt.

(2) 1. Ich lehne die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab.

2. Ich bin dafür, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland neue atomare Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile stationiert werden.

§3

(1) Für die Durchführung der Volksbefragung gelten die Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl. Das Bundeswahlgesetz findet sinngemäß Anwendung.



Ein Schritt vor und einer zurück

Während des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in München sahen einige Beobachter sowas wie eine »Revolution in der IG Metall«. War es nur eine Fata Morgana oder hat sich entscheidendes geändert? Hatten die beiden vorhergehenden Gewerkschaftstage die Weichen in der Tarifpolitik in Richtung Arbeitszeitverkürzung und 35-Stunden-Woche gestellt, so ist diesmal eine eindeutige Beurteilung — auch nur im Bereich der Tarifpolitik — nicht möglich.

Von Gerd Heinemann

Sicher gab es in München eine Reihe von „fortschrittlichen“ Beschlüssen, so den, daß in den zukünftigen Tarifrunden immer Forderungen mit Strukturelementen gestellt werden sollen, so den Beschluß, daß auch der Ausländerausschuß wie schon bisher Frauen- und Jugendausschuß antragsberechtigt ist, so den Beschluß, daß Aufsichtsratsplätze vom IG Metall-Vorstand nur in Übereinstimmung mit den betrieblichen Gremien besetzt werden dürfen und daß die Abführung der Aufsichtsratsantien an die Hans-Böckler Stiftung öffentlich überprüfbar gemacht werden soll.

Es gab aber auch Beschlüsse, die Arbeitslosen nach wie vor die Aufnahme in die IG Metall verwehren, Jugendlichen ohne Ausbildung wird lediglich Mitarbeit in der Gewerkschaft erlaubt, wobei sie diese Zeit als Anwartschaft bei ihrem späteren etwaigen Eintritt angerechnet bekommen. Ebenso wurde es, wenn auch knapp, abgelehnt, den Vorstand zu verpflichten, Stellen zu schaffen, die sich mit „Alternativer Fertigung“ befassen sollen.

Geprägt wurde der Kongreß jedoch durch andere Themenbereiche: Frieden, Tarifpolitik, hier insbesondere die 35-Stunden-Woche, und die anstehenden Vorstandswahlen.

Ein Pyrrhussieg für politischen Streik

Die politischen Aussagen der Anträge zum Thema Frieden schwankten mit eigentlich nur geringer Spannweite um die „Beschlusslage“ des letzten Gewerkschaftstages, also gegen den Nachrüstungsbeschluß, gegen SS 20 und für deren Abbau und für eine atomwaffenfreie Zone in Europa. (Es ist übrigens weitgehend Übung, frühere Anträge möglichst komplett zu übernehmen.)

Dieser Rahmen sollte an drei Punkten überschritten werden:

Die verlangte ausdrückliche Unterstützung der Friedensbewegung durch die Gewerkschaft ging dem IG Metall-Vorstand wohl zu sehr gegen das selbstgezeichnete Bild der Gewerkschaften als der „ältesten und größten Friedensbewegung“. In den letzten beiden Jahren war jedoch das Hinterherhinken der Gewerkschaften auf diesem Feld so offensichtlich geworden, daß die Ablehnung dieser Forderung nicht haltbar war und lediglich als Spielmaterial diente und denn auch sang- und klanglos aufgegeben wurde.

So konzentrierte sich die Diskussion auf die Auseinandersetzung, mit welchen Mitteln die Gewerkschaften gegen die geplante Stationierung der Mittelstreckenraketen angehen sollen. In der Mehrzahl variierten die Redner die bekannte Argumentationskette, daß die Stationierung grundgesetzwidrig sei, weil sie gegen das Friedensgebot

des Grundgesetzes verstoße, weil die Kriegsgefahr erhöht und im Falle eines Krieges auch die freiheitliche Grundordnung ausgelöscht werde und so das Widerstandsrecht in Anspruch genommen werden müsse. Es wurde versucht, diese Widerstandspflicht auch nochmal aus der IG Metall-Satzung heraus zu begründen. (s. Kasten)

Kein Redner sprach gegen den politischen Streik, Einwände wurden nur gegen einen „Automatismus“ vorgetragen, der den Vorstand zwingt, zu Aktionen aufzurufen, die die Organisation kaputt machen könnten. „Hier am Podium kann man leicht den politischen Streik beschließen, aber in den Betrieben ist es nicht so einfach.“

Der „Kompromiß“, der schließlich mit fast $\frac{3}{4}$ -Mehrheit angenommen worden ist, spricht genau wie der Gegenantrag von „gewerkschaftlichen Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegungen“, aber nicht wie ursprünglich verlangt für den Fall der „Stationierung von Mittelstreckenraketen“, sondern für den Fall, daß „die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führt, daß die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist“. Das ist einigermaßen schlitzohrig, denn für diesen Fall hatte nach der Satzung der Vorstand ohnehin die Pflicht, so was einzuleiten.

IG Metall-Satzung §2 Aufgaben und Ziele der IG Metall

Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie der Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstands an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).

Ergänzungsantrag Nr 5, zur Entschließung Nr 12: „Frieden“

„Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen durchgeführt werden, fordert der Vorstand der IG Metall die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zur Arbeitsniederlegung gemäß §2 unserer Satzung durchzuführen.“

Änderungsvorschlag der Antragskommission zum Ergänzungsantrag Nr 5

„Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IG Metall in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zur Arbeitsniederlegung gemäß §2 unserer Satzung durchzuführen“

(mit ungefähr 75 - 80% Mehrheit angenommen)

Oder soll, wie inzwischen vom IG Metall-Vorstand beschlossen, die 35-Stunden-Woche nur mit der Forderung nach vollem Lohnausgleich und der tariflichen Begrenzung der Überstunden verbunden werden? Es gelte, den Kampf nicht mit anderen Forderungen zu überfrachten, denn zwei solcher dicker Brocken seien nicht durchzusetzen, begründeten Mayr und Janßen diese Kurskorrektur „Aufgeschoben sei nicht aufgehoben“

Von einer 60%-Mehrheit wurde der leicht verzweifelt die „tarifliche Regelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen“ verteidigende Block aus Baden-Württembergern und Hessen regelrecht niedergestimmt. Die Mehrheit wurde durch eine „Anti-Koalition“ mit unterschiedlichen Motiven gebildet:

- Für viele hat das Argument der zwei Brocken, die nicht zu schaffen seien, angesichts der bisherigen Mobilisierung und Zustimmung in den Betrieben Gewicht.

Dem eigentlichen Streit: Soll man der Nachrüstung mit dem Mittel des politischen Streiks begegnen, auch wenn der Bundestag der Stationierung zustimmt, wurde so elegant aus dem Weg gegangen.

Ohne große Phantasie ist der weitere Verlauf der Auseinandersetzung abzusehen. Die Raketen werden stationiert, einige Gewerkschaftsgremien werden den Vorstand auffordern, nun gemäß Beschluß Aktionen einzuleiten. Der wird mit Hinweis auf die „fehlende Gefährdung der Grundordnung als Ganzes“ dies ablehnen. Das aus verschiedenen Tarifrunden sattsam bekannte Szenario: Mitglieder versus Vorstand nimmt seinen Verlauf, nur mit dem Unterschied, daß der Vorstand diesmal die „Beschlußlage“ sogar auf seiner Seite hat.

Von einigen Linken wurde die Tatsache, daß der Gewerkschaftstag mehr als einen Tag über „politische Streikaktionen“ diskutierte und der Vorstand dies hinnahm, als „Sensation“ gefeiert. So neu ist das nun wieder nicht. Auch bei den Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze wurde viel vom politischen Streik geredet.

Sicher ist es schon an sich was wert, wenn unter dem Druck aus Bonn nicht auf das Mittel des politischen Streik verzichtet wurde. Vielleicht ist dieser Fortschritt aber hohl. Denn in der Debatte wurden kaum einmal die Erfahrungen der ja nicht berauschenden „5 Minuten für den Frieden“ Aktion reflektiert und zu klären versucht, welche Widerstände dieser politischen Aktion in den Betrieben entgegenstanden. Wie kommt es denn zum politischen Streik? Wie muß er vorbereitet werden? Da reicht es doch nicht, daß alle für Abrüstung sind, oder daß alle Angst haben vor dem Krieg. Angesichts dieser noch nicht einmal gestellten Fragen ist die Gefahr groß, daß die Entscheidung des Gewerkschaftstages in doppelter Weise ein Scheinerfolg bleibt.

Der 35-Stunden-Woche den Zahn gezogen

Wer erwartet oder befürchtet hatte, die 35-Stunden-Woche würde die Hauptrolle auf dem Gewerkschaftstag spielen, sah sich getäuscht. Die Debatte um die Nachrüstung und die Vorstandswahlen überdeckten dieses Thema. Dabei wurde gerade auf dem Gebiet der Tarifpolitik eine folgenschwere Entscheidung getroffen.

Die Auseinandersetzung ist schnell umrissen: Soll die IG Metall, wie vom letzten Gewerkschaftstag beschlossen, die Arbeitszeitverkürzung mit „definierten Arbeitsbedingungen“ fordern, damit in der kürzeren Arbeitszeit keine Intensivierung der Arbeit die entlastenden Effekte für die Arbeitskraft wieder aufhebt und die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt wieder vermindert?

- Dann gibt es sowas wie bezirkliche Rivalität. Bei den Arbeits- und Leistungsbedingungen hat die Bezirksleitung in Stuttgart einen Tarifvertragsentwurf vorgelegt. Angesichts dieses Vorsprungs bliebe dann nur die Übernahme. Und da möchte man sich nicht bevormunden lassen.

- Außerdem sollten dem Denkmal Steinkühler gleich auf dem Kongreß einige Risse in der Fassade zugefügt werden.

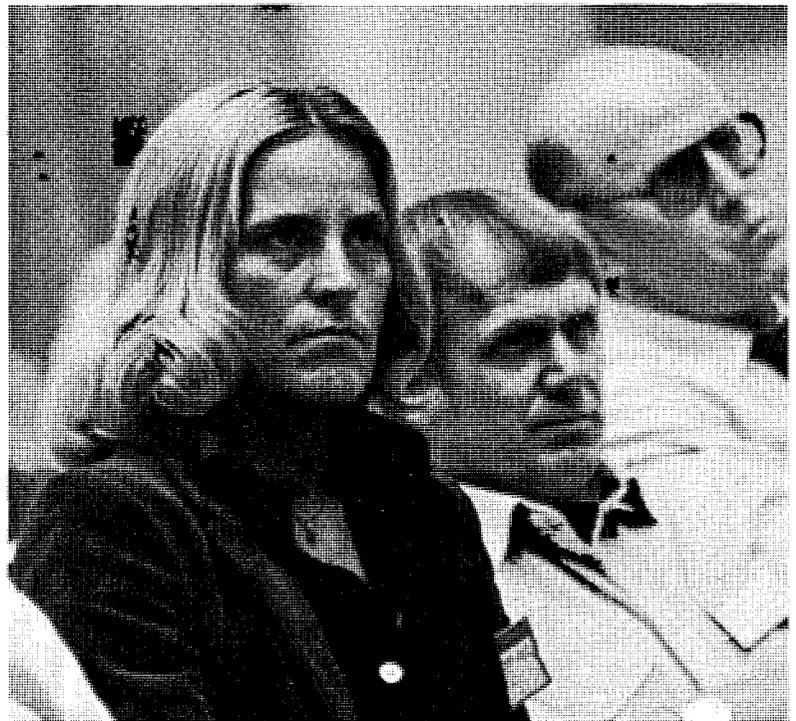
- Und nicht unbedeutend ist, daß auch die linken „Monetaristen“, die ohnehin das entscheidende bei der 35-Stunden-Woche im vollen Lohnausgleich sehen, die Baden-Württemberger und Hessen im Regen stehen ließen.

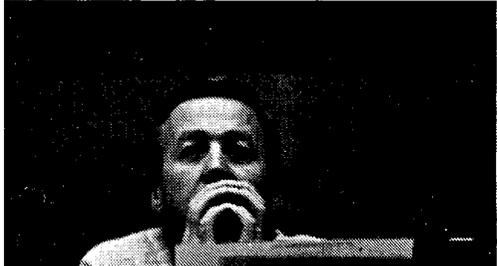
Wie auch immer zustande gekommen, ist der Beschluß ein Signal für tarifliche Regelungen der Arbeits- und Leistungsbedingungen. Das Versprechen der Tarifexperten Mayr und Janßen, daß bei der Konzentration auf einen Brocken die 35-Stunden-Woche eher durchkommen werde, ist allerdings nicht leicht einzulösen, denn der Verzicht auf die Leistungsbegrenzungen wird bei vielen Lohnabhängigen die Vorbehalte gegen die 35-Stunden-Woche erhöhen und demobilisierend wirken.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, aber es dürfte abzusehen sein, daß nach einem harten Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche nicht ein Jahr später ein ebenso harter für die Arbeits- und Leistungsbedingungen zu führen sein wird. Es steht umgekehrt zu befürchten, daß während der gesamten Übergangszeit der Arbeitszeitverkürzung sich hier nichts tut.

Ein Kronprinz wird gewählt

Auffällig ist, daß ebenso wie in der Sozialdemokratie auch in den Gewerkschaften – hier vielleicht noch deutlicher – die charis-





Fotos: G Heinemann

matischen Führungspersönlichkeiten fehlen, die die Autorität der gesamten Organisation haben. Da ist einer wie Franz Steinkühler eine Ausnahme. Dementsprechend war seine Wahl unumgänglich, auch für seine Gegner die er in den mittleren und oberen Etagen der IG Metall reichlich hat.

Überraschend war deshalb nicht die Nominierung und Wahl Steinkühlers, auch nicht das hohe Ergebnis, nachdem er bis zur Aufdringlichkeit seine Ergebnisse an „die Sache“ herausgehoben hatte. Bei allen ihm nachgesagten Formulierungskünsten unterliefen ihm auf der Jagd nach ausgefeilten, die Identifizierung geradezu herbeizwingenden Aussagen, wie „Willi Bleicher“, „Beitragskassierer“ und „die Arbeit war viel, aber es war mir nie zuviel“ auch Plotten wie „Ich sei ein Radikaler; viel schlimmer wäre es, wenn man in diesen Blättern schreiben könnte, ich sei ein Lauer!“ oder „Es gibt ein paar Gebiete, wo ich Kompromisse nicht schließen würde, wenn wir die Kraft haben, unsere Ziele zu erreichen.“ Ja, und so geht es ja allen.

Das eigentlich Überraschende war, daß der tarifpolitische Gegenspieler Janßen fast genausoviel Stimmen bekam wie Steinkühler. Die Ironie dabei ist, daß Steinkühler Janßen vor sechs Jahren als Schwachstelle selbst in den Vorstand gepuscht hatte und nun die innergewerkschaftlichen Gegner trotz schwacher Leistung in seiner Arbeit Janßen zum Gegenspieler Steinkühlers im Vorstand mit einem so hohen Stimmenanteil aufbauen konnten.

Mit Spannung wurde die Kandidatur von zwei Frauen zum Vorstand betrachtet, wobei sie nach traditionellem gewerkschaftlichen Selbstverständnis, „nach gutem alten Brauch kandidiert eine Frau für den Vorstand“, als Gegenkandidaten angesehen wurden. Typisch für das politische Führungsvakuum in der Gewerkschaft und insbesondere im Ruhrgebiet und typisch für die Rolle der Frauen in der Gewerkschaft, fiel dem Vorstand, um ein ausgewogenes „Rechts-Links und Nord-Mitte-Süd“ Paket zu schnüren, nur die Leiterin der Nebenstelle Lünen der Verwaltungsstelle Dortmund, Gudrun Hamacher ein, die niemand außerhalb Dortmunds kannte. Da war es kein Wunder, daß die Frauenausüsse ihrerseits eine Gegenkandidatin aufstellten, die im Hauptvorstand für die Frauenarbeit zuständige Karin Roth.

Es kam wie es kommen mußte: Apparatenken, „das ist doch eine Unverschämtheit, daß die aus dem Vorstand gegen den Vorstandsvorschlag kandidiert“, männlicher Chauvinismus, „stimmt für Janßen, sonst haben wir statt dessen plötzlich zwei Frauen im Vorstand“, gingen ein Bündnis gegen die mit dem Etikett „Stamokap“ versehene K. Roth ein und setzten dennoch er

staunlich knapp G. Hamacher mit 306:279 Stimmen durch.

G. Hamacher ist bisher weitgehend konturenlos. Wie alle Kandidaten hob sie ihre Arbeiterabstammung hervor. Natürlich ist sie in der SPD in ihrer Vorstellungsrede ließ sie keine der gängigen sozialdemokratischen Floskeln aus, so daß Wetten abgeschlossen wurden, ob nun die Ghostwriter im Büro Vogel oder Rau gegessen haben.

Den insgesamt mit der höchsten Stimmenzahl gewählten H. Klaus aus Nürnberg kennzeichnen vielleicht folgende Punkte aus seiner politischen Vergangenheit: Er engagierte sich in der Anti-Atomtod- und Ostermarschbewegung und sorgte dafür, daß im „Kuratorium: ‚Notstand der Demokratie‘“ Gewerkschafter mitarbeiten durften, er war als Jungsozialistenvorsitzender der Organisator der Demonstration gegen den SPD-Parteitag 1968, bei der H. Wehner der Hut demoliert wurde, und er legte aus „Arbeitsüberlastung“ 1982 seinen Vorsitz als Unterbezirksvorsitzender der SPD Nürnberg nieder.

Auch wenn Steinkühler hinnehmen mußte, daß Janßen gleichviel Stimmen bekam und daß die baden-württembergischen Anträge zur 35-Stunden-Woche niedergestimmt wurden, ist seine Wahl tatsächlich eine Weichenstellung für die IG Metall. Zwar wird in den nächsten zwei Jahren H. Mayr die bisherige Politik der IG Metall im großen und ganzen weiterführen, wie er bisher schon hinter E. Loderer die Fäden gezogen hat. Diese zwei Jahre wird aber Steinkühler mit harter Hand nutzen, um über die Organisation den Weg freizumachen für seine Wahl auf den Vorsitz und für seine Politik.

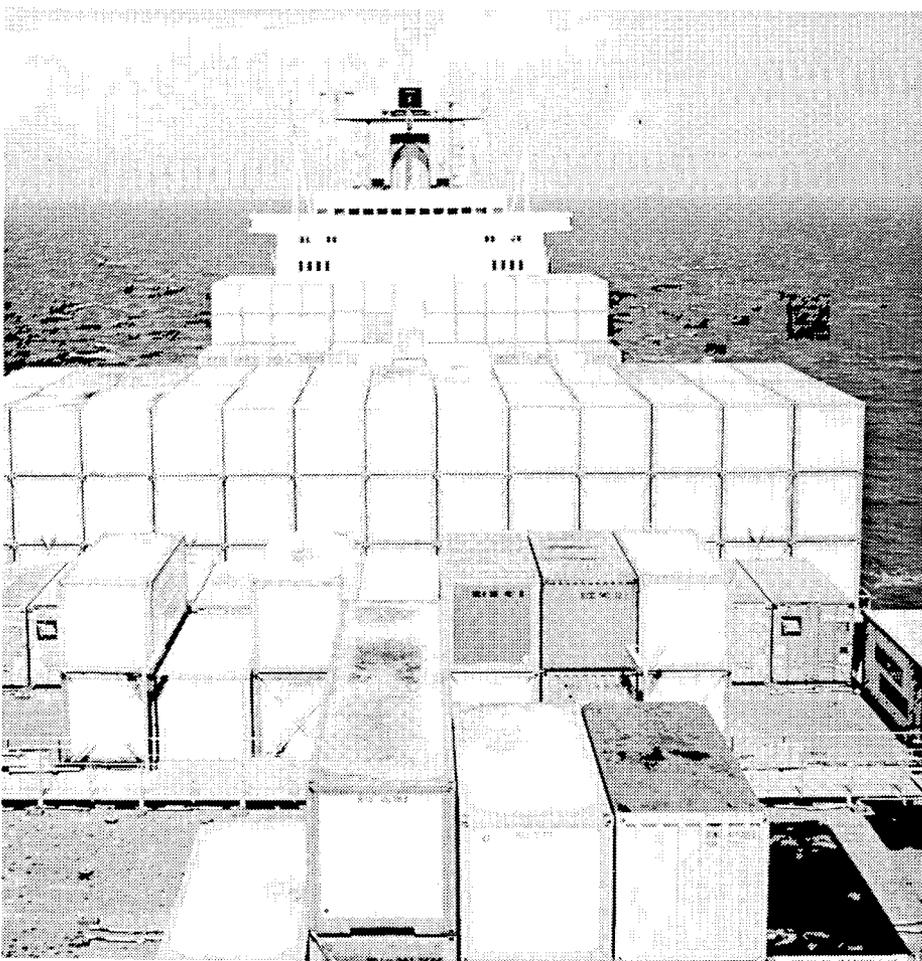
Wenn auch der Vorstand heute den politischen Status quo in der Organisation widerspiegelt, so werden sich durch die Wahl F Steinkühlers doch die politischen Verhältnisse verschieben.

Vielfach wird über den im positiven wie im negativen idealisierenden Darstellungen Steinkühlers das Moment des zielstrebigem Ausbaus seiner Karriere vergessen, für die er schon mal bereit ist, politische Vorstellungen zu opfern. Gegen den IG Metall-Vorstand war eben bisher nur auf der Stuttgarter Linie eine mehrheitsschaffende erfolgreiche Opposition möglich. Was aber wird, im Vorstand angekommen, dann sein?

Wird auf dem nächsten Gewerkschaftstag F Steinkühler zum Vorsitzenden der IG Metall gewählt, und daran kann es heute keinen Zweifel geben, wird die IG Metall nicht ein vergrößerter Bezirk Stuttgart sein und die Politik der IG Metall wird nicht in einer Übernahme der dortigen Politik bestehen. □

Von S. Haddock

Hapag-Lloyd hat gehandelt und ein Exempel statuiert. Über eine scheinbar alltägliche Resolution gegen den Nato-Nachrüstungsbeschluß stolperten ein altgedienter Kapitän und zwei Betriebsräte von „Gottes eigener Reederei“. Die drei Gewerkschafter wurden fristlos entlassen. Zusammen mit 18 Besatzungsmitgliedern hatte der Kapitän Heinrich Kraft an Bord der „Alemania Express“ einen Friedensaufruf an die Gewerkschaft ÖTV unterschrieben. Mit der Aufforderung, „sich mit allen Mitteln gegen den Transport der amerikanischen Pershing II und Cruise Missiles einzusetzen und alle Pläne abzulehnen, Handelsschiffe zum Zwecke der Kriegführung umzurüsten“ Weitere Resolutionen wurden auf den Reedereischiffen „Bavaria“ und „Stuttgart Express“ verabschiedet. Bevor die „Alemania Express“ wieder in Richtung Nordamerika dampfte, wurde der Kapitän abgelöst und zum Reedereisitz beordert. Die Besatzung weigerte sich daraufhin sechs Stunden lang, ohne ihren alten Kapitän auszulaufen. Die Betriebsräte Jürgen Söncksen und Günter Seiferth wurden von der Firmenleitung für diesen „wilden Streik“ verantwortlich gemacht. Mit dem Hinweis auf die Spitzenkandidatur Söncksens bei der Bremer BAL haben sie, so Hapag-Lloyd, ihr Amt „be-



Leben und arbeiten unter westdeutscher Flagge (III)

»Heute Containerschiff, morgen Hilfskreuzer?«

Hapag-Lloyd-Seeleute gegen die Nachrüstung

wußt und gewollt“ parteipolitisch mißbraucht.

Die Sache ist damit nicht ausgestanden. Der Ausgang ungewiß, auch bei vollem rechtlichen Schutz der ÖTV den der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft den Seeleuten zugesagt hat. Das Schiff ist nicht nur Arbeitsplatz der Seeleute, sondern auch für längere Zeit jeweils der Wohnort. Dort gilt bundesdeutsches Recht bzw. das Seemannsgesetz:

„Die besondere Situation in der Seeschifffahrt, bedingt durch Abwesenheit von Behörden und anderen staatlichen Organen auf hoher See, durch den besonderen Arbeitsablauf während der Lade- und Löscharbeiten, beim Fahren und in Notsituationen, machen eine Sonderregelung bestimmter Vorschriften aus dem Arbeitsrecht notwendig. Das SeemG trägt dem Rechnung.

Der Kapitän ist als Vertreter des Reeders kein Besatzungsmitglied“ (Müller/Krauß: Handbuch für die Schiffsführung Bd. II)

Im Klartext: Alle rechtlichen Vereinbarungen, vom Grundgesetz bis zum Arbeitsrecht, bekommen im Seemannsrecht einen die Grundrechte des einzelnen einschneidenden Zusatz angehängt, der jene im Zweifelsfall für den Reeder günstig auslegt. Das Ermessen liegt bei der Schiffsleitung, die dem Gesetz nach im Interesse des Reeders zu entscheiden hat. Das Beschwerderecht über gesetzliches Zuwiderhandeln der Schiffsleitung kann in der Praxis erst im nachhinein wahrgenommen werden. Der Begriff Notlage“ (Gefahr für Schiff, Ladung und Mensch) ist dehnbar wie Gummi. Der Beweispflicht schuldig ist der Beschwerdeführer Mißachtungen der Wei-

sungen der Schiffsleitungen sind Ordnungswidrigkeiten oder strafbare Handlungen. Die Anrufung einer Aufsichtsbehörde ist oft genauso unmöglich wie die Benennung von Zeugen bei häufig wechselnder Crew. Die Einschüchterung derselben ist ein Leichtes angesichts der Beschäftigungslage und des hohen Ausländeranteils. Das Schiffstagebuch ist ein Dokument, das, von der Schiffsleitung geführt, die Misstaten des einzelnen festhalten kann und bei der Beweisaufnahme schwer wiegt. Somit ist jede Weigerung des Besatzungsmitgliedes von Tätigkeiten, die gegen Unfallvorschriften, manteltarifvertragliche Vereinbarungen oder das Seemannsgesetz verstoßen, nichtig, „wenn es die Schiffslage“ erfordert und die Schiffsleitung dies feststellt. Zuwiderhandlungen der Schiffsführung werden

meist erst strafrechtlich verfolgt, wenn es zu einem Schiffsunfall gekommen ist (vgl. *Kommune* 9/1983). Die Anrufung von Aufsichtsbehörden, ein Schiff, das mangelnde Seetüchtigkeit aufweist, festzuhalten, dürfte im nahen und fernen Ausland als wenig hoffnungsvoll erscheinen. Auch dort gilt die Devise: „Wat da good smeert, ward ok good fahrn!“

In dem anstehenden Arbeitsgerichtsprozeß der drei gefeuerten Hapag-Lloyd Seefahrer ist mit einem Grundsatzurteil zu rechnen. Die innergewerkschaftliche Willensbildung und das demokratische Recht auf Meinungsfreiheit stehen zur Debatte.

„Wo kommen wir denn da hin, wenn die Besatzungen bestimmen, was transportiert wird?“

Der zweite Gesichtspunkt, der den Hapag-Lloyd-Vorstand vielleicht erst zu diesem radikalen Schritt veranlaßt, ist ungemein interessanter. Weitsichtig genug sind die Unternehmer, um die Zeichen der Zeit richtig zu deuten. Gerade jetzt, wo es in den großen Krisenbereichen der Wirtschaft (Werften, Kohle, Stahl und Seeschifffahrt) schon mal zu Betriebsbesetzungen kommen mag, Belegschaften nach alternativen Maßnahmen zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise suchen und sich im Anblick der gleichzeitig wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte zusammenschließen, Mahnminuten halten und

Hapag-Lloyd Personaldirektor Teleschow: »Wo kommen wir denn hin, wenn die Besatzungen bestimmen, was transportiert wird. Heute ging es um Waffen, morgen vielleicht um Chemikalien, da können wir doch gleich dichtmachen.«



VDR = Verband deutscher Reeder

VDK = Verband deutscher Küstenschiffseigner

Friedensresolutionen fassen. Das Finanzkapital fürchtet jede Politisierung der Arbeitskämpfe; im Vorstand und Aufsichtsrat der Hapag-Lloyd ist es direkt vertreten durch die Deutsche Bank, Dresdner Bank und Veritas Vermögensverwaltungs-GmbH (Allianz und Münchener Rück). Nicht ohne Grund. Der militärische Charakter des Seemannsgesetzes wird durch den jüngsten Vorgang enthüllt. Was allen anderen Berufsgruppen (Ärzte, Künstler, Juristen etc.) in der Friedensbewegung recht und billig erscheint, wird in der kriegswichtigen Seeschifffahrt bereits in den bescheidenen Anfängen unterdrückt. Und der militärische Charakter der Seeschifffahrt hat lange Tradition: Dienstuniformen, Offiziere und

Mannschaften, Befehl und Gehorsam sind Bestandteile militärischer Ordnung und Organisation.

Zwar hat sich viel an Bord geändert, und der Umgang ist in der Regel locker, ungezwungen, doch die Spaltung zwischen Offizieren und Mannschaftsdienstgraden besteht fort. Oft verlegene Distanz und Siezen zwischen Untergebenen und Vorgesetzten. Der wilhelminische Geist des seligen Albert Ballin spukt noch immer durch das Kontor von Deutschlands „First Company“ in Hamburg, und das nicht nur zur Geisterstunde. Schwarz-weiß-rot und dann erst goldgestreift sind die Schornsteinfarben der Hapag-Lloyd, größter westdeutscher Transportkonzern und in allen drei Ele-

Im Falkland-Konflikt eingesetzte Handelsschiffe

Name	Bauj.	BRT
Tanker		
»Anco Charger«	1973	15568
»British Avon«	1972	15540
»British Dart«	1972	15650
»British Esk«	1973	15644
»British Fern«	1964	13252
»British Ivy«	1965	13271
»British Tamar«	1973	15642
»British Tay«	1973	15650
»British Test«	1972	15653
»British Trent«	1973	15653
»British Wye«	1974	15649
»Corona«	1966	4899
»Cortina«	1981	6499
»Eburna«	1979	19763
»Esso Fawley«	1967	11064
»Finnanger«	1975	21267
»Fort Toronto«	1981	19982
»G.A. Walker«	1973	18744
»Luminetta«	1972	14925
»Orionman«	1975	3623
Ro/Ro-Containerschiffe		
»Atlantic Causeway«	1969	14946
»Atlantic Conveyor«	1970	14946

Ro/Ro-Schiff			
»Elk«	1977	5463	
Passagier-/Lazaretttschiffe/ Truppentransporter			
»Canberra«	1961	44807	
»Queen Elizabeth 2«	1968	67140	
»Uganda«	1952	16907	
Fährrschiffe			
»Baltic Ferry«	1978	6455	
»Europic Ferry«	1968	4190	
»Nordic Ferry«	1978	6455	
»Norland«	1974	12988	
Frachtschiffe			
»Geestport«	1982	7730	
»Lycaon«	1976	11804	
»Saxonia«	1972	12209	
Trawler-Minensucher			
»Cordella«	1973	1238	
»Farnella«	1972	1207	
»Junella«	1975	1615	
»Northella«	1973	1238	
»Pict«	1973	1478	
Schlepper			
»Irishman«	1978	686	
»Salvageman«	1980	1598	
»Yorkshireman«	1978	686	
Taucherbasisschiff			
»Stena Seaspread«	1980	6061	



Hier eins der im Artikel erwähnten ehemaligen Hansa-Ro/Ro-Schiffe, die nun die US-Marine zum Transport des schweren Gerätes der schnellen Eingreiftruppe benutzt.

menten zu Hause. Mit einem unüberschaubaren Geflecht weltweitverzweigter Tochterunternehmen und Niederlassungen. Das Netz der Containerlinien umspannt alle wichtigen Handelswege der Erde. Und fast ständig begegnet man einer dieser weißen Sperrholzkisten mit blauer Schrift, auch im hintersten Winkel der BRD

**„Mein Feld ist die Welt“
Motto: Albert Ballin, ab 1899
Generaldirektor der HAPAG**

Reedereien wie Hapag, Norddeutsche Lloyd und die pleite gegangene DDG Hansa haben sich des öfteren gesundgestoßen an den Kriegen der Welt. Vom russisch-japanischen Krieg bis Korea und Vietnam. Und beständig ist die Gefahr, an Bord deutscher Schiffe in Spannungen oder kriegerische Auseinandersetzungen zu geraten. Als besonders gefährlich gelten in diesen Tagen der Libanon, der Persisch-arabische Golf und die Häfen Westafrikas. Die Gefahr, zwischen die Fronten zu geraten, ist bei weiterer Zuspitzung der Weltlage riesig, da deutsche Schiffe nicht neutraler Nationalität angehören.

Im Jahre 1977 war ich an Bord eines Hansa-Frachters, der vier Kanonenboote an die im Hafen von Massaua (Eritrea) eingeschlossene äthiopische Armee lieferte. In Sichtweite der Küste dümpelten russische Kriegsschiffe. Ein anderes Mal, 1981, durchquerte ich mit großem Unbehagen an

Bord eines Schiffes die Große Syrte in Richtung Tripoli/Lybien, wenige Tage nach dem Luftkampf amerikanischer und libyscher Kampfflugzeuge über diesem Gebiet. Dabei bildete unser Schiffe ein potentielles Ziel für beide Seiten.

Für die Amerikaner, weil Ladung für Libyen an Bord war, und für Libyer, weil Schiff eines Nato-Partners der USA.

Noch auf See führten wir ein UKW Gespräch mit einem anderen Reedereischiff, das vor den ersten Einschlägen den Hafen von Beirut gerade noch hatte verlassen können.

Handelsschiffe waren zu allen Zeiten an Kriegen beteiligt. Ihre Besatzungen wurden als Kriegsgefangene behandelt. Zu Segelschiffzeiten unterschieden sie sich auch äußerlich kaum von Kriegsfahrzeugen und waren sogar ansehnlich bewaffnet. Die großen deutschen Reedereien verweisen noch heute in ihren Chroniken mit Stolz auf die Taten ihrer zu Hilfskreuzern und Blockadebrechern umgerüsteten Frachter in den letzten beiden Kriegen.

In der verabschiedeten Resolution fordert deshalb die Besatzung der „Alemania Express“ die ÖTV unter anderem auf, auch in Zukunft die Einbeziehung von Handelsschiffen zum Zwecke der Kriegführung abzulehnen. In den USA wurden Pläne veröffentlicht, die schnellen großen Containerschiffe der dritten Generation im Bedarfsfalle zu Hilfsflugzeugträgern umzurüsten. Das dazu nötige Equipment soll so genormt und in Friedenszeiten gelagert werden, daß der Umbau innerhalb von 24 Stunden vor sich gehen kann. Zur Zeit werden die ehemals schnellsten Containerschiffe der Welt, die der amerikanischen Sea-Land-Line, im Auftrag der US-Marine als schnelle Transporter ausgestattet. Eine weitere Klasse moderner Vollcontainerschiffe der dänischen Maersk-Linie, die über den inzwischen für Reeder unrentablen Gasturbinenantrieb verfügen, erwartet das gleiche Schicksal. Beide Schiffsklassen sind Made in Germany, gebaut in Hamburg und Emden. Die Werft Nobiskrug/Rendsburg preist ihren CONDOCK-Carrier, ein Spezialfrachtschiff, auch im Hinblick auf die vielseitige militärische Verwendbarkeit an. Drei ehemalige Hansa-Ro-Ro-Schiffe stehen seit ein paar Jahren in Diensten der amerikanischen schnellen Eingreiftruppe. Die Werft Blohm und Voss in Hamburg entwickelte ein Waffencontainersystem (MEKO) für extrem kurze Umbau- und Ausrüstungszeiten. Und schon der Container selbst ist ein Kind des Korea-Krieges.

Der letzte große Einsatz von Handelsschiffen in der Seekriegführung fand erst vor kurzem beim englischen Falkland-Abenteuer statt. Ein britischer Parlamentsausschuß schlug dieser Tage die Bewaffnung von Handelsschiffen, die zur Versor-



Ein „Dritter“ (Offizier) der ins Abendrot späht. Der Volldienstuniformierte Seemann ist – wie man sieht – nur schwer von einem der Bundesmarine zu unterscheiden. – Foto: G. Klaut



Drei Schiffe dieses Typs stehen im Dienst der US-Marine. Stellfläche für rollende Ladung (Panzer) über 3 km Länge.

gung der Falkland-Inseln eingesetzt werden, vor (*Schiffahrt International* 10/83).

In Friedenszeiten sind deutsche Seeleute vom Wehrdienst befreit, solange sie ihrem Beruf nachgehen. Und solange es so bleibt, vermodern die Unterlagen nach einmaliger Musterung irgendwo beim Hamburger Kreiswehrrersatzamt. Lediglich nautische Schiffsoffiziere können, wenn es sie danach gelüftet, Reserveoffizierslehrgänge der Bundesmarine besuchen, wo sie in die Geheimnisse der Konvoi- und Kaperfahrt eingewiesen werden. Empfangen die Funker jedoch eines schönen Tages das Sammelrufzeichen Delta-Alpha-Alpha-Zulu mit einem Schrägstrich und einer vierstelligen Nummer, sind sie verpflichtet, sofort den Kapitän oder dessen Stellvertreter zu informieren und haben nach dessen Anweisungen zu verfahren. Dann wird mit aller Wahrscheinlichkeit der mitgeführte Brief des Verteidigungsministeriums geöffnet. Der Ernstfall ist eingetreten. Schiff klar zum Gefecht! □

gewerkschaften

Je kleiner, desto Mediengewerkschaft



Von der Aura des scheidenden Loni Mahlein umweht, verabschiedete der 13. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier den Gründungsauftrag zur Mediengewerkschaft, spätestens bis zum Jahr 1985 die geschaffen werden soll. Diese hatte der „Große Vorsitzende“ eigentlich bereits als Erbmasse hinterlassen wollen. In seltener Einheit brachten die Delegierten (eine Gegenstimme verunzierte die Optik) auf den Weg, was in den Betrieben zwar auf Skepsis und Unbehagen stößt, gleichwohl aber als historisch unvermeidlich gehandelt wird.

Argument Nummer Eins: „Möglichst umfassend, mitgliederstark und groß“ müsse eine Gewerkschaft sein. Tatsächlich schrumpft der traditionellen IG Druck und Papier der Organisationsbereich rapide zusammen. Mit mehr als 60000 wegrationalisierten Arbeitsplätzen pro Jahr wird gerechnet. Dieser Schub ist nur unerheblich im Bereich Neue Medien aufzufangen. Zynische Folgerung: alte Arbeitsplätze futsch, alte Mitglieder futsch; neue Mitglieder suchen, neue Bereiche aufnehmen = z.B. Zuwachs von ca. 20000 Mitgliedern der RFFU bzw. aus dem Bereich der Gewerkschaft Kunst. Das Absurde wird offensichtlich,

schlüge man beispielsweise der IG Metall vor, sich neuer Bereiche zu bemächtigen, weil Industrieroboter einen Kahlschlag in der Mitgliedschaft veranstalten. Nun, im Bereich der IG Metall sind keine neuen Bereiche in Sicht – Gott sei Dank, möchte man sagen. Das zwingt zur Konzentration auf gewerkschaftspolitische Antworten, zur Diskussion betriebsübergreifender Investitions- und Produktionskontrolle usw. Die Suche nach wirksamen Konzeptionen – ob man mit ihnen nun übereinstimmt oder nicht – wird zur Überlebensfrage.

„Kleine Verbände sind auf Dauer nicht imstande, die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu vertreten“ teilte der Hauptvorstand der IG Druck und Papier in seinem Leitantrag mit. Woher stammt eigentlich die These, je größer, desto wirkungsvoller?! Die IG Metall – um bei diesem Beispiel zu bleiben – ist die größte Gewerkschaft der Welt. Ob sie deswegen zu den erfolgreichsten zählt, darf bezweifelt werden. Tatsache ist, daß Organisationen dieser Größenordnung dazu neigen, eine Apparatur aufzubauen, die ihresgleichen nur noch im Staatsapparat findet. Ihre Flexibilität ist entsprechend gering – besonders in geistiger Hinsicht. Bedenken über die Schlagkraft in

einer großen Mediengewerkschaft bestimmen jedenfalls die Haltung der Deutschen Orchestervereinigung und der Gewerkschaft der Bühnenarbeiter, bislang in der Gewerkschaft Kunst. Mit zusammen ca. 14000 Mitgliedern ist ihre Gegnerschaft zur Mediengewerkschaft von nicht unerheblicher Bedeutung. Sie machen geltend, bislang auch in organisatorisch weitgehend selbständiger Form erfolgreich operiert zu haben. Unter anderem das hat ihnen den Vorwurf der ständischen Interessenvertretung eingebracht.

Es darf tatsächlich bezweifelt werden, ob berufs- und ausbildungsorientierte Zielsetzungen in einer IG Medien und Kultur noch ihren Platz haben. „Als Schritt zurück“ kommentiert der Hauptvorstand der IG Druck dann auch eine vorgesehene Wiederverankerung von Berufsgruppen. Es ist dies offensichtlich ein bloßes Zugeständnis gegenüber bekannten Ängsten aus dem Facharbeiterbereich, daß Schriftsteller die Arbeiter überfahren könnten. Nicht unbegründet, wenn man die Überrepräsentation von dju und VS auf den Gewerkschaftstagen schon heute betrachtet. Bedenklich stimmt auch, daß mit der Quotierung von Fachbereichsrechten auf allen Ebenen – also wachsende Zahl sogenannter gesetzter, nicht mehr frei auf Mitgliederversammlungen wählbarer Positionen – eine gewisse Entmündigung der Basis Fortschritte machen dürfte.

Auch wäre es noch möglich gewesen, in gewissen Fragen zu kooperieren, ohne die organisatorische Selbständigkeit aufzulösen. Der Zusammenschluß der Zauberer und Sänger mit der IG Druck und Papier ist so logisch oder so unlogisch wie es Gemeinsamkeiten zwischen Bankleuten und Verkäuferinnen – in der HBV – gibt. Und wie ungenügend das sogenannte Solidarprinzip – viele für wenige – mancherorts funktioniert, kann augenblicklich jede Gewerkschaft bei sich selbst überprüfen, wenn Belange der Jugendlichen den „Realitäten“ geopfert werden. Von daher sind die Hoffnungen mancher Journalisten gegenüber einer Mediengewerkschaft nicht sonderlich begründet.

Warum interessiert sich der DGB seit 1972 für das Projekt der Mediengewerkschaft? „Im Grunde handelt es sich um einen Industriezweig, der politisch für unser gesellschaftliches Leben und die

Demokratie von größter Bedeutung ist.“ (IG DruPa-Dokumentation). Seit Jahren wird hier um Verfügungsgewalt gestritten, die sich die IG Druck und Papier allerdings weniger als Redaktionsautonomie oder ähnliches vorstellt denn als öffentlich-rechtliche Angelegenheit unter ihrer Dominanz. Und dann, sagen viele, hätten wir wohl eine politische Gleichschaltung, die sich mit der im Realsozialismus vergleichen ließe. Die geplante Fachgruppenaufteilung würde jedenfalls auch innerorganisatorisch bei der augenblicklichen Kräftekonstellation eine deutliche Aufwertung des Flügels um Henschke mit sich bringen.

Diese Befürchtungen bekommen nur neue Nahrung, wenn der Hauptvorstand, wie auf dem Gewerkschaftstag geschehen, den Antrag der Bundesfrauenkonferenz übernommen hat, der festlegt, daß die neue Organisation „weiterhin die Interessen der Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier auf der bisherigen Linie vertreten“ soll. Die bisherige Linie, die u.a. eine Änderung der Eigentumsverhältnisse in den privaten Medien anvisierte, grenzt denn auch ein beachtliches Spektrum aus den Reihen des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) aus.

Schon lange regt sich auf Seiten der Linken, soweit sie nicht in der IG Druck und Papier organisiert sind, der Verdacht, daß es bei der Mediengewerkschaft weniger um die Schaffung einer Organisation zwecks Wahrung und Vertretung der elementaren sozialen Belange geht, als um den Zugriff auf ein propagandistisches Instrumentarium. Auffälligerweise verlangsamte sich der Drang zum Zusammenschluß erheblich, nachdem der Verband der Schriftsteller beigetreten war.

Während der Kongreß sich mit Anträgen beschäftigte, in denen wenigstens im Namen die Hegemonie der Arbeiterklasse gesichert werden sollte – „Die Mediengewerkschaft soll den Namen ‚Gewerkschaft Druck, Papier, Medien und Kultur‘ erhalten“ – hat sie intern ihren Spitznamen schon weg: Gewerkschaft AgitProp. Ernsthafter ist dagegen die Voraussage des Kronprinzen, der den heutigen Vorsitzenden Ferleman beerben wird: Detlef Henschke.

Erika Springer
Mechthild Erzberger



„Die alte politische Linie fortsetzen“ heiß es im Antrag zur Gründung einer Mediengewerkschaft. In der Karikatur wirkt die IG Druck und Papier auch schon wahrhaftig wie der „Ideologische Führer“ Karikatur aus: Broschüre der IG DruPa zur Mediengewerkschaft

Eine Endzeitstimmung scheint sich in der Friedensbewegung breitzumachen. Der „heiße Herbst“, der von so vielen lang ersehnte, ist da, doch mehr kühl und frostig. Genscher verkündete nach seinem Treffen mit Gromyko, daß in Genf wahr scheinlich nichts mehr herauskommen und infolgedessen stationiert werden würde.

Innerhalb der Friedensbewegung toben indes die Auseinandersetzungen. Die einen wollen sich an dieser Art Symbolaktionen oder Latschdemos und „verstaatlichter Bewegung“ nicht mehr beteiligen, andere spielen die obersten Friedenswächter, weniger in bezug auf die Kriegstreiber und die diese bewegenden Interessen, mehr in bezug auf die Aktionsformen der Friedensbewegung. Die SPD schließlich hat es geschafft, sich offiziell in die Friedensbewegung mit einem klaren Jein einzuklinken, ohne ihre Außen- und Sicherheitspolitik im Kern in irgendeiner Weise zu ändern, so daß ein Ausklinken und der Versuch, die Bewegung an die „Realpolitik“ anzubinden, eher wahrscheinlich denn unwahrscheinlich ist. Alles in allem also mehr resignative Grundtöne, insbesondere als die Bewegung in ihrer Mehrheit noch gegen die Mittel des Krieges, nämlich die Raketen, anrennt, während die eigentlichen Kriegsursachen weitgehend im dunkeln bleiben und Perspektiven über den Herbst hinaus noch nicht absehbar sind. Daran ändern auch Massendemonstrationen wie die am 22.10. nichts wesentliches, ist doch eh klar, daß CDU/CSU und FDP sich mit solchen Massendemonstrationen allenfalls den Hintern abputzen und weiterhin in Repräsentation einer angeblichen schweigenden Mehrheit ihren bisherigen Kurs fortsetzen werden. Die Situation erinnert in einigen Grundzügen an die vor Ausbruch des I. Weltkrieges, wo sich ebenfalls zwei imperialistische Machtblöcke gegenüberstanden, wobei die zu kurz gekommenen Kolonialmächte eine Neuaufteilung der Welt mittels Krieg erzwingen wollten. Heute scheint es mehr so zu sein, daß eine im Niedergang begriffene Supermacht diesen Niedergang mittels Krieg aufhalten will.

Welche aufeinanderprallenden Interessen machen die Kriegsgefahr aus und welche Interessen streben die Lösung dieser Widersprüche mittels Krieg an?

Untersucht man die gegenwärtige weltpolitische Konstellation, so kommt man zu dem Schluß, daß es nicht zwei sich gegenüberstehende Blocksysteme gibt, sondern im Grunde drei verschiedene Interessen. Es gibt keinen Beschluß innerhalb der Nato, der zu größeren Auseinandersetzungen in dieser Organisation geführt hätte als der sogenannte „Nachrüstungsbeschluß“, und zwar bis in die Reihen der Regierungen und Generalstäbe hinein. War bei der Beschlußfassung der Vertreter Frankreichs nicht anwesend, so erklärte Dänemark gleich, daß es diesen Beschluß nicht mit-

tragen werde. Die Regierungen der Benelux-Staaten können im Moment faktisch nur noch mittels äußeren Drucks bei der Stange gehalten werden, Abgeordnete bis in die Reihen der Christdemokraten hinein gingen gegen den Beschluß auf die Straße. Auch Griechenland hat sich nach der Regierungsübernahme durch die Sozialisten klar gegen den Beschluß ausgesprochen, und Spanien hat dem Beschluß wohl nur deshalb zugestimmt, um sich seinen Weg in die EG und die Nato zu erleichtern. Selbst in den Kernländern der europäischen Nato-Staaten gibt es deutlich von den USA abweichende Töne. Im Sommer dieses Jahres, als die Konfrontation zwischen den beiden Blocksystemen noch weniger spürbar

WERNER DÖRRING

Keine Perspektive nach Genf?

war, brachte die SPD eine Zwischenlösung ins Gespräch, die den Genfer Waldspaziergangskompromiß favorisierte. Wenig später erklärten Kohl und Genscher sowie der französische Verteidigungsminister Hernu, daß eine solche Lösung anzustreben sei. Die USA hingegen mochten von dieser Kompromißformel nichts mehr wissen. Ihre Genfer Vorschläge machten im Gegenteil deutlich, daß sie am Scheitern dieser Verhandlungen interessiert sind.

Woher kommen nun diese unterschiedlichen Positionen?

Die USA waren aus dem II. Weltkrieg als uneingeschränkte Weltmacht Nummer eins hervorgegangen. Gestützt zunächst auf den Alleinbesitz der Atombombe, später gestützt auf den Alleinbesitz der geeigneten Trägersysteme, konnten die USA ihren Militärapparat

drastisch reduzieren und trotzdem gegenüber der Sowjetunion eine Politik der Eindämmung durchsetzen.

Gegenüber den durch den II. Weltkrieg arg gebeutelten kapitalistischen Konkurrenten in Europa verfolgten die USA eine Politik des Beerbens. Sie beerbten die Kolonialmächte um deren Kapital- und Absatzmärkte und konnten die abfallenden ehemaligen Kolonien wirtschaftlich an sich binden.

Diese unangefochtene Stellung der USA geriet nun in dreifacher Hinsicht ins Wanken. Die Europäer nahmen „die amerikanische Herausforderung“ (wie's in einem Buchtitel Servan-Schreibers heißt) nach Abschluß der Wiederaufbauphase an. 1966 hält Charles de Gaulle seine Reden zum „strategischen Neutralismus“ Europas und löst die französischen Truppen aus der militärischen Integration der Nato heraus. Die EG begann, die USA als ökonomische Weltmacht Nummer eins abzulösen. So sank der Welthandelsanteil der USA von ca. 25% Ende der 50er Jahre auf weniger als die Hälfte (11%) 1980, während der Welthandelsanteil der BRD (unter 5% Anfang der 50er Jahre) Ende der 70er Jahre mit dem der USA fast gleichzog. Japan, Frankreich, Italien und die Niederlande steigerten ihren Welthandelsanteil im gleichen Zeitraum ebenfalls beständig. 1981 betrug der Welthandelsanteil allein der EG-Staaten Frankreich, Großbritannien, BRD, Benelux und Italien 587,1 Mrd. US-Dollar (30% des Welthandels) gegenüber 233,7 Mrd. US-Dollar der USA (11,8%), das Bruttosozialprodukt der jetzigen EG-Staaten lag 1980 bei 2861,82 Mrd. US-Dollar, das der USA bei 2582,5 Mrd. US-Dollar

Als zweiter Faktor setzte der Befreiungskampf des Volkes von Vietnam in der Dritten Welt ein Fanal, sich vom US-Imperialismus zu befreien. Die Blockfreien-Bewegung wurde zu einem eigenständigen Faktor in der Weltpolitik, welcher die nationalen Befreiungskämpfe unterstützte und der Ausbeutung der Dritten Welt gewisse Schranken zu setzen versuchte. Die USA gerieten immer mehr in die Isolation.

Als dritte Kraft schließlich durchbrach die Sowjetunion das Atomwaffenmonopol der USA. Spätestens die Kuba-Krise 1962 macht klar, daß die Ära der einseitigen Abschreckung beendet und die Politik der Eindämmung gegenüber der Sowjetunion so nicht mehr haltbar war. Mitte der 60er Jahre wurde die Nato-Strategie der massiven Vergeltung durch die Strategie der Flexible response ersetzt. Beiden Großmächtern war daran gelegen, da ein einseitiges Ausbrechen aus der gegenseitigen Abschreckung nicht möglich war, in Verhandlungen die weitere Aufrüstung kalkulierbar zu machen und Eskalationen bis zu einem Atomkrieg auszuschließen. Die damit eingeleitete Ära der Entspannung allerdings nutzte weniger den USA als vielmehr der Sowjetunion und der EG. Die EG und Japan brauchten stabile politische Verhältnisse, sichere Rohstoffquellen und Handelsverbindungen, um ihre wirtschaftliche Expansion durchführen zu können. Die Sowjetunion gewann erstmals weltpolitisch einen Handlungsspielraum. Den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern der Dritten Welt bot sie sich als „natürlicher Verbündeter“ an, verband dies jedoch mit politischen Bedingungen, um ihren Fuß in diese Länder zu setzen. Sie sicherte sich damit rund um Afrika und im Nahen Osten einen Militärstützpunkt nach dem anderen. Gleichzeitig zog sie nicht nur nuklear strategisch mit den USA gleich, sondern baute ihre Flottenverbände zu einer auf allen Weltmeeren einsatzfähigen Armada aus, womit sie sich in die Lage versetzte, westliche Handels- und insbesondere Rohstoffverbindungen ernsthaft zu bedrohen. Damit allerdings war dann ein Punkt erreicht, der es auch den Europäern geraten erscheinen ließ, die Entspannungspolitik zu überprüfen.

Die Widersprüche Ende der 70er Jahre

In der Carter-Ära versuchten sich die USA der verfahrenen Lage bewußt zu werden. Ökonomisch waren sie als Vormacht durch die Europäer bereits abgelöst worden, waren andererseits aber nuklearstrategische Garantie Europas und trugen die Hauptlast der militärischen Sicherung der Rohstoffquellen und Handelsverbindungen, die im wesentlichen den Europäern nützten. Als Antwort auf diese Situation boten sich für die USA zwei Perspektiven, die auch heute noch kontrovers diskutiert werden. Einmal wurde der Rückzug der USA auf den Schutz ihrer eigenen Interessen gefordert, was Anfang der 70er Jahre so weit ging, den Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa zu fordern, um gestützt auf die ökonomische Kraft gegenüber den Europäern wieder aufzuholen, ein Standpunkt, wie er auch heute noch von den Demokraten vertreten wird und in der Freeze-Bewegung eine Rolle spielt. Die andere Position, wie sie in der Hauptsache von den Republikanern vertreten wird, ist, daß die USA sich in der Hauptsache auf ihre Stärke als Militärmacht stützen sollten, um über eine Politik der verschärften Konfrontation gegenüber der Sowjetunion deren Einfluß weltweit zurückzudrängen und die Europäer unter der Hegemonie der USA in die Sicherung der Rohstoffquellen und Handelsverbindungen mit einzubinden und über Auferlegung von Handelsbeschränkungen ökonomisch zu zügeln.

Diese Position hat sich in den USA durchgesetzt und konnte im wesentlichen auch innerhalb der Nato durchgesetzt werden. 1978 wurde in der Nato beschlossen, die Mobile allied forces, eine mobile Einsatztruppe der Nato, für die Dritte Welt aufzubauen. 1980 wurde dieser Beschluß dahingehend konkretisiert, daß die BRD die durch den Einsatz der Verbündeten in der Dritten Welt in Europa entstehenden Lücken auffüllen sollten, während Großbritannien, Frankreich und Italien entsprechende Truppenkontingente für außereuropäische Intervention zur Verfügung halten mußten. Mit dem Master restationing plan, der eine Vorverlegung amerikanischer Truppen direkt an die Grenze bedeutet, und dem 1980 beschlossenen Wartime host support nation program, in welchem der Ausbau von elf Flugplätzen in der BRD, der Ausbau von Autobahnen zu Hilfsflugplätzen, der Ausbau der Infrastruktur und die Lagerung von Material und Waffen für sechs US-Divisionen festgelegt ist, wurden die militärischen Maßnahmen eingeleitet, eine solche Strategie umsetzen zu können. Das dazugehörige Rüstungsprogramm wurde in der Nato mit der Air-land-battle doctrine im Dezember 1982, auch als Rogers-Plan bekannt, beschlossen, welches der Nato im Laufe der nächsten zehn Jahre durchaus auch wieder konventionelle Offensiv-Optionen in Europa eröffnen würde. Nuklearstrategisch läuft ein solcher Kurs darauf hinaus, nach Wegen aus der gegenwärtigen Selbstabschreckung heraus zu suchen. Hierzu wird einerseits versucht, Erstschlagskapazitäten zu schaffen, andererseits werden Konzepte eines Enthauptungsschlages gegen die militärische und politische Führungsstruktur der UdSSR diskutiert und wird über die mögliche Begrenzbarkeit eines Atomkrieges auf die Dritte Welt oder Europa nachgedacht. Hinsichtlich der letzten beiden Punkte spielt die Modernisierung des amerikanischen Nuklearpotentials, die hier fälschlicherweise unter dem Namen „Nachrüstung“ diskutiert wird, eine entscheidende Rolle.

Für die Europäer stellen sich diese Widersprüche, und das macht auch die Auseinandersetzung um den sogenannten „Nachrüstungsbeschluß“ aus, etwas anders dar. Sie treten weltpolitisch in der Hauptsache als Händler auf, und entsprechend ist ihre Außenpolitik bestimmt. Sie haben ein Interesse am Bestehen stabiler politischer Verhältnisse weltweit, an sicheren Rohstoffquellen und Handelsverbindungen. Da kommt die Unterstützung von Militärdiktaturen ebenso in Betracht, solange diese stabile Verhältnisse garantieren, wie die gegenwärtige Politik der Unterstützung der Opposition in Chile, um sich auch nach dem Sturz von Pinochet die Türen offenzuhalten. Ebenfalls wie die USA haben sie weltweit ein Interesse an der Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses, um die Bedrohung der Rohstoff- und Handelswege durch die Sowjetunion auszuschalten. Sie können sich allerdings im Unterschied zu den USA eine Eskalation bis zum Krieg hin auf keinen Fall leisten, weil damit ihre eigene Existenzgrundlage zur Disposition stehen würde. Sie können sich auch keinen konventionellen Krieg in Europa leisten, sind von daher am Weiterbestehen der amerikanischen Nuklearstrategie interessiert. Diese allerdings wurde von den USA einseitig aufgekündigt. Kissinger erklärte am 1.9.1979 in Brüssel, daß die USA nicht dazu bereit seien, unter allen Umständen bei begrenzten Konflikten Atomwaffen von den USA aus einzusetzen, sondern daß bei einem auf Europa begrenzten Konflikt Atomwaffen von Europa aus eingesetzt werden müßten. Erst diese Drohung veranlaßte dann die Europäer im Dezember 1979, die „Nachrüstung“ zu beschließen, wobei es ja auch in der gegenwärtigen Diskussion eigentlich zwei Argumente sind, die für die „Nachrüstung“ vorgebracht werden: Einmal sei sie nötig, um ein Abkoppeln von

den USA zu vermeiden, andererseits, um der sowjetischen Bedrohung entgegenzuwirken. Die Lage der Europäer ist insofern prekär. Einerseits versuchen ja gerade Frankreich und Großbritannien, gegenwärtig mit ihrer massiven atomaren Rüstung eine umfassende europäische nuklearstrategische Abschreckung aufzubauen, wobei sich westdeutsche Energieunternehmen und der Staat ja mit größeren Beträgen am Bau der französischen Schnellen Brüter beteiligen, die insbesondere waffenfähiges Plutonium liefern sollen. Andererseits ist der politische Einigungsprozeß in Europa durch die in der Krise stärker werdende Konkurrenz gefährdet, so daß die Europäer auf kurze Sicht auf alle Fälle noch ein Stück weit unter der US-Hegemonie verbleiben müssen. Längerfristig bahnt sich hier jedoch ein Kurs an, wie ihn Frankreich bereits beschreitet. Frankreich hat konventionell insbesondere bei der Marine abgerüstet, um Mittel für seine nuklearstrategische Rüstung freizusetzen (Steigerungsrate hier gegenüber dem Vorjahr 11%) und baut andererseits aus den Einheiten der ehemaligen Fremdenlegion eigenständige Schnelle Eingreiftruppen auf, um auch weltweit unabhängig von den USA auftreten zu können. Ein solcher Kurs findet insbesondere im reaktionären Lager hier offene Unterstützung.

Bezüglich der „Nachrüstung“ ergeben sich aus dem oben Gesagten bestimmte europäische Interessen, die dazu führten, daß die Zwischenlösung im Sommer und Herbst wieder ins Spiel gebracht wurde und seitens der Europäer auf einem Weiterverhandeln in Genf beharrt wird, während die USA in einer vom United States Strategic Institute im Dezember 1982 herausgebrachten Studie einen Zeitplan für das Herauslösen der USA aus den Genfer Verhandlungen aufstellten und deren Scheitern anstrebten, um ihr Nuklearpotential in Europa umfassend modernisieren zu können, insbesondere auch mehr Mittelstreckenraketen als im „Nachrüstungsbeschluß“ festgelegt in Europa stationieren zu können. Umgekehrt haben die Europäer natürlich ein Interesse daran, daß einerseits eine gewisse Anzahl von Mittelstreckenwaffen hier stationiert wird, den USA allerdings der Weg zur Führung eines auf Europa begrenzten Atomkrieges verbaut wird.

Die UdSSR hat demgegenüber ein Interesse daran, die USA an der Fortsetzung ihres Konfrontationskurses zu hindern. Sie wird sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen, sich ihre einmal gewonnene weltpolitische Handlungsfähigkeit in irgendeiner Weise nehmen zu lassen. Von daher hat sie ein Interesse an der Spaltung der Nato, was sie durch Drohungen einerseits und Angebote zur verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bewerkstelligen versucht. Die Europäer greifen hierbei bestimmte Angebote auch auf, um politische Hebel in die Hand zu bekommen, einem amerikanischen Konfrontationskurs in gewisser Weise entgegenzusteuern.

Im Moment jedoch bleibt der Konfrontationskurs bestimmend. Im Nahen Osten versuchen die USA im Moment, das Roll back zu beginnen. Hierbei haben sie sich in den letzten Jahren in geschickter Weise das nötige politische und militärische Instrumentarium aufgebaut. Sie führen nicht nur seit Jahren mit Ägypten und dem Oman zahlreiche Manöver durch. In Oman haben sie Waffen und Material für ihre Schnelle Eingreiftruppe im Nahen Osten (für diese Region sind 285 000 Soldaten abgestellt) eingelagert, und es ist ihnen gelungen, sich über das AWACS-Geschäft mit Saudi Arabien dort einen Stützpunkt über die damit verbundene Entsendung von Militärberatern aufzubauen. Der von den Golfstaaten zur Verhinderung des Übergreifens der islamischen Revolution auf andere Staaten gegründete Golfirat finanziert den irakischen Krieg gegen den Iran und hat im Sommer dieses Jahres einen gemeinsamen Mi-

Länder	Staatsfläche in Tsd. qkm	BSP in Mio US-Dollar 1980	Bevölkerung in Mio 1980	Militärausgaben 1981 in Tsd. US-Dollar	Militärausgaben in % d BSP 1978	Militärpersonal 1982 in Tsd	ausl Militärstützpkt.	Anteil am weltweiten Waffenexport 1977
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Belgien	30	119,77	9,8	3690	3,1	93,5		
Dänemark	43	66,35	5,1	1546	2,5	31,2		
BRD	249	827,79	60,9	25509	2,8	495,0	6	3,0
Frankreich	547	627,70	53,5	23633	2,6	492,9	17	10,8
Großbrit.	244	442,82	55,9	19901	4,9	327,6	17	3,7
Griechenland	132	42,19	9,3	2184	5,7	206,5	1	
Italien	301	368,80	56,9	8184	2,5	370,0	1	0,64
Luxemburg	3	5,2	0,4	51	1,0	0,7		
Niederlande	41	161,4	14,1	4931	3,4	104,0	3	0,93
Spanien	505	199,8	37,4	3682	1,0	347,0	1	
EG zus.	2095	2861,8	303,3	93311		2468	46	19,07
Island	103	2,6	0,2					
Kanada	9976	242,5	23,9	4227	1,8	82,9	2	0,31
Norwegen	324	51,6	4,1	1484	3,3	421,0		
Portugal	92	23,1	9,8	779	3,5	66,4	1	
Türkei	781	66	45,4	3442	3,1	569,0	1	
USA	9363	2582,5	227,3	134390	3,1	2116,8	46	43,3
Nato zus.	22734	5830,1	614,0	237633		5724,0	96	62,68
Bulgarien	111	37,39	9,0	964	2,8	148,0		
DDR	108	120,94	16,9	4394	4,5	166,0		
Mongolei	1565	1,27	1,7	238		34,6		
Polen	313	139,8	35,8	2467	2,9	317,0		0,11
CSSR	128	89,2	15,3	2900	3,9	196,5		0,19
Rumänien	338	52	22,3	1285	1,7	181,0		
Ungarn	93	45	10,8	810	2,4	106,0		
UdSSR	22402	1212	266,7	118800	10,0	3705,0	13	27,4
WPO zus.	25058	1697,6	378,5	127468		5168,0	13	27,7

litärrat gebildet, um die Ausrüstung und Ausbildung zu vereinheitlichen und gemeinsame Militäroperationen möglich zu machen. Die Ausrüstung dieser Staaten wird von der Nato übernommen, wobei die BRD ja auch mitliefern will. Die Franzosen haben jetzt die Super-Etendard Kampfflugzeuge an den Irak ausgeliefert, mit welchen dieser in die Lage versetzt wird, die iranischen Ölfelder und damit die Finanzierungsquelle des Krieges für den Iran anzugreifen. Der Iran hat für einen solchen Fall die Sperrung der Straße von Hormuz angekündigt, was die USA veranlaßte, mit Intervention zu drohen, die zu übernehmen sich allerdings jetzt Saudi Arabien anbot. Im Libanon ist es den USA gelungen, mit ihrer „Friedenstruppe“ Fuß zu fassen, was ihnen eine wachsende direkte militärische Verstrickung mit fast allen im Nahen Osten wesentlichen Kräften jederzeit, wann immer sie wollen, ermöglicht. Insofern wird die Kriegsgefahr äußerst konkret, weil ein militärisches Vorgehen der USA zum Beispiel gegen Syrien mit Sicherheit die Sowjetunion auf den Plan rufen würde.

Für die Friedensbewegung ergeben sich hieraus bestimmte Aufgaben. Einerseits muß diese Intervention im Nahen Osten bekämpft und ein Rückzug aller amerikanischen und europäischen Truppen verlangt werden. Längerfristig wird sich der Prozeß der europäischen Einigung fortsetzen. Ob ein solches Europa dann eine Außen- und Sicherheitspolitik einer Supermacht als die einer kapitalistischen Großmacht adäquaten Form der Außenpolitik verfolgen wird, oder ob uns inwieweit dem Hemmnisse in den Weg gelegt werden können, um über eine Änderung der ökonomischen Verhältnisse zu Alternativen zu kommen, dafür werden jetzt bereits die Weichen gestellt. □

JENS SCHEER

Überlegungen zur Perspektive der Friedens- bewegung

Beim gegenwärtigen Stand der westdeutschen Friedensbewegung sehe ich zwei Hauptgefahren, die beide daher rühren, daß die Nato-Nachrüstung als *die* eine überragende und zudem akute Ursache für den Ausbruch des III. Weltkriegs aufgefaßt wird.

Wie verschiedentlich ausgeführt, sind beide Aspekte falsch:

– Die eigentliche Gefahr geht von der Orientierung beider Supermächte auf „Counterforce“ statt „Countervalue“ aus, also darauf, durch „entwaffnenden Erstschlag“ mittels zielgenauer Interkontinentalraketen die Raketen des Gegners zu zerstören, statt „nur“ seine Bevölkerung mit einem Vergeltungsschlag bedrohen zu können.

– Die US-Pershing II und Cruise missiles spielen in diesem allgemeinen Trend eine beschränkte Rolle, keineswegs die ausschlaggebende, so daß nach ihrer Stationierung in Kürze die USA einen Counterforce-Schlag wagen könnten. (So ist es eine tragische Verkennung, wenn Jo Jordan und ihre Freunde (laut *Spiegel*) sagen „lieber heute verhungern als in einigen Monaten im Atomkrieg zugrunde gehen“.)

Bei der gegenwärtigen Fixierung des größten Teils der Friedensbewegung gibt es im wesentlichen zwei Möglichkeiten:

– Entweder die Nato-Nachrüstung wird verhindert – dann großes Triumphgefühl und große – trügerische – Erleichterung, weil man glaubt, das „Gleichgewicht des Schreckens“, das bislang den Ausbruch des III. Weltkriegs verhindert hat, sei wiederhergestellt, – oder sie wird nicht verhindert – große Resignation, und wenn dann der Krieg nicht, wie befürchtet, ausbricht, wiederum trügerische Erleichterung. Nötig also schon jetzt die Entwicklung einer realistischen Perspektive, realistisch im doppelten Sinne:

– indem die wirklichen Tatsachen zur Kenntnis genommen werden und

– indem tatsächlich mögliche Schritte ins Auge gefaßt werden.

Die wichtigste Tatsache ist die sehr weitgehende Symmetrie zwischen beiden Supermächten (mit einer wichtigen Ausnahme, davon gleich). Beide entwickelten und entwickeln Interkontinentalwaffen mit immer höherer Treffsicherheit; während die USA der SU dabei durchweg um ein bis zwei Jahre voraus waren, war die SU zu jedem Zeitpunkt seit den 60er Jahren nur um 50% schlechter, was sie durch die größere Sprengkraft im wesentlichen kompensierte. Was die Anzahl angeht, ist global gesehen keine der beiden Mächte dra-

stisch über oder unterlegen – die SU legte traditionell größeres Gewicht auf Raketen, die Amerikaner auf Bomber bzw. von Flugzeugen zu startende Kurzstreckenraketen. Auch im Bereich der U-Boote als Abschußbasen gibt es keine drastischen Unterschiede.

Im Mittelstreckenbereich ist die SU deutlich überlegen, die USA zeichnen sich dagegen durch ihre Kurzstrecken-Atomwaffen aus, denen auf der sowjetischen Seite nichts entspricht. Diese Ähnlichkeiten und Unterschiede spiegeln die strategischen Konzepte wider:

Beide entwickelten ihre Interkontinentalwaffen

– zur Abschreckung, um bei einem atomaren Angriff mit einem Vergeltungsschlag drohen zu können,

– zur Erpressung, um in zugespitzten Situationen mit einem Angriff drohen zu können; dies, um Vergeltungsschläge ausschließen zu können, tendenziell in der Form des entwaffnenden Erstschlags.

Die USA entwickelten ihre „Atomartillerie“ um auch einem konventionell geführten Angriff der SU auf Europa, aber auch z.B. die Golfregion, damit begegnen zu können, weil sie der Auffassung sind, einem solchen sowjetischen Panzerangriff nicht anders standhalten zu können. Insofern ist der Ersteinsatz von Atomwaffen in der Tat integrierter Bestandteil amerikanischer Strategie auch unterhalb des „großen“ Schlagabtauschs im Rahmen eines Defensivkonzepts.

Die sowjetische Strategie sieht dagegen vor, im Sinne des Mottos: „Angriff ist die beste Verteidigung“ im Falle eines Kriegsausbruchs (bei dem ja ohnehin erst später, wenn überhaupt festgelegt wird, wer „wirklich“ angefangen hat) massiv vorzustoßen, *und zwar unter Einsatz ihrer Atomraketen*, um das Areal des Gegners in kürzester Zeit sturmreif zu schießen und es dann mit ihren konventionellen Mitteln zu überrollen. Dieses Doppelspiel von atomaren und konventionellen Mitteln wurde nach einem Intermezzo, in dem Chruschtschow überwiegend auf Atomraketen setzen wollte, im wesentlichen unter Breschnew entwickelt und ist auch heute gültige Doktrin. Ihr entsprechen offenbar in Europa die SS 20. Immerhin enthält es auch die „konventionelle Option“ nämlich den Atomwaffeneinsatz zunächst zurückzuhalten, bis die Amerikaner entsprechend ihrem Konzept damit begonnen haben.

Insofern fiel es der SU leicht, vor kurzem einen „Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen“ auszusprechen, wie ihn die VR China schon 1974 erklärt hatte. Während dem bei den Chinesen ein echt defensives, auf „Countervalue“ Vergeltungsfähigkeit orientiertes Konzept zugrundeliegt, entsprechen im Fall der SU die tat-

sächlichen technologischen Gegebenheiten *nicht* diesem Ersteinsatzverzicht, wodurch der in gewisser Weise entwertet wird.

Die Union of Concerned Scientists konzentriert sich hier auf die Forderung, die USA sollten eine „No First Use“-Erklärung abgeben und, was das Entscheidende ist, dieser entsprechend ihre gesamte Strategie auf konventionelle Verteidigung orientieren, dagegen das strategische atomare Abschreckungspotential bis auf weiteres beibehalten. Dies geht über die „Einfrier“-Forderung der „Freeze“-Bewegung hinaus (die ja immerhin als wesentliches Moment den Abbruch der Entwicklung hin zum tatsächlichen Counterforce-Entwaffnungsschlag enthält).

Der zugrundeliegende Gedanke ist, daß es unrealistisch sei, in pazifistischer Manier die Abschaffung aller Rüstung als einzige Forderung zu erheben, daß aber andererseits ein Atomkrieg so schlimm ist, daß er auf jeden Fall vermieden werden muß.

Ich finde, diese Initiative weist in die Richtung, wenn ich auch einige Aspekte anders akzentuieren möchte:

– Die qualitative Besonderheit des Atomkriegs liegt ja nicht in der so viel größeren Sprengkraft der Bomben, sondern vor allem in der biologischen Wirkung auch relativ geringer Strahlenbelastung. Insofern muß stärker noch ins Bewußtsein gerückt werden, daß es ein biologischer Krieg ist, vor dem ja im allgemeinen Bewußtsein eine ganz besondere Abscheu herrscht. Nicht zufällig weist Sternglass, dem wir ja die Entdeckung der Wirkung extrem geringer Strahldosen verdanken, auf diesen Gesichtspunkt hin.

– Die UCS verkennt, daß trotz des Ersteinsatzverzichts der SU deren Atomwaffen de facto und was die technischen Gegebenheiten angeht weiterhin Bestandteil ihres strategischen Konzepts sind. Die Forderung nach „Umrüstung“ nach Änderung der Konzepte auf reine Zweitschlagkapazität mit entsprechender Vernichtung aller anderen Atomwaffen muß deshalb genauso gegenüber der SU wie gegenüber der USA erhoben werden.

– Die Alternative darf keinesfalls in einer schlichten Erweiterung der konventionellen Rüstung der USA und ihrer „Verbündeten“ bestehen, wie die UCS vorschlägt. Vielmehr müssen Ideen zur „al-

ternativen konventionellen“ Verteidigung entwickelt werden, die auch über die „Technokommandos“ und „leichten Jäger“ hinausgehen; in Richtung Volksbewaffnung, Volkskrieg, die, ohne freilich die Erfahrungen in der Dritten Welt schematisch zu übertragen, anknüpfen an europäische Traditionen der Résistance der Jugoslawen und Albaner. Taktiken des gewaltlosen Widerstandes haben darin sehr wohl ihren wichtigen Platz, ohne daß sie freilich Anspruch auf Ausschließlichkeit und Erfolgsgarantie erheben könnten.

Schließlich oder vor allem – muß in der westdeutschen Friedensbewegung geklärt werden, ob eine Verteidigung gegenüber der SU überhaupt a) sinnvoll, b) notwendig ist. Dazu gehört Klarheit darüber, daß in der SU heute ein – wie auch immer theoretisch zu fassendes System herrscht, das a) historisch einen Rückschritt gegenüber dem der Diktatur der Bourgeoisie in der Form der bürgerlichen Demokratie bedeutet und das b) aus seiner inneren Entwicklung heraus zur militärischen Aggressivität nach außen gedrängt wird. – Solche politischen Zielsetzungen schließen natürlich direkte Aktionen im eigenen Land nicht aus.

Was not tut, ist also

1. eine weltweite Kampagne gegen beide Supermächte, ihre Atomwaffenarsenale auf echt defensive Zweitschlagsfähigkeit zu reduzieren (nach dem Vorbild der VR China), wie sie 1963 beide zur Einstellung der Atombombenversuche in der Atmosphäre gezwungen waren, was heißt

a) gegenüber der SU, ihrer Erstschlagsverzichts-Erklärung entsprechende Taten folgen zu lassen;

b) gegenüber der USA, eine solche Erklärung mit entsprechenden Taten überhaupt abzugeben.

2. die Entwicklung alternativer, im Volk verankerter Verteidigungskonzepte.

Dann und ich fürchte, nur dann – wird die Bewegung von einer die Hunderttausende umfaßt, den Sprung zu einer Millionenbewegung schaffen, die ihre Ziele dann auch wirklich erreicht.

College Station, Texas, 4.9.1983

ARBEITS HEFTE



Informationen über die Situation an bundesdeutschen Hochschulen, Fragen der politisch-theoretischen Bildung und Diskussion der aktuellen Problematik – so könnte man kurz die ARBEITSHEFTE der JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN beschreiben. Uns geht es um Inhalte und Positionen und die offene Diskussion innerhalb der Linken und natürlich auch in unseren Reihen.

Auf etwa 70-90 Seiten werden Themen wie Wissenschaftskritik, Jusos und andere Gruppen, Bildungs- und Friedenspolitik, Hochschule, Ökologie, Sozialismusdebatte und Dritter Weg etc. angesprochen.

Probehefte über Juso-HSG, Ollenhauerstr 1
5300 Bonn

Jahresabonnement für 20 DM auf das Konto
ARBEITSHEFTE, c/o N. Kunz, BfG Bonn,
Kto-Nr 120 388 0000

Osteuropa-Diskussion

Nr. 54





ARMIN HENTSCHEL
STEFAN KRÄTKE

Die Suche nach dem dritten Weg in der Wohnungs- wirtschaft

In der Bundes-AG Wohnungspolitik der Grünen wird derzeit über ein Alternativkonzept zum Sozialen Wohnungsbau nachgedacht. Bezugspunkte sind zwei Modelle. Der Vorschlag von Klaus Novy für eine wohnungswirtschaftliche Selbstfinanzierung und Selbstverwaltung und das Modell eines Kommunalen Wohnungsbaus, auf das von der Berliner AL und der GAL Hamburg orientiert wird. Friedemann Bleicher hat in seiner Einschätzung in *Kommune* 7/1983 keinen Hehl daraus gemacht, daß er zum Vorschlag Novys tendiert, der sich an die genossenschaftlichen Ansätze der 20er Jahre anlehnt. Die Verfasser der folgenden Replik – Mitarbeiter im Arbeitskreis Wohnungspolitik der AL-Berlin – stellen in Frage, daß mit dem ideologischen Raster Selbstverwaltungs-konzept auf der einen – administrierte staatliche Wohnungsver-sorgung auf der anderen Seite die Gemeinsamkeiten und Unter-schiede beider Konzepte richtig erfaßt sind. Sie plädieren für eine Verbindung der Reformziele in beiden Konzepten und für eine Dis-kussion weg von der rein modellhaften Ebene.

Hauptfrage „Und wieder einmal ist die Hauptfrage,
Staat? welche Rolle dabei dem Staat zuge-dacht sein soll.“ So charakterisiert F

Bleicher den Unterschied beider Konzepte. Die These scheint schon durch die unterschiedlichen Etikette gestützt zu sein. Aber die Ge-genüberstellung bei Bleicher hier ein verstaatlichter Wohnungs-bau, dort eine außerstaatliche Finanzierung und Selbstverwaltung mobilisiert zweifellos ideologische Lagerbildungen; Hilfestellung für die Findung von Alternativen bietet sie nicht. Der holländische Soziale Wohnungsbau und der britische Gemeindewohnungsbau, die dem AL Vorschlag in der Realität am nächsten stehen, zeich-

nen sich durch ein im Vergleich zur BRD hohes Maß an Bewohner-partizipation aus. Im AL Vorschlag sind genossenschaftliche Ver-waltung des Wohnungsbestands und kommunale Finanzierung verbunden. In Holland und Großbritannien sind Beteiligungsfor-men auch in der Planungs- und Bauphase praktiziert worden. Um-gekehrt ist der Vorschlag von K. Novy ohne kommunale Beteili-gung bei der Finanzierung und Verwaltung nicht umsetzbar Und Novy selbst bemerkt richtig, daß alle „Realtypen“ von nichtkapita-listischen Reformkonzepten, wie der Wiener Wohnungsbau, Mischformen sind.

Problemfeld Sozialer Wohnungsbau

Blieben wir nicht bei der Modelldiskus-sion und halten uns vor Augen, vor wel-chen Problemen ein Reformkonzept im Sozialen Wohnungsbau derzeit steht.

– Neugebaute Sozialwohnungen der 70er und 80er Jahre haben Einstiegsmietten, die von Beziehern mitt-lerer und niedriger Einkommen nicht mehr gezahlt werden können; Ergebnis sind steigende Leerstände, zunehmende Zwangsräumun-gen.

– Umwandlungen von Sozialmietwohnungen in Eigentumswoh-nungen, Auslaufen der Eigenschaft „öffentlich gefördert“ und da-mit Verlust von Preis- und Belegungsbindung – beides verknappt den noch relativ preiswerten Wohnraum.

– Die Kommunen und Länder betreiben – abgestützt durch Bun-desgesetze – Einnahmeverbesserungen bei älteren Sozialwohnun-gen; gemeinnützige Wohnungsunternehmen werden zur Erhöhung von Mietkostenanteilen ermächtigt; bedingt durch die Finanzie

rungsform besitzen jüngere Sozialwohnungen eine Preissteigerungsautomatik; all dies führt zu steigendem Mietniveau.

– Die öffentlichen Haushalte haben sich auf eine ruinöse Finanzierung eingelassen, die selbst bei sinkenden Neubautzahlen zu immensen Belastungen bei der Förderung der Sozialwohnungen führt.

Steigende Sozialmieten bei hoher Sockelarbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen – damit ist die Reform des Sozialen Wohnungsbaus zwar kein ausschließlich mietenpolitisches Problem, eindeutig aber steht die Frage der Wohnkosten bei der Mehrzahl der Betroffenen im Vordergrund. Einigkeit herrscht darüber, daß tragbare Wohnkosten und langfristige Sozialbindung ohne Ausschaltung der Spekulation nicht gesichert werden können.

Ein zweites Problemfeld kommt hinzu. Mietrechtsabbau verstärkt den Mangel an Sicherheit und Selbstbestimmung, der im Mietwohnungssektor organisationsbedingt ohnehin gering ist. Abdrängung auf den Eigentumssektor ist das Resultat. Der „Zwang zur Eigentumbildung“ für diejenigen, die nach Autonomie im Wohnbereich suchen, führt oft genug auch alternative Ansätze zu sehr „privaten Lösungen“ ihrer Wohnungsprobleme, Lösungen, die nicht verallgemeinerbar sind. Die Kritik an der Organisationsform des Mietwohnungssektors wird bei allen Verfechtern des Genossenschaftsmodells stärker gewichtet, während die Sicherung tragbarer Wohnkosten auch für Gruppen mit niedrigem Einkommen beim Kommunalen Wohnungsbau stärker im Vordergrund steht. Diese Gewichtung führt zu unterschiedlichen Akzentsetzungen trotz gemeinsamer Zielvorstellungen.

Selbstfinanzierte Wohnungswirtschaft?

Klaus Novys Vorschlag unterscheidet sich von einem nur organisatorischen Reformkonzept darin, daß eine Strukturreform von Organisation und Trägerschaft *in Verbindung* mit einer Neustrukturierung der Finanzierung des

Wohnungsbaus gesetzt wird. Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß die derzeitige privatwirtschaftliche Wohnungsbaufinanzierung als Kapitalverwertungsprozeß zunehmend untragbare „Kosten“ unter dem Titel der Verzinsung des Fremdkapitals und Eigenkapitals mit sich bringt, die im volkswirtschaftlichen Sinne nur aus Einkommensansprüchen aufgrund bestehender Besitz- und Eigentumsverhältnisse hervorgehen.

Dagegen umfassen die unabdingbaren *volkswirtschaftlichen* Kosten der Wohnungsversorgung nur die laufenden Bewirtschaftungskosten des vorhandenen Wohnungsbestands und die Herstellungskosten des erforderlichen jährlichen Bestandszuwachses, d.h. eines Neubaubedarfs in Höhe von jährlich zwei bis 3 Prozent des Bestandes. *Unabhängig* von den durch Kapitalmärkte und privatwirtschaftliche Wohnungsbauträger gesetzten Verwertungszwängen wäre die Neubaufinanzierung im Prinzip auch durch die Institutionalisierung einer „Solidargemeinschaft“ der Nutzer des Wohnungsbestandes möglich. *Voraussetzung* für einen derartigen „ganz anderen“ Weg der Wohnungsbaufinanzierung wäre allerdings nicht nur die Bildung einer Solidargemeinschaft der Nutzer des Wohnungsbestandes mit den Wohnungssuchenden, sondern auch „ein entschuldeter und von Verwertungsansprüchen befreiter Wohnungsbestand“, damit nämlich bei Einhaltung tragbarer Mieten überhaupt noch Spielräume für eine Solidarabgabe zu Neubauzwecken frei werden können.

Wie realistisch ist die Möglichkeit einer sich selbst tragenden Solidarfondsfinanzierung? Novy nimmt an, daß der erforderliche

jährliche Bestandszuwachs durch Neubau nicht mehr als zwei bis drei Prozent des Wohnungsbestandes umfassen muß. Hier soll die niedrigere Zuwachsrate von zwei Prozent zugrundegelegt werden sowie durchschnittliche Herstellungskosten einer Neubaumietwohnung in Höhe von 2500 DM/m². Wenn *alle Mieter* des Wohnungsbestandes den jährlichen Neubaubedarf aus „Solidarbeiträgen“ finanzieren sollten, müßte jeder einzelne Mieterhaushalt *zusätzlich* zu den laufenden Bewirtschaftungskosten seiner Wohnung jährlich zwei Prozent der Herstellungskosten einer Neubauwohnung aufbringen. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich ein erforderlicher „Solidarbeitrag“ in Höhe von monatlich 4,16 DM/m². Eine so hohe Neubaubgabe wäre mit der Einhaltung tragbarer Mieten nicht zu vereinbaren, wenn man berücksichtigt, daß die laufenden Bewirtschaftungskosten einer Mietwohnung selbst *ohne* Ansatz einer Abschreibung monatlich bereits 2,00 – 2,50 DM/m² betragen. Eine vollständige Solidarfondsfinanzierung des Neubaus aus den Bestandsmieten würde demnach die Mieten im *gesamten* Mietwohnungsbestand auf ein Niveau bringen, das höher liegt als die gegenwärtigen Anfangsmieten von Neubausozialwohnungen, welche für die Mehrzahl der Haushalte mit niedrigem Einkommen schon längst als untragbar gelten. Es spricht aber nicht dagegen, *einen Teil* der Finanzierungsmittel aus „Solidarbeiträgen“ der Nutzer des Wohnungsbestandes aufzubringen.

Integrierbar sind Solidarfondsmodell und kommunale Finanzierung, wenn man sie als Vorschlag aufnimmt, die Finanzierung des Wohnungsbaus in eine andere haushaltspolitische Form zu überführen, wie er mit dem Vorschlag eines kommunalen Baufonds vorliegt. Anstelle einer undurchschaubaren Verteilung im jetzigen System tritt der Aufbau eines kommunalen Fonds, in dem alle Ausgaben und Einnahmen bilanzierbar werden, in den die Mieteinnahmen aus den kommunalen Beständen zurückfließen. Eine Refinanzierung aus zweckgebundenen Mitteln für den Wohnungsbau in Form von Hauszinssteuern oder Solidarfonds-Beiträgen, stark nach Einkommen gestaffelt, könnte damit verknüpft werden.

Das Zielgruppenproblem

Mit wohnungswirtschaftlichen Alternativen sollen diejenigen erreicht werden, die durch die heutige Form der Wohnungsversorgung am meisten benachteiligt sind. Alle Selbstverwaltungsvorschläge stehen vor dem Problem, daß sie die einbeziehen müssen, die aufgrund ihrer sozialen Situation, ihrer Arbeitsbelastung oder schlicht aufgrund anderer Interessen die Fähigkeit oder den Willen zur Selbstaktivierung nicht aufbringen.

„Es ist die scheinbar paradoxe Aufgabe zu lösen, wie sich ausgerechnet die Gruppen aktiv um ihren Wohnraum kümmern sollen, die am ehesten dadurch überfordert werden“, stellt Novy fest. Wie können Ausländerhaushalte, einkommensschwache Rentner/innen und der große übergreifende Kreis von Mietern mit unterdurchschnittlichen Einkommen einbezogen werden? Die Forderung F Bleichers nach einer alternativen „Ökonomie“ in der Wohnungswirtschaft, die sich selbst trägt und verwaltet und ohne sozialpolitische Umverteilung und kommunale Intervention auskommt, wird erst einmal eine idealtypische Zielvorstellung bleiben, die an den sozialen Realitäten und den Einkommensdifferenzen scheitert. Die diskriminierende Vergabepraxis von Genossenschaftswohnungen an sozial und einkommensmäßig ohnehin diskriminierte Gruppen wie Ausländer und schlechter verdienende Haushalte illustriert dies; die Grenzen einer Selbstfinanzierung sind bereits gezeigt worden.

Ein Konflikt zwischen dem Ziel einer möglichst weitgehenden Selbstbeteiligung und sozialpolitischen Zielen ergibt sich auch bei der Umsetzung der von Novy geforderten Solidargemeinschaft. Organisatorisch und politisch ist der leichteste Weg zum Aufbau die Bildung auf freiwilliger Basis über den Zusammenschluß von Einheiten der neuen Kleingenossenschaftsbewegung. Zweifellos könnte damit den Fällen akuten Wohnungsnotstands nicht geholfen werden. Der Konflikt mit den wirtschaftlichen Zielen bliebe nicht aus. „Die Bildung eines Solidarfonds ist wirtschaftlich unerheblich, wenn er nur von den schon Betroffenen – hier den Wohnungssuchenden – gebildet wird.“ Wirtschaftlich praktikabler wäre demgegenüber die Bildung einer „Pflichtsolidargemeinschaft“ Ohne gesetzlichen Zwang, d.h. staatliche Vermittlung, sicherlich eine unrealistische Zielsetzung. Es bleibt die Grundproblematik des genossenschaftlichen Wohnungsbaus: je größer das „Eigenwirtschaftspotential“ durch gemeinschaftliche Selbstfinanzierung, um so größer die Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Mitglieder, um so geringer aber auch die Chancen, mit diesem Modell eine Ausgrenzung von Mietern mit niedrigem Einkommen zu verhindern.

Kommunaler Wohnungsbau und Wohnungsbestand

Ist das Konzept Kommunaler Wohnungsbau nur eine Alternative für den Wohnungsneubau? F. Bleicher nimmt dies in seiner Kritik an: „Die Verhältnisse im gesamten Wohnungsbestand bleiben unberührt. Lediglich beim Neuzugang der Sozialen Mietwohnungen ändert sich etwas.“ Diese Kritik entsprach dem damaligen Kenntnisstand des Verfassers und kann ausgeräumt werden.

Das Konzept Kommunaler Wohnungsbau war – zunächst – für Neubaufaufgaben entwickelt worden. Quantitativ aber sind die Bestände an älteren Sozialwohnungen entscheidend. An den Fragen der Bestandspolitik wird sich die politische Diskussion auch künftig entzünden. Mieterhöhungen in diesen Beständen stehen unter dem Vorzeichen der Überführung des gesamten Wohnungsbestands in den freien Markt. Über Fehlbelegungsabgaben und Zinserhöhungen soll Finanzmasse für den konjunkturpolitisch nötigen Neubau freigespielt werden. Für eine alternative Wohnungspolitik stellt sich das gegenteilige Ziel: langfristiger Erhalt des gebundenen Wohnraums, Sicherung vor allem der preiswerteren älteren Sozialwohnungen, Nutzung dieser Wohnungen als Ansatzpunkt für einen wohnungswirtschaftlichen Neuanfang. Dies ist ohne einschneidende Enteignungsmaßnahmen möglich bei denjenigen Wohnungen in Großstädten, die im Besitz städtischer Gesellschaften oder solcher mit städtischer Beteiligung sind. Die zusammenfassende Formel für die angezielte Änderung heißt: Verwandlung städtischer Gesellschaften in Instrumente kommunaler Wohnungspolitik, Behandlung ihrer Wohnungsbestände im Sinne eines kommunalen Sondervermögens, Durchsetzung einer politischen, d.h. einkommensorientierten Miete durch Mietpooling und Verzicht auf Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne. In diese Richtung gehen auch die Vorschläge von G. Winter und H. Steinbach, allerdings mit unterschiedlicher Tragweite. In allen Fällen ist eine Abschaffung des Kostenmietenprinzips erforderlich wie eine veränderte Unternehmensform. Hierzu gehören: der Verzicht auf Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne bei älteren Sozialwohnungsbeständen, die keine finanziellen Verpflichtungen für Kapitalmarktkredite zu tragen haben. Nach diesen haushaltswirtschaftlichen Grundsätzen werden z.B. die kommunalen Woh-

nungsbestände in Großbritannien bewirtschaftet. Das Wegfallen von Tilgungs- und Zinsausgaben für Kapitalmarktkredite kann bei Sozialwohnungen in öffentlichem Besitz ohne weiteres für entsprechende Mietpreisreduzierungen genutzt werden. Hiermit wird eine „Bewirtschaftungskosten-Miete“ auch für ältere Sozialwohnungsbestände angestrebt. Dies kann allerdings beim gesamten Sozialwohnungsbestand städtischer Wohnungsbaugesellschaften, von dem ein Teil noch nicht entschuldet ist, also noch Tilgungs- und Zinsausgaben für Bankkredite zu tragen hat, erst nach und nach realisiert werden.

Nach einem Verzicht auf die Veranschlagung von Eigenkapitalzinsen im gesamten Sozialwohnungsbestand der städtischen Gesellschaften ist ein „Mietenpooling“ im gesamten Sozialwohnungsbestand dieser Gesellschaften vorzunehmen. Zur Deckung der gesamten Ausgaben (in denen zunächst noch Zinsausgaben für Kapitalmarktkredite enthalten sind), dienen zunächst die schon bisher gewährten laufenden Objektsbeihilfen, die jetzt allerdings auf den Gesamtbestand verteilt werden. Die *restlichen* Ausgaben sind durch Mieteinnahmen aus bestandsbezogenen Durchschnittsmieten zu decken. Bei der ersten Stufe des Mietpooling, die der Praxis des kommunalen Wohnungsbaus in Großbritannien entspricht, könnte bereits eine Durchschnittsmiete erreicht werden, die weit unterhalb der hohen „Sozialmieten“ von neueren Sozialwohnungsbeständen liegt, aber auch unter den Mieten der älteren Sozialwohnungsbestände bleibt. Dies kann nur erreicht werden, wenn die künftig erstellten Neubausozialwohnungen nicht mehr mit Kapitalmarktkrediten finanziert werden, damit durch Neubauinvestitionen nicht wieder eine Neuverschuldung des kommunalen Sozialwohnungsbestandes eintritt. Die angegebenen Maßnahmen können nicht realisiert werden, wenn man die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in ihrer bisherigen Unternehmensform als Kapitalgesellschaften beläßt, die auf eine rein betriebswirtschaftlich ausgerichtete Finanzierung und Mietenkalkulation festgelegt sind. Eine Bewirtschaftung der Sozialwohnungsbestände kommunaler Wohnungsunternehmen nach Grundsätzen der öffentlichen Haushaltswirtschaft würde voraussetzen, daß die kommunalen Wohnungsunternehmen *als Kapitalgesellschaften aufgelöst* werden, und ihre Sozialwohnungsbestände in eine andere Form kommunaler Trägerschaft übertragen werden. Wie im Falle der für kommunale Neubaufaufgaben benötigten Trägerkonstruktion müßten auch die vorhandenen kommunalen Sozialwohnungsbestände in der Form eines kommunalen Sondervermögens verwaltet und bewirtschaftet werden. Auf Grundlage dieser Form der Trägerschaft wäre wie im Falle der Neubaufaufgaben eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Wohnungsverwaltung zu verwirklichen.

Die Richtung unseres Vorschlags liegt jenseits von „bürokratischer“ Sozialstaatlichkeit und „elitärer“ Selbsthilfeökonomie. Die Perspektive ist ein Verbund von kommunalem Wohnungsbau und Genossenschaften in der Weise, daß die Finanzierung und Mietenkalkulation von Sozialwohnungen nach Grundsätzen der öffentlichen Haushaltswirtschaft im Rahmen eines kommunalen Sondervermögens erfolgt und die laufende Verwaltung der kommunalen Sozialwohnungen von Verwaltungsgenossenschaften der Bewohner oder genossenschaftsähnlichen Bewohnervereine übernommen wird, wobei zur Entbürokratisierung bzw. Demokratisierung eines kommunalen Wohnungsbaus auch seine Dezentralisierung auf die Stadtebene in Verbindung mit einer entscheidungsrelevanten Beteiligung von Mieterorganisationen und Bewohnervertretern gehört. □



Der Mensch als Umweltzerstörer

Eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur am Beispiel des Alpenraumes — Teil 1

Von Werner Bätzing

Mit dem Entstehen der sogenannten „Umweltverschmutzung“ ist das, was heute als richtiges oder angemessenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur verstanden werden kann, grundlegend in Frage gestellt worden. Die Analyse dieses Problem-komplexes ist deshalb oft besonders schwierig, weil die Anhänger der Umweltschutz-Bewegung meist aus der Negation zum Engagement kommen, aus dem Erschrecken über die Zerstörung der Natur, und nicht aus der Position, aus der praktischen Erfahrung eines anderen, besseren Naturverhältnisses, das sie der heutigen Naturzerstörung als konkrete Alternative entgegensetzen könnten. In der ökologischen Diskussion gibt es heute zwei grundsätzliche Positionen, die miteinander im Widerspruch stehen:

1. Der Mensch ist prinzipiell ein Umweltzerstörer, der immer und überall seine natürliche Umwelt ruiniert und zerstört, sofern er die Möglichkeit dazu hat, und der daher sich selbst zwingen oder gezwungen werden muß, sich zurückzunehmen und sich auf ein bestimmtes Level zu beschränken. Dieses Level wird durch ökologische Analysen, durch Rückgriff auf „das ökologische Gleichgewicht“ fundiert.
2. Die Umweltzerstörung hängt direkt mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu-

sammen, die überwunden werden müsse, und nicht mit der Natur des Menschen. Diese Position hat allerdings noch kaum ökologische Beispiele erarbeitet, um ihre Ansichten abzusichern.

Ich möchte nun an der exemplarischen Analyse eines europäischen Raumes, den Alpen, aufzeigen, daß die ökologische Fundierung der ersten Position mit sich selbst in Widerspruch gerät: Es gibt nicht „das“ ökologische Gleichgewicht, was als Maßstab und Richtschnur für den Menschen dienen kann, sondern eine ganze Reihe von ökologischen Gleichgewichten, die alle relativ stabil, aber eben nie absolut stabil sind. Also gibt es auch nicht nur eine einzige „naturgemäße“ Wirtschaftsform, und so muß eine andere Grundlage für den Maßstab des „richtigen“ Mensch-Natur Verhältnisses gesucht werden. Ich versuche, mich ihm durch den Rückgriff auf die Geschichte anzunähern, durch eine Untersuchung der Geschichte des Mensch-Natur Verhältnisses im Alpenraum von der Prähistorie bis heute, wodurch zahlreiche scheinbar natürliche Verhältnisse sich auf einmal als geschichtliche Entwicklungsstadien herausstellen. Erst auf diesem Hintergrund kann dann die neueste Entwicklung, der Einbruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise in den Alpenraum, in ihrer ganzen Tragweite verstanden und kann anschließend – in Anknüpfung und Auseinandersetzung mit den traditionellen bergbäuerlichen Wirtschaftsweisen – eine konkrete

Alternative für die Zukunft des Alpenraumes erarbeitet werden.

Der Alpenraum bietet sich für eine solche Untersuchung auf fast ideale Weise an, weil seine verschiedenen ökologischen Gleichgewichtslagen aufgrund der extremen Oberflächengestalt alle relativ labil und daher Störungen und Umwandlungen besonders leicht und schnell zu erkennen sind. Außer dem sind die traditionellen Wirtschaftsformen hier noch – im Vergleich mit anderen europäischen Regionen – relativ gut erhalten, so daß man sie auf das ihnen immanente Naturverhältnis genauer untersuchen kann.

Es ist vielleicht nicht uninteressant zu erklären, wie ich als Wahl-Berliner dazu gekommen bin, mich mit solch einer entfernten Region zu beschäftigen. Ausgangspunkt war, daß sich meine Urlaubsbedürfnisse durch den Umzug nach Berlin und eine 40-Stunden-Woche radikal änderten: Ich hatte auf einmal kein Bedürfnis mehr nach neuen Eindrücken, Anregungen und nach Distanz zur mitteleuropäischen Kultur, sondern mitten in Berlin verdichtete sich langsam die Vision der Alpen – die ich von früher her bereits kannte – als Ort der Ruhe und Konzentration, als Gegenpol zum Überangebot und zur Hektik der Großstadt. Der erste Urlaub führte mich in die Öztalalpen – mitten in die Betriebsamkeit einer touristisch gut erschlossenen Alpenregion. Das wollte ich nicht. So suchte ich systematisch eine Alpenregion, die

Je höher man in die Alpen kommt, desto flacher wird es – Almflächen in 2000 m Höhe. Der sehr enge Talgrund in der unteren Bildmitte (1010 m) ist wegen der Steilheit nicht einsehbar. Vorn typische Terrassensiedlung in halber Höhe am Südhang.

noch nicht erschlossen wäre, und stieß anhand von fehlenden Wanderkarten, Reiseführern und Bildbänden im Jahre 1977 auf den Bereich der südlichen Westalpen (also den Bereich zwischen Turin und Mittelmeer). Und hier gab es das, was ich suchte, nämlich kaum touristische Erschließung, und darüberhinaus traf ich noch auf die Reste einer Bergbauernkultur wie sie anderswo in den Alpen bereits längst verschwunden war. Über das Urlaubsbedürfnis hinaus begann mich diese Region zu faszinieren, und ich versuchte zu verstehen, was ich dort sah. Warum wandern die jungen Bergbauern ab, warum wird diese Region nicht erschlossen, warum geht die Bergbauernkultur hier kaputt? Um zu verstehen, habe ich mich auf diese Gegend eingelassen, ich habe sie zu Fuß durchwandert, habe Bergbauern bei der Arbeit geholfen und sie befragt, ich habe all das Fremde und Unverständliche registriert. Und je mehr ich begann, dieses Gebiet zu verstehen, desto mehr lernte ich sehen, bis ich in der Lage war die Spuren der langen Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur in der Landschaft zu entdecken und zu entziffern – es stimmt wirklich: „Man sieht nur was man weiß.“

1. Die Alpen als natürliches und als kulturell geprägtes Öko-System

1.1 Die Alpen als Naturraum

Aus der Fülle der Gesichtspunkte wähle ich nur diejenigen aus, die für die spätere menschliche Besiedlung besonders wichtig sind.

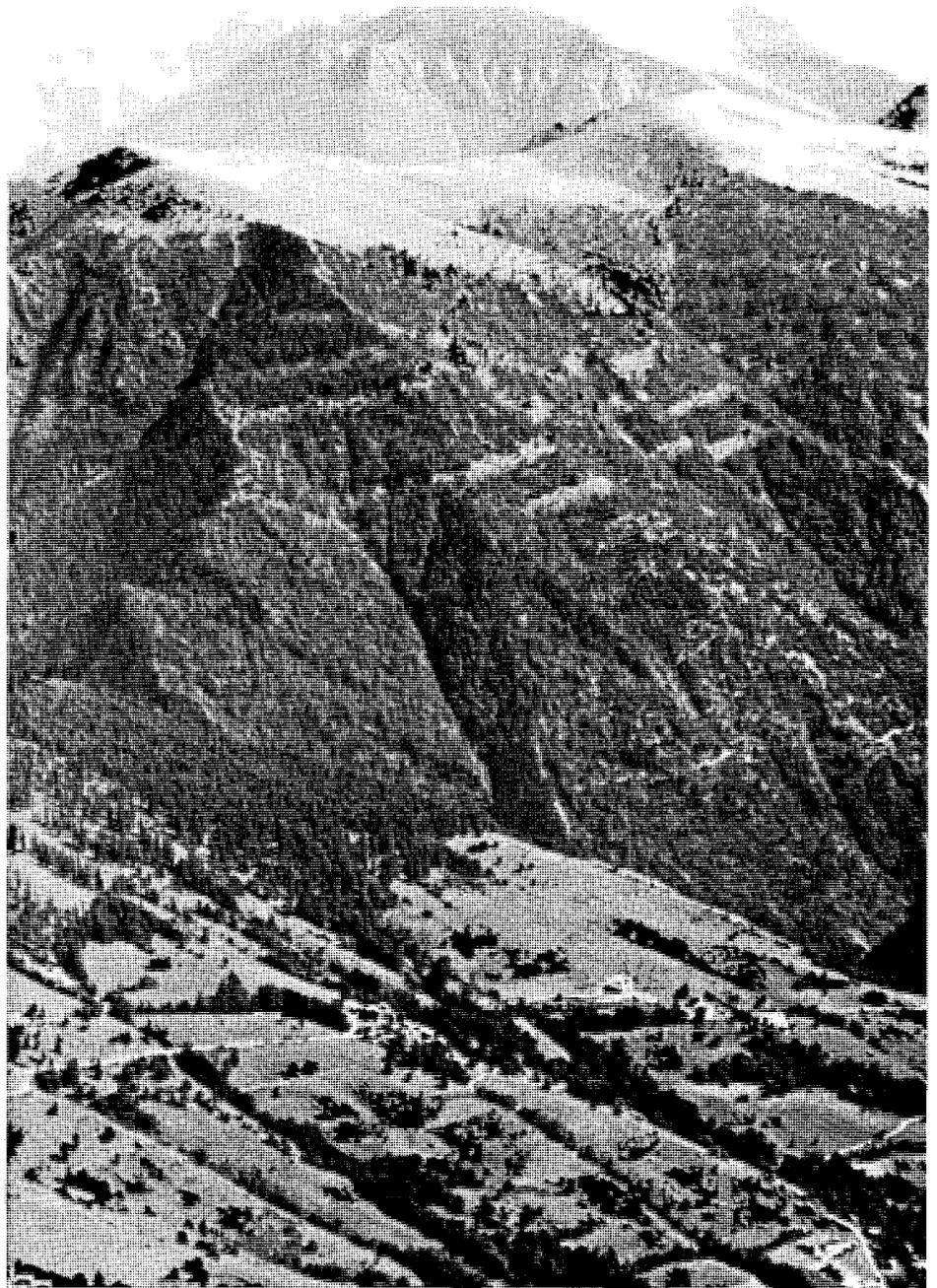
Prinzipiell muß man bei der Darstellung der Alpen als Naturraum zwischen zwei Dimensionen unterscheiden: einmal die Alpen im Rahmen der Erdgeschichte, also Entstehung, Auffaltung und Abtrag dieses Gebirges, ein Vorgang, der sich in Hunderten von Millionen Jahren abspielt; und zum anderen die Alpen in ihrer „heutigen“ Form, eine Dimension, die (wenn man die Eiszeiten einberechnet), „nur“ Hunderttausende von Jahren umfaßt, also nur einen winzigen Ausschnitt darstellt.

Die erdgeschichtliche Dimension der Alpen umfaßt vier Stadien: 1. Ein Meeresboden, auf dem sich Sedimente ablagern und allmählich verfestigen, so daß dadurch überhaupt erst ein Material entsteht, was später dann aufgefaltet werden kann. 2. Im Rahmen der Kontinentalverschiebungen

driftet die afrikanische Platte (der spätere Erdteil Afrika) nach Norden, schiebt den früheren Meeresboden zusammen und staut sich an den drei großen Gebirgen Zentralmassiv, Vogesen-Schwarzwald-Massiv und Böhmisches Massiv. Durch diesen Stau bzw. Druck werden die abgelagerten Sedimentschichten zusammengefaltet und teilweise übereinander geschoben. Es entsteht so die typische Kettenform des Alpengebirges. Diese Faltung spielt sich aber im wesentlichen nur in der Waagerechten ab, die Alpen erhalten nur Mittelgebirgscharakter. 3. Diese Faltung wird – später – durch weiteren Druck gehoben, die Alpen entstehen als Hochgebirge. Dabei stehen Hebung und Abtrag durch Eis und Wasser ständig in Konkurrenz miteinander; die meiste Zeit halten sich beide Kräfte ungefähr die Waage, nur in bestimmten „kürzeren“ Zeiträumen, den „Hebungsphasen“ wachsen die Alpen in die Höhe. Ohne den ständigen Abtrag wären die Alpen heute ca. 8000 bis 10000 Meter hoch, so aber sind sie niemals deutlich höher gewesen als heute. 4. Sobald

der Druck der afrikanischen Platte nachläßt, gewinnt der Abtrag die Oberhand und formt das Hochgebirge zu einem Mittel- oder Rumpfgebirge um (wie z.B. Vogesen oder Schwarzwald heute).

Zur Zeit stehen wir irgendwo in der zweiten Hälfte der Phase drei. Hebung und Abtrag halten sich ungefähr die Waage. Dabei sind die verschiedenen früheren Hebungsphasen noch im Gelände feststellbar. Jede Hebungsphase schuf eine Art gewellter Hochfläche, die sofort vom Rand her von den Flüssen angegriffen und abgetragen wurde. Bevor dies aber vollständig geschehen war, setzte die nächste Hebungsphase ein. Auf diese Weise entstand eine Art „Stockwerksbau“ dessen verschiedene Ebenen im Alpeninnern heute noch teilweise gut sichtbar sind. Das erklärt, weshalb man gerade auf bestimmten Höhenstufen (z.B. um 2000 m, um 2500 m, um 3000 m Höhe) auf relativ große ebene Flächen trifft. Es erscheint paradox, aber: Je höher man in den Alpen kommt, desto flacher wird es! Die steilsten Stellen liegen in der



Nähe des Alpenrandes und nicht im Alpeninnern.

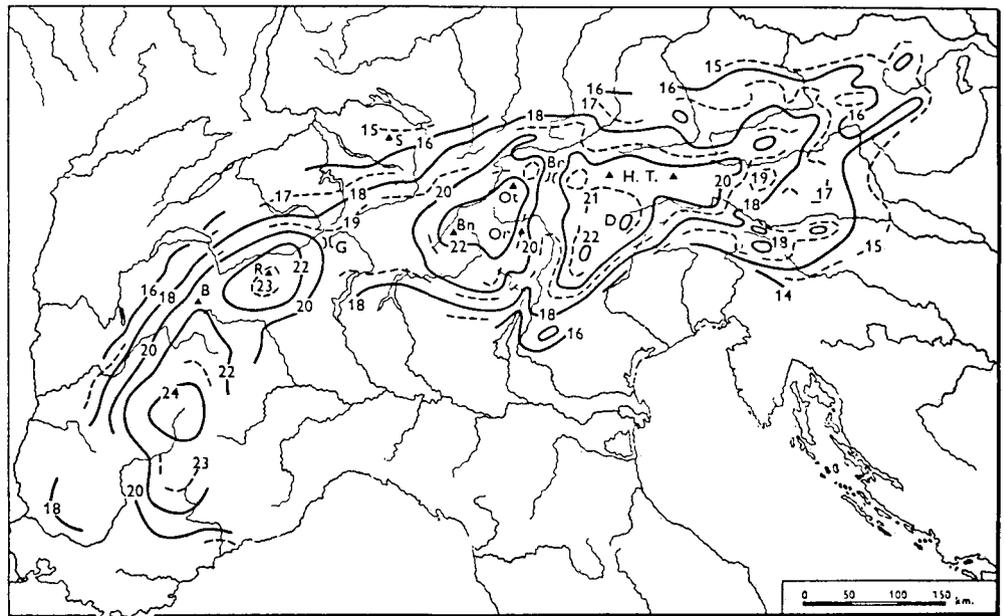
Versucht man nun, die „Natur“ der Alpen zu definieren, so gibt es Schwierigkeiten. Es läßt sich keine „exakte“ Definition festlegen, „die Alpen“ befinden sich in einem ständigen Veränderungsprozeß, der sogar so gegensätzliche Formen wie Meer und Hochgebirge miteinschließt. Anstelle einer Definition muß man statt dessen die Geschichte dieses Teils der Natur, ihre Selbstorganisation und -veränderung darstellen, um das Phänomen Alpen einigermaßen bestimmen zu können.

Wenn dagegen in den geographischen Wissenschaften von einem „Naturzustand der Alpen“ gesprochen wird, der präzise definierbar ist, so handelt es sich dabei bloß um einen Ausschnitt, und zwar hat man sich darauf geeinigt, den Zustand der Alpen am Beginn der Besiedlung durch den Menschen (also um 5000 v. Chr.) als „Naturzustand“ festzulegen. Das ist zwar nützlich zum Unterscheiden zwischen Natur- und späteren Kulturlandschaften, aber es erweckt auf der anderen Seite einen falschen, statischen Eindruck von den Alpen und verwischt, daß auch diese Naturdefinition von menschlichen Interessen geprägt ist.

Bleiben wir in der dritten erdgeschichtlichen Phase der Alpen, so stellen die bisher sechs Eiszeiten (die zeitlich nur einen kleinen Teil dieser Phase umfassen) einen bedeutenden Eingriff in das Bild des Hochgebirges dar. Durch die Arbeit der Gletscher werden alle Täler erweitert und verbreitert und – weil die Gletscher als sogenanntes Eisstromnetz über die Gebirgskämme zusammenhängen – zahlreiche relativ niedrige Paßübergänge ausgehobelt. Die Eiszeiten haben also in Verbindung mit dem „Stockwerksbau“ die Alpen erst zu einem relativ siedlungsfreundlichen Hochgebirge umgewandelt!

Der Rückzug der Gletscher am Ende der Eiszeiten brachte jedesmal große Natur-Katastrophen mit sich (wobei dieser Begriff immer nur in bezug auf den Menschen sinnvoll ist): Durch die Arbeit der Gletscher waren tief ausgeschürfte, U-förmige Täler entstanden mit sehr steilen und hohen Talflanken. Nach dem Abtauen des Eises brachen diese Hänge teilweise zusammen, und es entstanden zahlreiche Bergstürze. Der größte, heute noch gut sichtbare Bergsturz stammt aus dem Ende der letzten Eiszeit (15000 bis 10000 v. Chr.) und liegt bei Flims im Rheintal: 15 km³ Erdreich und Gestein rutschten hier auf einer Breite von über 10 km ins Tal und stauten zeitweise den Rhein auf. Solche übersteilten Talflanken gehören bis heute zu den kritischsten Punkten des ökologischen Gleichgewichts in den Alpen.

Die wichtigsten Kräfte, die den Naturraum Alpen im Unterschied zu anderen Landschaften prägen, sind einmal die ver-



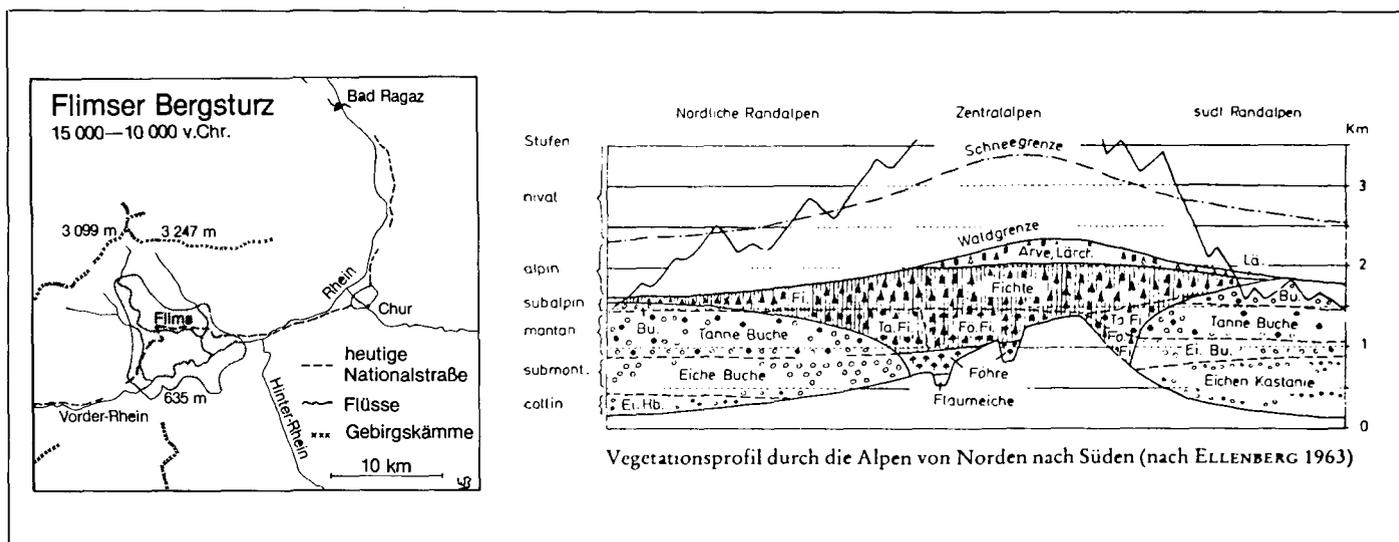
Die Höhenlage der Waldgrenze (Zahlen: Höhenlage in 100 m). Deutlich erkennbar das Ansteigen der Waldgrenze zum Alpeninneren hin und die klimatische Bevorzugung der höchsten Gebiete (v.a. in den Westalpen), die zugleich die siedlungsfreundlichsten Regionen sind! (Aus: Dainelli, Le Alpi)

schiedenen Eigenschaften des Wassers und zum anderen die besonderen Eigenschaften des Klimas im Hochgebirge.

Abgesehen von der Erosionskraft des fließenden Wassers, die nicht näher vorgestellt werden muß, wirkt das Wasser im Hochgebirge auf zwei spezifische Weisen: Frostsprengung und Solifluktion, die beide auf dem unterschiedlichen Volumen von Wasser und Eis beruhen (Eis hat ein um ein Zehntel größeres Volumen). Frostsprengung geschieht dort, wo ständig Wasser in die kleinsten Felsritzen und -poren dringen kann und wo dieses Wasser ständig friert und taut. Dieser Effekt ist im Bereich der Gletscherränder am stärksten, weil hier der Fels im Sommer ständig durchfeuchtet ist und das Wasser nachts regelmäßig friert. Da die Gletscher meist nordseitig liegen und hier die Feuchtigkeit nicht so schnell von der Sonne getrocknet werden kann wie an den Südhängen, kann ständig Wasser in den Fels dringen und ihn sprengen – es entstehen so in den Nordhängen die „Felskare“, steile Felswände mit einer Art Schwelle davor („Sesselform“). Dadurch wird die oft steile Nordseite weiter versteilt (=siedlungsfeindlich). Die Solifluktion (Bodenfließen) geschieht dort, wo am Fuße eines Schneefeldes der Boden ständig von Wasser durchtränkt ist und wo er im Sommer durch Sonneneinstrahlung tagsüber stark erwärmt wird, während er nachts wieder friert. Dies geschieht vor allem auf den nach Süden exponierten Hängen. Durch das im Boden gleichmäßig verteilte frierende Wasser wird das Gestein sortiert: Größere Steine werden beim Frieren durch das sich vergrößernde Volumen nach oben gedrückt, während beim Auftauen kleinere Steine schneller nach unten nachrutschen. So entstehen regelrechte Strukturen und Muster („Strukturböden“, „Frostmuster-

böden“) – die tote Materie gibt sich selbst eine Ordnung, sie organisiert sich selbst! Dabei ist der gesamte Boden ständig in Bewegung, es handelt sich um ein labiles Gleichgewicht. Diese Solifluktion kommt in zwei Formen vor: a) als freie (ohne Vegetation bzw. mit einer Vegetationsdecke, die sich dem Muster anpaßt, also nur an den Stellen, wo das feine Material liegt) und b) als gebundene (unter einer geschlossenen Vegetationsdecke, aus deren buckliger Oberfläche auf Solifluktion gefolgert werden kann). Während also die Nordhänge steiler werden, entwickeln sich die Südhänge zu „Glatthängen“ mit ziemlich gleichmäßiger Neigung (=siedlungsfreundlich). Dieser Unterschied wird später für die Bergbauern so wichtig, daß sie eigene Begriffe dafür entwickeln werden.

Da die Alpen sehr hoch aufragen, haben sie große Auswirkungen auf das Klimageschehen. Der Nordwest- und Nordhang der Alpen staut die von Westen ankommenden Tiefs und zwingt die Wolken zum Aufsteigen und Abregnen. Dadurch sind diese Alpententeile besonders regenreich und das bedeutet: Geringe Sonnenscheindauer und hoher Niederschlag senkt die Schneegrenze und auch alle Vegetationsgrenzen. Für den Südrand der Alpen gilt ähnliches, wenn auch in geringerem Maße. Das Klima im Alpeninnern verhält sich dagegen völlig anders: Die Wolken haben sich ausgeregnet und lösen sich auf, so daß hier eine hohe Sonnenscheindauer bei geringen Niederschlägen anzutreffen ist. Schnee-, Wald- und Getreidegrenzen liegen hier daher deutlich höher als am Alpenrand. Während an den Alpenrändern ein ozeanisch geprägtes Klima vorherrscht, finden wir im Alpeninnern ein ausgesprochen kontinentales Klima. Diese Unterschiede bedingen später unterschiedliche landwirtschaftliche Nut-



Deutlich erkennbar der leichte Vorzug des Südalpenrandes gegenüber dem Norden, aber vor allem die Begünstigung der Zentralalpen.

zungswesen, und generell kann gesagt werden, daß entgegen spontanen Vermutungen die hohen Zentralalpen klimatisch den Randalagen eindeutig bevorzugt sind.

Der unterschiedliche Charakter der Nord- und Südhänge wird durch klimatische Wirkungen noch erheblich verstärkt: Nord-exponierte Hänge erhalten sehr viel weniger Sonne und im Winter lange Zeit oft gar keine, während auf Südhängen die Sonnenstrahlung durch die Boden­neigung oft direkt senkrecht auftrifft und dadurch besonders stark ist. Nordhänge sind daher weitaus länger verschneit als Südhänge. Da die unteren Talhänge einen großen Teil des Tages im Schatten der nächsten Berge liegen, entsteht in den Alpentälern oft die „Temperatur-Inversion“. Die Luft des Talbodens wird von der Sonne nicht erreicht, bleibt kalt und kann auch nicht entweichen („Kältesee“), während 500 m darüber die Luft deutlich wärmer wird. Bei solchen Wetterlagen, die im Winter besonders häufig vorkommen, bildet sich oft eine geschlossene Wolkendecke im Tal aus, über der dann abrupt der blaue Himmel anfängt. Entsprechend unterschiedlich sind die Temperaturen: Während die Orte im Talgrund erhebliche Minusgrade aufweisen, können Orte weiter oben auf süd-exponierten Hängen zur selben Zeit fast hochsommerliche Temperaturen in der Sonne erleben! Die Auswirkungen dieser Temperatur-Inversion sind für die Dauer der winterlichen Schneedecke und für die Vegetationsentwicklung sehr wichtig, denn bei den eh schon verkürzten alpinen Vegetationszeiten ist es sehr entscheidend, welche Stellen bereits mehrere Wochen vorher schneefrei werden. Die vom Klima begünstigten Stellen in den Alpen sind also nicht die Talbereiche (wie man spontan meinen möchte), sondern die süd-exponierten oberen Hänge im Alpeninnern, wo auf den

Glatthängen die Zone der alpinen Matten und der obere Waldgürtel liegen.

Versucht man den Zustand der Alpen vor der menschlichen Besiedlung zu beschreiben, so ist zuerst der Wald zu nennen. Die gesamten Alpen waren bis zur Baumgrenze geschlossen mit Wald bedeckt, einzige Ausnahme waren zahlreiche ebene Talböden, die völlig versumpft waren. Dabei war der Wald zugleich das beste Mittel gegen Erosion (Bodenabtrag), die auf allen geneigten Hängen immer ein Problem ist. Der Wald kann relativ viel Wasser speichern, so daß bei einem Gewitterguß nur ein Teil des Niederschlags sofort oberirdisch abfließen muß (und dann Probleme macht); zugleich halten die Wurzeln das Erdreich gut fest und sichern es fast optimal gegen Abschwemmen. Daher gibt es im Prinzip keinen besseren Erosionsschutz als den Wald.

Der Wald reichte damals ca. 300 m höher als heute. Oberhalb des Waldes erstreckte sich dann die Region der alpinen Matten oder Almen, die wir uns aber spärlicher und vereinzelter als die heutige Almregion vorstellen müssen. Durch Solifluktion wird der Boden hier immer wieder bewegt, die Vegetationsdecke reißt leicht auf, und sofort entstehen Ansatzpunkte für Erosion, die besonders bei der frühsummerlichen Schneeschmelze schnell großen Schaden anrichtet. Das Bild der Alpen im Naturzustand, besser im Zustand kurz bevor der Mensch sie zu besiedeln begann, unterschied sich also ganz erheblich von dem heutigen vertrauten Bild der Alpen.

1.2 Der Beginn der menschlichen Besiedlung

Die bisher frühesten archäologischen Funde von Menschen in ganz Europa stammen vom Rande der Alpen, und zwar von der Riviera zwischen Nizza und Imperia; sie

sind ca. eine Million Jahre alt. Offenbar kamen diese ersten Europäer über das Mittelmeer und fanden in dieser unwirtlichen Zeit – mitten während der dritten Eiszeit – hier gute Lebensbedingungen (Jagd, Fischfang, Muschelsammeln). Obwohl neben der Riviera auch die alpennahe Provence in Südfrankreich bald bevorzugtes Siedlungsgebiet der ersten Europäer wurde, stammen die ersten gesicherten Funde von Menschen im Alpenraum erst aus der Zeit vor etwa 100000 Jahren, also aus der letzten Zwischeneiszeit. Es ist aber anzunehmen, daß auch in den beiden davor liegenden Zwischeneiszeiten der Mensch als Sammler und Jäger die Alpen durchstreift und saisonal (im Sommer) bewohnt hat. Diese Nutzung blieb aber nur sporadisch und flüchtig.

Das Sammler und Jägerstadium (das Paläolithikum) wurde von der „neolithischen Revolution“ abgelöst, d.h. von der Fähigkeit, Haustiere zu züchten, Getreide anzubauen und Keramik herzustellen (was übrigens in den vorderasiatischen Gebirgen „erfunden“ worden ist). Nach Europa gelangten diese Kenntnisse über das Mittelmeer schnell an die Riviera (um 5500 v. Chr.), während der Ostalpenrand auf dem Weg über den Balkan gut 1000 Jahre später erreicht wurde. Offenbar verdrängten die neuen neolithischen Gesellschaften die alten paläolithischen Stämme, die sich teilweise in den Alpenraum zurückzogen und dort noch relativ lange ihr herkömmliches Leben fortführten.

Der damalige Naturraum Alpen war wegen seiner dichten Waldbedeckung für den Ackerbau erst einmal gar nicht zu gebrauchen, aber für die Viehzucht erlangte er bald Bedeutung: Riviera, Provence und Rhonetal, in neolithischen Zeiten relativ dicht bevölkert, unterliegen dem Mittelmeerklima, das durch relativ milde und

feuchte Winter und trockene und warme Sommer gekennzeichnet ist. Während im Spätherbst, Winter und Frühjahr diese Gebiete gute Weidemöglichkeiten bieten, ist der Sommer wegen der anhaltenden Trockenzeit ziemlich ungünstig. Die Mattenregion der Alpen oberhalb der Baumgrenze ist dagegen in dieser Jahreszeit gerade schneefrei, kennt keine Trockenheit und bietet ein optimales Weidegebiet an. Diese komplementären Naturräume forderten daher eine entsprechende Nutzung durch den Menschen geradezu heraus, und es spricht alles dafür, daß die an den Mittelmeerraum angrenzenden Alpengebiete (also vor allem die südlichen Westalpen, die durch ihre relativ große Höhe auch klimatisch bevorzugt sind) zuerst durch den Menschen genutzt worden sind. Die Wirtschaftsform, die Tiere (Schafe) im Sommer in die Alpen zu schicken und sie im Winter in der Nähe der Küste zu halten, nennt man Transhumance, und sie hat sich in den französischen Südalpen bis ins 20. Jahrhundert hinein erhalten.

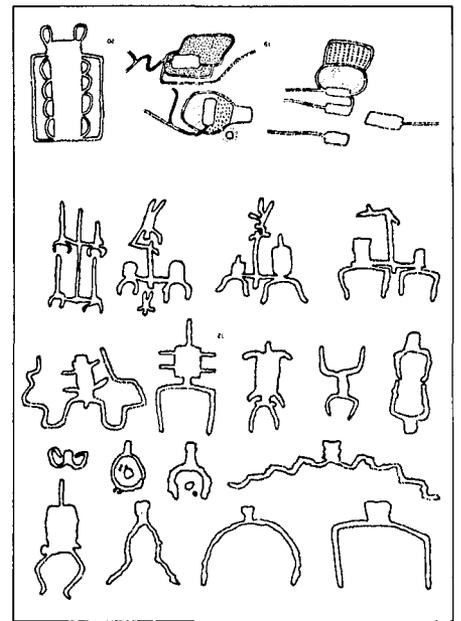
Die nächste Neuerung – die Erfindung der Metallverarbeitung – kam um 2000 v.Chr wieder über das Mittelmeer bzw den Balkan in die Alpen, und sie veranlaßte einen wahren Run auf die Kupferlagerstätten in den gesamten Alpen, weil solche Fundstätten in Europa ziemlich selten waren. Diese lagen in sehr großen Höhen, fast immer oberhalb der Baumgrenze, teilweise direkt unterhalb der Schneegrenze, und das unterstreicht, daß der erste menschliche Nutzungsraum in den Alpen in den oberen Regionen lag, in solchen Regionen also, die nicht nur vom Gelände (relativ ebenes Gelände) und vom Klima her bevorzugt waren, sondern wo auch weder der ansonsten dichte Wald noch die unzählbaren Flüsse den Menschen vor besondere Schwierigkeiten stellten. Bergbau und transhumante Almnutzung haben sich offenbar gegenseitig bestärkt und vorangetrieben, so daß wir ab 2000 v.Chr eine intensivere Nutzung der oberen Alpenregion feststellen können. Und damit gehören die Alpen seit dieser Zeit nicht mehr zu den Randgebieten Europas (wie z.B. die deutschen Mittelgebirge, die erst im Mittelalter besiedelt wurden)!

Der nächste Entwicklungsschritt ging dann dahin, daß die Menschen die Alpen nicht nur im Sommer nutzten, sondern sich dort Dauersiedlungsplätze schafften, was durch zahlreiche kriegerische Ereignisse vorangetrieben wurde. Mit der Selbsthaftigkeit mußten aber alle notwendigen Lebensmittel vor Ort produziert werden, und das bedeutete, daß die Milch- und Fleischproduktion durch den Ackerbau ergänzt werden mußte, um eine komplette Versorgung zu gewährleisten. Damit war die Lage der ersten Dauersiedlungsplätze an den Bereich des Getreideanbaus gebunden (heutige Obergrenze zwischen 1100 m in den Randgebieten und 2200 m in den zentralen Al-

pen, damals dürfte diese Grenze aufgrund des etwas wärmeren Klimas ca. 300 m höher verlaufen sein). Zum anderen durften diese ersten Siedlungen auch nicht zu weit von der Mattenzone, die auch weiterhin der Hauptwirtschaftsbereich blieb, entfernt liegen, so daß hauptsächlich der Bereich nahe der Getreideobergrenze in Frage kam. Für solche Siedlungen boten sich eine Reihe von Plätzen an, wo der Wald bereits gelichtet und die Rodungsarbeiten sehr erleichtert waren: Im Talschluß der zahlreichen kleineren Seiten- und Nebentäler war der Talboden meist noch eben und in voller Breite erhalten (die vorderen und mittleren Talteile waren durch die Erosion meist stark zerfurcht), und hier war öfter ein kleiner See aufgestaut gewesen, der dann langsam verlandet war und eine kleine Ebene gebildet hatte. Der Wald ist in diesen Talschlüssen stärker gelichtet als anderswo, weil ständig Lawinen von den nahen Gipfeln herunter kommen. Hinzu kommt, daß die Schneemassen der Lawinen wegen der beträchtlichen Höhenlage bis zum Sommer liegen bleiben, und sie verkürzen die Vegetationszeit so stark, daß Holzgewächse oft nicht mehr nachwachsen können. Diese Lawinenlichtungen zeigen ein besonders gutes Wachstum der sogenannten Futterkräuter, weil der Lawinenschlamm (Lawinen nehmen fast immer einen Teil des Erdbodens mit) nach der Schneeschmelze eine gute natürliche Düngung des Bodens abgibt. Diese Talschlüsse dürften also an vielen Stellen die ersten festen Siedlungsplätze geworden sein, die Alpen sind somit „von oben“ durch die Menschen erschlossen worden.

Das Wirtschaftssystem der Alpennutzer änderte sich also durch die Selbsthaftigkeit, wenngleich der Ackerbau anfangs nur eine Ergänzung der Viehwirtschaft bedeutete. Ackerbau wurde auf den Rodungsflächen rings um die Dauersiedlungsplätze getrieben, und diese Flächen waren lange Zeit sehr klein. Die dagegen vergleichsweise großen Mattengebiete brachten zwar im kurzen Sommer einen recht guten Ertrag, waren dafür aber nur ca. 100 Tage im Jahr zu nutzen. Aus diesen Bedingungen heraus entwickelten die Bergbauern dann das System der Almwirtschaft, das sich diesen Bedingungen optimal anpaßte:

Hauptproduktionszeit und -ort ist der kurze Hochsommer auf dem Alm, der so produktiv sein muß, daß mit seinen Erträgen der lange Winter durchgestanden werden kann. Voraussetzung dafür ist die Fähigkeit, die Almprodukte (also im wesentlichen die Milch) halt- und lagerbar zu machen. Dies geschieht durch die Verarbeitung der Milch in Käse mittels der Gerinnung durch Lab (Kälbermagenbeize), ein Verfahren, das während des Neolithikums wohl im Vorderen Orient entwickelt worden und irgendwann in die Alpen gelangt ist (und das bis heute praktisch unverändert in der Almwirtschaft angewendet wird).

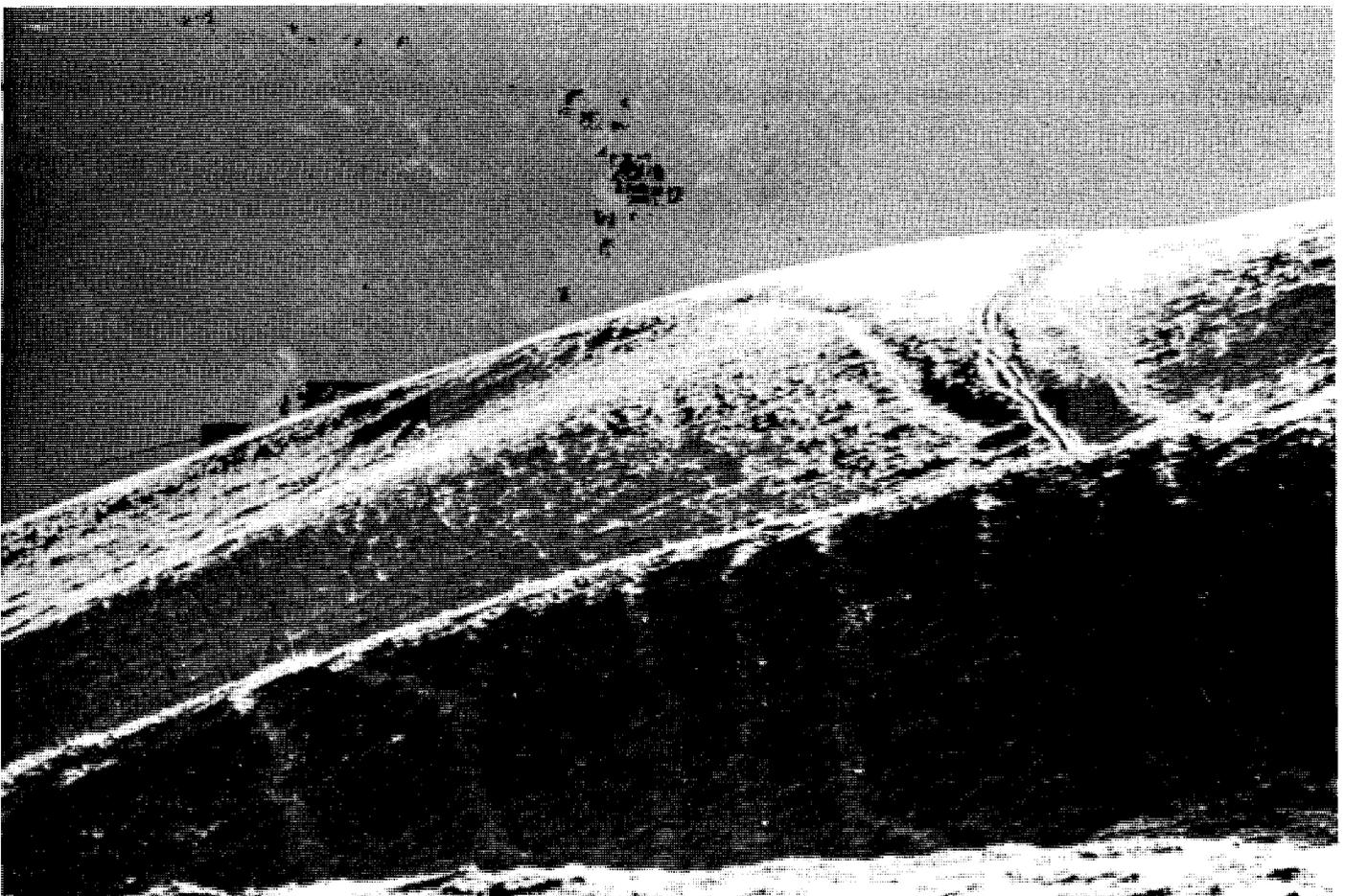


Einige der 40000 Felszeichnungen von MonBego (Seetalpen) in über 2000 m Höhe aus der Bronzezeit. Hier gehörte Tiere (Nr. 1–13), Pfluggespanne (14–17) und Pläne (18–20). Dies läßt wichtige Schlußfolgerungen auf den Stand der Produktivkräfte der damaligen Almnutzer zu.

Durch Ackerbau, Heugewinnung und etwas Gartenkultur sowie durch die Nutzung des Waldes (als Waldweide und als Rohstoff- und Futterlieferant) wurde die Almproduktion ergänzt und erweitert. Auf diese Weise gelang es den Menschen, sich in den Alpen Lebensmöglichkeiten auch im Winter zu schaffen – in einer Zeit, die eigentlich „natürlicherweise“ dem Menschen keine Lebensmöglichkeit bietet.

Was die Almproduktion betrifft, so sind die oberen Lagen in den Alpen ja klimatisch bevorzugt, und dies wirkt sich auf die Almproduktion und ihren Ertrag entscheidend aus: Zwar nimmt proportional mit der absoluten Höhe das Längenwachstum der Pflanzen – und damit auch die Quantität des Ertrages – ab, aber die Qualität steigt dafür erheblich an. Nach einer alten Bergbauernanekdote wird das Gras immer besser, je höher man kommt, und ganz oben ist es dann so gut, daß es der Bauer schon fast selbst essen möchte! Diese besonders gute Qualität ist auch der Grund, warum sehr hochgelegene Matten immer wieder gemäht oder beweidet werden, auch wenn das Gras so langsam wächst, daß man nur alle zwei oder drei Jahre mähen kann, und es so kurz bleibt, daß man es nach dem Schneiden zusammenkehren muß.

Diese Qualitätsverbesserung beruht darauf, daß die deutlich kleineren Pflanzen einen erheblich höheren Energieumsatz tätigen als Flachlandpflanzen, weil die Sonneneinstrahlung durch die dünnere Atmosphäre erheblich weniger gefiltert wird und dadurch viel stärker ist. Der Protein- und Fettgehalt der Pflanzen nimmt mit der Höhe zu, und das macht sie für die Tiere nahr-



Solche gleichmäßig-sanften Almflächen (hier in ca. 2200 m Höhe) sind Kulturprodukt! Vor allem am Übergang von Alm zu Fels im rechten Bild wären

hafter und verdaulicher. Dies schlägt sich für die Almtiere nicht quantitativ nieder (sie werden z.B. weniger fett als in derselben Zeit im Tal, und der Milchertrag sinkt auch auf der Alm um 10 bis 15%), aber dafür qualitativ. Die Tiere entwickeln eine wesentlich bessere Gesundheit und erheblich größere Resistenz gegenüber Krankheiten. Viehhändler sprechen von der „Mitgift der Almsommerung“. Junge Kälber, die auf der Alm aufgewachsen sind, verlieren die erhöhte Krankheitsresistenz ihr ganzes Leben nicht! Was das Fleisch dieser Tiere betrifft, so ist mir keine vergleichende Untersuchung bekannt, aber es ist anzunehmen, daß die Fleischqualität höher als die von Flachlandtieren ist. Von der Milch dagegen ist seit langem bekannt, daß ihr Sahnegehalt mit der Höhe steigt und daß er auf den Almen um 15 bis 30% größer als im Flachland ist. Auf den Almen werden also qualitativ besonders hochwertige Lebensmittel erzeugt.

Da die Ackerbauregion unterhalb der klimatisch begünstigten Zone liegt, genießt sie nicht diese Vorteile der Almregion. Hier ist es so, daß der Ertrag, der ebenfalls quantitativ mit der Höhe sinkt, von keiner Qualitätsverbesserung aufgefangen wird. Im Gegenteil macht die recht kurze Vegetationsperiode das Reifen der Feldfrüchte oftmals sehr schwierig (die Mattenregion hat sich daran optimal angepaßt, fast alle ihre Pflanzen sind mehrjährige, d.h. Blüten und Reifen der Frucht können mehrere Jahre auseinanderliegen), und Unwetter und Schneefall bedrohen die Ernte prak-

tisch bis zum letzten Moment. Daher ist der Ertrag des Ackerbaus in den Alpen letztlich bescheiden, erfordert aber zugleich einen verhältnismäßig großen Arbeitsaufwand. „Während die Viehzucht durch die Natur begünstigt wurde, trieb man den Ackerbau beinahe ihr zum Trotz.“ (Frödin) Die Almwirtschaft lief ohne größere Probleme fast von selbst und brachte gute Erträge, aber der Ackerbau war Anlaß zu ständiger Sorge, ihm galt daher der größere Teil der Arbeit des Bergbauern.

Es ist schwer zu datieren, wann sich diese Bergbauernwirtschaft herausbildete, es ist aber sehr wahrscheinlich, daß dies noch in prähistorischer Zeit geschah (die Prähistorie endet in den Alpen mit der Eroberung des Alpenraums durch die Römer also um Christi Geburt). Die ersten überprüfbar Hinweise darauf erhalten wir von den Römern, und diese fanden bereits eine offenbar weit entwickelte Bergbauernwirtschaft vor. Nach dem Geographen Strabo (64 v. Chr. bis 19 n. Chr.) boten die Bewohner der Berge das zum Tausch, wovon sie im Überfluß hatten, nämlich Harz, Pech, Kienholz (= Waldprodukte), Wachs, Honig und Käse; und in den Seealpen erzeugten die dort ansässigen Ligurer einen sehr geschätzten Schafskäse, der in riesenhafte, bis zu 1000 Pfund schweren Laiben verschickt worden sein soll. Dies ist die erste Erwähnung von Käse im Alpenraum, und man führt gelegentlich die „Erfindung“ der Almwirtschaft auf die Ligurer zurück, jenes rätselhaftes Volk, von dem niemand weiß, woher es gekommen ist, und

das einen nicht-indoeuropäischen Ursprung zu haben scheint.

1.3 Die Entfaltung der Bergbauernwirtschaft und die grundlegende Veränderung des ökologischen Gleichgewichts

Durch die Völkerwanderung verursacht, dringen ab dem 6. Jahrhundert n. Chr. langsam neue Stämme in den Alpenraum, die die Almwirtschaft bereits als eine fertig ausgebildete Betriebsform vorfinden und übernehmen. Das Wachstum der Bevölkerung führt zu einer Ausweitung des Siedlungsgebietes mittels Rodungen. Den Höhepunkt bildet dabei das hohe Mittelalter (11 bis 14. Jahrhundert): Der Siedlungsraum wird in dieser Zeit ganz erheblich vergrößert, und er wird an vielen Stellen bis an die Grenzen des Möglichen vorangetrieben. Später gab es dann nur noch vereinzelte Erweiterungen, damals wurde also das Gesicht der alpinen Kulturlandschaft so geprägt, wie wir es heute noch vorfinden bzw. bis vor 30 Jahren noch vorgefunden haben. Die Erweiterungen des Siedlungsraumes wurden teilweise von den in Talschaften organisierten Bergbauern selbst unternommen, teilweise von den Feudalherren organisiert. Dabei begann diese Entwicklung in den Westalpen (Grenze zwischen West- und Ostalpen: Rheintal – Comer See) früher als in den Ostalpen und wurde hier auch weiter vorangetrieben: Die Westalpen sind seitdem viel stärker entwaldet als die Ostalpen (Waldfläche in den französischen Al-



wegen der Steilheit im Naturzustand große Erosionsflächen zu finden. Im linken Bild vorn Solifluktuationsformen.

pen 14%, in der Schweiz 24% und in Österreich 35%).

Durch diesen Siedlungsausbau wurde das alpine ökologische Gleichgewicht in wesentlichen Teilen verändert. Dies setzte natürlich nicht schlagartig ein, es war ein jahrhundert- und jahrtausendelanger Prozeß, der hier nur zu einem Höhepunkt gekommen ist. Die Veränderungen des Menschen bestanden in den folgenden drei Punkten:

- 1 Schaffung der Kulturstufe der Almen durch Vergrößerung der alpinen Matten mittels Rodungen und durch Veränderung der Vegetationsdecke;
2. Schaffung der talnahen Kulturstufe mittels Rodungen;
3. Entsumpfung der großen Talböden. Dieser dritte Punkt hat den Menschen am längsten Schwierigkeiten bereitet, er wurde im Mittelalter erst langsam angefangen, die Entsumpfung der großen Alpentäler wie Rhone, Rhein, Inn usw. sind erst Ergebnis des 19. und 20. Jahrhunderts.

1 Die Almstufe: Die Vergrößerung der Almgebiete nach unten hin, zu Lasten des Waldes, müssen wir uns anfangs als eine unbewußte, nicht geplante Entwicklung vorstellen. Es war früher für die Bauern vollkommen selbstverständlich, das Vieh in den Wald zu treiben (diese Praxis mußte in der Neuzeit erst durch drastische Strafen langsam aufgehoben werden), und auf der Alm galt das besonders, weil der Wald die beste Zuflucht bei Unwetter oder bei sengender Sonne war (Ställe für das Vieh sind auf der Alm erst in der Neuzeit eingeführt

worden). Und diese sogenannte Waldweide schadet dem Wald ungemein: Die jungen Baumschößlinge und die frischen Triebe an den Ästen werden von den Ziegen besonders gerne abgefressen, und durch den Tritt der Tiere wird der Waldboden so verdichtet, daß neue Schößlinge nur noch schwer durchkommen. Waldweide über einen längeren Zeitraum hinweg führt dazu, daß der Wald sich nicht mehr regenerieren kann und langsam abstirbt. Hinzu kommt, daß die Almwirtschaft ständig einen sehr großen Holzbedarf hat – abgesehen von Holz für Bauten, Zäune, Werkzeuge usw. verlangt die Käseherstellung Tag für Tag ein starkes Feuer unter dem großen Käsekessel.

Angesichts der riesigen Waldbestände, die dem Menschen für seine Nutzung nur hinderlich waren, war es völlig selbstverständlich, daß aus dem nächstgelegenen Wald ohne Rücksichten Holz genommen wurde. Ziemlich bald aber dürften die Bergbauern festgestellt haben, daß diese Verhaltenweise einen positiven Nebeneffekt hatte: Der klimatisch begünstigte Raum hört ja nicht abrupt an der Waldgrenze auf, sondern reicht auch noch ein gutes Stück abwärts. Und je tiefer man kommt, desto besser wächst das Gras auf den gerodeten Stellen und desto höher wird der Ertrag der Almwirtschaft. Daher war es selbstverständlich, daß man irgendwann begann, die Almflächen systematisch nach unten zu erweitern. Als Ergebnis kann man feststellen, daß überall im Alpenraum die Waldgrenze ca. 300 m nach unten gedrückt worden ist – die klimatische und die tatsächliche Waldgrenze klaf-

fen heute um ca. 300 m auseinander. Es reicht schon fast nicht mehr aus, diese Kulturleistung als Erweiterung des Almbereiches zu bezeichnen, wir haben hier einen sehr erheblichen Eingriff des Menschen vor uns, denn die vordem relativ kleinen und unzusammenhängenden Matten erhielten dadurch oft erst einen Zusammenhang untereinander (300 Höhenmeter bedeuten eine gewaltige Fläche).

Die Almen sind nach alter Tradition in verschiedene Bewirtschaftungsstufen aufgeteilt, um sie möglichst optimal zu nutzen. Die untersten Almen, die oft mitten im heutigen Wald oder an seinem Rande liegen, sind die sogenannten „Kuhalmen“ die fruchtbarsten und wirtschaftlich bedeutendsten Almen, auf denen die Melkkühe weiden und wo der Käse produziert wird. Darüber liegen die „Galtviehalmen“ (von galt = trocken, d.h. ohne Milchproduktion), wo die Rinder weiden. Darüber liegen die Schafalmen, das sind die allerhöchsten, wasserärmsten und rauhesten Almen, wo nur noch die Schafe, die genügsamsten Alpentiere, weiden können. Betrachtet man jetzt dieses Almsystem, das sich wohl im Mittelalter vervollkommen hat und in dieser Form im 17./18. Jahrhundert genau festgelegt worden ist, so kann man feststellen, daß die ertragreichsten und wichtigsten Almen, die Kuhalmen, und ein Teil der Galtviehalmen auf den ehemaligen Waldflächen liegen. Die heutigen Schafalmen dürften der vorgefundenen natürlichen Mattenregion entsprechen. Daraus kann man schließen, welchen Eingriff und wel-



Alpine Kulturlandschaft: Die ehemals geschlossene Waldecke ist im Talbereich fast vollständig gerodet, während die Hänge durch Maiensäßen und Almen stark gelichtet sind. (Berner Oberland)

che Ertragssteigerungen die Rodungen mit sich gebracht haben.

Eine weitere Veränderung erfuhr die Mattenregion durch die regelmäßige Beweidung und Bearbeitung: Ein regelmäßiges Abweiden verändert die Zusammensetzung der Vegetationsdecke erheblich. Dominierende Pflanzen, die sich ansonsten auf Kosten anderer Pflanzen ausbreiten, werden zurückgedrängt, und schwächere erhalten größere Wachstumsmöglichkeiten (diese schwächeren Pflanzen sind oft wertvolle Futterkräuter) – die Artenvielfalt wird vergrößert. Es bildet sich im Laufe der Zeit eine viel gleichmäßigere und dichtere Vegetationsdecke heraus als ohne Beweidung bzw. regelmäßiges Mähen (unter politischer Sicht könnte man von einer „Demokratisierung“ der Pflanzengesellschaft sprechen). Das ist im Prinzip genauso wie mit dem berühmten englischen Rasen, der seine berühmte Dichte und Gleichmäßigkeit auch nur durch jahrhundertlange Pflege mittels ständiger Mähens erhält. Zugleich unterstützt der Mensch diese Entwicklung, indem er besonders große Pflanzen rodet (im Bereich des ehemaligen Waldes muß ständig gegen die Neuentstehung des Waldes gekämpft werden = „schwenden“ im deutschsprachigen Alpenraum), Steine systematisch ausliest („putzen“), eventuell für Be- und Entwässerung sorgt und schüttere oder freie Bodenstellen einsät bzw. mit Grasboden ausbessert. Darüberhinaus dürfte die Düngung des Bodens durch das Vieh (vor allem durch die Schafe, deren Dung besonders fruchtbar ist) systematisch zur Bodenverbesserung genutzt worden sein. Auf diese Weise erhielt die Almregion eine neue Qualität und ein neues ökologisches Gleichgewicht; der heute gleichmäßig-dichte und abgerundete, sanfte Charakter der Almwiesen ist ein Kulturprodukt und nicht natürlich entstanden.

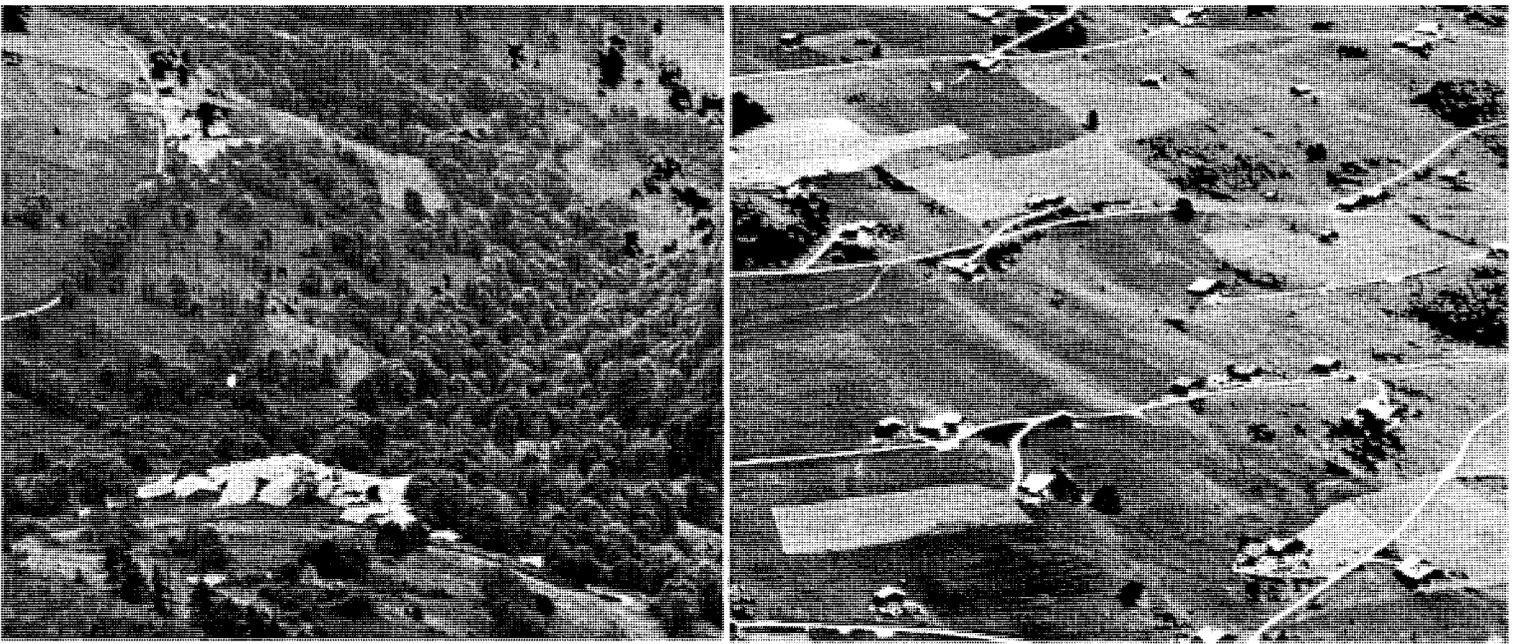
2. Die Talstufe: Ausgehend von den ersten Siedlungen im Talschluß der Seitentäler begann der Mensch immer größere Teile in Talnähe zu roden und sich neue Siedlungsplätze zu erschließen. Diese lagen – im Gegensatz dazu, wie man es sich vielleicht spontan vorstellt – nicht in den Tälern unten am Wasser, weil dort die Überschwemmungsgefahr zu groß und die Sonneneinstrahlung zu gering war. Die neuen Orte lagen fast alle auf den süd-exponierten Hängen oberhalb des Talbodens, auf Hangterrassen oder Schwemmkegeln von Seitenbächen. Gerodet wurden daher auch schwer punktmäßig die Südhänge, während die Nordhänge meist völlig unangetastet blieben und heute noch oft durchgehend bewaldet sind. Bei diesen Rodungen nun hätte man irgendwann mit den Rodungen von den Almen abwärts zusammenstoßen müssen. Aber die Bergbauern merkten ganz früh, daß dann die Lawinengefahr immens zunimmt und das Kulturland bedroht. Zwischen den beiden Rodungsräumen wurde daher ein etwas breiterer Streifen Wald als Lawinenschutz stehengelassen, der „Bannwald“ der bereits in mittelalterlichen Dokumenten als unbedingt schützenswürdig mit bewußtem Verweis auf die ökologischen Probleme beschrieben wird. Durch diese Rodungen im Waldbereich wurden die zuvor inselartigen Kulturlächen verbunden, und es wurde so eine einheitliche Kulturläche im Talbereich geschaffen.

Wie steht es mit der ökologischen Stabilität dieses neuen Gleichgewichts? Der Wald ist ja ein besonders guter Erosionsschutz, und Wiesen und Äcker an seiner Stelle sind da erheblich labiler und schwächer. Die Bergbauern waren mit diesen Problemen sehr genau vertraut und rodeten keine Hänge oberhalb eines gewissen Steilheitsgrades. Und die gerodeten Hänge wurden auf verschiedene Weise gesichert: Es wurden Ter-

rassen angelegt, um die Steilheit zu verringern, oder an bestimmten Steilstellen wurden die Bäume stehengelassen. Vor allem aber wurden die Wildbäche und Rinnsale mit Seitenmauern und Steinschwellen verbaut, um ihre zerstörerische Kraft zu dämpfen, und der Quellbereich auf den Almen, der ebenfalls leicht problematisch werden kann, wurde gesichert. Neben diesen vorbeugenden Maßnahmen war dann die regelmäßige Bearbeitung und Pflege des Bodens sehr wichtig, denn eine gleichmäßig-dichte Wiese kann mehr Wasser speichern und sich besser gegen Erosion schützen als eine ungleichmäßige und löchrige Wiese. Und alle beginnenden Erosionsansätze mußten möglichst sofort wieder befestigt und gesichert werden. Alles in allem eine gewaltige Arbeitsleistung, aber die Bergbauern hatten angesichts des Bevölkerungsdrucks (an Arbeitskräften war nie ein Mangel) und fehlender Ausweichmöglichkeiten keine Alternative. Obwohl das ökologische Gleichgewicht durch die Rodungen also labiler und anfälliger geworden war, erreichten es die Bergbauern, mit ihrer Arbeit diese Labilität wettzumachen und dem Kulturland eine Stabilität zu geben, die der des Waldes in etwa entsprach. Verschiedene Beispiele für Umwelt-Katastrophen im Rodungsbereich aufgrund zu großer Labilität (von manchen Leuten gerne als Beispiel angeführt dafür, daß der Mensch seine Umwelt immer kaputt machen muß) verstellen nicht den Blick dafür, daß dieser gewaltige Umwandlungsprozeß im Verhältnis zu seinem Umfang erstaunlich wenig ökologische Probleme mit sich gebracht hat.

Für den Almbereich gilt das eben Gesagte zur Stabilität nicht: Hier befindet sich ja der Solifluktionbereich, der ein instabiles Gleichgewicht darstellt. Indem der Mensch mittels Almwirtschaft hier stabilisierend eingreift, erhöht er das ökologische Gleichgewicht, indem er die freie zugunsten der gebundenen Solifluktion zurückdrängt.

Auf diese Weise ist der gesamte Alpenraum bis hinein in die oberste Mattenregion grundlegend verändert worden. Nur die sogenannte Pioniervegetation der Fels- und Eisstufe sowie einige sehr hohe und isolierte Matten sind dieser Veränderung entgangen. Mit diesen gewaltigen Veränderungen – die alle Vorstellungen vom „Naturraum Alpen“ über den Haufen werfen mußte – aber jetzt der Mensch anstelle der Natur die Sicherung und Aufrechterhaltung des alpinen ökologischen Gleichgewichts selbst in die Hand nehmen. Das ist nötig, um seine Lebensbasis zu sichern und zu erhalten,



Romanische Siedlungsweise mit Steinhäusern in stark agglomerierten Dörfern (links), germanische Siedlungsweise mit Holzhäusern in Streusiedlung.

denn ohne die ständige Verausgabung von Arbeit wird die Labilität der alpinen Umwelt so groß, daß die Kulturlandschaft durch „Natur“-Katastrophen radikal bedroht wird und der Mensch wieder die Lebensmöglichkeiten verliert, die er sich mühsam geschaffen hatte.

1.4 Unterschiedliche Entwicklungen der Bergbauernwirtschaft und -kultur

Im bisher Dargestellten wurde versucht, den Idealtypus der Entwicklung der Bergbauernwirtschaft herauszuarbeiten. So einheitlich ist dieser Prozeß aber in Wirklichkeit nie verlaufen, unzählige regionale Unterschiede und Besonderheiten waren und sind für den Alpenraum typisch. Diese Unterschiede sind einmal durch den Naturraum Alpen bedingt, der extrem kleinräumig gegliedert in fast jeder Gebirgsgruppe andere Klima- Boden- oder Vegetationsverhältnisse aufweist. Eine Reihe von besonderen Wirtschaftsformen hat hierin ihre Ursache. Zum anderen sind die Alpen stets – schon in prähistorischen Zeiten – ein Schmelztiegel verschiedener Völker und Kulturen gewesen. Die Neueinwanderer haben außerhalb des Alpenraums bestimmte Produktionsformen und Nutzungsmöglichkeiten der Natur entwickelt, die sie dann in den Alpenraum hineintrugen und in der Auseinandersetzung mit diesem Naturraum veränderten und weiterentwickelten. Dar aus ergaben und ergeben sich teilweise beträchtliche Unterschiede für die Art und Weise, wie die Alpenbewohner mit der Alpeennatur umgehen. Die Alpen haben trotz ihres schwierigen Geländes und trotz des relativ labilen ökologischen Gleichgewichts nie (mit Ausnahme des Paläolithikums und der ersten Phase des Neolithikums) den Menschen nur eine einzige Nutzungsweise ermöglicht, sondern die Menschen besaßen immer einen gewissen Spielraum. Das Verhältnis Mensch-Natur ist auch in solch schwieriger Umgebung nie einseitig, sondern wechselseitig, und das Spannende am

Alpenraum ist es gerade, dieses Wechselspiel, diese gegenseitige Abhängigkeit und Durchdringung von Alpeennatur und Bergbauernwirtschaft aufzuspüren. Das ist dadurch relativ gut möglich, daß sich in den Alpen – begünstigt durch die Kleinräumigkeit des Geländes – zahlreiche historische Sonderformen und Entwicklungsstufen der Bergbauernkultur nebeneinander bis heute erhalten haben, so daß man unter kulturgeschichtlichem Gesichtspunkt die Alpen als europäisches Wirtschafts- und Kulturmuseum bezeichnen könnte.

Der wichtigste kulturelle Unterschied für die weitere Entwicklung der Alpen entsteht durch die Einwanderung germanischer Stämme in den Alpenraum (ab dem 6. Jahrhundert n. Chr.) und dem sich daraus entwickelnden Unterschied zwischen romanischem und germanischem Kulturraum. Die slawische Einwanderung in die Südostalpen ist von der Fläche her dagegen relativ unbedeutend und hier zu vernachlässigen, weil die slawische Kultur in den tiefen Lagen des Gebirges verbleibt und keine spezifische Gebirgssiedlung entwickelt.

Die romanische Bergbauernwirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß die beiden Betriebszweige Ackerbau (Roggen, Gerste, Hülsenfrüchte, ab dem 18. Jahrhundert auch Kartoffeln) und Viehwirtschaft (hauptsächlich Milchverarbeitung, Viehzucht und Fleischverwertung nur nebenbei) gleich stark ausgeprägt sind. Auf diese Weise sind die romanischen Bergbauern wirtschaftlich fast völlig autark, nur Salz als das wichtigste Importgut muß eingeführt werden. Diese Wirtschaftsform ist durch die Bedeutung des Ackerbaus an die Getreideobergrenze gebunden – wo kein Getreide mehr in den Tallagen wächst, können auch die schönsten Almgebiete nicht richtig genutzt werden. In großen Teilen der Ostalpen und am gesamten Alpeennordrand liegen alle Vegetationsgrenzen so tief, daß die Getreideobergrenze (um 1100 m) hier teilweise aus dem Alpenraum herausfällt. Hier finden also die Alpenromanen

für ihre Wirtschaftsform schlechte natürliche Bedingungen vor, und daher waren diese Teile der Alpen von ihnen nur schwach besiedelt. Ihre Siedlungsgebiete liegen bevorzugt in den Alpeengebieten mit hochliegenden Vegetationsgrenzen, d.h. im Alpeinnern, wo die Getreideobergrenze ihr Maximum von 2200 m in den Walliser Alpen und im Haute Queyras erreicht. Typisch für diese Wirtschaftsform sind gewisse halbnomadische Relikte: Einerseits gibt es keinen festen, ganzjährig bewohnten Wohnsitz, sondern die Familie (als Wirtschaftseinheit) zieht im Laufe des Jahres von den tiefliegenden Winterwohnsitzen über die Maiensäßen im Frühjahr zu den hochgelegenen Sommerdörfern, von wo aus die Almen bewirtschaftet werden. Andererseits verläßt im Winter ein Teil der Bergbauern die Alpen, geht ins Flachland und kehrt erst wieder im Frühjahr zu Beginn der Feldarbeiten zurück. Dies läßt die neolithische Wirtschaftsweise noch etwas durchschimmern, und in Verbindung mit dem ausgeprägten Stellenwert der wirtschaftlichen Autarkie muß die romanische Bergbauernwirtschaft als archaische Wirtschaftsform charakterisiert werden.

Ganz anders die germanischen Stämme, die seit dem 6. Jahrhundert n. Chr. langsam nach Süden vorrückten (Alemannen im Westen, im Gebiet der heutigen Schweiz, Bajuwaren im Osten, im Gebiet von den heutigen bayerischen Alpen bis Wien) und die im Laufe des Mittelalters große Alpeengebiete besiedeln. Ihre Wirtschaftsform ist durch den Vorrang der Viehwirtschaft gekennzeichnet – der Ackerbau wird nur nebenbei getrieben –, bei der neben der Milchverarbeitung die Zucht alpentauglicher Viehrassen und der Fleischexport (in Form von Viehherden) eine gewichtige Rolle spielen. Die Reduzierung des Ackerbaus erschließt ihnen neue Siedlungsgebiete, weil sie nicht mehr von der Getreideobergrenze abhängig sind: Der feuchte Alpeennordrand, der für das Getreide so ungünstig ist, ist dagegen für die Viehzucht gerade wegen

In diesen Thesen möchte ich die prinzipiellen Gesichtspunkte, die in dieser Untersuchung über das Verhältnis Mensch-Natur enthalten sind, knapp in systematischer Form zusammenfassen. Sie geben eine Art Zusammenfassung derjenigen Ergebnisse, die — unabhängig vom Alpenraum — für alle Regionen Gültigkeit haben und die als prinzipielle Fundierung für die Analyse aller Umweltprobleme von Wichtigkeit sein können.

1. Wie sich am Beispiel des Alpenraums gezeigt hat, ist das alleinige Kriterium der Stabilität des ökologischen Gleichgewichts kein Wert, auf den man sich als Basis oder Maßstab beziehen könnte. Es hat sich gezeigt, daß sich das ökologische Gleichgewicht der Natur in einen Prozeß mit immer neuen Stufen auflöst, die alle jeweils durch eine relative Stabilität gekennzeichnet sind, während ihnen die absolute Stabilität fehlt.

2. Die Lebensgrundlage des Menschen ist die tägliche Auseinandersetzung mit der Natur im Arbeitsprozeß. In diesem Stoffwechsel mit der Natur erarbeitet und verschafft sich der Mensch seine Lebensmittel, ohne die er nicht existieren könnte. Bearbeitung der Natur bedeutet aber zugleich Veränderung der Natur, Eingreifen in die Naturprozesse und Umwandlung eines Teils der Natur für den Menschen. Ein Teil der Ökologen bezeichnet bereits diese Veränderung der Natur als Umweltzerstörung. Dann wäre bereits die Besiedlung der Alpen durch den Menschen der erste Umweltskandal. Die Konsequenz daraus müßte ein kollektiver Selbstmord der Menschheit sein, weil der Mensch allein auf sich gestellt und ohne Nutzung = Veränderung der Natur nicht lebensfähig wäre. Diese Veränderung der Natur für den Menschen darf nicht als Umweltzerstörung definiert werden, sie ist ein natürlicher Prozeß.

3. Diese Veränderung der Natur hat zwei Seiten: Einmal verändert der Mensch die Natur, zum anderen verändert die Natur den Menschen mittels des Arbeitsprozesses. Basis der Nutzung und Veränderung der Natur durch den Menschen ist die Produktivität der Natur, auf deren Produktivität

Grundsätzliche Schlußfolgerungen für das Verhältnis Mensch-Natur

aufbauend und sie systematisch ausnützend und verbessernd der Mensch dann »seiner« Produktivität entwickeln kann. Der Mensch steht in der Natur als Teil der Natur, er ist nicht ein Fremder, der ihr total entgegensteht, daher fallen beide Produktivitäten ein Stück weit zusammen. Die Veränderung der Natur kann zwar auf der einen Seite sehr große Eingriffe und Veränderungen bedeuten, an denen es scheint, als ob der Mensch der totale Gegensatz zur Natur sei, aber bei einer genaueren Untersuchung stellt sich heraus, daß der Mensch keineswegs über einen beliebigen Spielraum der Veränderung verfügt: Die Naturverhältnisse zwingen ihm eine bestimmte Art der Nutzung auf (vgl. Abschnitt 1.6: Almnutzung in »Quantensprüngen«).

Auf der anderen Seite verändert die Natur den Menschen, indem sie durch Erfolg und Mißerfolg im Arbeitsprozeß das systematisch-planmäßige Arbeitsvermögen des Menschen verstärkt und damit die Entwicklung des Menschen vom instinktgeleiteten zum vernunftgeleiteten Wesen vorantreibt. Das Verhältnis Mensch-Natur ist so ein dialektisches: Der Mensch ist Teil der Natur und ihr Gegenteil.

4. Durch den Arbeitsprozeß wird die »Natur an sich« teilweise in eine »Natur für den Menschen« umgewandelt. Alle menschlichen Aussagen über Natur beziehen sich ausschließlich auf diese »Natur für den Menschen« oder die bearbeitete Natur (nicht nur Naturphilosophie, Ästhetik usw., sondern auch die Naturwissenschaften) als die Natur, in der der Mensch sich wiedererkennt und in der er sich heimlich fühlt. Die »Natur an sich« ist für den Menschen immer nur als Verallgemeinerung seiner Arbeitserfahrung erfassbar, er kann zwar Aussagen darüber machen (z.B. als Geologe über die Entstehung der Alpen), aber er

muß zwangsläufig diese Natur unter dem Gesichtspunkt und mit den Maßstäben sehen, die er sich in der Bearbeitung der Natur für die menschlichen Bedürfnisse erarbeitet hat.

5. Die »Natur an sich« bietet nur dem Menschen auf seiner fast tierischen Ausgangsstufe gewisse, sehr beschränkte Lebens- und Nutzungsmöglichkeiten und steht seiner Weiterentwicklung feindlich gegenüber. Die »Natur an sich« kann durch die Arbeit zwar immer weiter zurückgedrängt werden, aber eine vollständige Synthese Mensch-Natur bzw. »Natur an sich« — »Natur für den Menschen« kann es nie geben. Das zeigt sich daran, daß sich die bearbeitete Natur ohne ständige weitere Bearbeitung sofort wieder in Richtung »Natur an sich« zurückentwickelt und dem Menschen wieder tendenziell feindlich und fremd wird: Die »Natur an sich« bleibt als Bedrohung des Menschen letzten Endes immer unaufhebbar.

6. Der Grundbezug des Menschen zur Natur ist die sogenannte »Urproduktion« oder die landwirtschaftliche Nutzung. Daraus und darauf aufbauend entwickeln sich weitere menschliche Produktionsformen. Die Urproduktion prägt zugleich die menschliche Dimension der Landschaft und die natürliche Dimension der bäuerlichen Kultur. Wo diese Urproduktion wegfällt und andere Nutzungsformen an ihre Stelle treten (z.B. Industrie oder Tourismus), wird die menschliche Dimension der Landschaft schwer gestört: Sowohl die verfallende bearbeitete Natur als auch die entstehende Industrie- und Stadtlandschaft entfremdet sich dem Menschen und werden ihm feindlich. Dies ist das äußere Kriterium für Umweltzerstörung. Die Urproduktion ist ein unverzichtbarer Bestandteil für ein ausgewogenes Mensch-Natur-Verhältnis.

der hohen Niederschläge besonders geeignet, und die germanischen Bergbauern können so die Alpengebiete besiedeln, die von den Romanen kaum genutzt werden konnten. Diese neue Wirtschaftsform hat sich offenbar in Auseinandersetzung mit den besonderen Verhältnissen am Nordrand der Alpen entwickelt, auf den die Germanen bei ihrer Ausbreitung zuerst trafen und der im 6. und 7. Jahrhundert nur ganz spärlich besiedelt war. Die hier entwickelte Wirtschaftsform erlaubte es ihnen dann, weit in die Alpen vorzudringen und all die Stellen zu besetzen, die nur dünn besiedelt waren, und dann sogar in Gebiete vorzudringen, die bereits relativ dicht besiedelt waren (z.B. Vorarlberg, Westtirol) und sie zu

„germanisieren“ Dabei ist charakteristisch, daß die germanischen Siedlungen in romanischen Gebieten immer deutlich über den romanischen Dörfern liegen (in Südtirol z.B. an den Ortsnamen zu erkennen).

Was die Wirtschaftsweise betrifft, so bedeutet die Reduzierung des Ackerbaus die Aufgabe der wirtschaftlichen Autarkie, was die Viehwirtschaft zugleich auf den Verkauf eines Teils ihrer Produkte hin orientiert, denn die zur Ernährung notwendigen Ackerbauerzeugnisse müssen durch Kauf bzw. Tausch erworben werden. Diese Wirtschaftsform ist wegen der Voraussetzung des Funktionierens eines Marktes und der Spezialisierung auf einen einzigen Produktionszweig als eine moderne Wirt-

schaftsform zu definieren. Was die Nutzung des Alpenraums betrifft, so ist sie als ein erneuter qualitativer Sprung, als Fortschritt zu bezeichnen, weil dadurch eine zuvor „natürliche“ Grenze der menschlichen Besiedlung verschoben wird und sich der Mensch neue, zusätzliche Lebensmöglichkeiten im Alpenraum erschließt.

Diese unterschiedlichen Wirtschaftsformen bringen nicht zufällig ganz unterschiedliche Kulturformen hervor: Im romanischen Bereich herrscht Steinbauweise in ganz eng zusammengebauten Dörfern vor, im germanischen Bereich Streu- oder Weilersiedlung in Holzbauweise. Im romanischen Bereich wird das gesamte Leben sehr stark durch die Gemeinschaft bestimmt,

7. Der innere Maßstab für Umwelterstörung liegt darin, daß der Mensch für die Konsequenzen seiner Veränderung der Natur in jeder Instanz aufkommt und die Verantwortung dafür übernimmt, daß sich eine Stabilität entwickelt, die sich nicht gegen ihn selbst richtet. Dagegen steht die kurzfristige Ausbeutung der Natur, der es egal ist, welche Konsequenzen daraus erwachsen. Das bedeutet, daß der Mensch über seine Arbeit für den direkten Ertrag, über seinen direkten Nutzen hinaus ständig einen Teil seiner Arbeit für die Erhaltung und Regeneration des ökologischen Gleichgewichts, d.h. dem Erhalt seiner natürlichen Lebensbasis aufwenden muß. Das Kriterium besteht in der Geschlossenheit des Stoffwechsel-Zyklus: Dieser wird in sich geschlossen sein, es darf kein Abfallprodukt anfallen, was den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur bedroht.

3. Die Kritik am »Industriesystem« oder dem »Kapitalismus« beruht dann also darauf, daß diese Wirtschaftsform den Raubbau an der Natur (nicht an der »Natur an sich«, sondern an der bearbeiteten Natur) zum systematischen Prinzip erhebt: Das Zerreißen des zuvor geschlossenen Produktionsprozesses in die Bestandteile Produktion-Distribution-Konsumtion-Recycling läßt das Wissen um die Gesetze des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur vernachlässigen, was u.a. dazu führt, daß die Recycling-Phase gar nicht mehr als wesentlicher Teil des Produktionsprozesses gesehen wird. Das Hauptproblem liegt darin, daß im isolierten Produktionsprozeß nur noch der Teil der Arbeit gesehen wird, der direkt in das Produkt eingeht und nicht mehr der Teil, der zur Regeneration des ökologischen Gleichgewichts notwendig ist. Durch diese Reduzierung wird zwar die Produktivität der Arbeit im Kapitalismus sprunghaft erhöht — und das ist mit die Basis für die gewaltige Konkurrenzfähigkeit des Kapitalismus gegenüber allen anderen Wirtschaftsformen. Aber diese Produktivitätssteigerung ist in Wirklichkeit nur eine scheinbare, weil der Kapitalismus eine vom Menschen in nicht-kapitalistischer Weise bearbeitete Natur voraussetzt, mit der er Raubbau treiben kann, die er ausbeuten

kann, ohne sich um ihre gleichzeitige Wiederherstellung zu kümmern. Auf diese Weise sägt er an dem Ast, auf dem er selbst sitzt.

9. Die Entwicklung der Geschichte des Mensch-Natur-Verhältnisses ist in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Beeinflussung nach vorn hin nicht abgeschlossen. Solange der Mensch die Natur — und damit auch sich selbst — nicht durch kurzfristigen Raubbau zerstört (auch hier ist wieder nur die bearbeitete Natur gemeint, die »Natur an sich« kann der Mensch gar nicht zerstören), kann der Mensch immer neue und weitere Nutzungsformen der Natur erkennen und entwickeln. Hier setzt die geschichtsphilosophische Frage ein, inwieweit der Mensch den Evolutionsprozeß der Natur auf bewußter, planmäßiger Ebene fortsetzt und damit durch die Entfaltung seiner Geschichte die Naturgeschichte voranbringt. Aber auch hierbei besteht das Problem, daß diese Frage und dieser Ansatz anthropozentristisch ist, denn eine absolute Aussage über die »Natur an sich« würde einen Standpunkt außerhalb der Natur voraussetzen.

10. Ziel der Ökologiebewegung ist also in den seltensten Fällen ein wirklicher Naturschutz (zumindest in Europa sind wirklich unbearbeitete Landschaften ganz selten geworden), sondern vor allem der Kulturlandschaftsschutz. Die traditionellen Kulturlandschaften können als Schranke für den kapitalistischen (und in Osteuropa für den staatssozialistischen) Raubbau eine positive Funktion erhalten, aber sie dürfen nicht absolut gesetzt werden (im Sinne eines Naturparks, der keine Entwicklung zuläßt): Das Mensch-Natur-Verhältnis kann nicht auf einen bestimmten, historischen Entwicklungsstand festgeschrieben werden. Der Maßstab für Naturzerstörung und Naturschutz muß daher im Menschen selbst gesucht werden, und er ist — wie alle menschlichen Maßstäbe bzw. wie der Mensch selber — in einem ständigen Wandel begriffen. Es gibt keinen absoluten, übergeschichtlichen Maßstab dafür! Der Mensch findet in der Natur entweder sich selbst als Maßstab — oder gar nichts!

Im germanischen Bereich dagegen, d.h. in dem Bereich, der gerade erst neu besiedelt worden war, konnten sich die Feudalherren meist eine starke Position schaffen, und dies lief immer darauf hinaus, kollektive Sozialstrukturen zu zerschlagen bzw. erst gar nicht aufkommen zu lassen und statt dessen Einzelhöfe zu »stiften«. Am Beispiel des Inn-Tales wird dies sehr deutlich: Im germanischen Unterinntal (neu besiedelt) setzten die Feudalherren relativ viele neue Einzelhöfe systematisch in das Almgebiet der einzelnen Gemeinden, während im Oberinntal (Altsiedelland, rätoromanisches Gebiet) solche Höfe im Almgebiet sehr selten sind und diese wenigen auch noch wirtschaftlich deutlich benachteiligt sind (sie haben keinen Zugang zur Allmend).

Eine Sonderentwicklung im germanischen Bereich ist noch zu nennen: Die sogenannte »Walserkolonisation«. Den alemannischen Siedlern im oberen Rhonetal (also im germanischen Oberwallis) wurde aufgrund starker Bevölkerungsvermehrung ihr Siedlungsraum zu eng, und Teile von ihnen begannen im hohen Mittelalter in benachbarte romanische Alpengebiete auszuwandern, wo sie in den ganz hochgelegenen Talschlüssen, wo kein Getreide mehr wuchs, noch einige Siedlungsmöglichkeiten fanden, allerdings nur um den Preis der vollständigen Aufgabe des Ackerbaus. Dafür entwickelten sie einen anderen Wirtschaftszweig: Während die Frauen fast die gesamte Bergbauernwirtschaft erledigten, verdienten sich die Männer im Saumverkehr über die Pässe als Säumer und Träger Geld. Aber im 14. und 15. Jahrhundert wurde ein Teil dieser Walserkolonien wegen ihrer extremen Lage aufgegeben bzw. in Alpensiedlungen umgewandelt. Die Walserwirtschaft kennzeichnet so die höchste Entwicklungsform der germanischen Bergbauernwirtschaft, und sie stellt zugleich das höhen- und flächenmäßige Maximum der menschlichen Nutzung im Alpenraum dar, das seitdem nie wieder erreicht worden ist.

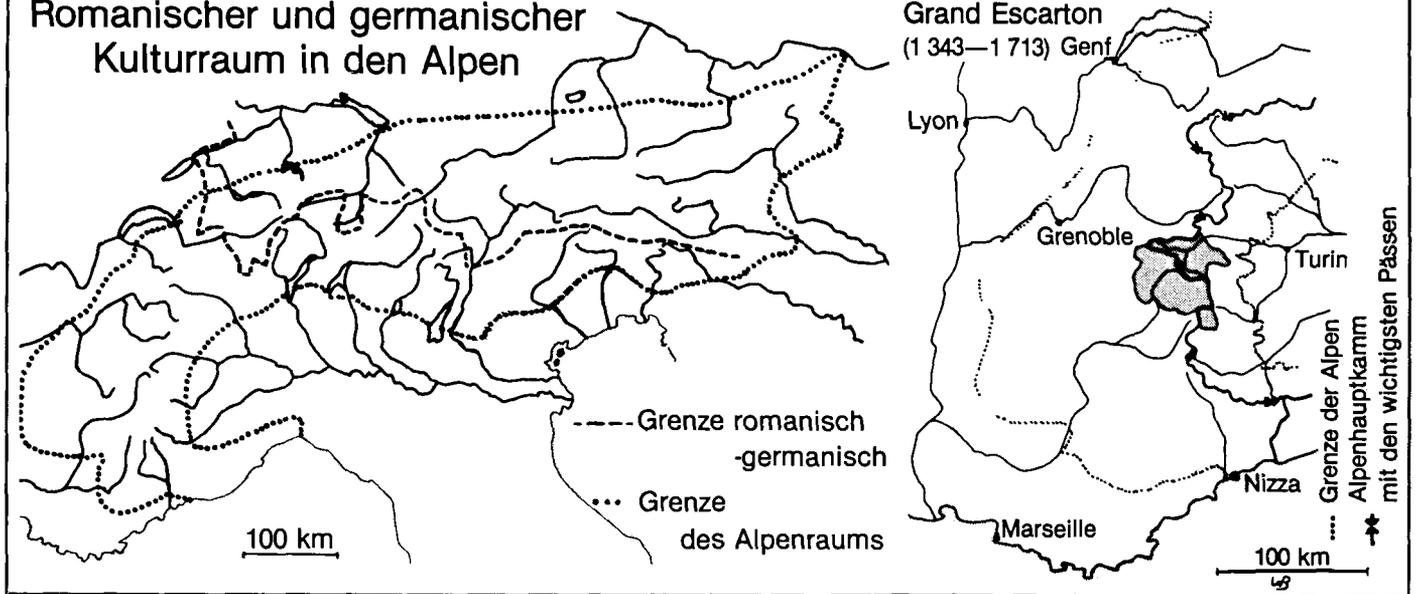
und zahlreiche Tätigkeiten (nicht nur Arbeit, sondern auch die »Freizeit«) werden in kollektiver Regelung erledigt, während im germanischen Bereich die einzelne Familie sehr viel unabhängiger und isolierter gegen die übrigen Dorfbewohner steht. Diese sehr spürbaren kulturellen Unterschiede sind zum einen Teil direkt von der Wirtschaftsform abhängig, wie z.B. die Erbsitten, die im germanischen Bereich das Anerbenrecht verlangen, weil die extensive Wirtschaftsform der Viehzucht große, ungeteilte Flächen benötigt, während der Ackerbau als intensive Wirtschaftsform kleine Parzellen, also Realerbteilung erfordert. Zum anderen aber hängt die unterschiedlich lange geschichtliche Dimension damit zusam-

men. Die romanische Bergbauernwirtschaft und -kultur repräsentiert nicht nur eine frühere Entwicklungsstufe der Menschheit und damit einen höheren Stellenwert der Dorfgemeinschaft als die germanische, die romanischen Bergbauern sind auch in der Lage, diese Tradition aktiv zu verteidigen und zu bewahren: Als im Mittelalter auch im Alpenraum zahlreiche Feudalherren entstehen, gelingt es den romanischen Bergbauern unter Bezugnahme auf ihre sogenannten »ewigen Rechte« und durch die starke Kraft ihrer Gemeinsamkeit in vielen Fällen, von den Feudalherren die Bestätigung dieser »ewigen Rechte« (d.h. weitgehende Selbstverwaltungsrechte) zu errotzen.

1.5 Die politische Dimension der ökologischen Problematik

Waren die Alpen bisher im Verlauf ihrer menschlichen Geschichte seit den prähistorischen Siedlungsanfängen ein weitgehend kulturell und politisch eigenständiger Raum, so ändert sich dies langsam ab dem hohen Mittelalter, als in Zentraleuropa mit der Erstarkung der feudalen Mächte eine Entwicklung beginnt, die zu den späteren Nationalstaaten führt. Von unserem heutigen Europa-Bild her sehen wir die Alpen immer sofort als politischen Grenzraum, über deren höchste Gipfelketten die »natürlichen« Staatsgrenzen verlaufen. Das ist aber eine junge Entwicklung, noch im Mittelalter war es genau umgekehrt: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation reich-

Romanischer und germanischer Kulturraum in den Alpen



te im Süden bis nach Italien, und die Alpen waren ein zentraler Verbindungsraum zwischen den beiden Reichsteilen im Norden und Süden einerseits und zwischen Frankreich und dem Papst andererseits. Nicht zufällig entwickelten sich zwei der führenden Wirtschaftsräume Europas Südfrankreich und Oberitalien in wechselseitiger Beeinflussung, ohne daß sich die dazwischenliegenden Alpen als trennendes Moment ausgewirkt hätten. Auch wirtschaftlich waren die Alpen kein Randgebiet: Hier wurde ein großer Teil der in Europa benötigten Erze abgebaut, damals waren z.B. für den Verkehr zwischen den Bergwerken in den Hohen Tauern und Venedig um die 50000 Saumtiere eingesetzt, was für die Bergbauern eine finanziell attraktive Nebenbeschäftigung bedeutete. Die Alpen waren so ein Wirtschafts- und Verkehrsraum von europäischer Bedeutung, und das wirkte sich dahingehend aus, daß die Bergbauern vollen Anteil an der kultur und geistesgeschichtlichen Entwicklung Europas hatten. Das zeigt sich unter anderem daran, wie schnell sich die sogenannten häretischen oder Ketzerbewegungen des hohen Mittelalters (12./13. Jahrhundert) im Alpenraum verbreiteten. Keine Rede also von abgeschiedenen oder gar hinterwäldlerischen Verhältnissen!

Die Bergbauern waren im Mittelalter dabei, eigene selbständige Infrastrukturen auf der Basis des gleichwertigen Zusammenschlusses einer größeren Zahl von Gemeinden in sogenannten Talschaften zu entwickeln. Dies kollidierte zwangsläufig mit der Erstarkung der feudalen Mächte und bildete die Grundlage für jahrhundertelange Auseinandersetzungen. Das bekannteste und erfolgreichste Beispiel für solch einen Bergbauernzusammenschluß ist die Schweiz; viele andere Alpengebiete haben eine ähnliche Entwicklung genommen, sind dann aber durch die verschiedenen Umstände nicht so erfolgreich geworden.

Die spontane und von außen ungestörte Entwicklung der Bergbauernkultur hätte zu einer größeren Zahl von selbständigen, streng föderalistisch aufgebauten, kleinen

Alpenstaaten geführt; daß sich dies nicht hat durchsetzen können, lag daran, daß die Alpen eben kein abseits gelegener Raum waren – im Gegenteil: Der Kampf um die Vorherrschaft in Europa war immer auch zugleich ein Kampf um die Kontrolle der Alpen. Die daraus folgenden Kriegshandlungen haben den Alpenraum oftmals schwer belastet (erst durch die Revolutionierung der Militärstrategie durch Napoleon verlor der „Kriegsschauplatz Alpen“ an Bedeutung), und vor allem haben sie eine eigenständige politische Entwicklung der Bergbauernkultur unmöglich gemacht.

Am Beispiel des sogenannten „Bundes von Briançon“ möchte ich die sehr wichtige Form der bergbäuerlichen Zusammenschlüsse etwas näher darstellen. Dieser Bund lag mitten in den Alpen, zu beiden Seiten des Alpenhauptkammes (über den die heutige Grenze zwischen Frankreich und Italien verläuft) und umfaßte die oberen Abschnitte von zehn Alpentälern, davon sieben in der Gegend von Briançon und im Haute Queyras und drei in Piemont, im heutigen italienischen Teil. Das ist typisch für solche Zusammenschlüsse: Die Region der Alpenkämme und -pässe stellt einen Verbindungs- und keinen Trennraum dar (was nicht verwundert, wenn man sich an die Bedeutung der Almregion erinnert!) und die Grenzen verlaufen oft an Engstellen mitten im Tal, den „Klausen“, die bis ins 19. Jahrhundert hinein ein erhebliches Verkehrshindernis darstellten.

Dieser Bund von Briançon hatte seinem Feudalherrn, dem Dauphin, der ständig an Geldknappheit litt, Stück für Stück seine Feudalrechte abgekauft, bis er sich im Jahre 1343 gegen eine einmalige Zahlung von 12000 Gold-Dukaten und eine jährliche Rente von 4000 Gold-Dukaten praktisch die völlige politische, rechtliche und finanzielle Autonomie erkaufte („libre, franc, et bourgeois“ – ein Vorgang, der im Alpenraum nicht einmalig war). 1349 verkaufte dann der letzte Dauphin seine Herrschaft (d.h. den Eigentumstitel, der aber nur die jährliche Rente bedeutete) an den König von Frankreich, weil er ohne Nachfolger

war (den einzigen Sohn hatte eine Amme aus dem Fenster fallen lassen), und seitdem war der Bund von Briançon französisch, was aber lange Zeit nichts an seinen Freiheiten änderte. Der Reichtum der Bergbauern rührte unter anderem vom Paßverkehr über den Mongenèvre her, dem bequemsten Alpenübergang zwischen Südfrankreich und Oberitalien, der durch das Exil der Päpste von Avignon verkehrsmäßig einen großen Aufschwung genommen hatte.

Die innere Organisation dieses Zusammenschlusses, der sich selbst „Grand Escarton“ nannte (nach *escartâr* = die jährliche Rente unter die einzelnen Gemeinden je nach Wirtschaftsaufkommen aufteilen) beruhte auf der strikten Gleichberechtigung der einzelnen Gemeinden. Ganz bewußt wurde eine dezentrale und antihierarchische Politik verfolgt, um alle Gemeinden möglichst gleichmäßig zu entwickeln und Ungleichheiten zwischen ihnen abzubauen. So durften z.B. weder Rathaus und Kirche im gleichen Ortsteil liegen (die einzelne Gemeinde bestand aus ca. zehn Ortsteilen) noch Mühle und Schmiede usw. Die Statuten dieses Bundes (romanische Statuten sind immer weitaus aufschlußreicher als germanische, da hier durch den hohen Stellenwert des sozialen Lebens praktisch alle Tätigkeiten im einzelnen festgelegt werden müssen, während bei den Statuten im germanischen Bereich nur solche Punkte schriftlich niedergelegt wurden, die Probleme verursacht haben) legen ganz detailliert die einzelnen Nutzungsweisen des Alpenraums dieser zehn Täler fest in dem deutlichen Bewußtsein, daß sonst ökologische Probleme entstehen. Die Konsequenzen einer falschen Nutzung – vor allem Übernutzung durch die Bauern und Raubbau durch die Feudalherrn – werden genau beschrieben: Lawinen, Erosionen, Überschwemmungen, Vermurungen.

Fortsetzung im nächsten Heft:

Die Ruinierung der Bergbauernwirtschaft und die Umnutzung des Alpenraumes im 20. Jahrhundert

Literaturnobelpreis '83

Daß nach der jährlichen Bekanntgabe des Literaturnobelpreisträgers Kritik laut wird, und, je nach Vorlieben, ein anderer Kandidat von den Kritikern und Lesern als der Preiswürdigere angesehen wird, ist nicht ungewöhnlich. Diesmal ist die Kritik schon etwas schroffer. Neben den üblichen Lobhudeleien reichen die Vorwürfe von »Unverständlichkeit« und »Enttäuschung« über »triste Lächerlichkeit« bis dazu, daß es »nicht mit rechten Dingen zugegangen« sei und, sogar aus dem Mund eines Mitglieds des Nobelkomitees (die ja 50 Jahre über die internen Vorgänge schweigen müssen), daß mit der Nominierung ein »Coup gelandet« worden sei, mit Terminverschiebungen, Austricksen und Pipapo. Nachdem klar war, daß diesmal, der geographischen Ausgewogenheit wegen, der Preis nach Europa gehen sollte, wurden Namen wie Graham Green, Doris Lessing, Claude Simon und die weiße Südafrikanerin Nadine Gordimer genannt. Den Preis bekam aber der Engländer William Golding.



Golding ist über Großbritannien hinaus das, was man einen „Ein-Buch-Autor“ nennt. Einem größeren Publikum ist er nur durch seinen 1954 geschriebenen Roman „Herr der Fliegen“ bekannt. Die weiteren sieben Romane, die er nach diesem Erstling geschrieben hat, sind zwar allesamt ins Deutsche übersetzt, nur waren die meisten Titel, bis zur Bekanntgabe des diesjährigen Preisträgers, wegen mangelnder Nachfrage nicht wieder aufgelegt und vermutlich veramscht worden. Allerdings war mit dem „Herr der Fliegen“ auch schon das Grundthema Goldings angesprochen – das Böse im Menschen –, das in den folgenden Romanen immer wieder variiert, in anderen Zusammenhängen und Zeitepochen behandelt, geringfügig modifiziert und vor allem

Von Bernd Wagner

durch mystische, irrationale und okkulte Bezüge „vertieft“ worden ist.

Da von einem umfassenden, literarisch bedeutenden Gesamtwerk bei Golding kaum gesprochen werden kann, scheint es eher so zu sein, daß das Nobelkomitee weniger das literarische Schaffen Goldings als die „Botschaft“, die er in seinen Büchern vermitteln will, gepreist würdigt hat.

Die eingeschränkte literarische Bedeutung und die zwar immer wieder breitgewalzte, letztlich doch sehr dürftige Grundaussage der Bücher Goldings – auch wenn sie gut in eine vorherrschende Strömung des Zeitgeistes paßt – dürften die Ursache für den Streit um „Würdigkeit“ des diesjährigen Preisträgers sein. Die Begründung des Nobelkomitees liest sich stellenweise auch wie die Anpreisung eines mittelmäßigen Bestsellerautors durch seinen Verlag.

„Golding hat einen äußerst scharfen

Blick und eine spitze Feder für die Macht des Bösen und die Gemeinheit im Menschen.“ Er bekommt den Preis „für seine Romane, die mit der Anschaulichkeit realistischer Erzählkunst und der vieldeutigen Allgemeingültigkeit des Mythos menschliche Bedingungen in der heutigen Welt beleuchten“ Besonders hervorgehoben wird der „Herr der Fliegen“: „Dieses Buch hat gut 10 Millionen Leser erreicht, mit anderen Worten: ein Bestseller von der Art, wie es sonst nur der Abenteuer und Unterhaltungsliteratur oder Kinderbüchern beschieden ist. Der Grund ist leicht einzusehen: Diese Bücher (die Bücher Goldings) sind nämlich äußerst unterhaltend und spannend. Man kann sie mit Vergnügen lesen ohne viele Vorkenntnisse und Scharfsinn und sich dennoch bereichert fühlen.“ Worin diese „vorkenntnislose Bereicherung“ durch Golding besteht, soll am „Herr der Fliegen“ gezeigt werden.

»Der Mensch ist des Menschen Wolf« (Plautus)

oder von der »schrecklichen Krankheit, Mensch zu sein« (Golding)

„Herr der Fliegen“

Weltweit sind sieben Millionen Exemplare von Goldings „Herr der Fliegen“ verkauft. An englischen Schulen und für Anglistikstudenten an westdeutschen Universitäten gehört der Roman zur Pflichtlektüre. Für den Schulunterricht hier gibt es mehrere Schulbuchausführungen mit begleitenden Unterrichtsmaterialien. In den 60er Jahren hat Peter Brook den Stoff verfilmt, der seither immer wieder in den Kinos zu sehen ist, zuletzt in den Programmkinos im Rahmen der friedensbewegten Wochen. Zwar kein Jugendbuch, aber ein Buch, das vorrangig auf jugendliche Leser abzielt. (Golding war auch 22 Jahre Lehrer.)

Schwarzer Faden

Anarchistische Vierteljahresschrift

Der SCHWARZE FADEN soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analyseansätze und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen.

Er versucht, anarchische Bezüge gegenwärtiger Revolten aufzuspüren, wie auch in gesellschaftskritischen Diskussionen Akzente in libertärer Richtung zu setzen.

Inhalt von Nr. 12:

Schwerpunkt Kriegsbewegung und Friedensgefahr, NATO-Geheimpläne, Marx 100 Jahre nach seinem Tode (von Arno Klönne), Staatskritik (Hans-Jürgen Degen), Spanien-Mythen, Einflüsse auf Orwells 1984, Filmgespräch Stalker, Schwarzes Kreuz, Feminismus, Schwalba-Hoth, Verlagsnachrichten, Polen, THTR-Demo, Mühsam, Freie Radios; Rosa Luxemburg, Leserbrief. (64 Seiten)

Einzelnummer: 4,- DM

Jahresabo (4 Ausgaben) 15,- DM

30 % Rabatt zzgl. Porto für Wiederverkäufer.

BEZUG: SF, 7410 Reutlingen, Ob. Webermarktstr.3

Einzahlungen auf das Konto Nr. 57463-703 beim Postscheckamt Stuttgart, Fri Kamann, Reutlingen.

Der Roman greift das Inselmotiv auf – ein Mensch wird aus seiner Umwelt gerissen und gelangt auf eine von der übrigen Welt unberührte und von ihr abgetrennte Insel. Dieses neue Dasein, gleich ob es durch einen schicksalhaften Zufall, durch Flucht, Exil oder Verbannung hervorgebracht wird, birgt in sich die verschiedenen Möglichkeiten einer neuen menschlichen Existenzweise: paradiesischer Urzustand, Neuaufbau der Zivilisationsstufe ohne ihre Mängel und Fehler utopische Zukunftsvision oder auch Rückfall in die Barbarei. In den Robinsonaden des 18. und 19. Jahrhunderts dominierte die positiv-utopische Perspektive.

Goldings Roman ist die Umkehrung eines populären englischen Kinderbuchs aus der Mitte des 19. Jahrhunderts (R.M. Ballantyne „Die Koralleninsel“ von 1858), wo drei englische Jungen auf eine Koralleninsel verschlagen werden und dort ein zufriedenes und frohes Leben in gegenseitiger Harmonie und Übereinstimmung führen, wie es sich für zukünftige englische Gentlemen gehört. Bei Golding gelangt eine Gruppe von englischen Internatsschülern zwischen 6 und 12 Jahren durch den Absturz eines Flugzeugs, das sie während eines Atomkriegs evakuieren soll, auf eine einsame Insel im Pazifik. Erwachsene haben den Absturz nicht überlebt und die Insel ist von Menschen unbewohnt. Anfänglich gelingt es den sich selbst überlassenen Kindern, ein kollektives Zusammenleben mit demokratischen Verhaltensformen zu organisieren. Gemeinschaftlich verständigt man sich über die Erledigung notwendiger Arbeiten wie die Unterhaltung eines Signalfeuers, den Bau von Hütten und die Nahrungsvorsorgung. Diese Einheit zerfällt rasch – Neid und Herrschaftsansprüche polarisieren die Gruppe um zwei Führer. Eine Minderheit, die an den erlernten Begriffen wie Recht, Ordnung, demokratische Beschlussfassung festhält und versucht, vernunftgemäß zu handeln, und eine Mehrheit, die im-

mer mehr in barbarische Verhaltensformen zurückfällt. Für sie wird die Jagd zum Selbstzweck und blutigem Ritual, Beschwörungstänze und Stammesriten, gewaltsame Unterdrückung der Schwächeren, eingedete und geschürte Angst vor einem äußeren Feind und der gemeinschaftlich begangene Mord an zwei Mitgliedern der Gruppe schweißen die Gefolgschaft um den neuen Führer zusammen. Ihnen gelingt es, die Minderheit erst durch Verlockungen, später mit Gewalt zu sich herüberzuziehen, und wo einzelne sich wehren, werden sie getötet oder sollen getötet werden.

„Das Böse siegt über das Gute“ und dieses „Böse liegt im Menschen selbst“ – so der Grundgedanke: das Irrationale besiegt die Vernunft, animalische Wildheit verdrängt den gesunden Menschenverstand, Massenpsychose die kollektiven Verhaltensformen, die Unmenschlichkeit greift um sich – Grausamkeit, Neid, Herrschsucht, Machtgier, Blutrausch lassen die dünne Schicht zivilisierten Verhaltens in der isolierten Inselatmosphäre schnell zerfallen. Das Gute wird durch das Böse vertrieben – der Sündenfall im Paradies findet seine ständige Wiederholung. Der Mensch ist ein gefallenes Wesen und die menschliche Zivilisation lebt unter ständiger Bedrohung durch dieses Böse im Menschen selbst – so die uns „bereichernde Erkenntnis“ aus Goldings „Herr der Fliegen“

Auf einer ersten oberflächlichen Ebene paßte der zweite Teil der Grundaussagen Goldings – die Bedrohung der Zivilisation – gut in die Zeit des Kalten Krieges, der Totalitarismusauffassung und des militanten Antikommunismus der 50er Jahre, und in den Unterrichtsmaterialien von heute finden sich solche plumpen Interpretationen noch zu Hauf. Die Rollen sind verteilt und finden bei Golding ihre Entsprechung. Der große, blonde, blauäugige, aufrechte Ralph mit Vernunft und Verantwortungsbewußtsein und auf das Wohl der Gemein-



Sperbers Provokation . . .

schaft bedacht steht für den englischen Gentleman und die westliche Zivilisation – der rothaarige, sommersprossige, verschlagen-ichsüchtige Jack, dessen primitive Wildheit und Skrupellosigkeit sich bald Bahn bricht, steht für den blutrünstigen Diktator. Die politische Aussage ist eindeutig – die vernünftige, aber gebrechliche westliche Demokratie ist gerade aufgrund der Schwäche, Wankelmütigkeit und Trägheit ihrer Menschen bedroht durch den skrupellosen Kommunismus, der selbst das Böse ist und die Schwächen geschickt oder brutal ausnützt.

Eine solche politische Interpretation geht zwar vermutlich konform mit Goldings Ansichten, ist aber nicht sein eigentliches Anliegen. Ihm geht es um eine tieferliegende, eher ontologische Ebene. Die seismäßige Dominanz des Bösen als anthropologische Grundkonstante des Menschen, die durch die Zivilisation notdürftig unterdrückt wird, aber in Ausnahmesituationen immer zutage tritt. In einer Eigeninterpretation zum „Herr der Fliegen“ hat er festgehalten: „Jeder, der nicht versteht, daß der Mensch Böses erzeugt, wie die Biene Honig, muß blind sein oder nicht richtig im Kopf.“ Ausgangspunkt dieser Erkenntnis waren für ihn seine Erlebnisse im II. Weltkrieg. „Im Krieg habe ich zum ersten Mal das Böse verkörpert gesehen. Es führt sozusagen ein Eigenleben.“

Der geschichtslose Pessimismus

Angesichts der Zerstörung von Menschen und Ländern durch den II. Weltkrieg in einem bisher in der Geschichte unbekanntem Ausmaß, den Erfahrungen des Faschismus als der brutalsten Diktatur der Neuzeit, der verheerenden Wirkung des Atombombenabwurfs und in der weiteren Entwicklung: der permanente Zerstörung der Grundlagen menschlichen Lebens durch den Menschen selbst, der atomaren Rük-

Eine Provokation war die Rede von Manés Sperber zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels sicherlich, und zwar eine Provokation zum Nachdenken. Manés Sperber hat etliche von den Argumenten vorgetragen, die innerhalb der französischen Linken weit verbreitet sind und hat sie teilweise aufs Äußerste zuge-spitzt. Eine „provokatorische Attacke auf die Friedensbewegung“ in der Rede zu sehen, kann nur einem Bernt Engelmann passieren, für den der sogenannte Minimal-konsens der Friedensbewegung ein Denk- verbot einschließt, das er in „gebotener Weise“ zu verteidigen gewillt ist. Es werden ja die Propagandisten des Minimalkonsens sein, die uns nächstens erzählen, daß wir mit der Sowjetunion Verständnis zu haben hätten, weil sie aufgrund der amerikanischen Vorrüstung nun leider gezwungen sei, in der DDR und der CSSR mit SS21 und 22 nachzurüsten und daß es sich bei Leuten, die in der DDR oder der CSSR was dagegen hätten, nur um die fünfte Kolonne Washingtons handeln könne.

Engelmann vielleicht, aber nicht die Friedensbewegung wird um die Frage herumkommen, die sich durch Sperbers Rede hindurchzieht: Warum konnte der Pazifismus, warum konnte auch die massenhaft vorge-tragene Losung nie wieder Krieg die Kriege bisher nicht verhindern? Eine der Wurzeln des Krieges sieht Sperber im „Verhältnis des Menschen zu seinem tyrannischen Alltag, den er als Versklavung und als Entker-nung seines Wesens empfindet“ Dies schon ist ein praktischerer Hinweis für die Bekämpfung der Kriegsursachen als die Aller-weltsweisheit, daß man mit dem Frieden bei sich selber und dem eigenen Verhalten anfangen müsse, praktischer deshalb, weil er den Zusammenhang zwischen Änderung der Verhältnisse und Selbstveränderung der Menschen nicht verkennt und nicht auf den bloßen Appell an die Selbsteinkehr hinausläuft, der noch nie was genützt hat, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Verhältnisse der Staaten zum Krieg geführt haben. Dieser Hinweis bleibt gerade in Erinnerung an den I. Weltkrieg wichtig, wo die Kriegsbegeisterung mit Kriegsausbruch den Pazifismus als Massenphänomen ablöste und die Pazifisten plötzlich zu einsamen Rufnern in der Wüste wurden.

Wichtiger und kritischer noch für die Friedensbewegung ist ein anderer Hinweis Sperbers:

„Es kommt darauf an, unermüdlich zu fragen. Warum, wozu Krieg? Warum, wie so er auch jenen Zeitgenossen erträglich er-scheint, die während vieler Jahre vor ihm als dem furchtbarsten Unglück zu warnen nicht aufgehört haben. Wer, anstatt über die Quelle und die Gründe der Kriegsgefahr nachzudenken, seinen leidenschaftlichen Protest nur auf die Waffen, und wären es die mörderischsten, reduziert, vermeidet, bewußt oder unbewußt, die Suche nach dem Feuerherd und erliegt der heute weit verbreiteten Neigung, die Mittel mit den Zielen zu verwechseln.“

Ja, ich wiederhole es: Ich bin gegen jeden Krieg, *ausnahmslos*. Aber ich weiß, ich wußte es auch im Jahrzehnt des Dritten Reiches, daß ein totalitäres Regime sich gefährdet glaubt, solange es nicht seine grenzenlose Macht über die unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn und eines Tages über den ganzen Planeten – ausbreitet.“

Für Sperber geht die Kriegsgefahr vor allem vom sowjetischen Totalitarismus aus, weshalb er auch in Erinnerung an den Krieg gegen den Faschismus jeden für „durch aggressive Undankbarkeit verblendet“ hält, der behauptet, „daß Europa heute durch die Vereinigten Staaten von Amerika gleichermaßen wie durch das sowjetische Imperium gefährdet wird“ An den amerikanischen Atomraketen stört ihn eigentlich nur, daß sie amerikanisch sind, denn „andererseits ist es wahr, daß Europa seinen Schutz nur den eigenen Kräften und keiner Supermacht anvertrauen darf“

Statt ein Zankapfel zwischen zwei Super-mächten zu sein, müsse Europa selber zu einer Großmacht werden, „die weder erobere-nungs- noch rachsüchtig, jedoch nur aufs äußerste entschlossen bleibt, durch eigene, zulängliche Abwehrkräfte jene abzuschrecken, die sich durch seine Schwäche und den eigenen Hegemonismus ermutigt fühlen können, sich Europas zu bemächtigen“ Spätestens hier aber müßte Sperber auf sein eigenes großes Thema, wie die Mittel nämlich die Zwecke verfälschen können, zurückkommen. Das unterläßt er Mit Atomwaffen und als Supermacht für Frieden und Freiheit? Wer aber schon Sperbers Fragestellung verwirft, wie nämlich Europa von den USA unabhängig werden kann, ohne zur leichten Beute des sowjetischen Expansionismus zu werden, muß entweder vor diesem Expansionismus die Augen ver-schließen oder sich von ihm das Heil ver-sprechen.

Joscha Schmierer



Beide Bilder aus dem Film „Der Herr der Fliegen“ Links: Jack und ein „Jäger“

Rechts: Ralph und Piggy die Vertreter der „Demokratie“

ENDSPIEL - WAR GAMES

Hollywood sorgt für jugendliche Unterhaltung mit dem Atomkrieg

stung in einer nicht endenden Spirale, permanenter lokaler Kriege etc. scheint es zwangsläufig, daß der Fortschritts- und Zukunftsoptimismus von der Aufklärung bis ins 19. Jahrhundert sich als hohler Schein und frommer Wunsch erwiesen hat. Der gesellschaftliche Fortschritt ist *auch* der Fortschritt vom Faustkeil zur Atomrakete. Der tiefe Pessimismus Goldings basiert auf Erfahrungen, die für jeden nachvollziehbar sind, und er ist Teil einer pessimistischen und nihilistischen Geistesströmung, die im 19. Jahrhundert ihre Wurzeln hat, aber mit den Erfahrungen im 20. Jahrhundert erst zu einer, teilweise auch vorherrschenden, Strömung in breiteren Teilen der Bevölkerung wird.

Zu diesen geschichtlichen Erfahrungen gehören für unsere Hemisphären auch das Scheitern aller Emanzipationsbewegungen, seien sie sozialdemokratischer, kommunistischer oder anarchistischer Art gewesen.

Die pessimistische Weltsicht ist von daher nicht nur das Produkt einer Klasse ohne Zukunft – die Zerstörung der Vernunft als bourgeoise Ideologie im Imperialismus –, sondern in nicht geringem Umfang auch Ergebnis des Scheiterns aller Versuche, diesen Irrationalismus praktisch zu überwinden. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts hat das, was wir Fortschritt nennen, einen ständig wachsenden Trümmerhaufen hinterlassen, der den Optimismus der bürgerlichen Aufklärung und aller späteren Emanzipationsbewegungen Lügen zu strafen scheint.

„Seit je hat Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen. Aber die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.“ In diesen „Zeichen triumphalen Unheils“, von denen Adorno und Horkheimer in der „Dialektik der Aufklärung“ sprechen, wurzelt Goldings pessimistische Menschen-sicht.

Nicht der fehlende Optimismus Goldings, sondern seine Erklärung dieses „Unheils“ ist das Falsche an den Aussagen seiner Romane. Der Mensch als gesellschaftliches Wesen wird reduziert auf ein abstraktes anthropologisches Wesen, das durch den Sündenfall das Böse auf immer und ewig in sich trägt. Die Gesellschaft zerfällt in Einzelpersonen, Geschichte als Realitätszusammenhang ist aufgelöst und wird irrationalisiert und mythologisiert. Es geht ihm darum, wie er selbst schreibt, „das Irrationale zu zeigen, wo es ist, die Gebrechen der menschlichen Gesellschaft auf die menschliche Natur zurückzuführen“ Und er folgert daraus, daß „der Zustand einer Gesellschaft vom sittlichen Bewußtsein des Einzelnen abhängt und nicht von irgendeinem

Die Plazierung war gut gewählt. Die friedensbewegten Wochen standen vor der Tür, allemal Gelegenheit zum obersten Reizthema einen richtigen Hollywood-Knaller ins Kino zu schicken. (Herzlichen Glückwunsch an den Verleih!) Die Gerüchteküche war auch schon einige Monate vorher angerührt worden und so ging dem Film der Ruf voraus: „Ein jugendlicher Computerfan löst (fast) den atomaren Weltkrieg aus.“ Daß es dem Film nicht um die Zuspitzung der Gefahr, sondern um deren Auflösung geht, das merken wir dann halt erst im Kino.

Das Leitthema ist in Anfang und Ende des Films gut zu fassen. Am Beginn des Films sollen Atomraketen (auf Befehl) gestartet werden. Zwei Offiziere müssen den entsprechenden Schlüssel gleichzeitig drehen. Aber der eine tut nichts. Gewissenskonflikte. Der Eklat folgt auf dem Fuße. Die Leute werden ausgewechselt und maschinelle Auslöser eingesetzt. Dann heißt es: 22 Prozent aller verantwortlichen Offiziere würden in einer solchen Situation den Schlüssel nicht drehen. Daran setzt der Film in seiner Handlung an. Computer müssen her, vom Mensch zum Kalkulieren, Berechnen und Auslösen des komplizierten Geflechts „Atomkrieg“ eingesetzt, natürlich „kontrolliert“ WOPR (spricht sich Wopper, wie die Dinger von Burger King) heißt das Ungetüm, und natürlich kann so'n Ding vom echten Computerfan angezapft werden. Dann wird locker „weltweiter Atomkrieg“ gespielt.

Am Schluß wird das Spiel ernst. Der Computer will nicht mehr aufhören mit dem „Atomkrieg“ Doch unser Computerfan läßt ihn lernen – „das Spiel hat keinen Gewinner“ Also ein blödes Spiel.

politischen System, mag es auch noch so logisch und ehrbar erscheinen“

Wo für die gesellschaftliche Entwicklung die menschliche Natur verantwortlich gemacht wird, also niemand für die gesellschaftlichen Verhältnisse und die politische Situation verantwortlich ist, da alle gleichermaßen schuldbeladen sind, ist selbstredend jede gemeinschaftliche gesellschaftliche und politische Praxis sinnlos, wenn nicht gar gefährlich. Innere Einkehr Selbstbesinnung und Exerzitien zur Bekämpfung des Bösen in uns und zur Formung des sittlichen Bewußtseins des Einzelnen treten an ihre Stelle.

Dieses geschichtslose und den Menschen nicht als „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“, sondern als ein isoliertes Abstraktum mit dem Bösen als anthropologi-

Die Logik des Computers setzt sich durch. Ein Spiel, das nicht gewonnen werden kann, ist reizlos. Hör'n wir also auf. Alles in der Kommandozentrale – wo eben noch der Atomkrieg auf dem Bildschirm ablief – ist natürlich super glücklich. Vor allem der General, der ja immer schon skeptisch darüber war, daß Maschinen „meine guten Soldaten ersetzen sollen“ Eben: Den Atomkrieg lassen wir im Notfall (logo!) lieber durch Menschen durchführen, die bürgen für Qualität und „Gewissen“

Ein Antikriegs-Film? Das wäre eine Beleidigung. Vor allem ein Jugendfilm – ein amerikanischer Teenies sind die Helden, schlecht gespielt, aber was macht das schon, wo die Erwachsenen doch noch blöder, tumber und nicht ganz auf der Höhe der Zeit zu sein scheinen. Daß die erst wieder zum Schluß schnallen, daß die Jugendlichen wirklich prächtige Jungs und Mädels sind – typisch! „Mann, sind die Alten wieder abgefickt“ Nach'm Film also erst mal zu Burger King, Wopper einwerfen und Cola zischen. Vielleicht auch noch'n Spielchen: „Missile war“!

Im Ernst. Dieser ganze Kreislauf ist beim Film sozusagen mitbedacht. Alles, was an wirklicher Gefahr, an wirklicher Bedrohung, an ungeheurer Machtkonzentration in der Wirklichkeit existiert, wird zum Spielball dieses Films. Ein „kritisches Thema“ in richtiger Weise aufgemacht, so zum zwar dümmlichen, aber reißerischen Kinoerlebnis. Und wer geht da rein? Im ausverkauften Kino kamen wir uns wie Opas vor „Trau keinem über zwanzig“ Das schlaucht mehr als der Film selbst. *Michael Ackermann*

schon Grundkonstante begreifende Welt- und Menschenbild ist die Grundaussage der Romane Goldings, die nach dem „Herrn der Fliegen“, da sie sich nicht auf das wirkliche gesellschaftliche Leben einlassen, immer mystischer und irrationaler werden und raunend vom ewigen Kampf zwischen Gut und Böse und dem Menschen als einem „gefallenen Wesen, Luzifer nicht unähnlich“ (Golding) zu berichten wissen. Eine solche „Botschaft“ paßt in einer Situation der umfassenden Krise des gesellschaftlichen Lebens in fast allen Bereichen in eine Strömung des Zeitgeistes, wo Wissenschaftsfeindlichkeit und Irrationalismus, Geschichtslosigkeit und Mystizismus nicht nur in der zukunftslosen Klasse und ihrem Anhang, sondern in breiteren Teilen der ganzen Gesellschaft verbreitet sind. □

Wenn dieses Heft ausgeliefert wird, ist der Kongreß „Zukunft der Frauenarbeit“ in Bielefeld gerade vorbei und die Diskussion über die in **beiträge zur feministischen theorie und praxis 9/10** sowie in **peripherie 13** unter den Themen *Neue Verhältnisse in Technopatria bzw Frauen und gesellschaftliche Macht* veröffentlichten Beiträge sicher ein Stück weit fortgeschritten. Auslöser für den Kongreß, auf den sich der Schwerpunkt der jüngsten Ausgaben beider Zeitschriften bezieht, war der Kongreß „Zukunft der Arbeit. Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung“ vor einem Jahr „Auf diesem Kongreß, der die Formulierung einer alternativen grünen, oppositionell gewerkschaftlichen, ökologischen Wirtschaftspolitik zum Ziel hatte, war zwar Frauenarbeit hauptsächlich der Gegenstand, sie wurde in den Analysen und Reden aber niemals als solche angesprochen. Sie blieb unsichtbar. Mit anderen Worten, wir Frauen mußten feststellen, daß wir auch in dieser alternativen Politik nicht vorkommen“ heißt es im Programmheft.

In den **beiträgen** faßt Maria Mies den theoretischen Ansatz, der dieser Feststellung zugrunde liegt, in seiner Entstehungsgeschichte zusammen: „Subsistenz-reproduktion‘ war bereits in die Zwangsjacke der kapitalistischen-patriarchalischen Arbeitsteilung gepreßt, woraus wir keinen Ausweg für die Befreiung von Frauen und Unterentwickelten sahen. Wieso sollte die ‚Produktion von Leben‘ lediglich Reproduktion von Arbeitskraft sein? Also gaben wir im Verlauf unserer Arbeiten das *re* auf, wenn es um die Produktion von Leben im weitesten Sinne ging. Wir sprachen hinfort also nur noch von Subsistenzproduktion. Denn ‚Produktion von Leben‘ war das, was ‚Produktion von Mehrwert‘ erst *ermöglichte*, wenn es auch nie in die eigentliche Mehrwertanalyse einbezogen wurde und wird. Uns kam es darauf an, daß die Arbeit, die in die Produktion des Lebens oder Subsistenzproduktion einging hauptsächlich Arbeit von Frauen als ‚Arbeit‘ sichtbar wurde und nicht weiter ins Reich der ‚Natur‘ verwiesen wurde.“ Den gemeinsamen strukturellen Kern der Arbeit von Frauen und Kleinbauern sehen diese Wissenschaftlerinnen darin, daß eben nur sie Kinder aus ihrem Körper bzw Nahrung aus der Erde hervorbringen, was durch die kapitalistische Waren- und Mehrwertproduktion zwar unterworfen, aber nicht ersetzt werden kann. Die schlechteste Arbeitsteilung in den Industrieländern habe dafür gesorgt, daß Hausfrauen diese „naturhafte“ unbezahlbare, Rund-um-die-Uhr-Arbeitskraft überhaupt entwickeln mußten und dem

Proletarier und dem Kapital vor leisten. Hieraus wurde der Begriff der „Hausfrauisierung“ der Arbeit in einer Gesellschaft, der in der kapitalistischen Krise keineswegs die Arbeit, sondern vielmehr die bezahlte Arbeit ausgehe, entwickelt: – Die Definition z.B. der Spitzenmacherinnen in Südindien als „müßige“ Hausfrauen stellte die notwendige strukturelle und ideologische Voraussetzung dafür dar daß ihre Arbeit als „Freizeitbeschäftigung“ entwertet werden konnte die Grundvoraussetzung für die rasche Kapitalakkumulation der Spitzenexporteure und Beispiel für die Entwertung *aller* weiblichen Erwerbsarbeit im Kapitalismus.

– „Hausfrauisierung“ der Verhältnisse ist kein Übergangsphänomen hin zum entfaltenen Kapitalismus, sondern Ergebnis von dessen Entfaltung selbst.

– Hausfrauisierung bedeutete ferner den Prozeß der Domestizierung (Einschränkung ihrer Autonomie, Bewirtschaftung) der Frauen des europäischen Bürgertums, die vom Einkommen eines Mannes abhängig sind, was als Modell der geschlechtlichen Arbeitsteilung unter kapitalistischen Verhältnissen

Weltbankentwicklungsprogrammen für die Dritte Welt zugrunde liegende Propagierung des Hausfrauenmodells erkannt: Die „müßige“ Hausfrau soll auf der Basis von Kleinkrediten das unzureichende Einkommen des „Ernährers“ aufbessern – ohne jede Chance eigener ökonomischer Unabhängigkeit unter menschenwürdigen Bedingungen.

Bewußt werden hier Marxsche Begriffe, insbesondere der Arbeits- und der Produktivitätsbegriff, als unbrauchbar verworfen oder mit neuen Inhalten gefüllt. Dagegen läßt sich unter anderem einwenden, daß Begriff ja von begreifen kommt und insofern mit solchen Neufassungen oder Umdefinitionen zumindest Verwirrung entsteht, zumal die Terminologie der „Bielefelderinnen“ selber in sich oft widersprüchlich ist; daß die Marxsche *Kritik* der Verhältnisse verwischt wird; auch daß die „Produktion von Leben“ nicht einfach die Frauen vollbringen, sondern sich hier ein Stück weit ein von unserem Willen nicht beeinflussbarer Prozeß, halt was Natürliches vollzieht, wie auch der Bauer (und der Landarbeiter Tagelöhner) die Nahrung nicht erschafft, sondern

auch der ärmste Mann noch profitiert.

In welcher Weise Kolonisierung und Unterwerfung unter das Kapitalverhältnis für Frauen nicht „Fortschritt“ sondern Rückschritt bedeutet, zeigen die Beiträge in **peripherie** über Kulturimperialismus und Patriarchat in Zimbabwe und über die „Förderung“ von Bäuerinnen in Peru.

Auch wenn das alles nichts an der Tatsache ändert, daß Lohnarbeit Ausbeutung ist und das Kapitalverhältnis auf ökonomischem und außerökonomischem Zwang gegenüber beiden Geschlechtern beruht, ist mir diese Erweiterung des Blickwinkels, das Sichtbarmachen qualitativ unterschiedlicher Betroffenheit, der Verschärfung des Widerspruchs zwischen Mann und Frau durch reelle Subsumtion und Imperialismus wichtig.

Wahr ist wohl, daß Marx nicht vollends blind war gegenüber der Bedeutung von „Familienarbeit“ der „freien Arbeit im häuslichen Kreis, innerhalb sittlicher Schranken, für die Familie selbst“ gegenüber „Arbeiten, welche der Familienkonsum erheischt“ und „gewisse(n) Funktionen (!) der Familie, z.B. Warten und Säugen der Kinder“ und ihrem Zusammenhang mit den Produktionskosten der Arbeiterfamilie, doch übersieht – um ein Beispiel zu nehmen – eine Einschätzung wie die, „die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts (muß) unter entsprechenden Verhältnissen zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen“ halt den patriarchalischen Charakter der Verhältnisse, die besondere Nutzbarmachung des „weiblichen Arbeitsvermögens“ – sei es nun als durch Sozialisation erworben (Beck-Gernsheim), sei es als Verfügung über die ganze Person gefaßt (wie V Bennholdt-Thomsen meint: nicht nur die Arbeitskraft der Frau werde eingefordert und angeeignet, sondern stets auch ihre Körperlichkeit, ihre Sensibilität und ihre Sexualität).

Auf dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit den in den **beiträgen** vorgestellten Untersuchungen gelangt eine Kölner Gruppe autonomer und grüner Frauen zu Ansätzen einer Utopie: „Auszug aus dem Technopatriarchat“ Hierin halten sie allen dualwirtschaftlichen Konzepten als grundsätzliche Kritik entgegen, daß der formelle Bereich eben nicht unabhängig neben dem informellen existiert, sondern diesen unabdingbar voraussetzt. Nicht der informelle Sektor soll gestärkt, sondern die Aufhebung der Trennung von Produktion und Reproduktion und damit die Aufhebung der herrschenden geschlechtlichen Arbeitsteilung muß angestrebt werden. cf

was uns auffiel

auf Grundlage der Ausbeutung der Kolonien – auch im Proletariat durchgesetzt wurde: die Voraussetzung für die billigste Reproduktion der Arbeitskraft, sondern auch ein Mittel zur politischen Entmachtung.

In der gegenwärtigen Tendenz des Kapitals, Arbeit generell umzustrukturieren (begünstigt durch die Entwicklung der Mikroelektronik) sehen die Forscherinnen den Versuch, Lohnarbeit überhaupt zu reduzieren und durch „hausfrauisierte“ Arbeitsverhältnisse für Frauen und Männer zu ersetzen. Das bedeutet: Rund-um-die-Uhr-zur-Verfügung-nehmen, Vertragslosigkeit, geringer Lohn, kein oder geringer Schutz des Arbeitsverhältnisses, Isolation, nicht organisiert sein, Kontinuum zwischen Haus- und Erwerbsarbeit usw. „Je mehr die materielle Basis für das klassische Paar ‚Proletarier‘ (Ernährer) – ‚Hausfrau‘ schwindet, um so wichtiger wird auch in den Industrieländern die Ideologisierung der Hausfrau (vgl. Blüm-Theßen).“

– Als „Hausfrauisierung international“ wird vor allem die den

sie im Zusammenwirken mit der Natur erarbeitet. Und sicher werden in der Verallgemeinerung von Vorgefundenem vorschnelle und eher verhüllende denn erhellende Analogien: Frauen – Natur Kolonien, gebildet.

Doch daß andere gängige Einwände von linken Männern und Frauen: der Marx habe eben die Bewegungsgesetze des Kapitals untersucht, die Hausarbeit sei nicht sein Thema gewesen, die Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie seien deswegen hier nicht passend usw (vgl. z.B. die Kontroverse um Claudia v Werlhof in: **Probleme des Klassenkampfes** Nr 50), nicht so recht stehen, belegen für mich umgekehrt die übrigen Analysen in diesem Band. Beispiele der „ungeschützten Arbeitsverhältnisse“ der Versuche mit „Teleheimarbeit“ der schon erwähnten Entwicklungsprogramme für Frauen in der Dritten Welt sowie der gegenwärtigen Re-privatisierung von vergesellschafteter Hausarbeit (Sozialarbeit, Krankenpflege, Altenpflege usw.) illustrieren den Zwangscharakter von Frauenarbeit, wovon nicht nur das Kapital, sondern

Carmen '83 — Vom Alp- und Wunschtraum zum Modell

Zum Carmen-Film-Artikel in Kommune 10/1983

Auf verschlungenen Denkwegen hat er sich herangepircht, der Jürgen Walla, sozusagen im intellektuellen Vorspiel, um dann endlich zur Sache zu kommen: zu Sinnlichkeit, Leidenschaft und dem Geschlechterverhältnis. Mutig ist er schon; bekennt sich öffentlich, an einer „reinrassigen Macho-Projektion“ Gefallen zu finden. Noch in der Selbstanklage schwingt ein Hauch von Wollust mit: Ich bin ein Schwein, mea culpa, aber es macht mir Spaß zu schlun.

Ich werde den Bann nicht schleudern, den Machismus nicht denunzieren. Carmen als schlank weg männliche Projektion, als Produkt männlich-chauvinistischer Phantasmagorien zu deuten heißt doch, lebende leibhaftige Frauen der Eigenschaft zu berauben, die Carmen verkörpert. Als ob weibliche Sinnlichkeit, Erotik ihre Existenz männlichem Denken verdankten. Projektion ist Carmen insofern, als sie als Teilmensch entworfen ist, Teilmensch des Tryptichons Heilige Hure Mutter. Letztere taucht übrigens nicht zufällig in den Ausführungen unseres aufgeklärten Macho nicht auf. Der stumme Pakt, den Frauenbewegung und aufgeklärtere Männlichkeit geschlossen haben, scheint mir in der Übereinkunft in die Mutter Teil-Frau-Menschlichkeit zu beruhen. Ohne das Dasein von Müttern schmälern zu wollen, bleiben die beiden andern Flügel des Tryptichons, die mindestens verhängt, wenn nicht gar ausgehängt sind.

Die neue Frauenbewegung hat weibliche Sinnlichkeit und madonnenhafte Heiligkeit nicht gestrichen, aber sie versucht, sie der männlichen Teilhabe zu entreißen. Das Fortleben der Heiligen wird in der, wie Jürgen zitiert, Zukunft als Sache der Weiblichkeit, des Guten, nach vorne Weisenden schlechthin, propagiert. Sinnlichkeit, Erotik, Lust, vom Schmutz der Männlichkeit, der schmutzigen Sexualität, gewissermaßen des Hurenhaften entkleidet, wird in Beziehungen zwischen Frauen gewollt und gesucht. Sinnlichkeit zwischen Frau und Mann, Mann und Frau wird zum Gegenstand intellektueller Auseinandersetzung, zum (mangelhaften) Ersatz sinnlicher Erfahrung, das Reich der Sinne muß sich an Video und Breitwand schadlos halten. Peep-Shows klagen nicht nur männlichen Sexismus, sondern auch sinnliche Deformation an.

Carmen. Der Trick Mérimées, sie als Zigeunerin darzustellen, macht es meines Erachtens möglich, eine Frau zu zeichnen, die durch ihre Anziehungskraft auf Männer charakterisiert wird, ohne daß sie dabei zur Hure würde. Einmal abgesehen davon, daß auch Huren, unter dem schönen Namen Kurtisane, sich im letzten Jahrhundert durchaus offiziell einer gewissen Wertschätzung erfreuen konnten, abgesehen davon, daß Männer wie Balzac und Zola viel Gespür und Feinfühligkeit für die Problematik solcher Existenzen hatten, war ihre Größe mit ihrer Käuflichkeit verbunden. Carmen ist nicht käuflich, so gesehen unabhängig. Dennoch ist ihre Unabhängigkeit relativ. Ihr unbändiger Unabhängigkeitswille fordert einen hohen Preis: ihr Leben, die endgültige physische Vernichtung. Abhängig ist sie nicht von Geld, sondern, über das Maß des Ge und Anerkanntwerdens jedes Menschen hinaus, von der Beantwortung der Gefühle, die sie (als Tänzerin) zum Ausdruck bringt und bei ihrem Publikum hervorruft.

José ist nicht nur ihr choreographischer Lehrmeister, sondern zugleich der Hexenmeister der Gei-



ster ruft, derer er nicht mehr Herr wird. Jürgen bezeichnet Carmen als Ungeheuer. Ihre Ungeheuerlichkeit besteht darin, daß sie José Vorstellung verwirklicht. Während Jürgen nach dem Film nach Hause gehen und über Sinnlichkeit sinnen kann (er muß für das Exempel jetzt mal herhalten), hat der Meister sein Werk geschaffen; nicht in Stein, sondern aus Fleisch und

Blut. Und so lebendig, leibhaftig wirkt Carmen auf ihn.

Seine Wünsche und Sehnsüchte sind nicht mehr bei ihm er ist außer sich, sie treten ihm in einer anderen Person gegenüber

Gerhard Vinnai* beschreibt das Gefahrenmoment dieser Situation so: „Der Mann sehnt sich danach, sich seiner Sinnlichkeit zu überlassen; zugleich muß er diese Sehnsucht, um des Überlebens willen, bekämpfen. Die Frau darf eine für den Mann bedrohliche Sinnlichkeit, der er verfallen könnte, nicht entfalten, wenn sie längerfristig ohne übermäßige Ängste akzeptiert werden soll. Ihre verführerischen Reize, denen er verfallen könnte, können dadurch entschärft werden, daß er sie unterwirft und die Beziehung zu ihr in starre Muster preßt.“ Nichts anderes hat José mit Carmen vor. Gegenüber seinen Unterwerfungsabsichten bleibt sie unabhängig. Der Preis ist in jedem Fall hoch; wäre es nicht der Tod, dann die Einsamkeit.

Als Modell halte ich Carmen nicht für tauglich, allenfalls als zeitlich begrenztes Übergangsmodell. 1845 kreiert ihre ebenso glücklose Schwester Esmeralda gar eine gute Dekade früher zeigt das nicht, daß die Ablösung der Übergangsphase überfällig ist?

Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß die von Carmen verkörperten Eigenschaften, Sinnlichkeit, Erotik, Leidenschaftlichkeit, als weibliche bzw menschliche Attribute anerkannt, akzeptiert würden. Womit nicht jener läppischen Kostümierung das Wort geredet werden soll, die dem *Titanic* Kommentator dazu einfällt, auch nicht der Aufgabe des Geistes.

Positiv an der Autonomie der weiblichen Sexualität ist zweifellos das Aufbrechen von vermeintlicher und tatsächlicher Abhängigkeit. Männer zumal im gegenwärtigen Stadium sind allzuweit nicht das Glück der Frauen. Und ihr eigenes? In dem Maße, wie sie es nicht besser wissen, kennen und können. Noch einmal Gerhard Vinnai: „Wenn sich Frauen in dieser Gesellschaft durch besondere Menschlichkeit auszeichnen würden, wäre die patriarchalische Gesellschaft, deren Produkt sie sind, halb so schlimm. Unter den bestehenden sozialen Verhältnissen hat männliche Kälte ihr Wahrheitsmoment auch, wenn sie zugleich soziale Gewalt repräsentiert: Solange Liebesverhältnisse zwischen den Geschlechtern schmerzliche Einsperrungen nach sich ziehen und solange Frauen so sind, wie sie hier und jetzt sind, kann männliche Liebesunfähigkeit auch ein Moment angemessenen Widerstandes in sich tragen

Sowenig die existierende Sorte Mann eine befreite Frau ertragen kann, sowenig können heutige Frauen die lebenswerten Männer ertragen, die sie sich erträumen mögen.“

Es liegt mir fern, den Spieß der „Schuldfrage“ einfach umzudrehen; die Methode der Schuldzu-



„Neue weibliche Sinnlichkeit“ schrieb uns die Leserbriefautorin zu diesem Zeitausschnitt

weisung erscheint mir ohnehin sehr fragwürdig. Was soll sie denn bewirken? Wenn schon nicht die extreme Reaktion des „nahezu selbstzerstörerischen Hasses“ von dem Vinnai spricht, dann doch allemal die Bestätigung des inneren Schweinehundes, der seit grauen Zeiten seinen angestammten Platz in Leben und Bewußtsein von Frauen und Männern hat und der einer der Garanten für die Fortexistenz des ältesten Gewerbes der Welt ist, vor dessen Abschaffung die Frauenbewegung inzwischen kapituliert hat.

Der Feldzug gegen die Frau als Objekt führt meines Erachtens in die Irre. Jede, selbst die flüchtigste Begegnung zwischen zwei Menschen läßt aus Subjekten Objekte werden. Gegenstand, Objekt meiner Blicke, meiner Worte, meiner mehr oder weniger innigen oder ablehnenden Gedanken. Wenn nicht Frauen Objekte männlichen Begehrens werden sollen, dann Männer? Was ist verwerflich daran, daß eine Frau zum Objekt sexueller Wünsche eines Mannes wird? Ihre Subjektivität wird erst dadurch in Frage gestellt, verletzt, daß ihr eigener Wille, als Objekt (und Subjekt) mitzuspielen, umgangen, ausgeschaltet wird.

Ein neues Konzept soll das Gesagte nicht sein; vielleicht regt es zur Überprüfung vorhandener Positionen an — bei Frauen und Männern. Ein neues Bewegungsmoment könnte aus dem Geschlechterkarussell herausführen, Vorwärtsbewegung ermöglichen.

Jutta Löwe, Berlin

*Gerhard Vinnai, in: Rodrigo Jokisch (Hrsg.): Mann-Sein, rororo-Sachbuch, 8,80 DM



Wider das Genossenschaftsmodell in der Stahlindustrie

Zum Artikel »Vergesellschaftung der Stahlindustrie — aber wie?« in Kommune 9/1983

Es ist prima, wenn wir uns darum bemühen, gegen die drohende Arbeitslosigkeit in der Stahlindustrie Alternativen zu schaffen. Nur sollten wir keine kleinen Traumschlösser basteln, die im Reich des großen Kapitals aufgesogen werden.

Wie soll die Stahlkrise genutzt werden? A. Biesecker meint: »Die Krise muß genutzt werden, um eine ganz andere Entwicklungslogik einzuleiten, die der Orientierung am Wert (Profit) die am Gebrauchswert, der Fremdbestimmung der Produzenten deren Selbstbestimmung, der Zerstörung der Natur die organische Einfügung der Produktion in die Natur entgegensetzt. Von hier aus ergeben sich die qualitativen Kriterien für die Neustrukturierung der Stahlbranche: Entwicklung von genossenschaftlich-kommunal geführten Produktionsbetrieben, deren Belegschaften Stahl nur für gesellschaftlich nützliche Produkte herstellen (z.B. nicht für die Rüstungsproduktion) «

Diese allgemeine Form der Vergesellschaftung, auf deren vorge schlagenen konkreten Formen ich nicht eingehen möchte, sollen

»Elemente einer Emanzipation der Arbeit« schaffen. Wovon soll sich denn die »Arbeit« anders befreien als vom Kapital, dessen Produkt und Erneuerer sie ist?

Hilft eine Genossenschaft-Stahl wirklich? Man kann ja mal überlegen, was passiert, wenn wir eine Stahlgenossenschaft hätten. Die Beschäftigten müßten zunächst die Geschäftsführung, Betriebsleitung und Verkaufsleitung wählen. Diese Führung müßte dann das zu erzeugende Produkt prüfen, ob es den Markterfordernissen entspricht. Der Wettbewerb würde analysiert und natürlich die Stahlabnehmer. Bei letzteren handelt es sich um Staat und Großkonzerne, deren Entscheidungsträger nicht nur »geölt« werden müßten, sondern deren politische Strategie würde ideell und bei Auftragserteilung materiell unterstützt. Sollte man da einsteigen? Die Betriebsleitung stellt ferner fest, die Konkurrenz ist schneller und besser. Soll die Genossenschaft ihren Maschinenpark verbessern oder soll sie mehr Arbeitslose einstellen, wodurch zwar mehr Brot verdienen könnten, aber die Betriebskosten wür

den über dem des kapitalistischen Wettbewerbs liegen. Der relative Mehrwert, dessen Erhöhung man in unserem Beispiel mit Hilfe der Einstellung von Arbeitslosen aus dem Weg gehen würde, ist zwar der einzige ökonomische Fortschritt der Bourgeoisie (dies auch nur weil sie dazu von den Produzenten gezwungen wurde), will man sich mit ihr aber auf ihrem Markt messen, muß man als Genossenschaft auch hier einsteigen. Es ist bitter — aber hier geht es nicht weiter! »Es ist die Eigentümlichkeit gerade der Bourgeoisie gegenüber allen früheren herrschenden Klassen: In ihrer Entwicklung gibt es einen Wendepunkt, von dem an jede weitere Steigerung ihrer Machtmittel, vorab also ihrer Kapitalien, nur dazu beiträgt, sie zur politischen Herrschaft mehr und mehr unfähig zu machen.« (Friedrich Engels, MEW 16, S. 397). Warum zitiere ich diese Stelle? Weil ich denke, daß gerade die Entwicklung des Kapitals in der Stahlindustrie dokumentiert, wie die Bourgeoisie Kraft verliert zur »ausschließlichen politischen Herrschaft« über ihren »proletarischen Doppelgänger« Sie verbindet sich in ihrer Not gegen das Proletariat national und international. Diese Schwäche sollte man auch sehen, dann ist es nicht mehr so bitter

Aber nochmal zum bitteren Markt der Stahlindustrie. Die gewaltige Konzentration und Zentralisation zeigt, z.B. in Belgien, Frankreich, den USA, daß der Staat in dieser Branche nicht nur als »ideeller Gesamtkapitalist« sondern als tatsächlicher operiert.

USA 1958
Primäre Eisen- und Stahlverarbeitung
Export: 10,1%
Regierungskäufe: 12,5%
Primäre NE-Metallverarbeitung
Export: 10,1%
Regierungskäufe: 22,3%
(zit. nach: H. Magdoff: Das Zeitalter des Imperialismus, S. 163)

Es diktiert hier der Weltmarkt, auf diesem herrscht nun mal das »Wertgesetz« und nicht der »Gebrauchswert« an sich. Wenn wir schon über den Gebrauchswert in der Stahlindustrie reden, sollten wir überlegen, was dort denn produziert wird. Die Rüstung braucht Stahl. Deshalb steht der Staat auch meist leibhaftig hinter dieser Branche, und wo nicht, gilt: »Es gibt keine militärische Privatmacht, die ein angestammtes Interesse daran hätte, die Regierung aus ihrem Gehege herauszuhalten; das Militär

spielt für die Privatwirtschaft die Rolle des idealen Kunden « (Baran, Sweezy: Monopolkapital)

Gerade von der Ebene der Gebrauchswerte her kann man sehen, wie die theoretische Ebene der Arbeitsplatzhaltung in der Stahlindustrie für die Lohnabhängigen nicht genutzt werden kann, denn sie müßten sich über jeden, wirklich jeden Auftrag freuen. Was ja heute täglich passiert, eben weil nicht die politische Schwäche der Bourgeoisie gesehen wird. Die Genossenschaft Stahl würde hier keine Ausnahme bilden, eben weil die Genossenschaftler als Eigentümer des gesamtgesellschaftlichen Reichtums noch nicht existieren.

Da es in der Stahlindustrie nicht um landwirtschaftliche Kleinproduktion für KOOP-Läden geht, sondern massive Klasseninteressen der Bourgeoisie auf der Platte liegen, ist es heller Wahnsinn und nach bürgerlichem Recht ohnehin nicht möglich, die Stahlindustrie, vor Lösung der Eigentumsfrage, zu vergenossenschaftlichen.

Muß man wirklich alternative Stahlmodelle vorlegen?

Sind das wirklich Schritte zur »Emanzipation der Arbeit«? Daß sie dies seien, das vertreten bereits vor über 100 Jahren St. Simon und Fourier in Frankreich, Owen in England. Diese glaubten, den »realistischen« Weg gehen zu müssen. »An die Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit muß ihre persönliche (Fouriers etc.) erfinderische Tätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft.« (MEW 4, S. 490) Die Lohnabhängigen zählten für die Vertreter dieses utopischen Sozialismus nur als »Leidende« Sie verwarfen »daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion «

Wie dogmatisch! Wird mancher jetzt denken. Aber nicht alles ist deshalb schon dogmatisch, weil es bereits vor 100 Jahren richtig war. Wie und wer heute diese richtige, wenn auch alte Theorie auf die konkrete politische Realität umsetzt, welche politischen und theoretischen Maßnahmen die Gewerkschaften, Bildungskreise etc. ergreifen sollten, dies muß man nicht nur für die Stahlindustrie überlegen.
j.m., Hildesheim

termine

Arbeitstagung des Wohnbundes Hannover, 12./13. November
Kontakt: Ploenniestraße 18, 6100 Darmstadt, Tel. 061 51 / 799 45

Möglichkeiten und Perspektiven alternativer Bildungspolitik Heidelberg Seminar der E.F. Schumacher Gesellschaft für politische Ökologie vom 18. 20. November 1983

Bundesdelegiertenversammlung der Grünen Duisburg, 18. 20. November
Rhein-Ruhr-Halle
Schwerpunkte: Ökologie und Dritte Welt, Nato-Aufrüstung, Vorstandswahlen

Jour fixe in Westberlin
Thema: Nicaragua Interessen der mittelamerikanischen Völker und Staaten, Interessen der Supermächte
25. November 1983, um 19.30 Uhr, Oranienstraße 159

AG Wohnen Frankfurt, 26./27. November
Kontakt: über Kommune-Redaktion

AG Bildungswesen Göttingen, 3./4. Dezember
Themen: Auseinandersetzung mit Reformpädagogik und verschiedenen Ar-

beitspapieren der Grünen zum Bildungswesen.
Kontakt: Michael Ackermann, c/o Kommune-Redaktion

Kongreß: Osteuropäische Oppositionsbewegungen — westliche Friedensbewegung Verbindungslinien/Widersprüche Osnabrück, 2. — 4. Dezember 1983
Anmeldung (unbedingt erforderlich) an: GAL HSG, c/o AstA der Uni Osnabrück, Neuer Graben Schloß, 4500 Osnabrück, Teilnehmerbeitrag von 15 DM pro Person als Scheck beilegen oder auf Kto. 99004624 bei der Stadtsparkasse Osnabrück (BLZ 265 50001) überweisen

Haben rechtsextreme und konservative Positionen eine Chance in der Ökologie- und Friedensbewegung?
Neckargerach bei Heidelberg, Bildungstätte Läufermühle
2. 4.12.1983, Wochenendtagung der E.F. Schumacher Gesellschaft für politische Ökologie, Landesverband Baden-Württemberg e.V. des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) und der Grünen, Landesverband Baden-Württemberg

Frauenbewegung,
Faschismus, Philosophie
und Friedensbewegung –
unsere Neuerscheinungen
1983 auf einen Blick.

Christine Wittrock

Weiblichkeitsmythen

339 Seiten, DM 22,—

Eine Untersuchung über patriarchalische Ideologie im Frauenbild des Faschismus und ihre Affinität mit den Vorstellungen der konservativen Mehrheit der Frauenbewegung in den 20er Jahren.

Daniel Guérin

Die braune Pest

160 Seiten, DM 18,—

Reportagen aus dem Alltagsleben in Deutschland vor und nach Beginn der faschistischen Herrschaft, die 1932 und 1933 in französischen Gewerkschaftszeitungen veröffentlicht wurden.

Wilhelm Raimund Beyer

Freibeuter in hegelschen Gefilden

147 Seiten, DM 20,—

Eine Auseinandersetzung u.a. mit der Vereinnahmung Hegels für die osteuropäische Staatsphilosophie marxistisch-leninistischer Prägung, Spenglers Denkanleihen bei Hegel und der austromarxistischen Hegelkritik.

Wolfgang Sünkel

Centaurus

96 Seiten, DM 15,—

Reden über Humanismus und Anthropologie, die um die natürlichen und geschichtlichen Voraussetzungen menschlichen Gattungshandelns kreisen, wie die Menschheit ihr Denken und Handeln ändern muß zur Sicherung ihres Überlebens.

Elisabeth Weber

Die Opposition gegen die Blockbindung Deutschlands 1945—1955

Broschüre, 48 Seiten, DM 5,—

Eine Darstellung der Auffassungen der Gruppen, die zwischen 1945 und 1955 gegen die Eingliederung der beiden Teile Deutschlands in die beiden Blöcke gekämpft haben.

Fordern Sie bitte unser ausführliches Programm an

VERLAG
Sendler

Auslieferung und Bezug über:
BUCHVERTRIEB HAGER
Mainzer Landstr. 147 · Postfach 111162
6000 Frankfurt am Main 11
Tel. 06 11/73 02 34



**informationszentrum
dritte welt · freiburg**

**Geht hin
reißt das letzte Stück
meines Ackers an Euch**

**kerkert unsere Jugend in
Gefängnislöcher zu
hundertern und tausenden**

**beraubt mich meiner Rechte
verbrennt meine Bücher**

**Feinde der Menschlichkeit
ich schließe keinen**

**Kompromiß
und bis zum Ende kämpfe ich**

Samieh al-Quassem

**Der Palästina-Konflikt
und was wir
damit zu tun haben**



Informationszentrum Dritte Welt

**Ein Buch über Ursachen
und Hintergründe im Nah-
ostkonflikt**

264 Seiten, 10,80 DM

ISBN: 3-922263-03-08

**erhältlich in guten Buchlä-
den oder direkt bei:**

**iz3w · postfach 5328
7800 freiburg**

UMBRUCH

Zensur oder Exil:

Chilenische Künstlerinnen Drinnen und Draußen.

América -

Bilder einer via

misera. Fotos von Enrique Bostelmann.

Flußabwärts:

Wassertribunal '83.

Lachen, um nicht zu

weinen. Zur Kommu-

kationsfunktion des Blues.

Auf der Suche nach

der Welt von morgen:

Thomas Morus.

... und verlockende

Angebote für neue

Abonnenten in UMBRUCH

11: Angebot einholen!



Der UMBRUCH? Eine marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft. Jeden Monat einmal für 5 Mark, vielseitig & gut aufgemacht. Probeheft gefällig? Kennenlerncoupon gleich nebenan!

Kennenlern-Coupon
So einfach ist's, den UMBRUCH kennenzulernen. Diesen Coupon + 1,40 DM in Briefmarken einstecken und schon kommt unser INFO-PAKET mit Probeheft etc. vom UMBRUCH, Mainzer Landstr. 147, 6 Ffm.

K 11



№ 19 ЛИТЛАЗАТ ПОЛИТУПРАВЛЕНИЯ ЗАПОРОЖЬЯ
lissitzky (d.i.lazar' m. lissitzky) Sowjetunion 1920

die materialistische lehre, daß die menschen produkte der umstände und der erziehung, veränderte menschen als produkte anderer umstände und geänderter erziehung sind, vergißt, daß die umstände eben von den menschen verändert werden und daß der erzieher selbst erzogen werden muß. sie kommt daher mit notwendigkeit dahin, die gesellschaft in zwei teile zu sondern, von denen der eine über der gesellschaft ist. (z.b. bei Robert Owen.)

das zusammenfallen des änderns der umstände und der menschlichen tätigkeit kann nur als *umwälzende praxis* gefaßt und rationell verstanden werden.

Karl Marx, thesen über Feuerbach